

MetanoiaMagazin

FÜR KRITISCHE PERSPEKTIVEN UND UNBEIRRTES DENKEN

Doppelausgabe Nr. 51/52 | 2023



Digitales Gefängnis

China als Versuchslabor für den Westen

Liebe Leser

Dass gemäss dem WEF-Gründer Klaus Schwab ausgerechnet Chinas menschenverachtendes Gesellschaftsmodell anderen Nationen als Vorbild dienen soll (siehe S.73), klingt mit der weit verbreiteten Ansicht, Schwab sei eine Gallionsfigur für Gleichheit, Toleranz und Inklusion und kämpfe an vorderster Front gegen den Klimawandel und Rassismus, erstmal bizarr und absurd. Als geläuterter «Kapitalist» habe er die Probleme der modernen Welt erkannt und so treibt er jetzt mit den mächtigsten Politikern und Wirtschaftsvertretern der Welt eine globale Transformation hin zu einer «faireren» Ordnung voran. Wie passt dazu China als Vorbild? Denn egal, welchen Bereich man im Leben eines Chinesen betrachtet, es gibt kaum ein Land, wo die Bevölkerung in ihrem ganzen Dasein unfreier ist und unter mehr Unterdrückung und Gleichschaltung zu leiden hat, als dies in China der Fall ist. Die vom Westen so hochgehaltenen Gesellschaftswerte werden in China mit Füßen getreten. Umso entlarvender ist Schwabs Aussage und bestätigt einmal mehr unsere Darlegungen zum Great Reset und dessen zugrunde liegender Ideologie, welche wir in Ausgabe 40 ausführlich aufgearbeitet und belegt haben. Unter diesem Gesichtspunkt betrachtet, ist Schwabs Aussage keineswegs absurd, sondern spiegelt vielmehr die wahren Absichten hinter «seiner» WEF-Agenda wider und zeigt, in welche Richtung unser aller Leben transformiert werden soll.

China als Zukunft des Westens

Während die (noch relativ) freie Welt aus vermeintlich sicherer Distanz beobachtet, wie in China ganz offen und ohne Rücksicht auf Menschen-, Persönlichkeits- oder Datenschutzrechte ein allumfassender Überwachungsstaat installiert wird, scheint man zu übersehen, wie dieselben Entwicklungen auf globaler Ebene und auch bei uns in enormem Tempo vorangetrieben werden. Wir beschäftigen uns in dieser Doppelausgabe ausführlich mit diesen Entwicklungen, beleuchten die technologischen Grundpfeiler

einer «smarten», sprich technokratischen Gesellschaft von morgen und wie diese das Fundament sowohl für eine allumfassende gesellschaftliche Überwachung als auch für die Lenkung und Sanktionierung des einzelnen Bürgers bilden. Einen kleinen Vorgeschmack darauf haben wir bereits mit einigen «Corona»-Massnahmen erhalten, als Ungeimpfte oder Ungetestete von weiten Teilen des öffentlichen Lebens ausgeschlossen wurden. Wie es sich wohl erst leben mag, wenn nicht nur der Impf- oder Teststatus, sondern schlichtweg alles im Leben eines Menschen, wie etwa seine Gesundheit, politischen Interessen und Staatstreue, sein soziales Umfeld, Online-, Kauf- und Reiseverhalten usw. darüber entscheiden, ob und in welchem Mass er am gesellschaftlichen Leben teilnehmen darf? Beispiele dazu finden sich in Schwabs «Vorbildland» China bereits zur Genüge und auch bei uns werden mittlerweile anständige Bürger für nicht-konformes Verhalten in ihrer Existenzgrundlage bedroht, wie Sie in dieser Ausgabe erfahren werden. Wir gehen zudem der Frage nach, was es mit den auf Blockchain-Technologie basierenden Digital-IDs und dem Digitalen Zentralbankgeld (Central Bank Digital Currency, CBDC) auf sich hat und weshalb diese revolutionären gesellschaftlichen Neuerungen gerade jetzt weltweit und auf breiter Front unter Hochdruck vorbereitet, respektive eingeführt werden. So viel vorweg: Die Möglichkeiten gesellschaftlicher Überwachung und Steuerung, die mit diesen bahnbrechenden Technologien eröffnet werden, stellen alles bislang Dagewesene bei Weitem in den Schatten, auch das scheinbar weit fortgeschrittene chinesische System.

Worum es uns geht

Und so fügt sich mit dieser Doppelausgabe rund um den Aufbau und die Einführung einer auf globaler Ebene funktionierenden technokratischen Überwachungsstruktur ein weiterer Mosaikstein «hin zum grossen Bild» ein. Seit mehr als fünf Jahren und fünfzig Ausgaben sind wir darum bemüht, einzelne gesellschaftsrelevante Themen aufzuarbeiten. Ausgehend vom gegenwärtigen

Ausgabe 40:
Obwohl die Inhalte neu und zeitgenössisch verpackt wurden, ist die Ähnlichkeit von Great Reset und kommunistischer Ideologie nicht von der Hand zu weisen.

Ausgaben 32-33:
Die aus China übernommenen «Corona»-Massnahmen bieten einen Vorgeschmack auf die digital kontrollierte Zukunft des Westens.

Ausgaben 41-42: In den 1950ern wechselten die Kommunisten ihre Strategie, um eine sozialistische Weltregierung unter neuen Vorzeichen zu errichten. Klaus Schwab scheint heute der wichtigste Frontmann dieser Strategie zu sein.

Abonnenten-Vorteil

Druckversion: 8 €
(statt 12 €)

PDF: 6 €
(statt 8 €)

Kombi: 9 €
(statt 13 €)

Weltgeschehen möchten wir eine Grundlage für das Gesamtverständnis und für nachfolgende Themenkomplexe schaffen. Unser Ziel dabei ist stets, dem Leser das Unsichtbare sichtbar zu machen, sowohl durch ausführliche und quellenbasierte Aufarbeitung einzelner Themen als auch durch allmähliches Verknüpfen und Erkennen übergeordneter Zusammenhänge und sich wiederholender Muster. Denn diese sind allgegenwärtig und ziehen sich wie ein roter Faden durch alle Themen hindurch – auch solche, die auf den ersten Blick nichts miteinander zu tun haben. Schon Goethe wusste: **«Willst du dich am Ganzen erquicken, so mußt du das Ganze im Kleinen erblicken.»**

Jede Ausgabe ein Puzzlestück

Auch wenn jede Ausgabe fundiert aufgearbeitet und in sich abgeschlossen für sich steht, so wird sie dennoch zum Bestandteil eines grösseren Bildes und ist verknüpft mit anderen Themen, die wir in vorangegangenen Ausgaben auf dieselbe Weise aufgearbeitet haben. Kurzum: Die einzelnen Ausgaben stehen zwar für sich, bauen aber dennoch zu einem gewissen Grad aufeinander auf. Es versteht sich damit von selbst, dass es kaum möglich ist, die Herleitung und Beweisführung vorangegangener Themen jeweils von Neuem darzulegen. Dafür sind die Verweise zu den entsprechenden Themenheften gedacht, in denen man all dies nachlesen kann.

Für all diejenigen, die sich vertieft mit vorangegangenen Themen beschäftigen möchten, stehen bislang erschienene Ausgaben in unserem Online-Shop (Print und Digital) zur Verfügung. Unsere Abonnenten profitieren dabei von stark vergünstigten Preisen: Für gerade mal 6 Euro pro Druckausgabe (digitale Variante 4 Euro) können unsere Abonnenten ein nachvollziehbares und leicht verständliches Archiv zu gesellschaftlich relevanten und aktuellen Themen anlegen oder ihren Mitmenschen ein wertvolles, erkenntnisförderndes Geschenk bereiten.

(Vermeintliche) Komplexität greifbar machen

Als kleines Team bemühen wir uns mit viel Hingabe und Idealismus, unseren Lesern die einzelnen Themen in leicht zugänglicher und übersichtlicher Form, aber dennoch ausführlich und möglichst vollständig, aufzuarbeiten. Mit zahlreichen Zitaten, Grafiken und Bildern wie auch Kurztiteln, Erklärboxen und zusammenfassenden Schnellesetexten (Express-Routen) erleichtern wir den Zugang zu oft komplexen Themen und verschaffen dem Leser somit einen schnellen wie auch fundierten Überblick. Da es sich stets um zeitlose Themen mit aktuellem Bezug handelt, verlieren die Ausgaben nicht an Aktualität und werden von vielen unserer Leser als Nachschlagewerk verwendet und als Zeitdokument aufbewahrt.

Verlag	InfoXpress GmbH, Hohestr. 130, CH-4104 Oberwil
Kontakt	Tel +41 61 511 45 08, info@metanoia-magazin.com
Erscheinung	mind. 6 x jährlich im Abonnement
Bestellung	Tel +41 61 511 45 08, www.metanoia-magazin.com
Herausgeber	André Barmettler (ab)
Redaktion	Tilman Knechtel (tk) / André Barmettler (ab) / Jonas Freud Axel Schad (as), Fynn Peter (fp)
Satz/Layout	Elementi Studio
Fotos	Sofern nicht vermerkt: commons.wikimedia.org
Cover	Johannes Sonneaug

«Unabhängigkeit» bedeutet: Abhängigkeit von den Lesern

Auch der konsequente Verzicht auf Werbung unterstreicht sowohl diese Eigenschaften wie auch unsere Unabhängigkeit von möglichen Einflussnahmen. Unsere Arbeit wird ausschliesslich durch den Verkauf von Abonnements und Einzelausgaben finanziert. Wir sind einzig unseren Lesern verpflichtet! Mit Ihnen teilen wir die aktuellen Erkenntnisse unserer Recherchen so weit, wie es uns möglich ist. Wir sehen uns selbst und damit auch unsere Themenausgabe auf einer spannenden, endlosen Reise der Erkenntnis, auf der wir ergebnisoffen recherchieren und den gegenwärtigen Wissensstand durch neue Erkenntnisse ergänzen, korrigieren oder gar ablösen. Nur in Symbiose mit unseren Lesern, sprich mit Ihrem Abonnement, ist unsere Arbeit erst möglich. Noch viele Mosaiksteine sind nötig, um das grosse Bild sichtbar zu machen. So laden wir Sie ein, uns auf dieser Reise zu begleiten!

Ihr André Barmettler
Herausgeber

Inhalt

 EXPRESS-ROUTE! ▶▶ Ab Seite 15

- **Weltregierung mit digitalem Kontrollnetz im Aufbau - China als Labor?**
Globale Finanzeliten manövrierten China in die Position einer Weltmacht, ausgestattet mit hochmoderner Technik. 4
- **Blockchain: «Ein Segen für die Überwachung»**
Die Blockchain-Technologie ist dazu prädestiniert, die digitale Identität und damit zusammenhängende Belohnungs- / Bestrafungssysteme zu verwirklichen. 16
- **BlackRock, BIZ und das WEF: Die neuen Frontorganisationen der Hochfinanz**
Von den Finanzorganisationen der Gegenwart lassen sich die Spuren klar zurückverfolgen zu dem Personenkreis, der 1913 die US-Zentralbank Federal Reserve gründete. 25
- **Digitales Zentralbankgeld (CBDC) - Ein Werkzeug des Totalitarismus**
Was der Hochfinanz als «Geld» der Zukunft vorschwebt, unterscheidet sich grundlegend von dem, was wir heute noch unter dem Begriff «Geld» verstehen und ist ein entscheidender Wechsel hin zu mehr Kontrolle und Zentralisierung. 36
- **Völkermord in Xinjiang mit ausgefeilter Digital-Technik**
Das Schicksal der Uiguren veranschaulicht, wie dystopisch die Lebenswirklichkeit derjenigen wird, gegenüber denen der digitale Kontrollstaat beschlossen hat, seine Zähne zu zeigen. 48
- **Der chinesische Überwachungsstaat - «Made by Microsoft, Intel, IBM & Co.»**
Chinas Überwachungsapparat wurde und wird von Hightech-Konzernen aus dem Westen aufgebaut. 61
- **Das Ende des freien Internets in China und im Westen**
In unterschiedlicher Geschwindigkeit, aber in derselben Marschrichtung arbeiten China und der Westen auf ein Internet ohne Anonymität hin, in dem jede Aktivität eines Nutzers auf Knopfdruck sanktionierbar sein soll. 73



Auf einen Blick

► China verdankt seine Position als Weltmacht der Hochfinanz (u.a. Rothschild und Rockefeller), in deren Auftrag Henry Kissinger - der zentrale Mentor des WEF-Gründers Klaus Schwab - die «Öffnung Chinas» einleitete (Ausgabe 50).

► Vertreter der Hochfinanz bezeichneten China bereits vor Jahrzehnten als «Labor» und gelungenes «Experiment». Tatsächlich scheint China eine Art Freiluftlabor darzustellen, in dem Technologien und Konzepte erprobt werden, die schlussendlich global umgesetzt werden sollen.

► Akteure wie Kissinger, Schwab, Putin und die Anführer der KPCh sind eng miteinander vernetzt. Gemeinsam treiben sie den Plan voran, die Völker mithilfe einer Weltregierung zu unterjochen.

► Diese Weltregierung bedarf eines engmaschigen, digitalen Kontrollnetzes und das gegenwärtige System China ist dafür die Blaupause. Schlüsselkomponenten für die Kontrolle sind: CBDCs («Central Bank Digital Currency», digitales Zentralbankgeld), digitale Identitäten und ein Sozialkredit-System.

Technokratie weltweit im Aufbau: Wie im Osten, so auch im Westen

Wie in der vorangegangenen Ausgabe Nummer 50 mit dem Titel «China - Der grosse Sprung vom Reißbrett zur Weltmacht» in einem ersten nötigen Schritt herausgearbeitet wurde, verdankt die neue Supermacht China, die seit einigen Jahren zunehmend an globalem Einfluss gewinnt, und die innerhalb ihrer Landesgrenzen einen Überwachungsstaat par excellence aufgebaut hat, ihre heutige Position massgeblich der Unterstützung der global agierenden, aber meist nur dem Westen zugeschriebenen Hochfinanz. Gerade die Spuren der Bankiersfamilie Rockefeller, die auch schon

beim Aufbau der Sowjetunion entscheidend mitwirkte, finden sich in der Historie des neuzeitlichen Chinas immer und immer wieder. Im 19. und 20. Jahrhundert spielte z.B. die Rockefeller-Stiftung eine absolute Schlüsselrolle in dem fernöstlichen Land. Unter dem Deckmantel, man wolle dem Reich der Mitte aus rein philanthropischen Beweggründen entwicklungstechnisch behilflich sein, drang die Stiftung in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts immer weiter sozialplanerisch in die chinesische Gesellschaft vor. Das von ihr so bezeichnete «Programm zum Wiederaufbau des ländlichen Raums», das Mitte der 30er startete, entpuppte sich bei genauerer Betrachtung

als eine umfassende Sozialreform. Und in der Tat wurde das Programm vom damaligen Stiftungspräsidenten, Selskar M. Gunn, vor den Kuratoren mit dem Argument gerechtfertigt, dass China «den Sozialwissenschaften etwas bietet, was bisher fehlte», nämlich ein «Labor, in dem Experimente unter kontrollierten Bedingungen durchgeführt werden können». ⁽¹⁾ Einer verdächtig ähnlichen Formulierung bediente sich später niemand anderes als David Rockefeller persönlich, der die kommunistische Politik von Mao, die Dutzende Millionen Menschenleben forderte, in einem New-York-Times-Artikel als ein gelungenes «soziales Experiment» betitelte. ⁽²⁾

Foto: Shutterstock/Trismegist san





Britischer Finanzier

Sir Evelyn de Rothschild ist gestorben

„«[China] ist ein bemerkenswertes Land. Wenn man darüber nachdenkt, was in den letzten 10 oder 20 Jahren dort passiert ist, dann ist das eine unschätzbare Leistung.»

Der unlängst verstorbene Sir Evelyn de Rothschild (Finanzberater des Königshauses) 2011 im Interview mit dem TV-Sender Bloomberg

Dem Plan der Hochfinanz und der Frage, welche Rolle China darin zukommt, werden wir auch in dieser Doppelausgabe weiter auf den Grund gehen.

Wie in Ausgabe 50 weiterhin aufgezeigt wurde, begannen und endeten die Aktivitäten der Hochfinanz in China aber nicht allein mit der Familie Rockefeller. Auch das Wirken einer anderen Familiendynastie, deren Name mittlerweile speziell in den alternativen Medien beinahe so etwas wie Kultstatus genießt, lässt sich im Reich der Mitte nachweisen. Die Rede ist von der Bankiersfamilie Rothschild, von der man behaupten darf, dass sie in der Machtpyramide der Hochfinanz eine tonangebende Position innehat. So war es etwa das von ihr kontrollierte Bankhaus Kuhn, Loeb & Co., das der Familie Rocke-

feller ursprünglich überhaupt erst in den Sattel verholpen hat, und genau wie bei den Rockefellers lassen sich auch bei den Rothschilds eindeutige Verwicklungen in die chinesische Geschichte feststellen und Verbindungen zum technokratisch-kommunistischen Despotenstaat der Gegenwart aufzeigen. Auf den Punkt gebracht lässt sich sagen: Der rote, kommunistische Drache, mit dem wir es gegenwärtig zu tun haben, ist ein durchweg artifizielles Konstrukt und als solches das Ergebnis eines «erfolgreichen», von der global agierenden Hochfinanz eingeleiteten und durchgeführten «Experimentes». China ist eine Art von Golem, der in dieser Form niemals auf der Weltbühne erschienen wäre, hätte er nicht die massive finanzielle und materielle Unterstützung dieser zahlungskräftigen Kreise genossen – die Unterstützung jener Finanzdynastien, die auch im Westen seit Dekaden lenkend aus dem Verborgenen in die Politik eingreifen und so die Welt langsam, aber stetig nach ihrem Willen formen.

allzu fernen Krieg dazu benutzt werden könnte, den Westen zu zerschlagen und so die vorläufig letzten Reste der freiheitlichen Ordnung zu beseitigen. Zum anderen bietet der in China weit fortgeschrittene Überwachungsstaat eine Art von Blaupause für das ultimative digitale Gefängnis der Zukunft. In diesem Sinne war und ist China tatsächlich das Freiluftlaboratorium der Technokratie, in welchem schon seit Jahrzehnten die administrative Infrastruktur erprobt wird, die in letzter Konsequenz weltweit implementiert werden soll.

Das WEF und China

Einen gewaltigen Schritt hin zur Implementierung dieser «neuen Weltordnung» ging man im Zuge der 2020 in der gesamten Welt eingeleiteten «Corona-Operation», deren Methodik und Folgen wir inzwischen mehrfach ausführlich beleuchtet haben. Das durch «Corona» erzeugte Momentum wurde und wird nach wie vor genutzt, um unter dem Banner «The Great Reset» – zu Deutsch «Der Grosse Umbruch» – eine technokratische, transhumanistische Agenda voranzutreiben, im Zuge derer im Westen jener Überwachungsstaat ausgerollt wird, der in den vorangegangenen Dekaden massgeblich in China entwickelt wurde. Sprachrohr, Frontfigur und Verkünder dieses «Grossen Umbruchs» ist der Gründer und Vorsitzende des Weltwirtschaftsforums (WEF), Klaus Schwab. Die Verbindungen seines elitären Clubs nach China sind dabei schnell gefunden und in ihrer Art absolut substanziell. In einer bezahlten Anzeige in der New York Times kündigte das Parteiorgan China Daily an, dass Klaus ▶



In Ausgabe 50 - «China: Der grosse Sprung vom Reißbrett zur Weltmacht» - arbeiten wir heraus, dass die heutige Weltmacht China ein Projekt der Hochfinanz und das Produkt einer gross angelegten Täuschungsaktion der Kommunisten darstellt.

Endstation Weltregierung

Seit Generationen besteht das anvisierte Ziel dieser einflussreichen Gruppe darin, die einstmalen freien Völker nach und nach unter der Kontrolle einer zentral verwalteten Weltregierung zu vereinen (Ausgaben 22,33,40 uvm.). China steht dieser Entwicklung dabei nicht etwa entgegen, sondern spielt als Zögling der Hochfinanz eine wichtige Rolle in der Umsetzung dieses Planes. Zum einen erfüllt das Land, dank eines inzwischen weit ausgebauten und sehr fähigen Militärapparates, die Rolle eines Hammers, der in einem möglicherweise nicht mehr

► Schwab als einer von nur zehn ausländischen Experten für seine Unterstützung der «Bemühungen Chinas zur Neugestaltung der Weltwirtschaftsordnung» die hohe Auszeichnung der «Chinesischen Reform-Freundschafts-Medaille» erhalten werde. Schwab, der Xi Jinpings «offenen und kooperativen Geist» pries, erklärte, das Forum werde China weiterhin helfen, «den gemeinsamen Traum zu verwirklichen, mit Weltfrieden, Glück, Gerechtigkeit, Gleichheit und Liebe über die Armut zu triumphieren». ⁽³⁾

Schwabs Mentor «öffnete China»

Weiterhin darf es als ein vielsagendes Faktum gewertet werden, dass Schwab ausgerechnet Henry Kissinger als einen seiner zentralen Mentoren anführt. ⁽⁴⁾ Ohne Kissingers Unterstützung hätte Klaus Schwab, der 1971 in jeglicher Hinsicht eine völlig unbekannte Figur war und über praktisch keine Berufserfahrung verfügte, wohl kaum mit zarten 32 Jahren ein Forum einberufen können, auf dessen erster Tagung sich schon allerhöchste Vertreter aus Politik und Wirtschaft einfanden.

Schwab war augenscheinlich der verlängerte Arm jenes Henry Kissingers, dessen zentrale Rolle in der sowjetischen Langzeitstrategie immer wieder deutlich wurde (Doppelausgabe 41/42), und der in den Diensten der bereits erwähnten Hochfinanz-Familie Rockefeller entscheidend an der Öffnung und damit schlussendlich am Aufbau des modernen Chinas mitwirkte (Ausgabe 50). In den Kreisen der KPCh ist Kissinger seither eine durch und durch prominente

Figur, die einen gewissen Heldenstatus innehat. Es heisst, dass in der Zentralen Parteischule in Peking nur ein einziges Bild von einem Ausländer an der Wand hänge – und zwar jenes von Henry Kissinger. ⁽⁵⁾

Der amtierende chinesische Diktator Xi Jinping bezeichnete Kissinger bei einem 2018 erfolgten Treffen als «alten Freund des chinesischen Volkes». ⁽⁶⁾ Nebenbei sei noch erwähnt, dass Xi Jinping nicht der einzige Kommunist ist, den Kissinger zu seinem Freundeskreis zählen darf. Auch Russlands Präsident Wladimir Putin, dessen Land seinerseits wiederum eng mit China verbündet ist, verbindet eine «alte Freundschaft» mit dem Rockefeller-Mann. ⁽⁷⁾ Gemäss Klaus Schwab hatte auch er selbst prächtige Beziehungen zu Wladimir Putin, denn der russische Präsident durchlief die Nachwuchsschmiede des Weltwirtschaftsforums namens «Global Leaders for Tomorrow» (heute: «Young Global Leaders»). ⁽⁸⁾ Führt man sich alleine diese Verflechtungen vor Augen, die beileibe nur einen minimalen Ausschnitt des grossen Bildes abgeben, so kann man das dicht gespannte Netz zwischen Chinas Kommunisten und der westlichen Hochfinanz, die heute massgeblich durch Schwabs WEF repräsentiert wird, eigentlich nicht länger übersehen.

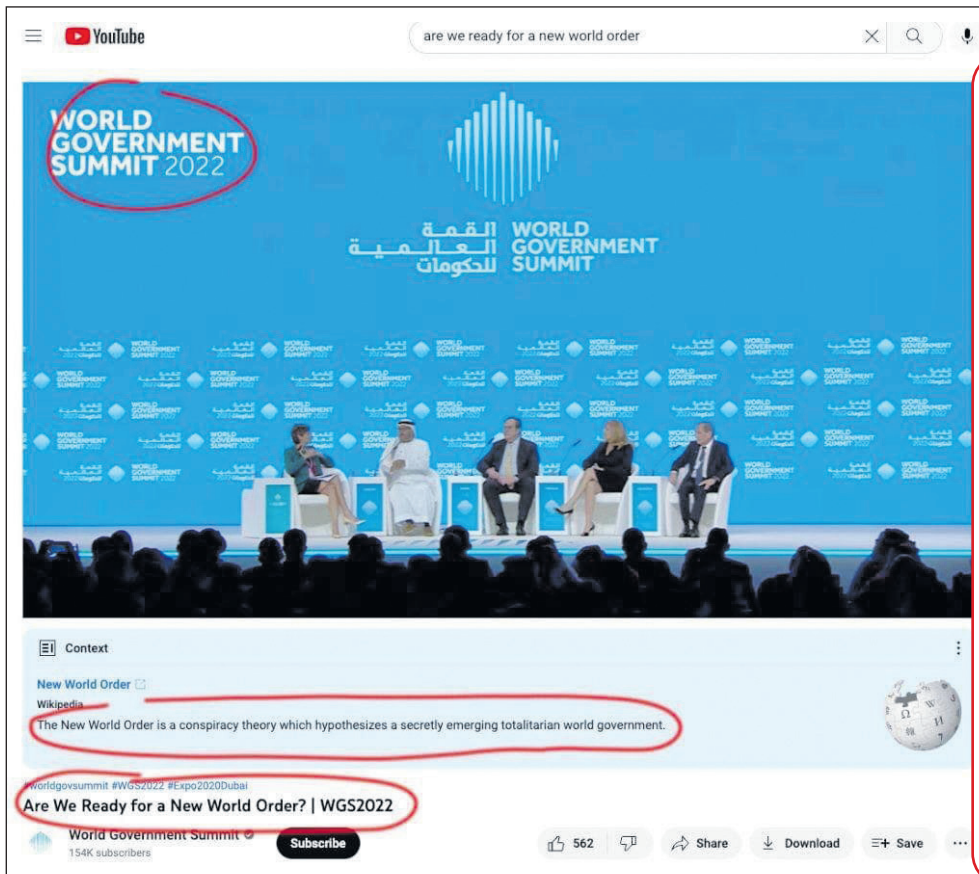
Ein digitales Gefängnis

Die technokratischen Ziele, die das Weltwirtschaftsforum und seine Verbündeten verfolgen, sollen schlussendlich weltweit umgesetzt werden. Wenn das WEF und seine Verbündeten (EU, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich,

Partei-Politiker usw.) jetzt im Westen die Einführung von Zentralbank-Digitalgeld (CBDCs) fordern, sowie die Umsetzung der digitalen Identität vorantreiben und letztendlich auf ein gesamtgesellschaftliches Straf-/Belohnungssystem (Sozialkredit-System) hinarbeiten, dann sind das die Forderungen derselben Hochfinanz, die China aufgebaut und die dieselben Instrumente dort zu einem beträchtlichen Teil bereits installiert hat. Die technologischen Möglichkeiten der Gegenwart haben das Repertoire dieser Kontrollkaste massgeblich erweitert und es wäre nicht ohne Grundlage, würde man behaupten, dass der dystopische Traum vom vollkommen gläsernen und kontrollierbaren Menschen dank technischer Finesse mittlerweile in greifbare Nähe gerückt ist und wir uns folglich einer Bedrohung gegenübersehen, die in dieser Form in der bekannten Menschheitsgeschichte ohnegleichen dasteht. Anders ausgedrückt: Kontrollsucht – Despoten mit Willen zur absoluten Macht gab es seit jeher, aber die reale Möglichkeit, Milliarden von Menschen zu erfassen, zu durchleuchten und vor allem, sie dabei auch noch durch ein Feedback-System lenken zu können, ist ein historisches Novum. «Diktatoren haben immer davon geträumt, die Privatsphäre zu eliminieren, jeden ununterbrochen zu überwachen und alles über jeden zu wissen – alles, was man tut, denkt und fühlt», sagte der WEF-nahe Historiker Yuval Noah Harari im September 2020, so als wolle er die Menschheit vor einer Entwicklung warnen, die in Wahrheit von ihm und seinem Umfeld vorangetrieben wird. Die Strategie dahinter nennt sich



In der historischen Rückblende auf der Webseite des Weltwirtschaftsforums wird als Highlight des Jahres 1979 folgendes genannt: «Öffnung der Tür zu China: Dies war der Beginn einer langen Beziehung zwischen dem Forum und China, die seither jedes Jahr eine offizielle Teilnahme Chinas in Davos beinhaltet.» Wie sein Mentor Henry Kissinger, war Klaus Schwab eine Schlüsselperson bei der «Öffnung Chinas», die eine strategische Täuschung darstellte, um mit westlicher Technologie und westlichen Krediten dem Abendland langfristig den Rang abzulaufen (Ausgabe 50).



Als der von Klaus Schwabs Weltwirtschaftsforum entscheidend mitgestaltete «World Government Summit» (Welt-Regierungsgipfel oder Weltregierungs-Gipfel?) ein Video mit dem Titel «Sind wir bereit für eine neue Weltordnung?» auf dem offiziellen Youtube-Kanal des Veranstalters hochlud, schritt Youtube korrigierend ein, so als handle es sich nicht um ein Eingeständnis von höchster Stelle. Unter dem Video wurde Wikipedia mit der Aussage verlinkt: «Die Neue Weltordnung ist eine Verschwörungstheorie, die eine heimlich entstehende totalitäre Weltregierung annimmt». Ein Kommentator bedankte sich sarkastisch: «Danke für den Kontext, Wikipedia. Ich brauchte eigentlich nur jemanden, der mir sagt, dass alles, was auf dem Bildschirm zu sehen ist, gar nicht wirklich passiert.»

«Prokatalepsis» und wurde von uns bereits in Ausgabe 40 erläutert. Man greift relevante Gegenargumente auf, um sie abzumildern und zu neutralisieren. Trotz seiner heuchlerischen Rolle als warnender Insider hat Harari Recht, wenn er sagt: «Zum ersten Mal in der Geschichte ist es möglich, die Privatsphäre komplett zu eliminieren.»⁽⁹⁾

Zentralbank-Digitalgeld (CBDC)

Ein wesentlicher Eckpfeiler dieser Überwachung, der nun nach und nach in den Boden getrieben und befestigt wird, besteht in der Einführung von Zentralbank-kontrolliertem Digitalgeld – den sogenannten «CBDCs», ein Akronym für «Central Bank Digital Currency». Erste Pilotprojekte laufen bereits und zwei Staaten (Bahamas, Nigeria) haben die CBDCs sogar schon implementiert (Stand November 2022), vorerst allerdings als bloße Alternative zur herkömmlichen Währung. Wie man der Webseite des WEF entnehmen kann, befassen sich aktuell mehr als 100 Länder mit einer möglichen Umsetzung dieser Art von Zentralbankwährung und «China wird voraussichtlich 2023 eine CBDC einführen. Neunzehn Länder der G20 – die die grössten Volkswirtschaften der Welt repräsentieren – erforschen digitale Zentralbankwährungen, darunter Japan, Indien,

Russland und Südkorea». Das WEF verklärt und beschreibt das Zentralbankgeld in Berufung auf eine Aussage der Europäischen Zentralbank, die laut dem Artikel bis Mitte des Jahrzehnts einen digitalen Zentralbank-Euro in ihren 27 Mitgliedsstaaten einführen will, als «eine risikofreie Form des Geldes, die vom Staat garantiert wird».⁽¹⁰⁾

Doch anders als suggeriert wird, besitzen CBDCs weit mehr als nur eine reine Bezahlungsfunktion und auch die Bezeichnung «risikofrei» ist an dieser Stelle mehr als nur fragwürdig. Notwendigerweise sei einmal mehr festgehalten, dass unser aktuelles Fiat-Geldsystem beileibe keine «gesunde Währung» darstellt und für sich genommen bereits ein Werkzeug zur Kontrolle und Machtkonzentration verkörpert (siehe S.25 ff.) – allerdings werden diese Möglichkeiten mit digitalem Zentralbankgeld potenziert. Genau wie in unserem jetzigen Geldsystem soll auch die kommende Digitalwährung von der Zentralbank ausgegeben werden, allerdings mit dem wesentlichen Unterschied, dass zwischen der Zentralbank und dem Bürger im kommenden Digital-Geldsystem keine Geschäftsbanken mehr zwischengeschaltet sein werden und es so etwas wie Bargeld überhaupt nicht mehr geben soll (siehe S.36 ff.). Der Bürger besitzt keine Konten mehr bei x-beliebigen Banken, sondern nur noch

bei der Zentralbank, auf welche er mithilfe seines «Smart-Gerätes» (Smartphone, Smartwatch etc.) zugreift. In der Konsequenz bedeutet das nichts Geringeres als die Abschaffung des anonymen Bezahlers. Während vorher «nur» die Geschäftsbanken darüber im Bilde waren, wann und wo – jedoch nicht direkt was – ihre Kunden mit Karte bezahlten und jedwede Transaktion mittels Bargeld sogar vollkommen anonym getätigt werden konnte, ist dies bei CBDCs nicht mehr länger möglich. Jeder Einkauf und jede Bezahlung einer Dienstleistung wird über die Zentralbank abgewickelt und in eine zentral verwaltete Blockchain (siehe S.16 ff.) eingespeist. Das bedeutet: Die Zentralbank weiss über jeden Austausch in Echtzeit Bescheid und verfügt somit über die vollkommene Kontrolle, was Geld- und Zahlungsströme betrifft.

Ausweitung der Kontrolle

Ein Beispiel soll deutlich machen, wie diese Kontrolle in der Praxis aussehen könnte. Angenommen, die Regierung einer Nation, in welcher eine alternativlose CBDC eingeführt wurde, würde einen neuerlichen Lockdown ausrufen und den Bürgern vorschreiben, sie dürften sich nur noch in der Nähe ihres Wohnortes aufhalten. Dann wäre es ein Leichtes, die Funktion der Bezahl-App mit der Standorterkennung des Smartphones ▶



Mit dem Übergang von der «unipolaren zur multipolaren Welt» ist schlicht das Ende der USA als Weltmacht und der Aufstieg eines Staatenbündnisses rund um China und Russland gemeint. Schwab und Putin sind sich völlig einig! Was hinter dem Begriff «multipolar» steckt, wird in der **Doppelausgabe 45/46 - «Das Grosse Erwachen vom «Grossen Erwachen»** - präzisiert.

“Wir befinden uns eindeutig im Übergang von einer unipolaren zu einer zu einer **multipolaren** Welt.»

Klaus Schwab im September 2017 bei einem Dialog im «Boston College Chief Executives Club»

Quelle: bc.edu, World Concerns, 20.09.2017

“Wir sind davon überzeugt, dass die Führung der BRICS-Staaten gebraucht wird, um einen vereinigenden Kurs in Richtung der Gründung eines wirklich **multipolaren** Systems der zwischenstaatlichen Beziehungen einzuschlagen.»

Wladimir Putin im Juni 2022 auf dem 14. Gipfel der BRICS-Staaten in Peking

Quelle: youtube.com, Putin asks BRICS for a «multipolar world», 24.06.2022

► zu koppeln, um eine Strafe verhängen zu können, wenn der Nutzer den definierten Bewegungsradius verlässt. Der Einzelne befände sich also beständig in Geiselhaft, denn er kann nur unter der Bedingung über sein Vermögen verfügen, dass er sich den erlassenen Bestimmungen unterwirft. Ein Ignorieren staatlicher Vorschriften oder gar Flucht würden somit systematisch unmöglich

gemacht. Solche Versuche könnten in Sekundenschnelle mit einer automatisierten und sich auf die Unfehlbarkeit der Technik berufenden Geldstrafe oder wie auch immer gearteten Kontosperrgeahndet werden. Genauso wäre es für den Kontrollapparat ohne grössere Probleme möglich, im Namen der «CO₂-Reduktion» einzelne Produkte oder Dienstleistungen zu rationieren

und dem Einzelnen nur noch den Kauf einer begrenzten Anzahl derjenigen zu gewähren. Nach Belieben der Herrscher könnte einer einzelnen Person, aber auch einer Personengruppe oder einem gesamten Staatsvolk für eine bestimmte Zeit der Kauf von Automobilen oder das Heizen der eigenen Wohnung untersagt werden. Den Möglichkeiten zur Kontrolle sind mit CBDCs und einer daran gekoppelten digitalen Identität kaum noch Grenzen gesetzt. Was, wo, wie lange, bei wem gekauft werden kann, liegt in den Händen der Zentralbank und ihrer Verwaltern.

Auch die Sanktionierung systemkritischer Bürger wäre in dem neuen System ganz einfach. Mit einem Tastendruck könnte die Verbreitung ungewünschter Informationen mit allem bestraft werden, was das tyrannische Herz begehrt: Geldstrafe, Einkaufsverbot, Entzug des Führerscheins, Ausschluss vom öffentlichen Nah- oder Fernverkehr und vieles mehr. Man könnte auch Bezahlen, Reisen, Restaurantbesuche und allerlei weitere alltägliche Dinge an den Impfstatus koppeln und somit all jenen, die eine Impfung ablehnen, das Leben erschweren oder sogar komplett verunmöglichen – und zwar ganz ohne Schlupflöcher, wie es sie dank analogen und dezentralen Vorgängen in den vergangenen Jahren noch zuhauf gab.

Die Abwesenheit von Bargeld würde das Handeln abseits von staatlich autorisierten Stellen deutlich erschweren, da das legale Einkaufen nur noch bei lizenzierten Anbietern möglich wäre, was das WEF als «öffentlich-private Partnerschaften» verkündet (Ausgabe 52). Kurzum: Digitales Zentralbankgeld erweitert die

CBDC = Central Bank Digital Currency = Digitales Zentralbankgeld



Foto: Shutterstock/ SergeiShimanovich

Ein wesentlicher Eckpfeiler der geplanten Totalüberwachung wird eine neue Form des Geldes sein, in dessen Implementierung China dem Westen um einige Schritte voraus ist. Mehr dazu auf den kommenden Seiten.

GESELLSCHAFT
FÜR INFORMATIK



Digitale Währungen schaffen gläserne Menschen

Die Gesellschaft für Informatik in einer Pressemitteilung vom 22.11.2022

Die Gesellschaft für Informatik e.V. (GI) ist mit rund 20'000 Mitgliedern die grösste und wichtigste Fachgesellschaft für Informatik im deutschsprachigen Raum. Sie warnt vor rein digitalen Währungen und «dass das Zurückdrängen des Bargeldes zulasten von Privatsphäre, Sicherheit und Freiheit gehen kann».



Foto: Monoceros Prudentis (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:073_b_Christine_Anderson_EU-Parlament.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

„Das <digitale EU-COVID-Zertifikat> ist ein Angriff auf Freiheit, Menschenrechte und Menschenwürde. Bürger ohne gültiges Zertifikat wurden und werden ohne wissenschaftliche Grundlage aus dem gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen, teilweise ihrer Erwerbsfreiheit beraubt. In Wahrheit geht es darum, die Menschen gefügig zu machen, um sie der digitalen Überwachung durch den Staat zu unterwerfen. Das <Sozial-Punkte-System> Chinas lässt grüssen!“

Christine Anderson, Mitglied des EU-Parlaments, zur inzwischen geglätteten Verlängerung des digitalen «COVID»-Zertifikats durch die EU

Quelle: christineanderson.eu, EU will Covid-Pass verlängern - Wehren wir uns!, 07.04.2022



„Wir erleben gerade die <Chinaifizierung> Europas. Wir sehen, was gerade in China mit dem Sozialen Kreditsystem passiert, wo die Regierung alle Menschen ununterbrochen überwacht. Alles, was sie tun, wohin sie auch gehen. Sie kontrollieren und beobachten alles. Das ist das Musterbeispiel für eine Tyrannei.“

Cristian Terheş, rumänischer EU-Abgeordneter, im November 2021

Quelle: youtube.com, BREAKING CRISTIAN TERHEŞ: THE CHINAFICATION OF EUROPE 26/11/2021, 26.11.2021



Der Zwang zum «Digitalen COVID-Zertifikat» der EU wurde vorerst zurückgedrängt. Bisher ist es nicht verpflichtend, könnte aber jederzeit dazu gemacht werden, wenn sich die EU-Bürokraten dafür entscheiden, die «Corona»-Daumenschrauben wieder fester anzudrehen.

Möglichkeiten der Kontrolle über den Einzelnen in bisher ungekanntem Ausmass. Zum ersten Mal in der Geschichte erfüllt sich der Traum der Tyrannen, die Gesamtheit ihrer Untertanen jederzeit problemlos hinter Gitterstäbe sperren zu können – Gitterstäbe, die in ihrer digitalen Form das Gefängnis verschleiern, in das jeder Einzelne gesteckt werden kann.

Die digitale Identität

Eng mit der Funktion der CBDCs verbunden, ist die Einführung einer sogenannten «digitalen Identität». Sie wird vom WEF, der EU, der Gates-Stiftung und anderen zentralen Akteuren bereits seit längerem forciert. Nicht zuletzt gehört zu den «UN-Nachhaltigkeitszielen» (Unterziel 16.9), bis 2030 sicherzustellen, dass jeder Bürger von einem Identitätssystem erfasst wurde und über eine «legale» Identität verfügt, die explizit auch digital sein kann. ⁽¹⁾ Bei der digitalen Identität, so wie sie dem WEF und Co. vorschwebt, handelt es sich aber um weit mehr als nur um einen digitalen Ausweis. Schlussendlich sollen für die digitale ID zig Daten aus vielen Aspekten des Lebens der Menschen über ihre Geräte, Telekommunikationsnetze und Drittanbieter gesammelt werden: Informationen über das Online-Verhalten, über Standorte, die Kauf- und Kredithistorie, die Kran-

kengeschichte und Gesundheitsstatistik. Informationen zu Energienutzung, Bildung sowie biometrische Daten (Fingerabdruck, Gesichtsscan, etc.) sollen ebenso zur digitalen Identität gehören und erfasst werden wie Name, Geburtsdatum und Wohnort. Das Handeln, die persönlichen Einstellungen, Vorlieben und Abneigungen des einzelnen Individuums würden erfasst, gesammelt und zu einem Profil – der digitalen Identität – zusammengefasst.

In einem Bericht mit dem Titel «Advancing Digital Agency: The Power of Data Intermediaries» (zu Deutsch: «Die Weiterentwicklung der digitalen Behörde: Die Macht der Datenvermittler»), den das WEF im Februar 2022 veröffentlicht hat, wird skizziert und herausgearbeitet, wie eine derartige Digital-ID aussehen und in den Alltag implementiert werden könnte. Diese Identität könnte dann unter anderem dazu benutzt werden, um Geräte besitzen und bedienen zu können, Bankkonten zu eröffnen, Online-Finanztransaktionen durchzuführen und Geschäftstransaktionen abzuwickeln, Zugang zu Versicherungen und medizinischer Behandlung zu erlangen, Reisen zu buchen, Grenzkontrollen zwischen Ländern oder Regionen zu passieren, Zugang zu Diensten Dritter zu haben, die auf Social-Media-Logins beruhen, Steuern zahlen

zu können, wählen zu dürfen, Sozialleistungen zu beziehen und vieles mehr. ⁽²⁾

Mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit werden die hier aufgezählten Tätigkeiten ohne digitale Identität in Zukunft überhaupt nicht mehr möglich sein. Deutliche Hinweise in diese Richtung streut insbesondere das Weltwirtschaftsforum immer wieder. So erschien im Jahr 2016 ein Artikel auf der WEF-Webseite, dessen Überschrift lautete: «Willkommen im Jahr 2030. Ich besitze nichts, habe keinerlei Privatsphäre und das Leben war niemals besser.» ⁽³⁾ Es handelte sich um ein klares Bekenntnis zu Enteignung und totaler Abschaffung der Privatsphäre – und zu den digitalen Mitteln, die offensichtlich dazu dienen sollen, dieses krude Weltbild umzusetzen, bekannte sich das WEF genauso. Nachdem der Insider-Club von Klaus Schwab für den Artikel gehörigen Gegenwind erfuhr, wurde dessen Überschrift zunächst verharmlosend umformuliert («So könnte sich das Leben in meiner Stadt bis 2030 ändern») und später der gesamte Text von der Webseite entfernt. Dass dies geschah, macht ein wenig Hoffnung, denn es legt nahe, dass das WEF fürchtet, eine zunehmend kritische Öffentlichkeit könne die dystopischen Albtraum-Szenarien, wie sie in China heute Realität werden (siehe S.48 ff.), im Westen noch abwenden.

„Die von der Vierten Industriellen Revolution ausgelösten gewaltigen Innovationen, von Biotechnologie bis zu Künstlicher Intelligenz, legen ganz neu fest, was es bedeutet, ein Mensch zu sein.«⁽¹⁾

„Am Ende wird die Vierte Industrielle Revolution zu einer Verschmelzung unserer physischen, unserer digitalen und unserer biologischen Identitäten führen.«⁽²⁾

Klaus Schwab, Gründer und Vorsitzender des Weltwirtschaftsforums



Quellen:

1. Klaus Schwab, *Die Vierte Industrielle Revolution*, 2016, S.146
2. youtube.com, Chicago Council on Global Affairs, World Economic Forum Founder Klaus Schwab on the Fourth Industrial Revolution, 13.05.2019

Der Begriff «Vierte Industrielle Revolution» - das Projekt, Menschen, Maschinen und Produkte untereinander zu vernetzen - wurde entscheidend vom WEF-Frontmann Klaus Schwab geprägt, der 2016 auch ein gleichnamiges Buch veröffentlichte. Die Verschmelzung von biologischer und digitaler Identität, die Schwab einfordert, ist gleichzusetzen mit der «Cyborgisierung» des Menschen oder dem Transhumanismus.

«Corona»-Pässe als Vorstufe?

Im zuvor genannten Dokument hält das WEF explizit fest, dass die Impfpässe, die während der «Corona-Pandemie» weltweit vorgeschrieben waren, «von Natur aus eine Form der digitalen Identität» darstellten, was die Vermutung nahelegt, dass eines der Ziele des Impfterrors darin bestand, diese erste Form einer digitalen ID einzuführen und gesellschaftlich zu legitimieren. Bevor die Massnahmen vorläufig fielen, wurde z.B. Mitte 2021 ein digitales «Corona»-Zertifikat eingeführt. Einige Mo-

nate zuvor hatte die EU-Kommissionspräsidentin Ursula von der Leyen eine bedeutungsschwangere Rede gehalten (Ausgabe 52), in der sie zu einer allgemeinen digitalen Identität gedrängt hatte.⁽¹⁴⁾ Die EU-Kommission hatte geplant, harte Regeln zu etablieren und z.B. die Gültigkeit des «COVID»-Zertifikats nach einer Booster-Impfung auf neun Monate zu beschränken, sodass nach verstrichener Zeit eine weitere Impfung notwendig geworden wäre, damit der Halter des Zertifikats weiter Reisefreiheit gewährt bekommen hätte.⁽¹⁵⁾ Dass die Kommission das Recht auf Reisen vorerst nicht an das digitale Zertifikat koppeln konnte, bedeutet nicht, dass von dem Daten-Do-

kument abgesehen wurde. Das Zertifikat ist bis heute gültig und wird weiterhin als Reisedokument akzeptiert. Würde man die «Corona»-Daumenschrauben wieder fester andrehen, dann stünde das EU-Zertifikat weiterhin bereit, um es verpflichtend einzuführen.

Propheten eines Albtraums

Das WEF geht davon aus, dass die Technik rund um die digitalen IDs irgendwann in der Lage sein wird, die Auswahl von Präferenzen und das Treffen bestimmter Entscheidungen im Voraus zu ermöglichen und dass sie letztlich den Weg für eine automatisierte Entscheidungsfindung ebnen wird. Menschliche Handlungsfreiheit würde dadurch vollständig an die Algorithmen übertragen, was denjenigen, die die Kontrolle über diese besitzen, zu gottgleicher Macht verhelfen würde. Die Machtelite wäre in der Lage, das einzelne Individuum einem Computer gleich zu «bedienen» und sich in seinen Verstand zu «hacken». In den Worten des vom WEF in allen Ehren gehaltenen Yuval Noah Harari: «Einen Menschen zu hacken, heisst: ihn besser zu verstehen und zu durchschauen, als er selber das vermag. Früher oder später werden verschiedene Instanzen, seien es nun Unternehmen oder Staaten, die Gefühle, Wünsche, Ängste und Gedanken der Menschen mithilfe von Algorithmen ermitteln können. Die Folgen liegen auf der Hand: Wer die inneren Regungen der Menschen kennt, kann ihre Handlungen antizipieren. Und ihre Begehren natürlich auch manipulieren. Letztlich werden diese Instanzen also immer mehr Entscheidungen an unserer Stelle treffen, weil sie unsere inneren Abläufe absolut perfekt erfassen.»⁽¹⁶⁾ Das Ergebnis wäre also ein «Mensch» ohne freien Willen, der zu einer Art seelenlosem Roboter transformiert wurde. «Die von der Vierten Industriellen Revolution ausgelösten gewaltigen Innovationen, von Biotechnologie bis zu Künstlicher Intelligenz, legen ganz neu fest, was es bedeutet, ein Mensch zu sein», schrieb Klaus Schwab in seinem Buch «Die Vierte Industrielle Revolution». Man muss sich tatsächlich fragen, inwieweit ein volldigitalisierter und fremdgesteuerter «Mensch» der Bezeichnung als solcher überhaupt noch gerecht wird.⁽¹⁷⁾

Fernab von Freiheit

Die Implementierung der digitalen Überwachungswerkzeuge (Digital ID,



„In einigen Dekaden wird man auf das Jahr 2020 zurückblicken und an was sich die Leute von der Corona-Krise erinnern können, wird sein: Das war der Moment, als alles digital und beobachtbar wurde. Der Moment, in dem wir zugestimmt haben, die ganze Zeit überwacht zu werden - nicht nur in totalitären Regimen, sondern sogar in Demokratien.«

Yuval Noah Harari, israelischer Historiker an der Hebräischen Universität Jerusalem und mehrfacher WEF-Teilnehmer, im September 2020 in Athen

Quelle: youtube.com, Yuval Noah Harari: Panel Discussion on Technology and the Future of Democracy, 04.10.2020

Foto: Moheen (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Yuval_Noah_Harari_photo.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

CBDC etc.) wird das Ende aller Anonymität und aller bürgerlichen Freiheit einleiten. China ist bei der Einführung und bei der Umsetzung dieses engmaschigen Kontrollnetzes schon einen gewaltigen Schritt weiter als der Westen, doch auch dort ist die Entwicklung noch längst nicht abgeschlossen, sondern nach wie vor in vollem Gange. Auf den folgenden Seiten wollen wir uns im Detail anschauen, welche Entwicklungen auf uns zurollen und inwieweit diese in China bereits Realität geworden sind, denn noch ist Zeit, aufzustehen und sich dagegen zur Wehr zu setzen.

Aber damit Widerstand Früchte trägt, braucht es eine Vision, wie es denn sein könnte – wie es denn sein sollte. Aus diesem Grund soll auf den abschliessenden Zeilen dieses einleitenden Artikels der Historiker A. J. P. Taylor zu Wort kommen, der in einem von ihm verfassten Buch über die Geschichte Grossbritanniens zwischen 1914 und 1945 eine Lebensrealität beschreibt, die so fernab von dem ist, was wir heute «Normalität» nennen, dass es wichtiger denn je erscheint, sich diese vor Augen zu führen – sei es, um zu erkennen, was einst «normal» und vollumfänglich «funktional» gewesen ist. Man möchte mit diesem Exkurs nicht suggerieren, zu Beginn des 20. Jahrhunderts wäre die Welt völlig in Ordnung gewesen, sondern nur einen Einblick eröffnen und die Erinnerung an eine Zeit wachrütteln, in welcher der Begriff «individuelle Freiheit» keine leere Floskel war, sondern noch eine Bedeutung hatte. Taylor schreibt: «Bis August 1914 [Beginn des Ersten Weltkrieges] konnte ein vernünftiger, gesetzestreuer Engländer durchs Leben gehen ohne die Existenz des Staates zu bemerken, wenn man von der Post und dem Polizisten absieht. Er konnte leben, wo er wollte und wie er wollte. Er hatte keine offizielle Nummer und keinen Personalausweis. Er konnte ins Ausland reisen oder sein Land für immer verlassen, ohne einen Pass oder irgendeine offizielle Erlaubnis zu benötigen. Er konnte sein Geld ohne Einschränkung oder Limit



“Ich muss sagen, wenn ich nun Namen nenne wie Angela Merkel und Wladimir Putin und so weiter, sie waren alle Young Global Leaders des Weltwirtschaftsforums. Aber, worauf wir heute besonders stolz sind: Diese junge Generation wie Premierminister Trudeau, der Präsident von Argentinien und so weiter – wir dringen in die Kabinette ein. Gestern war ich auf einem Empfang für Premierminister Trudeau. Und ich weiss, dass tatsächlich sein halbes Kabinett, mehr als das halbe Kabinett, aus Young Global Leaders des Weltwirtschaftsforums besteht.»

Klaus Schwab, 2017 in einem öffentlichen Gespräch an der Harvard-Universität, wo ihn Henry Kissinger in den 60ern entdeckte

Quelle: youtube.com, WEF - Klaus Schwab (founder of The World Economic Forum): «We penetrate the cabinets», 02.06.2022

Müsste diese Aussage den Normalbürger nicht zum Nachdenken bringen? Wo man gemeinhin meint, die Auswahl von Politikern sei im Zeitalter der Demokratie allein dem Willen des Volkes unterworfen, rühmt sich Schwab damit, dass er seine Einflussagenten in praktisch alle Kabinette dieser Welt schmuggeln kann. Hegen die Wähler einfach grosse Sympathien für Schwabs Zöglinge? Das ist doch eher unwahrscheinlich. Wahrscheinlicher ist die Annahme, dass die Politiker schon vor den Wahlen von WEF und Co. vorselektiert werden. Was den Wählern bleibt, ist die Simulation einer freien Entscheidung und die Illusion, die Menschen könnten durch eine Stimmabgabe per Wahlzettel zu Herren ihres Schicksals werden.

in jede andere Währung umtauschen. Er konnte in jedem anderen Land der Welt Waren zu den gleichen Bedingungen kaufen wie im Inland. [...] Einkommensstarke Haushalte wurden gelegentlich zum Geschworenendienst herangezogen. Ansonsten halfen nur diejenigen dem Staat, die es wollten. Der Engländer zahl-

te Steuern in bescheidenem Umfang: fast 200 Millionen Pfund in den Jahren 1913–1914, also weniger als acht Prozent des Nationaleinkommens. [...] Im Grossen und Ganzen hilft der Staat jedoch nur denjenigen, die sich nicht selbst helfen können. Er liess den erwachsenen Bürger allein.» ⁽¹⁸⁾ (as/th)

Quellen:

1. The Journal of American History, Vol. 70, No. 4, Frank Ninkovich, The Rockefeller Foundation, China, and Cultural Change, 03.1984, S.799-820
2. nytimes.com, From a China Traveler, 10.08.1973
3. web.archive.org, nytimes.com, Associating the «Davos Spirit» With China's Rising Economy, 01.12.2019
4. silview.media, We Found the Missing Link in #TheGreatResetScheme, 26.11.2020
5. Clive Hamilton, Lautlose Eroberung, 2020, S.325
6. xinhuanet.com, President Xi meets Henry Kissinger, 08.11.2018
7. thehindu.com, Putin to meet «old friend» Henry Kissinger, 21.01.2012
8. youtube.com, phoenix: "Das Forum" (Bonus): Klaus Schwab trifft Costa Ricas Präsident Quesada, 17.01.2020
9. youtube.com, Yuval Noah Harari: Panel Discussion on Technology and the Future of Democracy, 04.10.2020
10. weforum.org, What are central bank digital currencies?, 31.08.2022
11. unstats.un.org, United Nations Legal Identity Agenda, Abgerufen am: 31.10.2022
12. weforum.org, Advancing Digital Agency: The Power of Data Intermediaries, 02.2022, S.22
13. weforum.org, Welcome to 2030. I own nothing, have no privacy, and life has never been better, 11.11.2016
14. ec.europa.eu, Präsidentin von der Leyens Rede zur Lage der Union bei der Plenartagung des Europäischen Parlaments, 16.09.2020
15. bild.de, Impfsertifikate sollen nur neun Monate gültig sein, 25.11.2021
16. nzz.ch, Yuval Noah Harari: «Vor einer vergleichbaren Herausforderung hat die Menschheit noch nie gestanden», 23.07.2019
17. Klaus Schwab, Die Vierte Industrielle Revolution, 2016, S.146
18. A. J. P. Taylor, English History 1914-1945, Oxford University Press, 1965, S.1

Auf einem Wahlkampf-Event in Toronto (2013) wurde der heutige kanadische Premier Justin Trudeau gefragt, welches Land er am meisten bewundere. Er antwortete:

„Ich bewundere China in gewissem Masse, weil es aufgrund seiner Diktatur in der Lage ist, seine Wirtschaft im Handumdrehen umzukrempeln und zu sagen: «Wir müssen umweltfreundlicher werden... wir müssen anfangen, in Solaranlagen zu investieren.»»

Quelle: ctvnews.ca, Trudeau under fire for expressing admiration for China's «basic dictatorship», 08.11.2013



Klaus Schwab und Kanadas Premier Justin Trudeau plaudern.

„Wenn du dich nicht impfen lassen willst, ist das deine Wahl. Aber glaube nicht, dass du dann in ein Flugzeug oder einen Zug neben Geimpfte einsteigen und sie damit gefährden kannst.“

Justin Trudeau, Kanadas Premierminister, August 2021

Quelle: youtube.com, Trudeau To The Unvaccinated: You Can't Go On Planes Or Trains And «Put People At Risk», 25.08.2021

Acht Jahre nach seiner Liebesbekundung für China war der Schwab-Musterschüler Justin Trudeau voll in seinem Element und konnte sein Land «im Handumdrehen umkrempeln». Ganz im Stile der KPCh wollte er kurzerhand neue Regeln aufstellen, denen sich «sein» Volk beugen sollte - eine Kommandowirtschaft mit den Kanadiern als beliebige Verschiebemasse. Vorübergehend scheint dieser Plan gestoppt, doch Trudeau Untertanen sollten sich nicht zu sicher fühlen. Ob sein «halbes Kabinett» immer noch aus WEF-Kadern besteht, wie Schwab 2017 behauptete (siehe S.11)?



Angela Merkel im März 2019 bei einem Treffen mit Xi Jinping

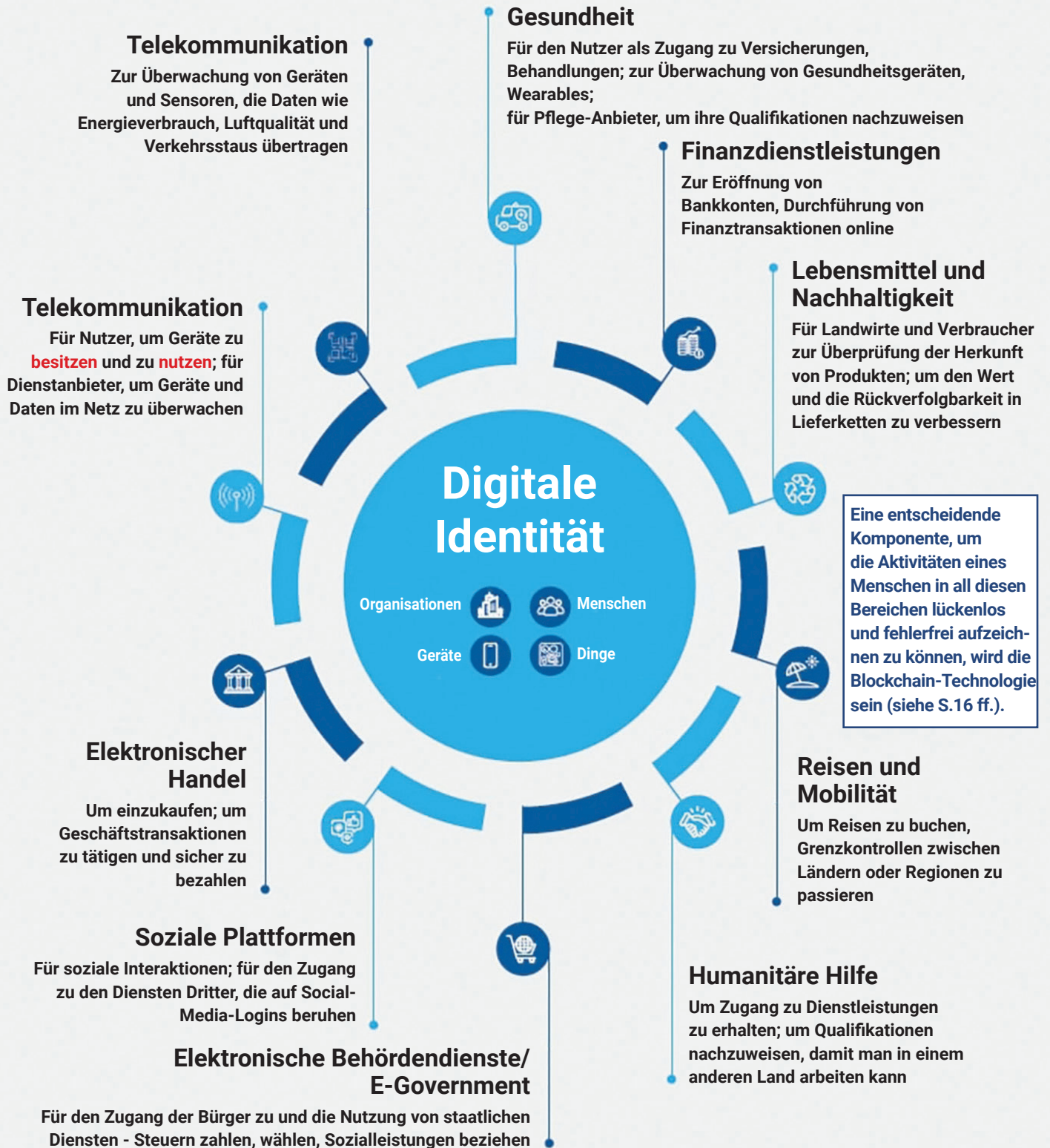
„Letztes Jahr bat ich einen Diplomaten, der viele Jahre lang eng mit Angela Merkel zusammengearbeitet hatte, die Ansichten der deutschen Regierungschefin zu China zusammenzufassen. Ich hatte erwartet, eine Liste von Bedenken über den autoritären Kurs des Landes unter Xi Jinping, die Notlage der Uiguren und die Rolle des Staates in der chinesischen Wirtschaft zu hören. Stattdessen sprach der Diplomat über **Merkels Bewunderung für Chinas wirtschaftliche Errungenschaften** und ihre Wertschätzung für die Rolle, die Peking während der europäischen Finanzkrise vor einem Jahrzehnt gespielt hatte, als China die Anleihen der angeschlagenen Mitgliedstaaten der Eurozone aufkaufte und einen Markt bereitstellte, auf dem deutsche Unternehmen weiterhin florieren konnten.“

Noah Barkin, Experte für die europäisch-chinesischen Beziehungen, in einem Artikel für das Magazin Foreign Policy, Ende 2020

Quelle: foreignpolicy.com, What Merkel Really Thinks About China - and the World, 31.12.2020

Angela Merkel und Justin Trudeau sind nicht die letzten beiden Polit-Ikonen, die sich in dieser Doppelausgabe als China-Sympathisanten outen werden.

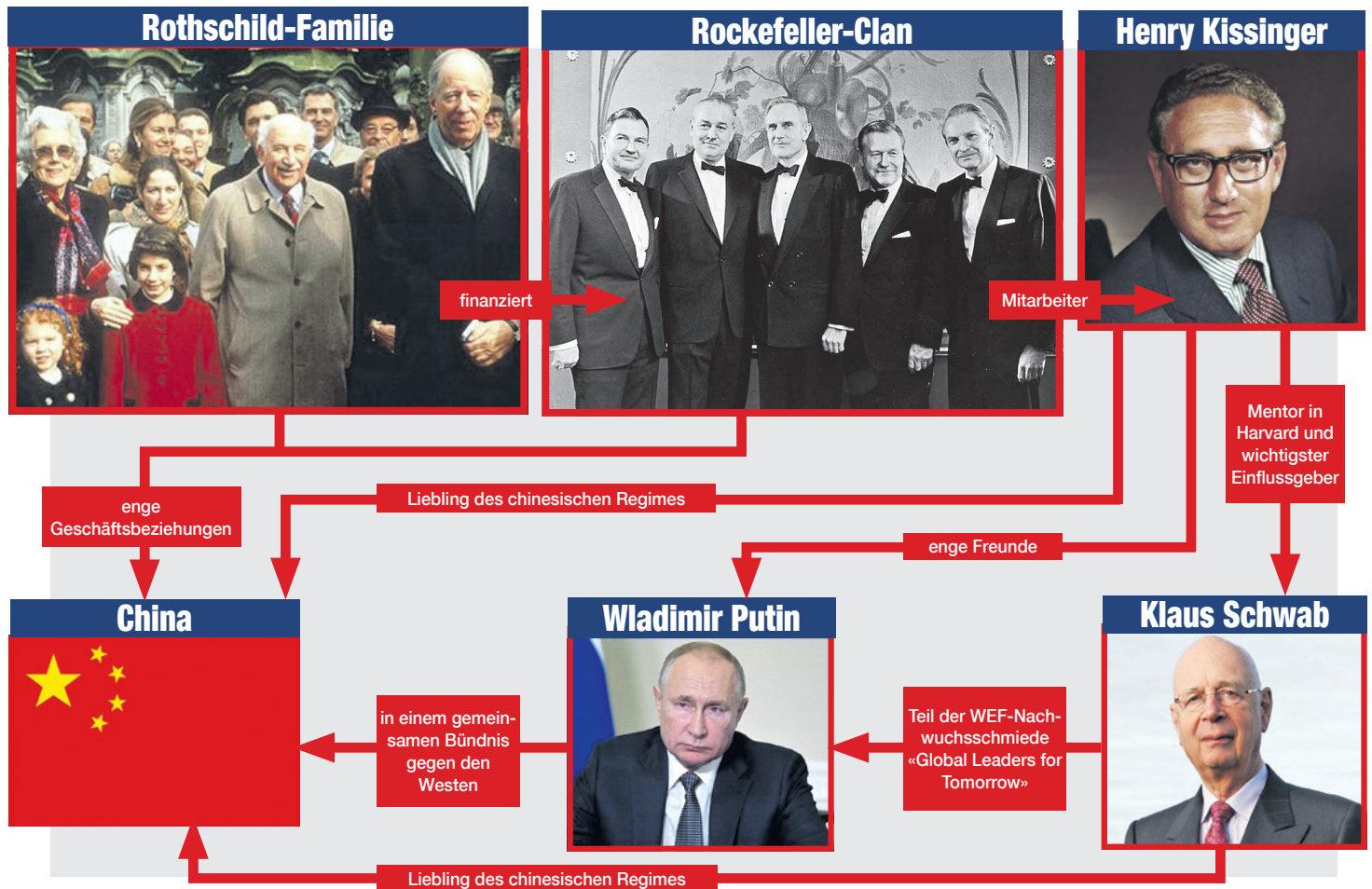
So stellt sich das Weltwirtschaftsforum die digitale Identität vor



Es handelt sich hierbei um die Übersetzung einer englischen Grafik, die 2018 vom Weltwirtschaftsforum veröffentlicht wurde. Diese skizziert die ideale digitale Identität, wie sich das WEF sie vorstellt. Mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit werden die hier aufgeführten Tätigkeiten ohne digitale Identität in Zukunft nicht mehr möglich sein. Darauf deutet unter anderem hin, dass das WEF das «Nutzen» und «Besitzen» elektronischer Telekommunikationsgeräte an eine digitale ID koppeln will. Der Kauf und das Benutzen eines Smartphones sollen offenkundig nur noch mit digitalem Identitätsnachweis möglich sein. Und wer könnte heute noch auf ein Smartphone oder einen Laptop als Arbeits-, Unterhaltungs- und soziales Kommunikationsgerät verzichten?

Würden alle Lebensbereiche eines Menschen vollständig in den digitalen Raum verlagert werden, dann könnte in Echtzeit ein Profil seines gesamten Alltags erstellt werden, das dann von einer dritten Partei eingesehen und sanktioniert werden könnte. Eine digitale Identität ist kein Ausweispapier im herkömmlichen Sinne, das digitalisiert wurde, sondern eine Datenbank unseres gesamten Handelns, mit der es sich in Zukunft wohl «auszuweisen» gilt, um Zugriff und Eintritt zu den oben gelisteten Bereichen zu erhalten.

Quelle: World Economic Forum, Identity in a Digital World A new chapter in the social contract, 2018



Putin und Kissinger sind Freunde!

Putin Welcomes Kissinger: 'Old Friends' to Talk Shop

Schlagzeile der New York Times vom Januar 2012: «Putin begrüßt seinen «alten Freund» Kissinger, um zu fachsimpeln.»



Henry Kissinger und Wladimir Putin bei einem Treffen im Jahr 2017

«Es heisst, dass in der Zentralen Parteischule in Peking nur ein einziges Bild von einem Ausländer an der Wand hänge – eines von Henry Kissinger.»

Clive Hamilton, Professor für allgemeine Ethik am Zentrum für angewandte Philosophie und Ethik (CAPPE) in Australien, in seinem Buch «Lautlose Eroberung»

Quelle: Clive Hamilton, Lautlose Eroberung, 2020, S.325



Jacob Rothschild, Oberhaupt der britischen Rothschilds, schüttelt 2015 Liu Xiaoming, dem chinesischen Botschafter im Vereinigten Königreich, die Hand.

«Ich habe in den letzten 40 Jahren praktisch jeden Anführer getroffen. Es gab nur 3-4 Anführer, die bei mir einen bleibenden Eindruck hinterlassen haben, und zu einem gewissen Grad mein Denken geändert haben. Einer von ihnen war Nelson Mandela und ein anderer war mein Lehrer in Harvard vor 50 Jahren, Professor **Henry Kissinger**.»

Klaus Schwab in einem Interview

Quelle: silview.media, We Found the Missing Link in #TheGreatReset Scheme, 26.11.2020

Sie alle sind miteinander vernetzt und das anvisierte Ziel dieser einflussreichen Gruppe besteht augenscheinlich darin, die einstmalen freien Völker nach und nach der Kontrolle einer zentral verwalteten Weltregierung mit digitalem Kontrollnetz auszuliefern.



Wie in Ausgabe 50 herausgearbeitet, verdankt die neue Supermacht China ihre heutige Position massgeblich der Unterstützung der global agierenden Hochfinanz, namentlich den Bankdynastien Rothschild und Rockefeller, die durch ihren Agenten Henry Kissinger die «Öffnung Chinas» einleiteten.

Schon lange vor diesem Schritt Kissingers in den 70ern hatte die Hochfinanz eine Schlüsselrolle in der jüngeren Geschichte Chinas gespielt, z.B. die Rockefeller-Stiftung mit ihrem «Programm zum Wiederaufbau des ländlichen Raums» in den 1930ern. Jenes Programm wurde vom damaligen Stiftungspräsidenten Selskar M. Gunn mit dem Argument gerechtfertigt, dass China «den Sozialwissenschaften etwas bietet, was bisher fehlte», nämlich ein «Labor, in dem Experimente unter kontrollierten Bedingungen durchgeführt werden können». Einer verdächtig ähnlichen Formulierung bediente sich später niemand anderes als David Rockefeller persönlich, der die kommunistische Politik von Mao, die Dutzende Millionen Menschenleben forderte, 1973 in einem New-York-Times-Artikel als ein gelungenes «soziales Experiment» betitelte. Das muss an dieser Stelle besonders hervorgehoben werden, denn China scheint tatsächlich eine Art Freiluftlaboratorium der Technokratie darzustellen, in welchem schon seit Jahrzehnten die administrative Infrastruktur erprobt wird, die in letzter Konsequenz weltweit implementiert werden soll.

Unter dem Namen «The Great Reset» wird aktuell auch im Westen eine technokratische, transhumanistische Agenda vorangetrieben, im Zuge derer jener Überwachungsstaat ausgerollt wird, der in den vorangegangenen Dekaden auf massgebliche Weise im «Labor» China entwickelt wurde. Frontfigur dieses «Grossen Umbruchs» ist der WEF-Gründer Klaus Schwab, der genau wie sein zentraler Mentor – der Rockefeller-Abgesandte Henry Kissinger – eine Schlüsselfigur bei der «Öffnung Chinas» war. Sowohl Schwab als auch Kissinger werden von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) deshalb in allen Ehren gehalten. Russlands Präsident Wladimir Putin wiederum pflegt ebenfalls beste Beziehungen zu Schwab und Kissinger, während es gleichzeitig auch in den Mainstream-Medien kein Geheimnis mehr ist, dass Russland und China immer enger partnerschaftlich zusammenwachsen. Die Konflikte zwischen so manch elitärer Gruppe aus Ost und West scheinen in Wahrheit nur für das Publikum der von ihnen kontrollierten Massenmedien zu existieren. Vieles deutet darauf hin, dass praktisch alle politischen, finanziellen und wirtschaftlichen Kräfte schlussendlich an einem gemeinsamen Strang ziehen, um die einstmals freien Völker allmählich der Kontrolle einer Weltregierung auszuliefern.

Es endet jedoch nicht bei der Weltregierung, denn die technologischen Möglichkeiten der Gegenwart haben das Repertoire dieser Kontrollkaste beträchtlich erweitert und es wäre nicht ohne Grundlage, würde man behaupten, dass der dystopische Traum vom vollkommen gläsernen und kontrollierbaren Menschen dank technischer Finesse mittlerweile in greifbare Nähe gerückt ist. Kontrollsüchtige Despoten mit unstillbarem Machthunger gab es seit jeher, aber die reale Möglichkeit, Milliarden von Menschen auf Schritt und Tritt zu überwachen, und vor allem sie durch ein Feedback-System lenken zu können, ist ein historisches Novum.

Zwei wesentliche Eckpfeiler der digitalen Tyrannei der Zukunft sind CBDCs und digitale Identitäten. CBDC ist ein

Akronym für «Central Bank Digital Currency», zu Deutsch digitales Zentralbankgeld, an dessen Einführung bereits seit Jahren gearbeitet wird. Während vorher «nur» die einzelnen Geschäftsbanken darüber im Bilde waren, wann und wo ihre Kunden mit Karte bezahlen und jedwede Transaktion mittels Bargeld sogar vollkommen anonym getätigt werden konnte, ist dies bei CBDCs nicht mehr länger möglich. Jede Bezahlung wird über die Zentralbank abgewickelt und in eine zentral verwaltete Blockchain (siehe S.16 ff.) eingespeist. Das bedeutet: Die Zentralbank weiss über jeden Austausch in Echtzeit Bescheid und verfügt somit über die vollkommene Kontrolle, was Zahlungsströme betrifft. Digitales Zentralbankgeld erweitert die Möglichkeiten der Kontrolle über den Einzelnen in bisher ungekanntem Ausmass.

Eng mit der Funktion der CBDCs verbunden, ist die Einführung einer sogenannten «digitalen Identität». Zu ihr soll letztlich alles gerechnet werden, was als Datenmaterial sammelbar ist: das Handeln, die (politische) Einstellung, die Vorlieben und Abneigungen des einzelnen Individuums würden erfasst, kategorisiert und zu einem Profil zusammengetragen. Es wirkt momentan sehr wahrscheinlich, dass eines Tages keine alltägliche Aktivität (Einkaufen, Reisen, Internetnutzung etc.) mehr ohne digitale Identität ausführbar sein wird. Deutliche Hinweise in diese Richtung streut das vom Kissinger-Protegé Klaus Schwab gegründete WEF immer wieder. So erschien im Jahr 2016 ein Artikel auf der WEF-Webseite, dessen Überschrift lautete: «Willkommen im Jahr 2030. Ich besitze nichts, habe keinerlei Privatsphäre und das Leben war niemals besser.»

Die Tatsache, dass China bei der Umsetzung dieses engmaschigen Kontrollnetzes schon einen gewaltigen Schritt weiter ist als der Westen, erklärt wohl die Euphorie des WEF und seiner «Young Global Leaders» (WEF-Kaderschmiede) wie z.B. Kanadas Premierminister Justin Trudeau für das Reich der Mitte. Auf einem Wahlkampf-Event in Toronto sagte Trudeau 2013: «Ich bewundere China in gewissem Masse, weil es aufgrund seiner Diktatur in der Lage ist, seine Wirtschaft im Handumdrehen umzukrempeln und zu sagen: «Wir müssen umweltfreundlicher werden... wir müssen anfangen, in Solaranlagen zu investieren.»

Zum ersten Mal in der Geschichte erfüllt sich der Traum der Tyrannen, die Gesamtheit ihrer Untertanen vollständig kontrollieren zu können. Das digitale Gefängnis befindet sich weltweit im Aufbau, aber in keiner anderen Nation ist es weiter fortgeschritten als in China, wo es die KPCh mit der vollen Unterstützung der Hochfinanz realisiert.

Auf den folgenden Seiten wollen wir uns im Detail anschauen, welche Entwicklungen auf uns zurollen und inwieweit diese in China bereits Realität geworden sind, denn noch wäre Zeit, aufzustehen und sich dagegen zu stellen. Zunächst muss aber in einigen Grundlagentexten erläutert werden, wie der digitale Gefängnisplanet der Zukunft aussehen wird und wer konkret diese Entwicklung vorantreibt. Im nun folgenden Artikel wollen wir unsere Aufmerksamkeit der Blockchain-Technologie widmen, die eine weitere Schlüsselkomponente des kommenden Systems darstellen soll. Deshalb gilt es, die Eigenschaften und Grundzüge der Blockchain zumindest im Allergrößten zu verstehen. Im kommenden Teil der Ausgabe unternehmen wir einen Erklärungsversuch.

Auf einen Blick

- CBDCs und die digitale Identität der Zukunft werden auf der Blockchain-Technologie basieren.
- Da die Blockchain sowohl manipulations- als auch fälschungssicher und auch lückenlos nachverfolgbar ist, stellt sie ein ideales Instrument zur Überwachung dar.
- Das erklärt, warum China und seine Steigbügelhalter (EU, UNO, WEF usw.) sich der massiven Förderung der Blockchain verschrieben haben.

Blockchain: «Ein Segen für die Überwachung»

Die Blockchain, auch als Distributed Ledger Technology (DLT) bekannt, wird als eine der grössten technischen Innovationen der jüngeren Geschichte beschrieben und spätestens seitdem die Kryptowährung Bitcoin in aller Munde ist, dürfte es kaum noch jemanden geben, der den Begriff Blockchain noch nie gehört hat. Doch auch wenn das Kryptogeld in den meisten Fällen die erste Assoziation ist, die sich aufdrängt, beschränkt sich das revolutionäre Potenzial dieser noch verhältnismässigen Technologie bei Weitem nicht nur auf das Feld der Digitalwährung. Verschiedenen Zukunftsforschern zufolge soll die Blockchain-Technologie langfristig nicht nur dazu in der Lage sein, das Währungs- und Bankensystem, sondern auch das Internet sowie das gesamte Bürokratie- und damit das Staatswesen massgeblich zu verändern. Welt-Online schrieb dazu in einem Artikel aus dem Jahr 2017: «Blockchain-Technologie soll

dafür sorgen, dass wir in Zukunft all die Dinge sicher im Netz tun können, die heute offline und oft noch auf Papier erledigt werden müssen. Wir werden zum Beispiel rechtsgültige Verträge ohne Notare schliessen können und so Werte übertragen, Häuser verkaufen, Geldgeschäfte tätigen. Eine Bank soll dafür auch nicht mehr nötig sein. Urheberrechte werden auch sehr viel einfacher durchzusetzen sein.» ⁽¹⁾ Kurzum: Es ist davon auszugehen, dass Blockchains in der zunehmend digitalisierten Welt von morgen eine tragende Rolle spielen werden. Grund genug also, sich mit der Funktionsweise dieser neuartigen Technik vertraut zu machen.

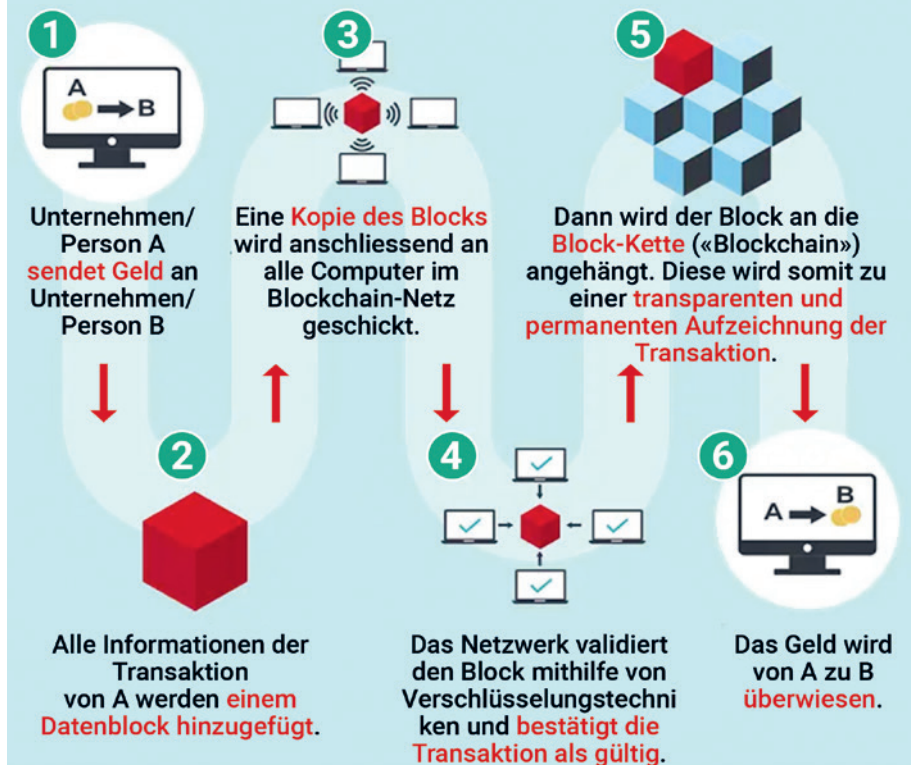
Was ist eine Blockchain?

Auf das Wesentliche heruntergebrochen, ist die Blockchain eigentlich nichts anderes als ein digitales Kontenbuch bzw. eine digitale Datenbank – praktisch ein permanentes Protokoll von verschiedensten Transaktionen. Sie ermöglicht es, jegliche Art von Information zu spei-

chern, zu verarbeiten, zu teilen und zu verwalten. Die Inhalte werden dabei in einer kontinuierlichen Liste von Datensätzen – in den namensgebenden Blocks – mittels Kryptographie verkettet und gesichert. Bleiben wir zunächst beim konkreten Beispiel Bitcoin: In den einzelnen Blöcken der Bitcoin-spezifischen Blockchain finden sich alle Informationen über jede einzelne jemals erfolgte Transaktion. Diese Informationen werden dezentral auf zig unterschiedlichen Geräten parallel gesichert. Diese Dezentralität garantiert Sicherheit, da die Block-Kette nicht beliebig verändert werden kann. Gleichzeitig bleibt die Bitcoin-Blockchain öffentlich einsehbar. Theoretisch könnte jeder Einzelne jede Bitcoin-Bewegung nachverfolgen und jedes Konto einsehen. Um trotzdem Anonymität zu garantieren, werden die einzelnen Konten der jeweiligen Nutzer verschlüsselt: Jeder Bitcoin-Nutzer verfügt über eigene Adressen, welche aus einer Abfolge von Zahlen und Buch-



Wie funktioniert Blockchain-Technologie? Beispiel Überweisung



staben bestehen, die zumindest von der Öffentlichkeit keiner eindeutigen Person zugeordnet werden können.

Diese Kombination aus dezentraler Verwaltung und öffentlicher Kontrolle ist die klare Stärke des Bitcoins, die ihn nahezu manipulations- und fälschungssicher macht. Die auf diese Weise aufgebaute Blockchain garantiert einen sicheren Austausch, ohne dabei einen Mittelsmann zu benötigen, und tatsächlich würde eine Blockchain-basierte Währung die Funktion der herkömmlichen Banken weitestgehend obsolet machen. Vor diesem Hintergrund erhoffen und versprechen sich viele, dass das Aufkommen und die Verbreitung dieser Art der Blockchain-Technologie das Ende der zentralisierten Macht bedeuten könnte, was massgeblich dazu beitragen würde, eine freiere Gesellschaft aufzubauen. Es handelt sich hierbei zweifelsfrei um einen frommen Wunsch, der allerdings einer gründlichen Überprüfung unterzogen werden sollte. Denn während die Blockchain-Technologie ohne Zweifel über revolutionäres Potential verfügt, ist sie für sich genommen mit Sicherheit kein Garant für die Förderung von Freiheit. Genau wie jede andere Technologie und jedes andere Werkzeug ist sie als grundsätzlich neutral zu betrachten und kann – je nachdem, wer sie wie nutzt – sowohl zur Befreiung

als auch zur Unterdrückung der Völker eingesetzt werden. Eine dezentral organisierte Blockchain wie Bitcoin ist nur eine von mehreren Möglichkeiten, wie die Technologie der Blockchain gedacht und konzipiert werden kann, aber selbst eine dezentrale Struktur birgt Möglichkeiten für den Überwachungsstaat und damit Risiken für die Freiheit. Doch dazu später mehr, zunächst wollen wir den Blick China zuwenden.

China und die Blockchain

China hat sich wie kaum ein anderes Land dem Ausbau und der Förderung der Blockchain verschrieben. Das mag im ersten Moment paradox erscheinen, denn China ist auch jenes Land, in dem Blockchain-basierte Kryptowährungen, Krypto-Nachrichtenseiten, Kryptobörsen etc. abgeschafft und verboten wurden. Die Förderung durch die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) ergibt erst dann Sinn, wenn man sich vergegenwärtigt, dass Blockchain allein eben kein Garant für Dezentralisierung ist. Während dieses wichtige Element im Westen beinahe untrennbar mit dieser Art von Technologie verbunden wird, stellt China von Anfang an fest, dass die «Blockchain nach chinesischen Charakteristiken» völlig ohne Dezentralität auskommt: Laut einer staatlichen chinesischen Medienseitung ▶

Blick

«Nicht nur Russen-Oligarchen sterben seit Beginn des Ukraine-Kriegs unüblich oft. Zwischen Ende Oktober und Ende November kamen auch die drei Kryptogeld-Ikonen Tiantian Kullander, Nikolai Mushegian und Vyacheslav Taran ums Leben. [...] Stutzig macht da ein wirrer Tweet, den der Blockchain-Pionier Stunden vor seinem Verschwinden ins Netz stellte. Darin schreibt Nikolai Mushegian von einer angeblichen Verschwörung der CIA, des Mossad und Elite-Pädophilen, die ihn jagen würden. «Sie werden mich zu Tode foltern», postet der Krypto-König weiter.»

Blick-Online am 02.12.2022

Quelle: blick.ch, Russe ist der dritte tote Kryptokönig in nur vier Wochen, 02.12.2022

Kryptowährungen wie Bitcoin sind ausdrücklich nicht die Art der Blockchain, die für das digitale Kontrollnetz der Zukunft vorgesehen ist. Man könnte angesichts solcher Meldungen prächtig darüber spekulieren, ob hinter den Toden von drei Krypto-Milliardären im jeweiligen Alter von 29, 30 und 53 innerhalb von nur vier Wochen weit mehr steckt als nur Zufall. Zumindest tritt die dezentrale Blockchain, wie Bitcoin sie darstellt, trotz ihrer Nachteile (siehe S.19 ff.) in Konkurrenz zu zentralisierter Blockchain-Technologie, die sich aktuell in der Entwicklung befindet. Deshalb könnten Halter grosser Mengen an Kryptowährungen dem System ein Dorn im Auge sein.



Im Krieg gegen dezentrale Kryptowährungen ist China dem Westen weit voraus, wobei man annehmen muss, dass der Westen sowieso eine völlig andere Strategie einschlägt, indem er die Nutzung von Kryptowährungen popularisiert (siehe S.24), um ihnen allmählich die Anonymität zu entziehen (siehe S.19 ff.). Die KPCh hatte den Handel mit Krypto-Zahlungsmitteln wie dem Bitcoin schon 2017 verboten – als erstes grosses Land weltweit. Die Blockchain, die von der Partei vorgesehen ist, wird als zentrales Kontrollinstrument funktionieren und keinerlei Anonymität zulassen.

► gehöre «Dezentralisierung» – also die Beseitigung der Befugnisse einer zentralen Behörde – gar nicht zum «Wesen» einer Blockchain, und eine zentrale Behörde loszuwerden, so die Sendung weiter, sei überhaupt nicht denkbar.⁽²⁾ Man kann sich der effizienzsteigernden Eigenschaften der Blockchain bedienen, ohne dabei die freiheitsfördernden Eigenschaften, welche die KP stören, mitzukaufen. China hat dies längst begriffen, und im Jahr 2018 verkündete CCTV, der von der KP kontrollierte Hauptfernsehsender Chinas: «Der Stellenwert der Blockchain ist 10-mal so gross wie der des Internets.»⁽³⁾ 2019 legte Chinas Staatschef Xi Jinping in einer Rede nach und erklärte vor der versammelten Mannschaft des Politbüros, dass es für China an der Zeit sei, sich das wahre Potenzial der Blockchain-Technologie zunutze zu machen. Infolge dieser Ansprache wurde sie zu einer nationalen Priorität für China erhoben.⁽⁴⁾

Zwei Jahre später, im Jahr 2021, wurde die massive Förderung der Blockchain dann endgültig offiziell, nämlich als China sie zum ersten Mal explizit in seinem

14. «Fünf-Jahres-Plan» erwähnte, also in jenem planwirtschaftlichen Entwurf, der die allgemeinen Ziele festhält, auf die das Land im nächsten halben Jahrzehnt und darüber hinaus hinarbeiten will.⁽⁵⁾ Konkret benannte Präsident Xi mehrere potenzielle Anwendungsmöglichkeiten, die gefördert werden sollten: Kredite, Gesundheitsversorgung, Fälschungsbekämpfung, Wohltätigkeit und Ernährungssicherheit.⁽⁶⁾ Die Kryptoanalyse-Webseite LongHash schätzt, dass im Jahr 2020 fast 27'500 neue chinesische Unternehmen in irgendeiner Weise Blockchain-Technologie nutzten – eine Steigerung von 52 Prozent gegenüber 2018.⁽⁷⁾ Doch während sich die Blockchain in vielen Wirtschaftsbereichen als nützlich und effizienzsteigernd erweist, scheint dies bei genauerer Betrachtung nicht der einzige und vermutlich auch nicht der Hauptgrund zu sein, warum China diese Technologie derart fördert und vorantreibt. Grund Nummer Eins dürfte der von der KP errichtete Überwachungsstaat sein, für den sich die Blockchain zunehmend als von geradezu uner-

lässlicher Wichtigkeit erweist. Dr. Arthi Manohar, Forschungsstipendiatin an der Northumbria Universität in Grossbritannien, resümiert, dass dieselbe Technologie, die im Westen als ein Instrument der Volksbefreiung wahrgenommen wird, in China in erster Linie mit «Massenüberwachung und sozialer Kontrolle» in Verbindung gebracht wird.⁽⁸⁾

Grundlage für das Soziale Punktesystem

Dies geschieht aus mehreren Gründen, doch einer der wichtigsten ist, dass die Blockchain über die fundamentale Eigenschaft verfügt, die gespeicherten Informationen zum einen beständig und zum anderen zu 100% nachvollziehbar zu konservieren. Dank dieser Eigenschaften wird sie zu einem idealen Instrument, um Konzepte wie die digitale Identität umzusetzen. Nach dem Jahr 2019 schossen in China Projekte, die Blockchain-basierte Identifikationssysteme verwirklichen wollten, wie Pilze aus dem Boden. Alle persönlichen Daten, die in Summe die digitale ID formen (personenbezogene und biometrische, verhaltensbezogene und Bewegungsdaten, Konsumgewohnheiten, digitale Finanztransaktionen, Internetaktivität etc., siehe S.9 ff.), werden in der Blockchain abgespeichert und sind auf diese Art für jede Behörde zugänglich und in Echtzeit abrufbar. Dank Blockchain gelingt dies auf weit effizientere Weise, als es mit konventionellen Datenbanken möglich wäre. Martin Chorzempa, der sich als wissenschaftlicher Mitarbeiter des «Peterson Institute for International Economics» seit mehreren Jahren mit China befasst, ist der Meinung, dass staatliche Überwachung bzw. Lenkung und Blockchain auf natürliche Weise zusammenpassen, da diese Technologie potenziell «zur Automatisierung vieler Aspekte der Regierungsführung eingesetzt werden kann».⁽⁸⁾ Die selbstausführenden «Smart Contracts» (Computerprotokolle, die Verträge automatisch abwickeln) können «Menschen

» «Aus für Bitcoin, Ethereum und Co. in Russland: Die Nutzung von Kryptowährungen und NFTs für die Bezahlung von Gütern und Dienstleistungen ist ab Ende Juli 2022 per Gesetz verboten.»

Das Technik-Portal golem.de im Juli 2022

Quelle: golem.de, Russland verbietet Kryptozahlungen, 18.07.2022

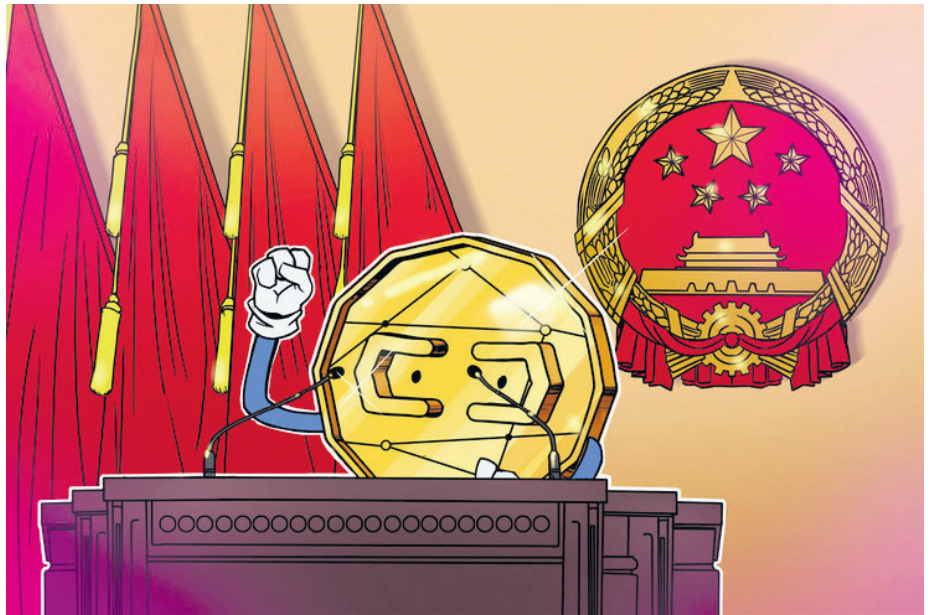
 **golem.de**
IT-NEWS FÜR PROFIS

Auch in Russland, das an der eigenen CBDC-Währung feilt, ist keine Abweichung von der digital-technokratischen Agenda zu erkennen. Im Gegenteil: Russland liegt zwar einige Schritte hinter China, aber dafür in vielen Bereichen auch einige Schritte vor dem Westen.

auf der Grundlage ihres Verhaltens automatisch bestrafen und belohnen» – das ideale Instrument für das Vorantreiben des Sozialen Punktesystems (Ausgabe 52).

Mit der Blockchain zum gläsernen Bürger

Im Zusammenhang mit den vorangegangenen Ausführungen scheint es nur folgerichtig, dass in China Blockchain-Daten seit dem Jahr 2018 auch als forensische Beweise vor Gericht akzeptiert werden.⁽⁹⁾ Da die Blockchain die automatisierte und dauerhafte Speicherung von Informationen ermöglicht, erscheint sie dafür geradezu prädestiniert und selbst eine dezentrale Blockchain wie Bitcoin stellt für die Staatsmacht ein Tool dar, um «verbrecherische» Transaktionen zu rekonstruieren bzw. um Geldströme zu überwachen. Das mag im ersten Augenblick überraschen, denn gegenwärtig werden Kryptowährungen wie Bitcoin oder Monero von der Allgemeinheit sehr oft primär mit Anonymität und illegalem Handel auf dem Schwarzmarkt in Verbindung gebracht. Doch so manches deutet darauf hin, dass die scheinbare Anonymität, die diese Art von Kryptogeldern verspricht, schon Geschichte ist oder zumindest in absehbarer Zeit sein wird. Im April des Jahres 2021 veröffentlichte Michael Morell eine wissenschaftliche Arbeit mit dem Titel: «Eine Untersuchung der Verwendung von Bitcoin in illegalen Geschäften». Michael Morell ist keine unbedeutende Figur, sondern niemand geringeres als ein ehemaliger Direktor des amerikanischen Nachrichtendienstes CIA (Central Intelligence Agency), der auf eine über 33 Jahre andauernde Karriere in den Reihen dieses



Die massive Förderung der Blockchain-Technologie in China soll die Effizienz der bereits überwältigenden Macht der KPCh noch weiter steigern.

Geheimdienstes zurückblickt. Morell kam in seiner Arbeit zum Ergebnis, dass insbesondere die Bitcoin-Daten «ein zu wenig ausgeschöpftes forensisches Instrument» sind, «das von den Strafverfolgungsbehörden und den Geheimdiensten in grösserem Umfang genutzt werden kann, um illegale Aktivitäten zu identifizieren und zu unterbinden. Einfach ausgedrückt, ist die Blockchain-Analyse ein hocheffektives Instrument zur Verbrechensbekämpfung und zur Sammlung von Informationen.»⁽¹⁰⁾

Unveränderliche Aufzeichnung

Man muss kein «Krimineller» im eigentlichen Sinne sein, um die gefährliche Tendenz anzuerkennen, die hinter den Aussagen Morells schlummert. Wie

spätestens mit dem «Corona»-Massnahmen-Terror offensichtlich wurde, beruht die Grenze zwischen Legalität und Illegalität nämlich nicht etwa auf hehren moralischen Prinzipien, sondern ultimativ auf der reinen Willkür der Staatsmacht, die im Grunde fast nach Belieben festlegen kann, was als «Verbrechen» gilt und was nicht. So wurde in den vergangenen Jahren beispielsweise bereits das Nicht-Tragen einer Maske oder das Betreten eines öffentlichen Gebäudes ohne Impfung als «illegale Aktivität» eingeordnet und sanktioniert. Wenn wir uns vor Augen führen, zu welch absurden Massnahmen sich die Regime im Verlauf der letzten Jahre verstiegen und in welche Richtung die allgemeine Agenda voranschreitet, dann ist es nicht weit hergeholt, dass in nicht ▶



Binance-Gründer Changpeng Zhao aus China

Foto: Aevozer (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Changpeng_Zhao_in_2022.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

THE WALL STREET JOURNAL
WSJ


BINANCE

Binance, the World's Biggest Crypto Exchange, Is About To Get Even Bigger

Das Wallstreet Journal titelt am 09. November 2022 unmittelbar vor dem Zusammenbruch des Konkurrenten FTX: «Binance, die weltgrösste Kryptobörse, wird noch grösser werden»

Nach dem Bankrott des Konkurrenten FTX - ein Unternehmen, das von einem Chinesen co-gegründet wurde (siehe S.23) - ist Binance die mit Abstand grösste Kryptowährungsbörse der Welt (sie war schon davor die grösste). Es ist zumindest einmal eine Bemerkung wert, dass Binance von einem Chinesen in China gegründet worden war, bevor das Unternehmen seinen Sitz über Umwege auf die Cayman Islands verlegte.

► allzu ferner Zukunft sehr vieles als «illegal» gilt, das heute noch vollkommen normal und akzeptiert ist. Auf Grundlage dieser Überlegung ist der Gedanke «Die Rückverfolgbarkeit der Kryptowährungen tangiert mich nicht, denn ich handle nicht auf dem Schwarzmarkt» nicht länger valide. Gerade im Zuge der «Klimaschutz-Programme» ist es ohne weiteres denkbar, dass langfristig gesehen gewisse Produktgruppen verboten oder zumindest rationiert werden und so manches Gut, das heute absolut selbstverständlich im Geschäft erworben werden kann, zukünftig nur noch auf dem Schwarzmarkt angeboten wird, was eine breite Masse potenzieller Käufer in die «Illegalität» treiben würde.

Dank der voranschreitenden Bargeldabschaffung und der Rückverfolgbarkeit der Kryptowährungen sind die potenziell anonymen Bezahlungsmöglichkeiten zunehmend begrenzt. Ein von Morell angeführter Experte für das Kryptowährungssystem nannte die Blockchain-Technologie gar einen «Segen für die Überwachung». Ein anderer Fachmann fügte hinzu, dass es «für die Strafverfolgungsbehörden einfacher ist, illegale Aktivitäten mit Bitcoin nachzuverfolgen als [...] mit traditionellen Banktransaktionen, und viel einfacher als mit Bargeldtransaktionen.»⁽¹⁰⁾ Ein weiterer in der Arbeit zitierter Experte vertritt den Standpunkt, dass die Chance, «illegale Akteure» zu erwischen, mit der

Blockchain «um ein Vielfaches grösser» sei als im traditionellen Bankensektor, da in der Blockchain jede einzelne Transaktion für alle sichtbar erfasst wird, womit sie der Regierung eine dauerhafte, unveränderliche Aufzeichnung der Transaktionen bietet. Ein ebenfalls genannter Fachmann ging sogar einen Schritt weiter, indem er sagte: «Wenn alle Kriminellen Blockchain nutzen würden, könnten wir illegale Finanzaktivitäten vollstän-

dig unterbinden». Die einzige Schwierigkeit für die Behörden liegt darin, die anonymisierten Adressen der Endnutzer zu identifizieren, doch speziell in den letzten Jahren gelang es, in diesem Feld grosse Fortschritte zu erzielen.

Ein ungleicher Wettstreit

Im Feld der Blockchain-basierten Kryptowährungen findet im Grunde permanent eine Art von Wettlauf zwi-



Elizabeth Warren
@SenWarren

The implosion of FTX must be a wake up call for Congress and financial regulators to hold this industry and its executives accountable.

Too much of the crypto industry is smoke and mirrors. It's time for **stronger rules** and stronger enforcement to protect ordinary people.

Nach dem Zusammenbruch der FTX-Kryptobörse schrieb die Demokratische Senatorin Elizabeth Warren am 11. November 2022 auf Twitter: «Die Implosion von FTX muss ein Weckruf für den Kongress und die Finanzaufsichtsbehörden sein, um diese Branche und ihre Führungskräfte zur Verantwortung zu ziehen. Zu viel in der Krypto-Industrie ist Schall und Rauch. Es ist Zeit für **strengere Regeln** und eine stärkere Durchsetzung zum Schutz der normalen Menschen.»

Was Warren verschweigt: Der Vater des Gründers von FTX ist ein renommierter Stanford-Professor, der Elizabeth Warren 2016 bei Steuergesetzen beriet. Ist diese Nähe nur Zufall? Führt man sich die Verbindungen des FTX-Gründers Sam Bankman-Fried vor Augen (siehe S.23), dann könnte man auf den Gedanken kommen, es handle sich beim FTX-Zusammenbruch um ein abgekartetes Spiel mit dem Zweck, genau die «strengeren Regeln» zu implementieren, die Warren auf Twitter einforderte. Problem (Zusammenbruch) – Reaktion (Unsicherheit) – Lösung («strengere Regeln» = mehr Überwachung)?

«Wir suchen von Sektor zu Sektor nach öffentlich-privaten Partnerschaften, die die Nutzung der [Blockchain]-Technologie für soziale Zwecke vereinfachen können. Z.B. konzentriert sich unser Projekt in Columbia auf Korruption.»

Sheila Warren, einst stellvertretende globale Leiterin des Zentrums für die Vierte Industrielle Revolution des Weltwirtschaftsforums und heute Leiterin des «Crypto Council for Innovation» (CCI), einer Krypto-Lobby-Organisation, März 2020



Sheila Warrens «Crypto Council for Innovation» (CCI) arbeitet mit zahlreichen Regierungen zusammen, um die Durchsetzungskraft der Behörden mit der Blockchain zu stärken. Das WEF macht kein Geheimnis daraus, dass es ihm nicht um den Schutz der Normalbevölkerung vor dem Staat geht, sondern stellt offen klar, dass Staaten mit der Davoser Organisation im Boot sitzen, um sich Tipps für effizientere Überwachung einzuholen, was das WEF natürlich euphemistisch als «Korruptionsbekämpfung» tarnt. Unter dem Begriff «Korruptionsbekämpfung» läuft übrigens auch Chinas radikales Verbot aller dezentralen Kryptowährungen wie Bitcoin.

How are the Forum and partners shaping the future of blockchain and distributed ledger technologies?

↪ Nicht gelistet



World Economic Forum
774.000 Abonnenten

Abonnieren

87



Teilen

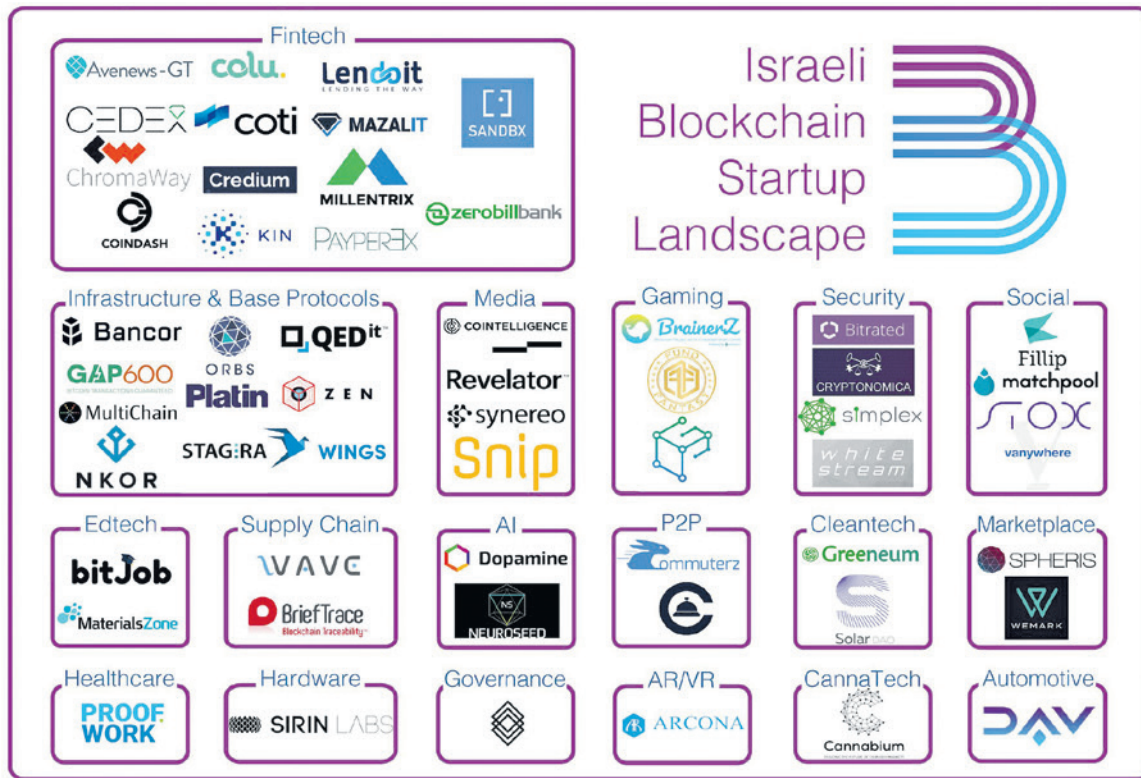
Speichern



THE TIMES OF ISRAEL

Israel – Blockchain Capital of the World?

Der Times-of-Israel-Blogger Osher Deri fragte 2018 im Titel seines Artikels: «Israel – Blockchain-Mittelpunkt der Welt?»



Zusammenfassung israelischer Blockchain-Startups aus dem Jahr 2017, zusammengestellt von der «Israeli Blockchain Association».

Neben China muss auch Israel als eine führende Nation in Sachen Blockchain benannt werden - ein Thema, das uns auch in Zukunft noch beschäftigen wird.

schen den Blockchain-Analysefirmen und den Bereitstellern von Anonymisierungs-Tools (Privacy Coins, Coin-Mixer, Tumblers, Layering, Chain-Hopping) statt - und die Analysefirmen holen schnell auf. Beispielsweise erhielt das US-Unternehmen Chainalysis im September 2020 einen Zuschuss in Höhe von 625'000 US-Dollar von der US-Steuerbehörde (IRS) für die Entwicklung einer Software zum Aufspüren der Kryptowährung Monero, die eigentlich wie keine zweite im Ruf steht, Anonymität bei Transaktionen zu garantieren. ⁽¹¹⁾ Patente für Technologien zur Offenlegung von

Monero-Transaktionen sind bereits angemeldet. ⁽¹²⁾ Bezogen auf die Kryptowährung Bitcoin scheint man sogar noch einen Schritt weiter zu sein, denn im Dezember 2020 gelang es, eine Software zu entwickeln, die in der Lage ist, gestohlene Bitcoins zuverlässig aufzuspüren, die durch mehrere «Coin-Mixer» (Tools zur Verwischung der digitalen Spur) gelaufen waren. ⁽¹³⁾ Aufgrund der Tatsache, dass die Informationen auf der Blockchain permanent gespeichert werden und somit die Transaktionsströme wohl auch rückwirkend von forensischer Software durchleuchtet und nachvollzogen werden

können, erscheint der Wettlauf zwischen Überwachung und Anonymität ungleich einseitig zu sein. Morell, der von den forensischen Möglichkeiten der Blockchain absolut begeistert zu sein scheint, resümiert: «Da die [forensischen] Instrumente, die diese [Analyse-]Firmen einsetzen, immer ausgefeilter werden, wird es für die illegalen Akteure immer schwieriger, ihre Aktivitäten zu verbergen.» ⁽¹⁰⁾ Er legt nahe, dass es mithilfe der Blockchain in Zukunft sogar möglich sein werde, Verbrechen effektiv proaktiv zu bekämpfen - also «illegale Aktivitäten» zu identifizieren, noch ehe diese stattgefunden haben («Precognose»).

Blockchain and Sustainable Growth

Auch die UN hat das Potenzial der aufkommenden Blockchain-Technologie längst erkannt und versucht mit ihrer Hilfe die ungeliebten «Ziele für nachhaltige Entwicklung» (Sustainable Growth) zu verwirklichen, über deren freiheitsfeindlichen und totalitären Charakter wir nun schon in mehreren Ausgaben berichteten.



Die Mächtelie setzt auf Blockchain

Vor dem Hintergrund des hier zusammengetragenen Materials überrascht es wenig, dass auch die international operierende und China unterstützende Hochfinanz - vertreten u.a. durch EU, UN und WEF - auf die Blockchain-Technologie setzt. Beispielsweise operiert das digitale ID-Programm des Weltwirtschaftsforums - «Known Traveller» (Ausgabe 52) - genau wie seine chinesischen Pendanten auf Blockchain-Basis. ⁽¹⁴⁾ Genauso erklärt die EU die Blockchain zu einem revoluti-

Münchener Merkur

14. Fünfjahresplan (2021-2025): Chinas Pläne für eine digitale Zukunft

merkur.de, 01.06.2021

Inwieweit Fünfjahrespläne mit dem «Turbokapitalismus», der China gerade von deutschen Medien oft unterstellt wird, zusammenpassen? Schon in Ausgabe 50 wiesen wir nach, dass sich der gesamte angebliche Kapitalismus in China letztendlich unter der Kontrolle der KPCh befindet, die dem Marxismus-Leninismus und nicht dem «Kapitalismus» (Kampfbegriff von Marx) ihre Treue geschworen hat.

► onären Werkzeug, das u.a. die Finanz- und Handelsmärkte, die Identifizierung im digitalen Raum, den «Nachhaltigkeits-», Energie- und Pharmaziesektor auf bahnbrechende Weise verändern soll. ⁽¹⁵⁾ Auch die UN hat das Potenzial der aufkommenden Blockchain-Technologie längst erkannt und versucht mit ihrer Hilfe die unseligen «Ziele für nachhaltige Entwicklung» zu verwirklichen, über deren freiheitsfeindlichen und totalitären Charakter wir nun schon in mehreren Ausgaben berichteten (22, 41/42). In einem Forbes-Interview aus dem Jahr 2020 wird der UN-Generalsekretär Antonio Guterres zitiert: «Damit die Vereinten Nationen ihr Mandat im digitalen Zeital-

ter besser erfüllen können, müssen wir uns Technologien wie Blockchain zu eigen machen, die dazu beitragen können, die Erreichung der Ziele für nachhaltige Entwicklung zu beschleunigen». ⁽¹⁶⁾ Offen verkündet spielt die Blockchain-Technologie auch eine Schlüsselrolle in der vom WEF-Frontmann Klaus Schwab ausgerufenen «Vierten Industriellen Revolution».

Genau wie das Internet die Möglichkeiten der Überwachung, aber auch die Möglichkeiten, sich zu vernetzen und zusammenzuschließen, revolutionierte, steht zu erwarten, dass mit der breiten Implementierung von Blockchain-basierter Technik ein weiterer Umbruch ins Haus steht, der sowohl Risiken als

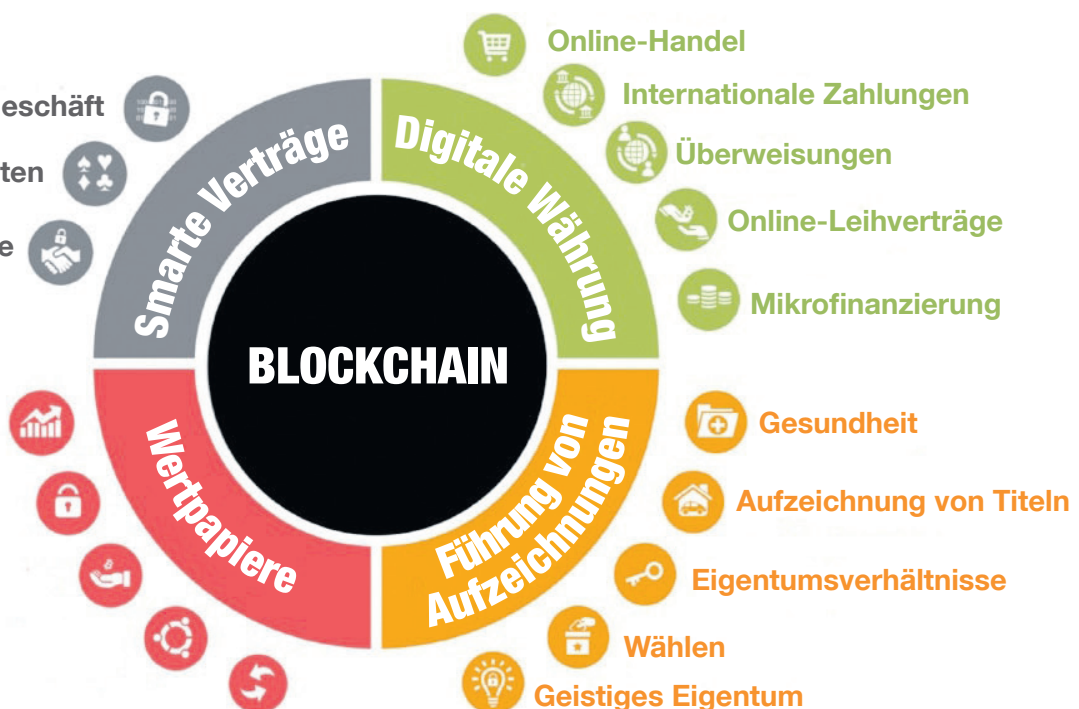


auch Chancen birgt. Was aber feststeht: Blockchain-Systeme wie beispielsweise Bitcoin sind für sich genommen keinerlei Garant für Freiheit oder positive Veränderung und, wie nun aufgezeigt, deutet im Gegenteil sehr vieles darauf hin, dass die Blockchain den Traum der Hochfinanz vom durchsichtigen Bürger endgültig verwirklichen wird. (as)

Quellen:

1. welt.de, Das Internet hebt die Finanzwelt aus den Angeln, 21.06.2017
2. decrypt.co, The «Great» Blockchain of China?, 21.09.2018
3. qz.com, China is suddenly full of nice things to say about blockchain technology, 06.06.2018
4. cnbc.com, China has been quietly building a blockchain platform. Here's what we know, 15.05.2022
5. scmp.com, China's «two sessions»: first mention of blockchain in five-year plan boosts still-nascent industry, 12.03.2021
6. cointelegraph.com, China's Dive Into Blockchain, Digital ID Spurs Rest of World to Action, 24.11.2019
7. scmp.com, What blockchain is, how it works and how China will lead the world, 17.01.2021
8. decrypt.co, The «Great» Blockchain of China?, 21.09.2018
9. coindesk.com, China's Supreme Court Recognizes Blockchain Evidence as Legally Binding, 07.09.2018
10. crypto4innovation.org, An Analysis of Bitcoin's Use in Illicit Finance, 06.04.2021
11. cointelegraph.com, Chainalysis and Texas firm win million-dollar IRS contract to crack Monero, 30.09.2020
12. ciphertrace.com, CipherTrace Files Two Monero Cryptocurrency Tracing Patents, 20.11.2020
13. kobrekim.com, Benjamin Sauter Explains Precedent-Setting Digital Currency Recovery Case, 05.02.2021
14. weforum.org, The Known Traveller: Unlocking the potential of digital identity for secure and seamless travel, 01.2018
15. digital-strategy.ec.europa.eu, European Blockchain Strategy - Brochure, 14.01.2021
16. forbes.com, Blockchain For Good: How The United Nations Is Looking To Leverage Technology, 27.02.2020

Die Möglichkeiten der Blockchain-Technologie gehen über Online-Zahlungen weit hinaus und sind fast deckungsgleich mit den geplanten Nutzungsfeldern einer digitalen Identität (siehe S.13).



NEW YORK POST

How World Economic Forum, others are hiding their past ties with FTX

Die New York Post titelt Mitte November 2022: «Wie das Weltwirtschaftsforum und andere ihre früheren Verbindungen zu FTX verheimlichen»

Web-Archivseiten zeigen, dass das WEF FTX zuvor als einen seiner «Partner» aufgeführt hatte und der Gründer Bankman-Fried war im letzten Mai noch ein Redner in Davos.

WORLD
ECONOMIC
FORUM



Kriegsverbrecher

Er flog 26 mal mit dem Jet von Jeffrey Epstein (pädophiler Menschenhändler)

FTX-Gründer Sam Bankman-Fried im April 2022 auf den Bahamas mit Tony Blair und Bill Clinton

SoftBank Group

SEQUOIA

Investoren bei FTX waren amerikanische Investmentfirmen wie Sequoia Capital oder der japanische Telekommunikationskonzern Softbank.



Die Eltern des FTX-Gründers, Joseph Bankman und Barbara Fried, sind beide Stanford-Professoren (Universität, die eng mit dem Silicon Valley verknüpft ist), welche die Demokratische Partei beraten (siehe S.20). Seine Mutter war Teil des Netzwerks «Mind the Gap», das 20 Millionen Dollar aus dem Silicon Valley an die Demokraten schleuste. Sams Bruder Gabe Bankman-Fried leitet die Lobby-Organisation «Guarding Against Pandemics» (von Sam gegründet), die im Jahr 2020 geschaffen wurde, um Gesetze zu unterstützen, die die staatlichen Investitionen in «Pandemiepräventionspläne» erhöhen. Auch er steht den US-Demokraten nahe.

FTX

Sam Bankman-Fried, Gründer der insolventen Krypto-Handelsplattform FTX, der seine Kunden um Milliarden US-Dollar betrog.

FTX war der zweitgrößte Spender für Joe Bidens Präsidentschaftskampagne.

Foto: Gage Skidmore from Surprise, AZ, United States of America (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Joe_Biden_%2849385189948%29.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>



FTX-Entwicklungschef Nishad Singh spendete bereits ca. zwei Millionen Dollar an die US-Demokraten. Mark Wetjen, Leiter der Abteilung Politik und Regulierungsstrategie bei FTX, führte unter Barack Obama die Regulierungsbehörde «Commodity Futures Trading Commission», während der Justiziar von FTX, Ryne Miller, etwa zur gleichen Zeit für die Behörde arbeitete.

FTX-Co-Gründer Gary Wang ist chinesischer Abstammung und wurde sogar in China geboren. Die Leiterin der FTX-Marketingabteilung war die Chinesin Amy Wu, geboren in Peking. Noch im September 2021 war der Hauptsitz von FTX in Hongkong.

Der Gründer der Kryptobörse FTX, Sam Bankman-Fried, soll Kundeneinlagen in Höhe von mindestens 10 Milliarden US-Dollar veruntreut haben, was zur Insolvenz seines Unternehmens führte. Dieses Geld werden die tausenden geschädigten FTX-Kunden wohl nie wieder zurückerhalten. Vor dem Hintergrund von Bankman-Frieds einschlägigen Verbindungen stellt sich die Frage, ob hinter dem FTX-Skandal vielleicht weit mehr steckt als ein schneller Griff nach Reichtum. Mit solchen Betrugsfällen schwindet das Vertrauen in unregulierte Blockchain-Coins und die Zentralbank kann ihr CBDC-Digitalgeld (siehe S.25 ff.) als sichere Alternative anbieten. Propagandistisch spielt der Zusammenbruch von FTX den Plänen der KPCh, des WEF und der Zentralbanken voll in die Karten. Quelle: youtube.com, The Strange Connections of Sam Bankman-Fried & FTX, 16.11.2022

Finanzinstitutionen, die Bitcoin-Dienste anbieten



Fidelity Investments, das mehr als 7,2 Billionen US-Dollar an Kundengeldern verwaltet, übernimmt seit 2018 die Verwahrung von Kryptowährungen wie Bitcoin für ihre Kunden, und bietet auch an, den Handel mit Kryptowährungen für ihre Kunden durchzuführen.

Quelle: cnbc.com, Fidelity just made it easier for hedge funds and other pros to invest in cryptocurrencies, 15.10.2018



Die weltgrößte Vermögensverwaltung BlackRock ermöglichte im Januar 2021 für zwei ihrer Fonds die Investition in Bitcoin-Derivate.

Quelle: faz.net, Finanzriese Blackrock setzt erstmals auf Bitcoin, 21.01.2021



Morgan Stanley war im März 2021 die erste US-Grossbank, die ihren wohlhabenden Kunden Zugang zu Bitcoin-Fonds anbot.

Quelle: cnbc.com, Morgan Stanley becomes the first big U.S. bank to offer its wealthy clients access to bitcoin funds, 17.03.2021



Mastercard sagte im Oktober 2021, dass jede Bank oder jeder Händler in seinem riesigen Netzwerk bald Krypto-Dienstleistungen anbieten kann.

Quelle: cnbc.com, Mastercard says any bank or merchant on its vast network, 25.10.2021



Die älteste amerikanische Bank BNY Mellon gab im Oktober 2022 bekannt, eine digitale Handelsplattform in Betrieb genommen zu haben, auf der ausgewählte Kunden Bitcoin oder Ethereum halten und übertragen können.

Quelle: reuters.com, BNY Mellon to offer crypto services in digital asset push, 11.10.2022

Während China dezentrale Kryptowährungen rigoros verbietet, spannen die Finanzriesen Amerikas Bitcoin & Co. ein und bieten sie ihren Kunden an. Immerhin können solcherlei Blockchains auf dem Weg hin zu den CBDCs dafür sorgen, dass vermehrt auf Bargeld verzichtet wird, und ganz so anonym, wie sie versprechen, scheinen die digitalen Alternativwährungen auch nicht zu sein (siehe S.19 ff.). Würde die Anonymisierung fallen, dann wären die Zahlungsströme der Krypto-Nutzer lückenlos nachvollziehbar. Kann man die digitale Währung als Honigfalle der Tyrannei bezeichnen?



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Das Potenzial der Blockchain-Technologie beschränkt sich bei Weitem nicht nur auf das Feld der Digitalwährungen. Es ist davon auszugehen, dass Blockchains in der zunehmend digitalisierten Welt von morgen eine tragende Rolle spielen werden. Während die Technologie zweifellos über revolutionäres Potenzial verfügt, das auch im Sinne der Freiheit genutzt werden könnte, ist sie für sich genommen mit Sicherheit kein Garant für die Förderung von Unabhängigkeit und Dezentralität.

Je nachdem, wer sie wie nutzt, kann sie sowohl zur Befreiung als auch zur Unterdrückung eingesetzt werden. Als Beweis hierfür wollen wir erneut den Blick auf China richten. China hat sich wie kaum ein anderes Land der Förderung der Blockchain verschrieben, und nutzt die Technologie unter anderem dazu, Prozesse in seinem ausufernden Überwachungsstaat zu optimieren. Die Eigenschaften der Blockchain machen sie zu einem idealen Instrument für diesen Zweck und vor diesem Hintergrund ist es kein Wunder, dass Xi Jinping das Vorantreiben der Blockchain-Technologie bereits 2019 in einer Rede zur Staatsräson erhoben hat. Die digitale Datenbank, die mit der Blockchain kreiert wird, ist zum einen nahezu manipulations- und fälschungssicher und bietet zum anderen absolute Rückverfolgbarkeit und fortschrittliche Automatisierungsmöglichkeiten. All das prädestiniert die Technologie dazu, Projekte wie die digitale Identität und damit zusammenhängende «soziale» Belohnungs-/Bestrafungssysteme zu verwirklichen.

Da die Blockchain die automatisierte und dauerhafte Speicherung von Informationen ermöglicht, könnte selbst eine dezentral aufgebaute Blockchain wie Bitcoin ein Tool sein, um die Bürger zu über-

wachen. Ex-CIA-Direktor Michael Morell kommt in einer wissenschaftlichen Arbeit zu dem Schluss, dass Zahlungswege mit Bitcoins besser für die Staatsmacht rückverfolgbar sind, als dies so manchem Krypto-Enthusiasten lieb sein dürfte. Ein in der Arbeit zitierter Experte vertritt den Standpunkt, dass die Nachverfolgungsmöglichkeiten mit der Blockchain «um ein Vielfaches grösser» seien als im traditionellen Bankensektor, da in der Blockchain jede einzelne Transaktion für alle sichtbar erfasst wird, womit sie der Regierung eine dauerhafte, unveränderliche Aufzeichnung der Transaktionen bietet. Die einzige Schwierigkeit für die Behörden liegt darin, die anonymisierten Adressen der Endnutzer zu identifizieren, doch speziell in den letzten Jahren gelang es, in diesem Feld grosse Fortschritte zu erzielen. Mittlerweile existiert Software, die in der Lage sind, Bitcoins aufzuspüren und sie einem Besitzer zuzuordnen, selbst wenn diese mehrere «Coin-Mixer» (Anonymisierungstools) durchlaufen haben.

Da auch die international operierende und China unterstützende Hochfinanz – vertreten u.a. durch EU, UN und WEF – auf die Blockchain-Technologie setzt, deutet sehr vieles darauf hin, dass durch die Blockchain ihr Traum vom durchsichtigen Bürger endgültig verwirklicht wird.

Auf dieser Technologie werden auch die digitalen Zentralbankwährungen (CBDCs) basieren, die wir thematisch schon angerissen haben und mit deren Funktionsweise und Grundmerkmalen wir uns im nächsten Teil der Ausgabe noch vertiefend beschäftigen werden.

▶▶ Fortsetzung auf Seite 47

Auf einen Blick

- Das «Digitale Zentralbankgeld» (CBDC) wird die Macht der Zentralbanken und der «Bank für Internationalen Zahlungsausgleich» (BIZ, Zentralbank der Zentralbanken) erheblich erweitern. Die BIZ wurde 1930 nachweislich von Vertretern der Hochfinanz (u.a. Rothschild, Warburg, Rockefeller) installiert.
- Die Zentralbanken werden u.a. von BlackRock und dem WEF bei der CBDC-Einführung beraten. Das Sozialkredit-System im Westen, das wohl auf CBDCs aufbauen wird, könnte auf den sogenannten ESG-Kriterien basieren, bei deren Einführung sich BlackRock besonders hervortat.
- Die Pläne für die CBDCs beinhalten eine Abschaffung des Bargelds und die Totaldigitalisierung des Zahlungsverkehrs. Die tausenden Geschäftsbanken, die bisher noch eine gewisse Anonymität und Autarkie des Kunden garantierten, sollen in ihrer heutigen Form eliminiert werden.
- Nach der CBDC-Einführung wird die Zentralbank zur ultimativen Steuerungsbehörde der Hochfinanz, deren Kontrollbesessenheit dann fast nichts mehr im Weg stehen wird.

BlackRock, BIZ und das WEF: Die neuen Frontorganisationen der Hochfinanz

Schon der kommunistische Revolutionär Wladimir Lenin wusste: «Der Weg, die Bourgeoisie (Mittelstand) zu vernichten, ist, sie zwischen den Mühlsteinen von Besteuerung und Inflation zu zermahlen.»⁽¹⁾ Wer nach dem entscheidenden Mittel sucht, mit dem die im ersten Text der Ausgabe beschriebene Hochfinanz ihre Macht akkumuliert, während sie die Normalbevölkerung kontinuierlich enteignet, der wird bei der Institution «Zentralbank» fündig, deren Implementierung dazu führt, dass der gesamte Geldverkehr eines Landes von einer kleinen Gruppe kontrolliert wird. Das Geld wird auf verschlungenen Wegen von der Zentralbank in die Unternehmen und Organisationen der Monopolisten geleitet, die das System unter ihrer Kontrolle haben. Durch Staatsschulden wird die souveräne Kontrolle einer Nation allmählich an die angeschlossenen Grossbanken übergeben. Die Schulden des Staates werden durch die Steuergelder seiner Bürger bedient, die dadurch grosse Teile ihres Vermögens verlieren. Hinzu kommt, dass Zentralbanker die Geldmenge erhöhen, wodurch sich der Wert des Geldes in der Tasche des Normalbürgers verringert – manche nennen es nur Inflation, andere sprechen konkreter von einer indirekten Art des Diebstahls. So findet durch die Zentralbank eine systematische Vermögensumverteilung von Arm nach Reich statt. Das Modell einer Geld aus dem Nichts schaffenden Institution wurde von allen (!) Ländern der Welt übernommen, was inzwischen zu einer Vermögens- und Machtkonzentration geführt hat, die wohl einmalig in der Geschichte ist.

Die US-Zentralbank Federal Reserve

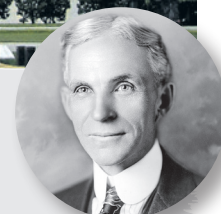
Foto: AgnosticPreachersKid (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Marriner_S._Eccles_Federal_Reserve_Board_Building.jpg)
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>



«Würden die Menschen das Geldsystem verstehen, hätten wir eine Revolution noch vor morgen früh.»

Der Autopionier Henry Ford

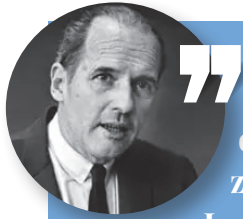
Quelle: manager-magazin.de, Warum die Politik die Rolle der Banken falsch versteht, 15.06.2015



Da über die Machtstrukturen hinter den Zentralbanken strenges Stillschweigen herrscht, ist es schwer, an gesicherte Informationen zu gelangen. Allerdings liegen wenige verifizierte geschichtliche Daten vor, die allein schon erkennen lassen, wer zu den Schöpfern und Administratoren des gegenwärtig vorherrschenden Geldsystems zählt. Zu den wenigen Zentralbanken, deren Gründungsgeschichte und Gründer wirklich intensiv untersucht wurden, gehört die immerhin offiziell noch wichtigste Zentralbank der Welt: die Federal Reserve in den USA. Zum Personenkreis, der sie 1913 installierte, gehörten als wahrscheinliche Vertreter der Rothschild-Interessen Paul Warburg und John D. Rockefeller, der Zweite. Die Spur der Familien und der Netzwerke dieser beiden Persönlichkeiten lässt sich auch in der darauffolgenden Geschichte der Zentralbanken deutlich nachvollziehen.

BIZ: Die Mutter aller Zentralbanken

Die «Bank für Internationalen Zahlungsausgleich» (BIZ) in Basel wird als «Zentralbank der Zentralbanken» bezeichnet, denn sie ist zweifellos der Mittelpunkt des weltweit installierten Geldsystems. Niemand bekommt eine Banklizenz, ohne an das Zentralbanksystem des jeweiligen Landes und damit an die BIZ angeschlossen zu sein. Ihre Mitarbeiter besitzen diplomatische Immunität und müssen keinerlei Steuern bezahlen, ihre Geschäfte unterstehen keiner Beaufsichtigung durch irgendwelche Autoritäten und sie kann rechtlich nicht ▶



„«[Die Mächte des Finanzkapitalismus verfolgen das Ziel], nichts weniger als ein Weltsystem der finanziellen Kontrolle in privaten Händen zu schaffen, um das politische System in jedem Land und die Wirtschaft in der Welt als Ganzes zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Art von den gemeinsam handelnden Zentralbanken der Welt durch geheime Vereinbarungen auf regelmässigen Sitzungen und Konferenzen, kontrolliert werden. Der Schlussstein [«apex», auch «Spitze»] des Systems sollte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) im schweizerischen Basel sein, eine private Bank, die von den ebenfalls privaten Zentralbanken der Welt kontrolliert und besessen wird.»

Professor Carroll Quigley von der Georgetown-Universität, Mentor von Bill Clinton, in seinem Buch «Tragedy and Hope»

Quelle: Carroll Quigley, Tragedy and hope: a history of the world in our time, Macmillan, 1966, S.324

Die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel



Foto: Fred Romero from Paris, France (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Basel_-_Bank_f%C3%BCr_Internationalen_Zahlungsausgleich-Tower_Building_-_2827527280652%29.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

belangt werden! «Sitzungen des Verwaltungsrats finden wenigstens sechsmal im Jahr statt, davon wenigstens vier am eingetragenen Sitz der Bank», verrät eine Broschüre der BIZ. ⁽²⁾ Das bedeutet, dass Vertreter der wichtigsten Zentralbanken dieses Planeten mindestens vier Mal im Jahr nach Basel zur BIZ reisen und dort Bericht erstatten müssen. Das unterstreicht die enorme Wichtigkeit dieser medial kaum erwähnten Institution.

Gegründet wurde die BIZ 1930 und das nachweislich von Vertretern der Banken und Familiendynastien, die 1913 die Federal Reserve in den USA installiert

hatten: Rockefeller, Warburg, JP Morgan. Erster Präsident der BIZ wurde z.B. der ehemalige Generaldirektor von Rockefellers Chase National Bank namens Gathes White McGarrah, der bis zu seinem Wechsel zur BIZ als Direktor der Federal Reserve New York agiert hatte. ⁽³⁾ Da diese Bankierkreise auch China früh unter ihre Kontrolle brachten und dem Land vor allem durch ihren Agenten Henry Kissinger (Klaus Schwabs Mentor) den Aufstieg zur neuen Weltmacht ermöglichten (Ausgabe 50), ist es keine Überraschung, dass auch der Gouverneur der chinesischen Zentralbank zu den mindestens vier Mal

jährlich stattfindenden Treffen der BIZ zu erscheinen hat.

Professor Carroll Quigley von der Georgetown-Universität war Mitglied der 1921 ins Leben gerufenen Lobby-Organisation «Council on Foreign Relations», die ausgerechnet von dem Federal-Reserve-Mitbegründer Paul Warburg initiiert und von der Rockefeller-Stiftung finanziert wurde. Quigley, der ausserdem Mentor des US-Präsidenten Bill Clinton war, beschrieb die Rolle der BIZ in seinem Buch «Tragedy and Hope» wie folgt: «[Die Mächte des Finanzkapitalismus verfolgen das Ziel], nichts weniger als ein Weltsystem der finanziellen Kontrolle in privaten Händen zu schaffen, um das politische System in jedem Land und die Wirtschaft in der Welt als Ganzes zu beherrschen. Dieses System sollte auf feudalistische Art von den gemeinsam handelnden Zentralbanken der Welt durch geheime Vereinbarungen auf regelmässigen Sitzungen und Konferenzen, kontrolliert werden. Der Schlussstein [«apex», auch «Spitze»] des Systems sollte die Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ) im schweizerischen Basel sein, eine private Bank, die von den ebenfalls privaten Zentralbanken der Welt kontrolliert und besessen wird.» ⁽⁴⁾

Foto: Max12Max (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:People%27s_Bank_of_China_Headquarter_Beijing.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>



Hauptsitz der chinesischen Zentralbank (Chinesische Volksbank, englisch: People's Bank of China). Ihr Gouverneur Yi Gang muss – wie Dutzende andere Zentralbankchefs – mindestens vier Mal im Jahr in Basel bei der BIZ erscheinen.

«Group of Thirty» (G30)

Die Beziehungen der Rockefeller-Familie zu den Zentralbankern dieser Welt lassen sich anhand Dutzender Beispiele festmachen. Besonders ins Auge sticht allerdings die «Group of Thirty» (G30) – ein privates Gremium, bestehend aus

30 hochrangigen Personen, die sich fast ausschliesslich durch ihre Positionen in Finanzministerien, Zentralbanken oder Grossbanken auszeichnen. Die Mitglieder treffen sich zweimal jährlich zur Erörterung der wirtschaftlichen, finanziellen und politischen Entwicklungen. 1978 wurde die «Group of Thirty» von Geoffrey Bell auf Initiative der Rockefeller-Stiftung gegründet, die auch die ersten Mittel für das Gremium bereitstellte. Anfang 2021 gehörten zu den erlesenen Mitgliedern der G30: US-Finanzministerin Janet Yellen, Axel Weber von der Deutschen Bundesbank, Kenneth S. Rogoff (ehemaliger Chefökonom des Internationalen Währungsfonds), Mario Draghi (ehemaliger Präsident Italiens sowie der EZB) und Zhou Xiaochuan, der ehemalige Gouverneur der Chinesischen Volksbank und gleichzeitig im Vorstand der BIZ. Zuletzt sei als Mitglied der «Group of Thirty» Philipp Hildebrand genannt, Stellvertretender Vorsitzender einer ganz besonderen Institution namens BlackRock. ⁽⁵⁾

BlackRock & Co.

Die vier grössten Geschäftsbanken Amerikas namens JP Morgan Chase, Citigroup, Wells Fargo und Bank of America sind eng mit der Federal Reserve vernetzt und tauschen ihr Personal regelmässig mit ihr wie durch die Drehtür aus. Über Umwege gelangte das von ihnen aus dem Nichts geschöpfte Geld letztendlich an Grossinvestoren wie BlackRock oder Vanguard, die inzwischen offenkundig eine ungeheure Macht über die Weltwirtschaft ausüben. Der Börsenwert der fünf weltweit grössten IT-Konzerne liegt zurzeit zwischen 9,5 und 10 Billionen US-Dollar, das von BlackRock und Vanguard verwaltete Vermögen beträgt aktuell 17 Billionen (bzw. 17'000 Milliarden) US-Dollar – eine Summe, die in ihrer Grössenordnung beinahe an das gesamte Bruttoinlandsprodukt der USA (23 Billionen) heranreicht. Und das ist allein das verwaltete Vermögen der beiden «Marktführer», hinter denen sich noch Dutzende weitere Vermögensverwalter in der Rangliste befinden, die genauso über Billionen- oder mindestens Milliardensummen verfügen. Macht man die Stichprobe, findet man alleine BlackRock und Vanguard an fast jedem bekannten Grosskonzern mit mindestens 5% beteiligt. Eine solche Beteiligung kostet schliesslich nur ein paar Milliarden, von denen den beiden Firmen tausende zur Verfügung stehen. Eine Beteiligung über 5% reicht meist schon aus, um sich Mitspracherecht im Vorstand

Entscheidend an der Gründung der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (BIZ, englisch: Bank for International Settlements, BIS) beteiligt:

J.P. Morgan Jr.

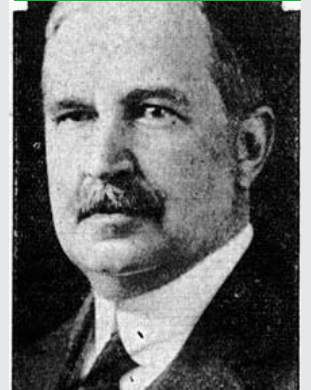


Vertreter seiner Bank an der Gründung der US-Zentralbank Federal Reserve beteiligt



Die Rothschilds, Warburgs, Morgans, Schiffs und Rockefellers sind die entscheidenden Familiendynastien, wenn es um die Installierung des gegenwärtigen Finanzsystems geht.

Gates White McGarrah



Erster Präsident der BIZ, davor Generaldirektor von Rockefellers Chase National Bank sowie Direktor der Federal Reserve New York

Carl Melchior



Vertreter des Bankhauses M.M. Warburg & Co.

zu sichern und ein Unternehmen zu einem bestimmten Grad lenken zu können. Führt man sich vor Augen, dass die Investmentfirmen manche Unternehmen gar mehrheitlich besitzen, dann wird deutlich, dass es weder die gegenwärtigen Mitarbeiter noch die ursprünglichen Gründer des Unternehmens sind, die den Kurs der Wirtschaft bestimmen, sondern primär die Hochfinanz, welche völlig andere Ziele verfolgt als der Normalbürger auf der Strasse. BlackRock z.B. besitzt (Stand: Juni 2022) 7% von Bayer (Pharmakonzern), 7% von RWE (Energieversorger), 7% von Infineon (Halbleiterhersteller – macht ca. 40% seines Umsatzes in China), 6% von Siemens (Technolo-

giekonzern), 5% von BASF (Chemiekonzern), 5% von Mercedes Benz (Automobilkonzern) und so weiter. Insgesamt hält BlackRock an 45% aller DAX-Unternehmen über fünf Prozent aller Aktien. ⁽⁶⁾ Es ist mit Anteilen zwischen 1 und 9% an allen 40 DAX-Unternehmen beteiligt, bei sieben davon als grösster Anteilseigner. ⁽⁷⁾

Ein Propagandawerkzeug?

Allerdings könnte man hinter der prominenten Rolle, die BlackRock & Co. mittlerweile spielen, auch ohne Weiteres System vermuten, denn sie geben der Kontrolle über die Wirtschaft ein Gesicht (in Form der Vorstände und der Manager), während sich die eigentlichen Draht- ▶

BlackRock

Beteiligungen an deutschen Unternehmen (DAX)

Qiagen	14,8 %
MTU Aero Engines	10,03 %
Vonovia	7,91 %
Linde plc	7,6 %
Bayer	7,17 %
RWE	7,01 %
Infineon	7,0 %
Merck	6,97 %
Allianz	6,94 %
Symrise	6,8 %
Deutsche Börse	6,59 %
Siemens	6,16 %
Covestro	6,07 %
SAP	5,41 %
Deutsche Bank	5,23 %
Brenntag	5,23 %
BASF	5,15 %
Adidas	5,1 %
Zalando	4,97 %
HeidelbergCement	4,93 %
Deutsche Telekom	4,91 %
Mercedes Benz	4,88 %
Puma	4,85 %
E.ON	4,84 %
HelloFresh	4,83 %
Deutsche Post	4,77 %
Fresenius	4,74 %
Fresenius Mediacal Care	3,26 %
BMW	3,0 %
Daimler Truck	2,99 %
Beiersdorf	2,99 %
Hannover Rück	2,98 %
Continental	2,97 %

► zieher wohl vornehm im Hintergrund halten und der breiten Öffentlichkeit nach wie vor unbekannt sind. Wer die Presse über einen gewissen Zeitraum verfolgt, der kann beobachten, wie die einzelnen Akteure in den Chef-Etagen der besagten Finanzinstitute kommen und gehen, und immer der jeweils amtierende Vorstand im Zentrum der öffentlichen Kritik steht. Zeitgleich bleiben die Personen und Familien, die den Aufbau dieser Institutionen durch die Errichtung der Zentralbanken überhaupt erst in die Wege leiteten und deren Präsenz in den verschiedenen Institutionsgeschichten bis heute eine Konstante darstellt, unbenannt und ausserhalb der öffentlichen Wahrnehmung. Man darf getrost davon ausgehen, dass der Willen von Bankiersfamilien wie den Rothschilds, Warburgs, Schiffs und Rockefellers hinter den Kulissen von BlackRock weit mehr zählt, als man je nach aussen kommunizieren würde.

Weiterhin erfüllen Organisationen wie BlackRock auch wunderbar die Rolle eines Sündenbockes, der in seiner Funktion stellvertretend für die «Übel des Kapitalismus» verantwortlich gemacht werden kann, obgleich diese Finanzinstitute mit den theoretischen Grundprinzipien eines freien Marktes nur wenig gemein haben. Da aber selbst die kümmerlichen Reste der freien Marktordnung, die uns heute im Westen noch geblieben sind, langfristig beseitigt und durch ein neues System ersetzt werden sollen (Doppelausgabe 41/42), erweist sich die ausufernde Einflussnahme von BlackRock und anderen Investoren als gutes Argument, um diesem Wandel den Anschein von Notwendigkeit zu verleihen. Schlussendlich dienen BlackRock & Co. ausserdem dazu, den entscheidenden Einfluss der Zentralbanken auf das globale Finanzsystem zu maskieren. Die geballte Macht dieser Akteure, die gegenwärtig etwas unter dem Radar fliegen, dürfte aber wohl spätestens nach Einführung der Zentralbank-gelenkten CBDCs wieder offensichtlicher werden.

ESG-Kriterien

Zwei Drittel des verwalteten Vermögens von BlackRock stammen von Renten- und Pensionskassen sowie der privaten Altersvorsorge von Kleinanlegern. ⁽⁸⁾ Tatsächlich kontrolliert BlackRock also zahlreiche Unternehmen mit den Geldern, die zum Teil aus den Pensionsfonds der dort arbeitenden Mitarbeiter stammen – eine völlig absurde Situation. Da die Milliardeninstitution BlackRock

„«Eine Schweizer Studie kommt zu dem Ergebnis, dass lediglich 147 Konzerne die Weltwirtschaft kontrollieren. Besonders Banken und Rentenfonds stehen mit ihrem Einfluss ganz weit vorne. [...] Insgesamt kristallisierten sich 1318 Konzerne heraus, die mindestens an zwei anderen Unternehmen beteiligt waren, im Durchschnitt waren sie mit 20 weiteren Unternehmen verbunden. Das führt dazu, dass diese Unternehmen – obwohl sie nur ein Fünftel der globalen Umsätze ausmachen – insgesamt vier Fünftel der Umsätze von internationalen Konzernen kontrollieren. An dieser Stelle endete das Interesse der Forscher jedoch nicht. Sie entdeckten innerhalb dieser Strukturen eine Super-Einheit von 147 Unternehmen, die besonders mächtig sind. Diese Super-Einheit ist ein in sich geschlossenes System. Die Mitglieder dieser Super-Einheit kontrollieren sich gegenseitig, weil sie sich über ein kompliziertes Geflecht von Beteiligungen größtenteils in wechselseitigem Besitz befinden. Das Ergebnis ist, dass diese 147 Unternehmen, die weniger als ein Prozent der Firmen ausmachen, mehr als 40 Prozent der 43'000 betrachteten internationalen Unternehmen kontrollieren. Die Analyse zeigt die große Macht der Finanzinstitute. Der Kreis der 50 mächtigsten Unternehmen ist ein fast exklusiver Club von Banken, Fondsgesellschaften und Versicherungen. Nur die China Petrochemical Group schaffte es in diesen kleinen Kreis.»

Die Frankfurter Rundschau im Oktober 2011

Quelle: fr.de, 147 Unternehmen kontrollieren die Welt, 24.10.2011

Die wahren Besitzer von Pfizer



Top 10 der Anteilseigner		Top 10 der Offenen Investmentfonds	
Anteile in Prozent	Anteil	Anteile in Prozent	Anteil
The Vanguard Group, Inc.	8,38%	Vanguard Total Stock Market Index Fund	3,00%
SSgA Funds Management, Inc.	5,13%	Vanguard 500 Index Fund	2,29%
BlackRock Fund Advisors	5,10%	Washington Mutual Investors Fund	1,38%
Capital Research & Management Co.	4,43%	SPDR S&P 500 ETF Trust	1,13%
Wellington Management Co. LLP	3,76%	Fidelity 500 Index Fund	1,09%
Geode Capital Management LLC	1,97%	American Balanced Fund	1,08%
Charles Schwab Investment Management, Inc.	1,25%	American Funds Income Fund of America	1,08%
Northern Trust Investments, Inc.	1,06%	Government Pension Fund – Global (The)	0,99%
Norges Bank Investment Management	1,01%	Vanguard Health Care Fund	0,97%
Capital Research & Management Co.	0,99%	iShares Core S&P 500 ETF	0,91%

Quelle: money.cnn.com, Daten vom 02. Dezember 2022

CNN-Business schreibt: «Das Interesse institutioneller Anleger an Pfizer ist gross. Die von ihnen kontrollierten 70,14% der ausgegebenen Aktien stellen einen höheren Prozentsatz an Besitz dar als bei jedem anderen Unternehmen in der Pharmabranche.» Pfizer ist das größte Pharmaunternehmen der Welt. Der Umsatz betrug im Jahr 2021 81,3 Milliarden US-Dollar. Das entspricht einem Wachstum gegenüber dem Vorjahr von 92% und ist primär auf den - gemeinsam mit BioNTech entwickelten - Impfstoff Comirnaty zurückzuführen. Pfizer agiert allerdings nicht als eingeständige Entität. Im Hintergrund geben die Anteilseigner aus der Finanzwelt den Ton an, deren Namen in der breiten Öffentlichkeit geringe Bekanntheit genießen.

nachweislich eine Agenda verfolgt, die dem normalen Mitarbeiter nur Nachteile bringt, könnte man es auch so formulieren: BlackRock zerstört die industrielle Basis Amerikas mit dem Geld der Mittelklasse. Beispiele gefällig? Gerne: BlackRock tat sich besonders dabei hervor, die sogenannten «ESG-Kriterien» in der Finanzwelt zu implementieren. Davon zeugt unter anderem ein Bloomberg-Artikel mit dem Titel «Wie BlackRock ESG zum heissesten Eisen an der Wall Street machte». ⁽⁹⁾ «ESG» steht für «Environmental, Social, Governance», zu

Deutsch: «Umwelt, Soziales und verantwortungsvolle Unternehmensführung». Das mag harmlos klingen, doch dahinter steckt das Handlungsprinzip, Kreditvergabe und Unterstützung an Unternehmen künftig nicht mehr in erster Linie an deren zu erwartende Rendite und damit an ihre Wirtschaftlichkeit zu knüpfen, sondern an andere fragwürdige Kriterien wie z.B. «Umweltfreundlichkeit», «soziale Verträglichkeit» und weitere «progressive» Aspekte der marxistischen Agenda.

Um dies näher zu erläutern, bleiben wir für einen Moment beim Überthema

«Umweltschutz». Einmal mehr gilt es hervorzuheben, dass Institutionen wie BlackRock diesen Begriff nicht etwa mit dem durchaus wünschenswerten «Naturschutz» gleichsetzen, sondern das Wort in diesen Kreisen mehr oder minder synonym zum Terminus «Klimaschutz» verwendet wird. Wie bereits in mehreren Ausgaben herausgearbeitet wurde (27, 47/48, 67), beruht das Gesamt-Narrativ «Klimakrise», dem zufolge die menschgemachten CO₂-Emissionen unbedingt eingedämmt und rationiert werden müssten, um eine drohende Erderwär- ▶

Anteile von BlackRock und Vanguard an den grössten amerikanischen Medienkonzernen



18%



13%




16%



Vanguard®

12%



Will man die im Kern freiheitlich gesinnten Amerikaner für die sozialistischen ESG-Kriterien gewinnen, schadet es nicht, die Kanäle zu kontrollieren, mit denen man ihre Meinung beeinflussen kann.

► mung noch abwenden zu können, auf wissenschaftlich mehr als nur fragwürdiger Grundlage. Die Massnahmen, die den Menschen und Wirtschaftsakteuren im Kampf gegen die «menschgemachte Klimakatastrophe» aufgezwungen werden, bleiben dabei aber beileibe nicht ohne Folgen. Zwar zeigt sich das Weltklima von den Bemühungen restlos unbeeinträchtigt, doch die Lebenswirklichkeit und der Handlungsspielraum der Gesellschaft wird von einer wahren Flut an erlassenen Gesetzen und Bestimmungen dramatisch eingeschränkt. Betrachtet man den «Klimakampf» unemotional und nüchtern, so wird rasch deutlich, dass unter dem Banner der vermeintlich idealistischen Ziele in Wahrheit knallharte Realpolitik betrieben wird und die «Umweltfreundlichkeit» bzw. der «Klimaschutz» ultimativ nicht mehr als das Narrativ darstellen, das die Implementierung der drakonischen Massnahmen rechtfertigt. Der Grad der Anpassung an die Agenda

wird dann in Form besagter ESG-Kriterien ausgedrückt und bemessen, nach der simplen Formel: agendatreu = gut = unterstützenswert. Dank der unfassbaren Marktmacht von BlackRock und Co. wird das Überleben eines Unternehmens im 21. Jahrhundert massgeblich dadurch bestimmt, wie regelkonform es sich verhält – sprich wie bereit es dazu ist, den ESG-Kriterien sklavisch zu entsprechen.

ESG-Punktesystem?

Vor diesem Hintergrund sägen die Mitarbeiter der Konzerne in vielerlei Hinsicht sprichwörtlich an dem Ast, auf dem sie sitzen. Sie zahlen ein in Rentenfonds, die ihr Geld dann BlackRock überlassen, welches sich daraufhin darum kümmert, die Wirtschaft mit ESG-Kriterien zu gängeln. Mit dem Geld des einzelnen Bürgers werden Feindstrukturen finanziert, die ihn und seine Nachkommen tyrannisieren.

Kommt hinzu, dass sich die ESG-Kriterien in Zukunft wohl ideal als

Richtschnur für das Sozialkredit-System des Westens eignen könnten – die Rechtfertigung hierzulande dürfte dann, anders als in China, nicht die Parteitreu, sondern vornehmlich der «Umwelt- und Seuchenschutz» sein. Anderes Rahmennarrativ, selbes Ergebnis: Wer sich den vorgegebenen Statuten nicht beugt, kommt unter die Räder.

BlackRock führt eine Liste von Unternehmen, die wegen ihrer «Klimarisiken» unter besonderer Beobachtung stehen. Das seien Konzerne, die bei der Integration dieser «Klimarisiken» in ihre Geschäftsmodelle oder bei deren Offenlegung keine ausreichenden Fortschritte gemacht hätten. Im Juli 2020 standen 244 Unternehmen auf dieser Liste, darunter einige deutsche wie die Lufthansa Group, Uniper SE und HeidelbergCement. Bei diesen Konzernen behält sich BlackRock vor, auf Hauptversammlungen gegen die Unternehmensführung zu stimmen. Im Falle der genannten deutschen Namen wurde bereits negativ abgestimmt. ⁽¹⁰⁾

BlackRock in China

Im August 2021 legte BlackRock seinen ersten Investmentfonds in China auf, nachdem es über eine Milliarde Dollar von 111'000 chinesischen Anlegern erhalten hatte. BlackRock war das erste Unternehmen in ausländischem Besitz, dem die KP erlaubte, in der chinesischen Investmentfondsbranche ein eigenes Unternehmen zu betreiben. ⁽¹¹⁾ Eine ähnliche «Vorreiterrolle» nahm David Rockefellers Chase Manhattan Bank ein, der 1973 als erster amerikanischer Bank erlaubt wurde, in der Volksrepublik tätig zu werden (Ausgabe 50).

Im Dezember 2021 wurde berichtet, dass BlackRock in zwei Unternehmen investiert hatte, die von der US-Regierung wegen Menschenrechtsverletzungen ge-

PRESSEMITTEILUNG

EZB präsentiert Maßnahmenplan zur Berücksichtigung von Klimaschutzaspekten in ihrer geldpolitischen Strategie

Mitteilung auf der Webseite der Europäischen Zentralbank, 08.07.2021

Momentan werden die planwirtschaftlichen ESG-Kriterien, welche Kreditwürdigkeit an «Nachhaltigkeit» knüpfen, von Geschäftsbanken (siehe S.36 ff.) umgesetzt. Würde eine Umstellung des Systems auf CBDCs stattfinden, dann würde dies am ESG-System nicht viel ändern. Es könnte nur effektiver durch die Zentralbank umgesetzt werden, die sich nicht mehr darum kümmern muss, die hunderten oder tausenden an Geschäftsbanken auf Linie zu halten und sie zur «nachhaltigen» Konformität zu zwingen. Da passt es auch ins Bild, dass BlackRock, welches die ESG-Kriterien in der Finanzwelt entscheidend vorantreibt, als Berater der Zentralbanken fungiert.

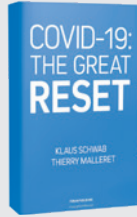
gen die Uiguren in Xinjiang (siehe S.48 ff.) auf die schwarze Liste gesetzt worden waren. In einem Fall (Hikvision) erhöhte BlackRock seine Investitionen sogar, nachdem das Unternehmen auf der schwarzen Liste gelandet war.⁽¹²⁾ Mit den zunehmenden Investitionen von BlackRock in China und den daraus resultierenden Abhängigkeiten steigt auch der Einfluss der KPCh auf BlackRock und damit auf den Westen. Man kann dann z.B. annehmen, dass BlackRock bei seinen ESG-Kriterien ein Auge oder auch zwei zudrücken wird, wenn westliche Unternehmen ihren Profit mit chinesischer Lager-Arbeit (Ausgabe 50) maximieren. Das «S» in ESG steht für «Soziales» oder «sozial». Interpretiert man den Begriff im eigentlichen Wort-sinn, dann dürfte eine wirklich soziale Firma eigentlich keinen Fuss nach China setzen! BlackRocks Umgang mit der Uiguren-Verfolgung macht bereits mehr als deutlich: Auch der Begriff «sozial» stellt im ESG-System nichts weiter dar als ein Narrativ, dem man einzig und allein Lippenbekenntnisse zollt, und in dessen Schatten moralfreie Realpolitik betrieben wird.

Rolle des WEF

Nominell betrachtet dürften Vermögensverwaltungen wie BlackRock und Vanguard zu den mächtigsten und einflussreichsten Grössen zählen, die es in der bekannten Menschheitsgeschichte gegeben hat. Schlussendlich sind diese Vermögensverwalter sowie die Zentral- und Geschäftsbanken jedoch untrennbar vernetzt. So ist BlackRock beispielsweise ein offizieller Berater der beiden grössten Zentralbanken der Welt, der amerikanischen Federal Reserve und der Europäischen Zentralbank, und war in den vergangenen zwei Jahren federführend an der Verteilung von mehreren Billionen Dollar und Euro beteiligt. Im April 2020 wurde BlackRock von der EU mit der Ausarbeitung möglicher neuer «Umweltvorschriften» für Banken beauftragt.

⁽¹³⁾ Die grossen zentralplanerischen Institutionen scheinen auf BlackRock zu hören und BlackRock scheint andersherum auch deren Agenda zu erfüllen – schwer festzustellen, wer in diesem Verhältnis Hund ist und wer Schwanz. Doch allein aus historischer Betrachtung und die Tatsache würdigend, dass die Zentralbank das Geld im ersten Schritt erschafft, liegt es näher, dass die Zentralbanken BlackRock & Co. insgeheim sagen, wo es langgeht, und nicht andersherum.

Auch vom Weltwirtschaftsforum (WEF) wird BlackRock als «Strategischer



«Ein Bericht der Fondsgesellschaft BlackRock bietet weitere Belege dafür, dass Unternehmen mit hohem **ESG-Rating** während der Pandemie besser abgeschnitten haben als ihre Konkurrenten. Mehrere Analysten vermuteten, dass dieses bessere Abschneiden einfach die weniger starke Abhängigkeit von fossilen Brennstoffen der ESG-Fonds und -Strategien widerspiegelt haben könnte, aber

BlackRock behauptet, dass ESG-konforme Unternehmen (also jene, die sich an das Prinzip des **Stakeholder-Kapitalismus** halten) aufgrund ihres ganzheitlichen Verständnisses des Risikomanagements tendenziell widerstandsfähiger sind. Je anfälliger die Welt für eine breite Palette von Marktrisiken und -problemen wird, desto notwendiger scheint es zu werden, zu Stakeholder-Kapitalismus und ESG-Strategien überzugehen.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch
«COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.221

Führt man sich vor Augen, dass zwei Drittel des verwalteten Vermögens von BlackRock aus Renten- und Pensionskassen stammen, wird die Unverfrorenheit deutlich: Man fördert mit dem Geld der Mittelklasse eine Agenda (ESGs), die diese Mittelklasse langfristig zerstört.



«[In einem Brief an die Vorstandsvorsitzenden der grössten börsennotierten Unternehmen der Welt] informiert Laurence D. Fink, Gründer und Chef der Investmentfirma BlackRock, die Wirtschaftsführer darüber, dass ihre Unternehmen nicht nur Gewinne machen, sondern auch einen Beitrag zur Gesellschaft leisten müssen, wenn sie die Unterstützung von BlackRock erhalten wollen. [...] [Fink] ist der Meinung, dass ein Unternehmen, das sich nicht in die Gemeinschaft einbringt und ohne gemeinschaftlichen Sinn existiert, letztendlich die Lizenz für seine Tätigkeit von den wichtigsten **Stakeholdern** verlieren wird.»



BlackRock-Geschäftsführer
Larry Fink, 2017 in Davos

Die New York Times im Januar 2018

Quelle: nytimes.com, BlackRock's Message: Contribute to Society, or Risk Losing Our Support, 15.01.2018

In dem Brief, den man als eine Art Startschuss für die ESG-Kriterien (siehe S.28 ff.) ansehen kann, nahm Fink direkten Bezug auf Klaus Schwabs Konzept des «Stakeholder-Kapitalismus», der Hand in Hand geht mit der ESG-Agenda (Ausgaben 40,49). Leistet BlackRock eigentlich einen «Beitrag zur Gesellschaft», wenn es sich in Unternehmen einkauft, die in die Verfolgung der Uiguren eingebunden sind (siehe S.33 u. 48 ff.)?

Partner» geführt und gehört damit zu den auserlesenen ca. 120 Unternehmen, mit denen der Davoser Club besonders intensiv kollaboriert, um die Zukunft der Welt zu formen.⁽¹⁴⁾ Wer in den Elitezirkel der ca. 120 «Strategischen Partner» eintreten will, zahlt 600'000 Franken im Jahr an das WEF, wobei man diesem, für einen Grosskonzern winzigen Betrag nicht allzu viel Bedeutung beimessen muss. Es ist davon auszugehen, dass hinter der Entscheidung für einen «Strategischen Partner» weit mehr steckt als eine blossе Geldsumme und dass nicht jeder,

der die 600'000 aufbringt, sich einfach so in diesen exklusiven Club einkaufen kann. Auch wenn man die fliessenden Geldsummen eher als symbolisch erachten muss, deuten sie trotzdem auf eine gewisse Rangordnung hin. «Normale» Förderer zahlen etwa die Hälfte der «Strategischen Partner». Daneben gibt es einfache Mitglieder, die mit 50'000 Franken dabei sind. «Derzeit gibt es eine lange Warteliste für die etwa 120 Strategischen Partner. Es wird nur jemand aufgenommen, wenn ein anderer ausscheidet», schreibt die Süddeutsche Zeitung.⁽¹⁵⁾ ▶

► Neben der Tatsache, dass die Mitarbeiter, Leiter und Gründer dieser Unternehmen von Finanzinvestoren wie BlackRock aus der Entscheidungsgewalt gedrängt werden, kommt jetzt noch ein Davoser «Privatclub» hinzu, der den Unternehmen augenscheinlich vorschreibt, wo es langgeht.

Unter den aktuellen «Strategischen Partnern» befinden sich auch chinesische Firmen wie Huawei und die Alibaba Group ⁽¹⁴⁾, deren tragende Rolle beim Aufbau des technokratischen Überwachungsstaats der KPCh von westlicher Seite völlig unbeanstandet bleibt. Mediale Empörung über diesen Umstand war bisher praktisch keine zu vernehmen. Vielleicht weil auch die grossen Medienkonzerne mit dem WEF im Boot sitzen?

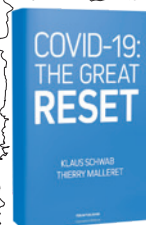
WEF koordiniert Zentralbanken?

Das WEF hat auf seiner Jahrestagung im Januar 2020 das «Digital Currency Governance Consortium» (eine globale Arbeitsgemeinschaft zur Schaffung einer digitalen Währung) ins Leben gerufen. «Diese Initiative baut auf der Arbeit auf, die das Forum im vergangenen Jahr geleistet hat, indem es eine globale Gemeinschaft von Zentralbanken einberufen hat, um einen politischen Rahmen für die Einführung digitaler Währungen mitzugestalten», verrät ein Artikel auf der WEF-Webseite. ⁽¹⁶⁾ Bedeutet das etwa, dass die Arbeit der Zentralbanken vom WEF koordiniert wird? Im zitierten Text erfährt der Leser ganz nebenbei, dass das WEF im Jahr 2019 mit der Zusammenführung der Zentralbanken die globale Führung bei der Entwicklung einer digitalen Währung übernommen haben soll.

BlackRock als «Strategischer Partner» des WEF ist eine der am besten vernetzten Anlaufstellen für Datenanalyse, denn es verfügt mit dem Computersystem Aladdin über die grösste Finanz-Datenbank, die die Welt bis heute gesehen hat. Aladdin, das gegenwärtig schon von zahlreichen Zentralbanken genutzt wird, läuft auf der Azure-Cloud



Im Oktober 2020 versammelten sich «Klima-Aktivist:innen» bei einer weltweit koordinierten Aktion vor 16 BlackRock-Büros auf der ganzen Welt, um bei dem «Finanzdienstleister» mehr Engagement bezüglich «Nachhaltigkeit» einzufordern. Schlussendlich eine vollkommen absurde Situation, denn BlackRock selbst macht Druck auf die Unternehmen, sich der UN-Klimaagenda zu unterwerfen. Wenn überhaupt, dann stellt sich die Führung mancher Unternehmen quer und will beim ESG-Zirkus ihres politisch höchst korrekten Anteilseigners BlackRock nicht mitspielen.



«Eine Gruppe grüner Aktivist:innen könnte vor einem Kohlekraftwerk demonstrieren, um eine striktere Durchsetzung der Umweltschutzbestimmungen zu fordern, während eine Gruppe von Investoren im Sitzungssaal dasselbe tut, indem sie dem Werk den Zugang zu Kapital entzieht.»

Klaus Schwab und Thierry Malleret in ihrem Buch «COVID-19: The Great Reset», deutsche Version, 2020, S.173

Wenn eine «Gruppe Investoren im Sitzungssaal» die radikalen Klima-Apokalyptiker noch unterstützen wird, dann ist es zuallererst BlackRock - ein «Strategischer Partner» des WEF und führend in der Implementierung der ESG-Kriterien.

von Microsoft, dem nach Apple zweitgrössten Unternehmen der Welt, dessen Börsenwert die 2-Billionen-Dollar-Grenze bereits überschritten hat und das auch ein «Strategischer Partner» des WEF ist. ⁽¹⁴⁾ Da BlackRock zumindest im US-Raum prädestiniert ist für eine entscheidende Rolle in der Einführung einer «Digitalen Zentralbankwährung», ist es kaum Zufall, dass der BlackRock-CEO Larry Fink in seinem jährlichen Brief an die Aktionäre vom März 2022 sagte, dass der Krieg in der Ukraine die Einführung von Digitalwährungen durch die Zent-

ralbanken beschleunigen könnte. Ebenso nicht zufällig erwähnte Fink keine einzige herkömmliche Kryptowährung, sondern konzentrierte sich allein auf das «Potenzial» von digitalen Währungen der Zentralbanken. ⁽¹⁷⁾ Jene «Digitalen Zentralbankwährungen» (CBDCs) könnten möglicherweise auch in Zukunft und vielleicht mehr denn je die Rolle der Zentralbanken als «Schlussstein des Systems» (Carroll Quigley) sichern, und es ist stark anzunehmen, dass CBDCs und BlackRocks ESG-Kriterien Hand in Hand gehen werden. (tk/as)

Quellen:

- forbes.com, President Obama's Marxist-Leninist Economics: Fact And Fiction, 26.07.2012
- BIS, Grundlegende Texte, Basel, Januar 2019
- de.wikipedia.org, Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, abgerufen am: 22.11.2022
- Carroll Quigley, Tragedy and Hope: A History of the World in Our Time, Macmillan, 1966, S.324
- de.wikipedia.org, Group of Thirty, abgerufen am: 22.11.2022
- de.statista.com, Beteiligungen des Vermögensverwalters BlackRock am Aktienkapital von im DAX gelisteten Unternehmen, 2022
- welt.de, So viele Anteile hält BlackRock an deutschen Firmen, Juni 2022
- blackrock.com, About us: History, abgerufen am: 22.11.2022
- bloomberg.com, How BlackRock Made ESG the Hottest Ticket on Wall Street, 31.12.2021
- Broschüre: BlackRocks Nachhaltigkeitsansatz
- reuters.com, BlackRock's China unit raises \$1 bln in maiden mutual fund, 08.09.2021
- fa-mag.com, Nonprofit Warns Governors About BlackRock Retirement Funds' Chinese Investments, 03.12.2021
- theguardian.com, BlackRock to advise EU on environmental rules for banks, 12.04.2020
- weforum.org, Strategic Partners, Abgerufen am: 22.11.2022
- sueddeutsche.de, Das Weltwirtschaftsforum ist zu einer Geldmaschine geworden, 17.01.2017
- weforum.org, Governing the Coin: World Economic Forum Announces Global Consortium for Digital Currency Governance, 24.01.2020
- cnn.com, BlackRock's Fink says Russia-Ukraine war could accelerate use of cryptocurrencies, 24.03.2022



Consumers' Research
@ConsumersFirst

Not only has @BlackRock helped to enable the CCP with your money, they've funded the regime's malign behavior.

BlackRock reportedly invested in the blacklisted Chinese surveillance companies involved in the horrific oppression of the Uighurs.

BlackRockLovesChina.com

Die Verbraucherschutzorganisation «Consumers' Research» schreibt am 27. Oktober 2021 auf Twitter: «Nicht nur hat @BlackRock dazu beigetragen, die KPCh mit Ihrem Geld zu unterstützen, sie haben auch das bösartige Verhalten des Regimes finanziert. BlackRock hat Berichten zufolge in die auf der schwarzen Liste stehenden chinesischen Überwachungsunternehmen investiert, die an der schrecklichen Unterdrückung der Uiguren beteiligt sind.»



Hikvision (siehe S.65 ff.) ist ein 2001 gegründeter chinesischer Anbieter von Videoüberwachungsprodukten, in den BlackRock investiert ist. 2019 wurde bekannt, dass das Unternehmen eine Überwachungskamera damit beworben hat, dass diese auch ethnische Minderheiten, wie z.B. Uiguren, erkennen könne. Nach kritischen Nachfragen im Hinblick auf chinesische Menschenrechtsverletzungen gegenüber Uiguren löschte das Unternehmen die Produktseite.



«Wir [die Zentralbanken] reden jetzt auch mit in Themen wie Klimawandel, Gleichberechtigung, weil diese Themen einen Einfluss auf die Preisstabilität haben. Studien haben gezeigt, dass Frauen weniger riskant investieren als Männer und wir mehr Frauen in Führungspositionen im Finanzsektor hätten, dann hätten wir vielleicht auch eine andere Art von Finanzstabilität. Das sind also Themen, wo die EZB im Interesse der Bürgerinnen und Bürger mitreden muss.»

Katrin Assenmacher, Leiterin Geldpolitische Strategie bei der Europäischen Zentralbank, in einer ARTE-Dokumentation aus dem Juli 2022

Quelle: youtube.com, Kann Geld aus dem Nichts entstehen? | 42 - Die Antwort auf fast alles | ARTE, 01.07.2022

Ein glasklares Bekenntnis zu den von BlackRock in der Finanzwelt kultivierten ESG-Kriterien, deren marxistisch-feministisches Fundament (Ausgabe 26) hier besonders offensichtlich zu Tage tritt.

«Investoren wie der **BlackRock-Gruppe** reicht der Neubausektor nicht aus. Um ihr Geld anzulegen, **kaufen sie den Markt gebrauchter Häuser leer**, zumindest in den Wachstumsregionen der USA. **Und Geld scheint dabei keine Rolle zu spielen.** Die Investoren [...] überbieten regelmässig die Schätzwerte der Objekte. [...] Mit der Überbietungsstrategie werfen die «Heuschrecken» alle privaten Interessenten aus dem Rennen, die auf eine Finanzierung angewiesen sind. [...] **Hält dieser Trend an, wird ein guter Teil des Wohneigentums von Familien der Mittelschicht wegwandern und bei Wall-Street-Firmen landen.** Die Bedeutung von Immobilien für den Vermögensaufbau wird entsprechend zurückgehen. Langfristig ist zu befürchten, dass diese Entwicklung auch nach Europa schwappt und diese Anleger stärker in das Klein-Klein-Geschäft mit einzelnen Immobilien drängen. [...] Im Ergebnis wird die Spaltung zwischen denjenigen, die zu den Besitzenden gehören, und denen, die nichts haben, weiter zunehmen.»

Artikel auf der Focus-Webseite vom 20.06.2021

Quelle: stern.de, Schock in den USA - Wall-Street-Heuschrecken kaufen alle Einzelhäuser weg, 20.06.2021



Auch das ist als vielsagend zu bezeichnen: **BlackRock kauft mit den Pensionsfonds der Mittelschicht, die es verwaltet, Immobilien auf, die eigentlich dieser hart arbeitenden Mittelschicht zustehen.** Das WEF-Video «Acht Vorhersagen für die Welt im Jahr 2030» aus dem Jahr 2016 kündigt an: «Du wirst nichts besitzen und du wirst glücklich sein.» «Was immer du haben möchtest», fährt der Film fort, «wirst du mieten.»

«Group of Thirty»: Privatclub der Zentralbanker, gegründet von der Rockefeller-Stiftung

Mitglieder und ehemalige Mitglieder

Janet Yellen



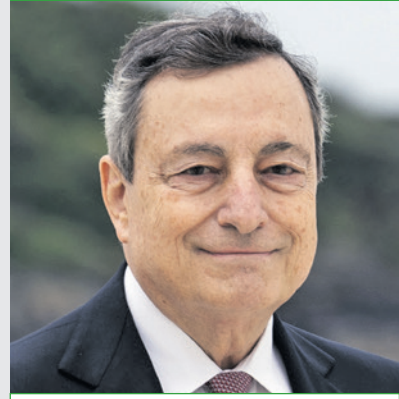
**Finanzministerin im Kabinett
Biden und ehemals Oberhaupt der
Federal Reserve**

Zhou Xiaochuan



**Von 2002 bis 2018 Gouverneur der
chinesischen Zentralbank**

Mario Draghi



**Ehemaliger Präsident Italiens
und der Europäischen
Zentralbank**

Foto: Fattili ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mario_Draghi_in_2021_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Mario_Draghi_in_2021_(cropped).jpg))
<https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

Philipp Hildebrand



**Seit Oktober 2012 Vice Chairman
beim Vermögensverwalter
BlackRock**

Foto: International Students' Committee (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Philipp_Hildebrand_at_St._Gallen.png) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>

Jean-Claude Trichet



**Von 2003 bis 2011
Präsident der
Europäischen Zentralbank**

Foto: World Economic Forum (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jean-Claude_Trichet_-_World_Economic_Forum_Annual_Meeting_-_Davos_2010.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>

Agustín Carstens



**Seit 2017 General Manager
der Bank für Internationalen
Zahlungsausgleich (BIZ) in Basel**

Axel A. Weber



**Von 2012 bis 2022
Verwaltungsratspräsident
der Schweizer Großbank UBS,
Präsident der Deutschen
Bundesbank von 2004 bis 2011**

Foto: UBS (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Axel_A._Weber_portrait.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.en>

Timothy Geithner



**Präsident der Federal Reserve Bank
of New York von 2003 bis 2009, von
2009 bis 2013 US-Finanzminister,
aktuell Direktor der Investmentfirma
Warburg Pincus (sein Grossvater
beriet Nelson Rockefeller)**

Gelegentlich gerät die «Group of Thirty» (G30) ins «kritische» Visier der Medien, doch meist wird dann das Narrativ verbreitet, es handle sich bei der G30 um eine Lobby-Organisation der Geschäftsbanken (wie z.B. Goldman Sachs, für die Mario Draghi lange arbeitete), mit der diese versuchen würden, Einfluss auf die Zentralbanken zu nehmen. Dabei wird wohl spätestens nach Einführung der geplanten CBDCs offensichtlicher denn je werden, dass im globalen Finanzsystem die Zentralbanken das letzte Wort haben und die Agenda bestimmen. BlackRock oder Goldman Sachs gehorchen mit hoher Wahrscheinlichkeit der Zentralbank und ihren Hintermännern, nicht andersherum. Die Einführung der CBDCs würde das Ende der Geschäftsbanken, wie wir sie heute kennen, bedeuten. Wohl kaum würden die zahlreichen Geschäftsbanken, die sich an der Einführung der CBDCs beteiligen, ihr eigenes Grab schaufeln, wenn sie nicht Werkzeuge einer höheren Macht wären.



Wussten Sie...

...dass der BlackRock-Chef Larry Fink Mitglied der Wall-Street-Geheimgesellschaft «Kappa Beta Phi» ist? Ähnlich wie «Skull and Bones» (Ausgabe 50) gewährt dieser exklusive Club nur 15 bis 20 Mitgliedern jährlich den Zugang. Zu den Adepten gehören neben Fink: Michael Bloomberg (Milliardär und ehemals Bürgermeister New Yorks), Wilbur Ross (US-Handelsminister von 2017 bis 2021 und ehemaliger Mitarbeiter der New Yorker Rothschild-Bank) oder Robert Rubin (US-Finanzminister von 1995 bis 1999 und einst Co-Vorsitzender von Goldman Sachs).⁽¹⁾

Im Jahr 2012 gelang es einem Journalisten der New York Times, in einen exklusiven, ausschliesslich Mitgliedern vorbehaltenen Ball der Geheimorganisation einzudringen und Fotos zu schiessen. «Alles in allem war in dieser Nacht im St. Regis [Hotel] so viel Reichtum und Macht konzentriert, dass die globale Finanzwelt, wie wir sie kennen, vielleicht nicht mehr existiert hätte, wenn man eine Bombe auf das Dach geworfen hätte», berichtete er in seiner Story. Auch Larry Fink war unter den Gästen.

Ähnlich wie in dem Film «Eyes Wide Shut» des berühmten Regisseurs Stanley Kubrick fiel der Journalist schnell auf, weil er allen unbekannt war, und startete, als er aufflog, in erboste Gesichter, die nicht glauben konnten, dass es einem Aussenseiter gelungen war, sich in die exklusive Veranstaltung zu schmuggeln. Die Wut war nachvollziehbar, denn was der Journalist zu sehen bekam, war in der Tat erschütternd: Die neuen Mitglieder des Clubs mussten sich als Frauen verkleiden und man amüsierte sich köstlich über die normale Bevölkerung. Als niemand geringeres als Trumps späterer Handelssekretär Wilbur Ross ihn nach draussen beförderte und dabei auf ihn einredete, bloss keine Story aus dem Gesehenen zu machen, dachte sich der Journalist: «Ich wollte mich nicht von meiner Geschichte abbringen lassen, aber ich verstand ihre Panik. Immerhin handelte es sich um eine Gruppe, zu der viele der Führungskräfte gehörten, deren Firmen 2008 und 2009 gemeinsam die Weltwirtschaft in den Ruin getrieben hatten. Und sie machten sich unter vier Augen über das ganze Desaster lustig, als wäre es eine längst vergessene Lachnummer.»

Das Einreden auf den Journalisten half nichts, denn er veröffentlichte die geschossenen Bilder und seine Eindrücke 2014 in einem Artikel für die Zeitung «The Intelligencer». Wie genau Wilbur Ross ihn bedrängte und versuchte, die Szenerie zu relativieren, erfahren wir in der Story: «Als wir in der Lobby ankamen, versicherten mir Ross und Lebenthal [Investmentbankerin], dass es sich bei dem, was ich gerade gesehen hatte, nicht wirklich um eine Gruppe reicher und mächtiger Finanziers handelte, die homophobe Witze machten, die Finanzkrise auf die leichte Schulter nahmen und mit ihren geschäftlichen Eroberungen auf Kosten der Main Street [normale Leute] prahlten. Nein, es handelte sich lediglich um eine Gruppe von Freunden, die zusammenkamen, um sich gegenseitig auf harmlose und selbstironische Weise auf die Schippe zu nehmen. Hier gibt es nichts zu sehen.» (tk)

Quellen:

nymag.com, One-Percent Jokes and Plutocrats in Drag: What I Saw When I Crashed a Wall Street Secret Society, 18.02.2014
1. wikipedia.org, Kappa Beta Phi, Abgerufen am: 22.11.2022

Wie glaubwürdig ist der «soziale» Ansatz von CBDCs und ESGs, wenn das normale Volk von den Bankern verhöhnt wird?

Foto: Wilson Center ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Laurance_Douglas_Fink_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Laurance_Douglas_Fink_(cropped).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/3.0/deed.en>



Larry Fink, BlackRock-CEO



Foto: Rubenstein (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Michael_R_Bloomberg.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

Michael Bloomberg, Milliardär und ehemals Bürgermeister New Yorks

Foto: Chatham House ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Robert_Rubin_US_Treasury_Secretary_\(1995-99\)_8738198855.jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Robert_Rubin_US_Treasury_Secretary_(1995-99)_8738198855.jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>



Robert Rubin, US-Finanzminister von 1995 bis 1999



Eine Person, die Larry Fink zu sein scheint, spricht mit einem «Neophyten».



Hier zu sehen sind die «Neophyten» (neue Mitglieder) der Geheimgesellschaft «Kappa Beta Phi» aus dem Jahr 2012. Sie wurden beim jährlichen Dinner der Organisation im Hotel St. Regis von einem Journalisten gefilmt, der sich in die Veranstaltung geschlichen hatte. Die neuen Mitglieder, die auf der Veranstaltung als «wertlos» bezeichnet wurden, mussten sich in Frauenkleider hüllen und die alteingesessenen auf der Bühne mit Show-Einlagen unterhalten. Offensichtlich gehört es dazu, sich demütigen zu lassen, um in die Ränge der Geheimgesellschaft aufgenommen zu werden. Ähnliches wird übrigens auch über die Aufnahmearten von «Skull and Bones» (Ausgabe 50) berichtet.

Die Neulinge wechselten später von ihren Drag-Kostümen in Mormonen-Missionarskostüme und sangen eine Parodie-Version von «I Believe», der Ballade aus dem Buch der Mormonen, mit massgeschneiderten Texten wie «Ich glaube, dass Gott einen Plan für uns alle hat. Ich glaube, dass mein Plan einen siebenstelligen Bonus beinhaltet.» Eine offensichtliche Verspottung der Religion.



Der Unterschied zwischen «Digitalem Zentralbankgeld» (CBDC) und unserem aktuellen Geldsystem



Digitales Zentralbankgeld? Haben wir das denn nicht schon längst? Gegenwärtig wird der Geldumlauf in jedem Staat dieses Planeten durch eine Zentralbank kontrolliert (siehe S.25 ff.). Das von ihr geschaffene Geld liegt danach meist als Giralgeld in digitaler Form auf den Konten der Bankkunden. Die Buchungen laufen mehrheitlich digital ab, mit Kredit- oder EC-Karte, Smartphone oder Online-Überweisung. Ist das also nicht bereits «Digitales Zentralbankgeld»? Man könnte es so nennen, doch was der Hochfinanz unter dem Oberbegriff CBDC als «Geld» der Zukunft vorschwebt, unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht grundlegend von dem, was wir heute noch unter dem Begriff «Geld» verstehen, und ist ein entscheidender Wechsel hin zu mehr Kontrolle und Zentralisierung. Das von der Zentralbank ursprünglich geschaffene und in Umlauf gebrachte Geld wird heute nämlich nicht von der Zentralbank selbst, sondern von sogenannten Kreditinstituten verwaltet, die wir gemeinhin als Banken kennen und die auch oft mit dem Begriff «Geschäftsbanken» von den Zentralbanken abgegrenzt werden (z.B. Deutsche Bank, Goldman Sachs, JP Morgan Chase).

Diese Geschäftsbanken unterliegen nicht der direkten Kontrolle der Zentralbank und gewähren dem Kunden somit eine gewisse Anonymität und Autarkie. Zwar ist auch unser aktuelles Geldsystem hochzentralisiert und weit entfernt von dem, was Geld als Tauschmittel ursprünglich ausmachte, doch im Vergleich zum CBDC-System, das momentan vorbereitet wird, ist es objektiv betrachtet das kleinere Übel. Beispielsweise weist das aktuelle System einen nicht gerade geringen Grad an Dezentralisierung auf, der etwa dann erkennbar wird, wenn man sich allein die Anzahl registrierter Banken in Deutschland vor Augen führt. Konkret zählte die Bundesrepublik im Jahr 2021 insgesamt 1519 einzelne Kreditinstitute, wobei sich die wirklich einflussreichen natürlich auf einige Dutzend herunterbrechen lassen. ⁽¹⁾ Schlüsselkomponente der Anonymität im aktuellen System ist, dass jeder Kunde das Anrecht darauf hat, sein Guthaben von seiner Bank in Form von Bargeld zu erhalten. Sowohl die Rolle von «privaten» Banken als Verwalter des von der Zentralbank geschaffenen Geldes wie auch die Existenz von Bargeld sollen mit der Einführung von CBDCs jedoch der Vergangenheit angehören. Es handelt sich bei dem «Digitalen Zentralbankgeld» um eine Art Eliminierung des Mittels-

manns namens Geschäftsbank, kombiniert mit der Totaldigitalisierung unseres Geldes.

Vom Regen in die Traufe

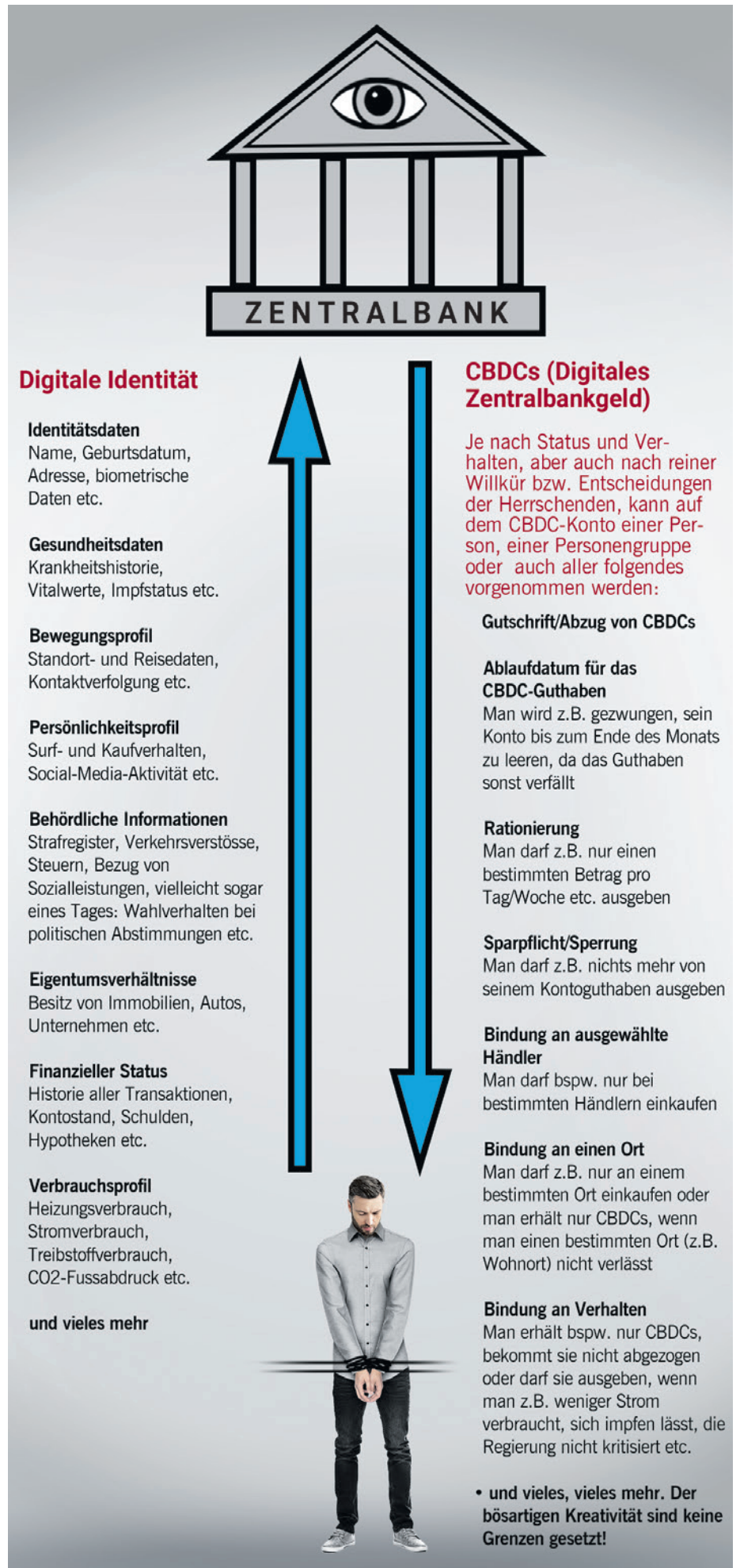
Heute besteht noch eine Vielzahl von einzelnen Banken, über deren Transaktionen der Staat und die Zentralbank nur bedingt informiert werden. Das momentane System zentral zu überwachen, gestaltet sich als äusserst unübersichtlich. Zwar werden die Dutzenden Millionen Bank-Transaktionen, die täglich allein in Deutschland stattfinden, über das System der Zentralbank abgerechnet, doch in diesem Prozess, bei dem den einzelnen Geschäftsbanken Guthaben abgezogen oder zugeschrieben werden, herrscht vollkommene Anonymität. Die Zentralbank verwaltet lediglich Geldbeträge, Zugriff auf die konkreten Daten ihres Kunden hat nur die einzelne Bank. Anders ausgedrückt: Die einzige Organisation, die wirklich per Direktzugriff sehen kann, was wir mit unserem Geld anstellen, ist im gegenwärtigen System nur jene Geschäftsbank, bei der wir ein Konto eröffnet haben. Die Zentralbank hingegen kann nicht einsehen, was eine individuelle Person kauft oder verkauft und auch nicht wo oder wann sie eine Transaktion tätigt. Ebenso hat die Zentralbank

keinerlei Zugriffsmöglichkeit und kann z.B. keine Kontosperrung vornehmen. Das obliegt allein den zumindest noch halbwegs dezentralen Kreditinstituten. Zudem sind die Überwachungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken durch die Bargeldnutzung begrenzt. Bargeld ist nach dem Abheben anonym und die Bank, die das Bargeld erhält – etwa, wenn der Kunde an der Supermarktkasse zahlt – kann nicht eruieren, wer gezahlt hat und von welcher anderen Bank das Geld abgehoben wurde. So zeichnen sich Scheine und Münzen durch Anonymität aus, während digitale Transaktionen zwischen den Banken lediglich von den Kreditinstituten einsehbar sind, die sich an dem Geldwechsel beteiligen, nicht aber von der Zentralbank. All dies sind ganz entscheidende Hindernisse für die Kontrollbesessenheit der Hochfinanz, welche sich hinter den Staaten und Zentralbanken verbirgt.

Eintrittstor für die Tyrannei

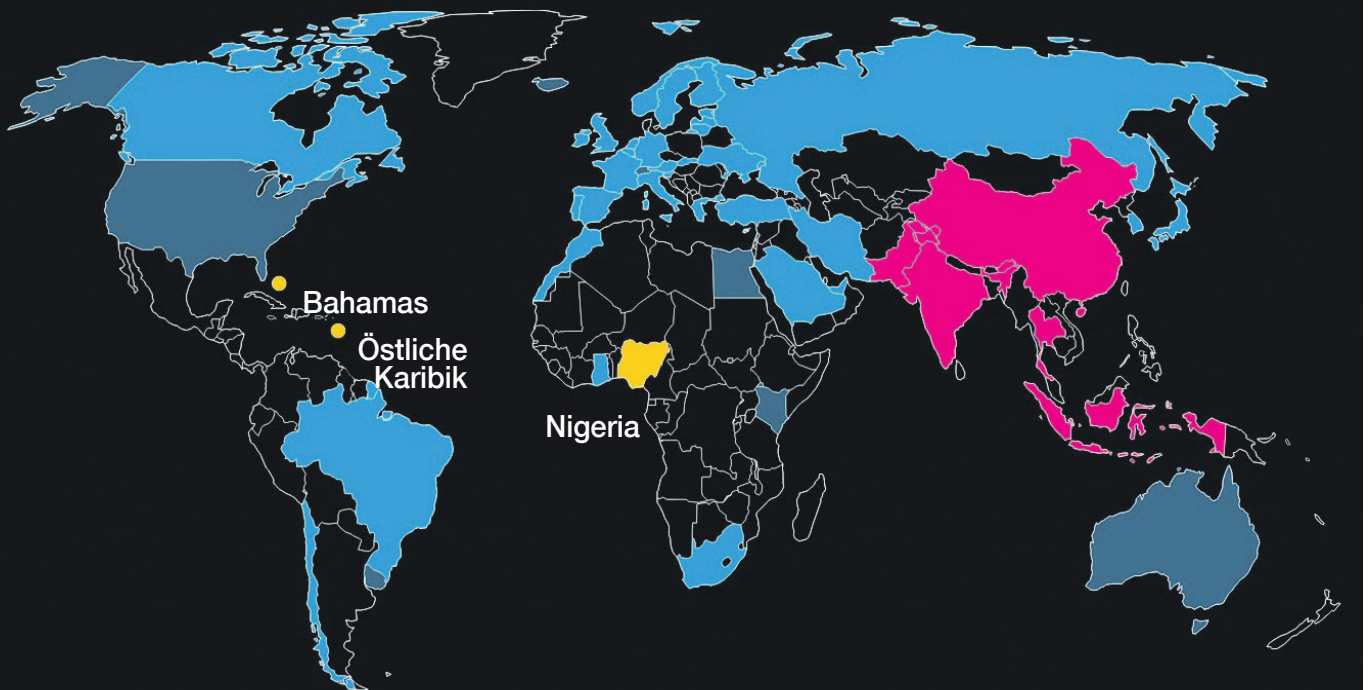
Ein erheblicher Schritt hin zur totalen Kontrolle geschieht durch die Einführung von «Digitalem Zentralbankgeld» (CBDC), denn dieses eliminiert die Geschäftsbanken als Mittelsmänner im Zahlungsverkehr vollends. Wie auch immer der Systemwechsel hin zu CBDCs stattfinden wird (Ausgabe 52); ist er einmal geglückt, wird jeder Bürger sein Bankkonto nicht mehr bei einer der tausenden vom Staat lizenzierten Geschäftsbanken haben, sondern direkt bei der Zentralbank, und das ohne die Möglichkeit, dieses Guthaben in Bargeld umzuwandeln. Die Abschaffung des Bargelds ist der Schlüssel, um die Dystopie wahr werden zu lassen: In nicht allzu ferner Zukunft würde praktisch jede Zahlung an der Supermarktkasse per Smartphone-App stattfinden – einer App, in der der Kunde sein Konto bei der Zentralbank verwaltet. Anders als bei einem Banktransfer im aktuellen System, der mehrere Stunden, wenn nicht Tage dauert, da die Zentralbank als Vermittler zwischen den vielen Bankinstituten agieren muss, würde die Überweisung von Zentralbankkonto zu Zentralbankkonto innerhalb weniger Sekunden vonstattengehen. Dass sich der Zahlungsverkehr durch CBDCs unkomplizierter und schneller gestaltet, wird wohl als eines von vielen Argumenten genutzt werden, um der Bevölkerung das neue Zentralbankgeld schmackhaft zu machen (siehe S.44 ff.).

Die gewaltigen Schattenseiten des neuen «Geldes» machen jedoch alle ▶



Status des «Digitalen Zentralbankgeldes» (CBDC) weltweit (Stand: Oktober 2021)

- CBDCs schon vollständig eingeführt
- CBDCs kurz vor der Einführung
- Fortgeschrittene Forschung zu CBDCs
- Forschung zu CBDCs im Anfangsstadium



► Argumente für die Einfachheit zu-
nichte: CBDCs sind vollständig digital
und geben der Zentralbank die Werkzeu-
ge in die Hand, die eine zentralisierte Ty-
rannie benötigt. Die Zentralbank allein
hat nun Zugriff auf alle Kunden- und
Zahlungsdaten, die unmöglich durch
die Nutzung von Bargeld vor ihr ver-
schleiert werden können. Sie kann als
ultimative Steuerbehörde nach
eigenem Belieben in die Konten der
Kunden eingreifen. Ihr stehen kei-
ne einzelnen «privaten» Bankinstitute
mehr im Weg. Sie kann Geld abziehen,
Geld zuweisen, Geld ein Ablaufdatum
verleihen oder auch regulieren, wo und
wann Geld ausgegeben werden darf.
Würde die Zentralbank das Konto eines
«Kunden» deaktivieren, hätte er keiner-
lei Möglichkeit mehr, an lebenswichtige
Güter und Dienstleistungen zu gelan-
gen. Er wäre ohne Bargeld vollständig
aus der Wirtschaft und Gesellschaft
ausgeschlossen, was nach Einführung
des «Digitalen Zentralbankgeldes» dazu
führen wird, dass die Bürger alles dar-
ansetzen werden, den Super-GAU einer
Sperrung zu verhindern. Das bedeutet:
CBDCs werden zu nie da gewesener Re-
gierungshörigkeit führen, da das Werk-

zeug der Kontrolle durch Sanktionie-
rung niemals derart direkt und absolut
anwendbar war. Der feuchte Traum
eines jeden Stasi-Mitarbeiters könnte
somit nur einige Jahrzehnte nach dem
Untergang der DDR Realität werden.

Gottspielinstrument

Man könnte es auch noch klarer for-
mulieren: Die Zentralbank kann durch
CBDCs mit dem «Kunden» machen, was
sie will, was die Bezeichnung «Kunde»
ad absurdum führt. Genauso ist der Be-
griff «Geld» für CBDCs vollkommen un-
passend, denn mit seiner ursprünglichen
Rolle als Tauschmittel hat dieses «Geld»
wenig bis gar nichts mehr zu tun. Eine
CBDC lässt sich ihrer Natur nach nicht
mehr tatsächlich besitzen, da sie vielmehr
einem Gutschein-Konto gleichkommt,
und sie wird sich aller Wahrscheinlichkeit
nach auch nicht im klassischen Sinne an-
sparen lassen, da von den Konstrukteuren
bereits ein Verfallsdatum diskutiert wird
(Ausgabe 52). Das «Digitale Zentralbank-
geld» ist also vielmehr eine digitale Leine,
an die der Einzelne gebunden wird, um
daraufhin dem Willen seiner Herrscher
hilflos ausgeliefert zu sein. Man könn-
te es auch als «Gottspielinstrument der

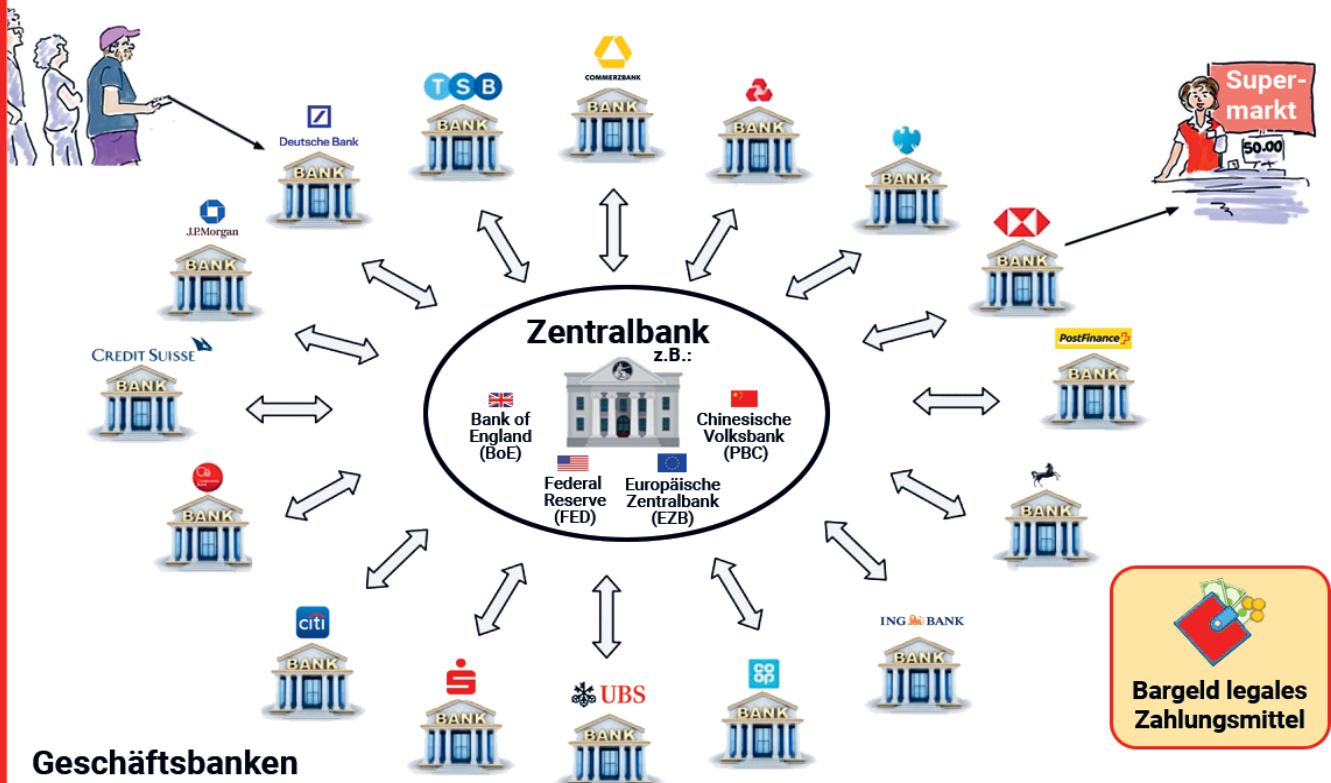
Hochfinanz» betiteln, mit dem Menschen
lenkbar werden wie in einem Videospiel.
CBDCs sind das Eintrittstor für eine Welt
der totalen Unfreiheit, und wenn sie erst
einmal eingeführt sind, wird es schwer,
das Rad der Zeit zurückzudrehen. Daher
gebietet es sich schon heute, über die frei-
heitsfeindlichen Pläne der Zentralbanker
aufzuklären, um die Einführung des neuen
Systems zumindest in unseren Gefilden zu
verhindern.

Das Pilot-Projekt für die Eliminierung
der Geschäftsbanken und die Unterstellung
der gesamten Wirtschaft unter die Kon-
trolle einer einzigen Bank war übrigens die
Sowjetunion mit ihrer «Gosbank», die
von den 1930ern bis 1987 das alleini-
ge Kreditinstitut in der UdSSR darstell-
te. Was der Gosbank allerdings fehlte,
war der digitale Würgegriff um den
Hals ihrer Untertanen, weshalb sie
mehr schlecht als recht funktionierte.
Es scheint als würde man versuchen, die
kommunistischen Ziele von damals nun
über den digitalen Umweg zu realisieren.
(Doppelausgabe 41/42). (tk)

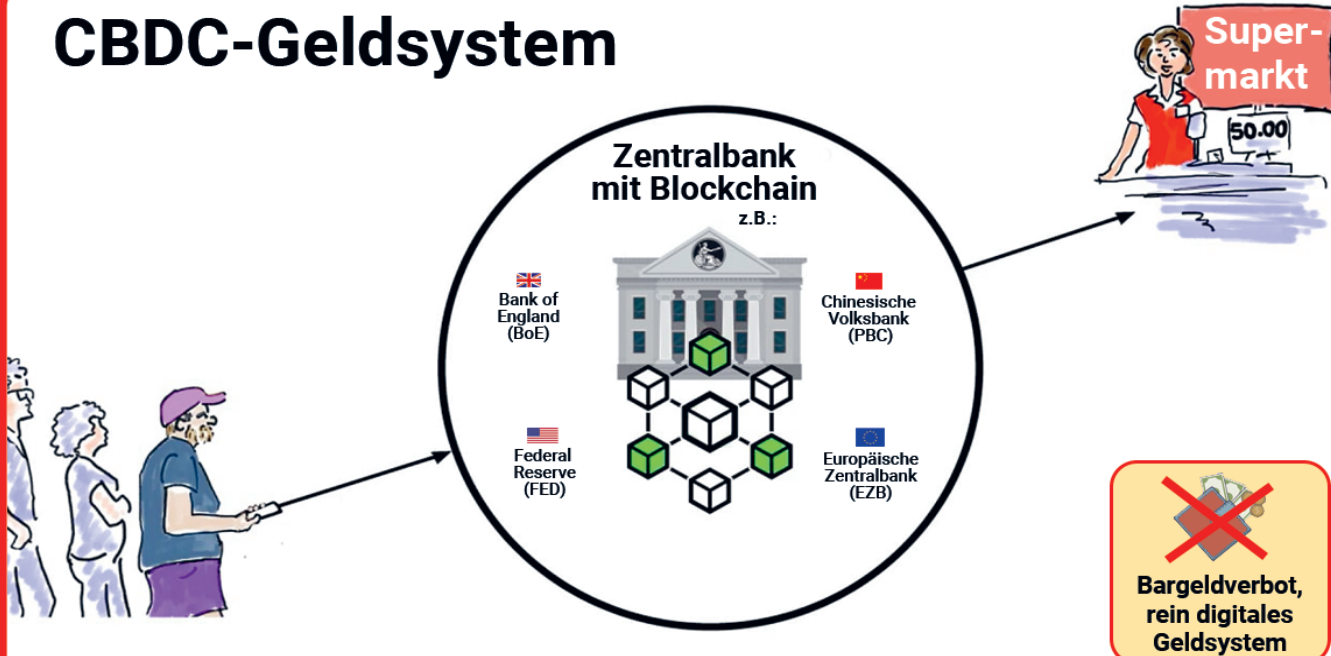
Quelle:

1. de.statista.com, Anzahl der Kreditinstitute in
Deutschland in den Jahren von 1957 bis 2021,
abgerufen am: 22.11.2022

Aktuelles Geldsystem



CBDC-Geldsystem



Wenn ein Kunde heute mit seiner Bankkarte an der Supermarktkasse bezahlt, wird sein Geld von einer Geschäftsbank zur anderen transferiert. Zugriff auf die konkreten Kunden- und Zahlungsdaten haben nur die zwei Geschäftsbanken, die an der Transaktion beteiligt sind. Die Zentralbank dient lediglich als Vermittler zwischen den Geschäftsbanken – in die individuellen Transaktionen von Privatpersonen gewährt ihr das aktuelle System noch keinen Einblick. Durch Bargeld kann eine Zahlung sogar komplett anonym stattfinden, womit sich das aktuelle System durch eine gewisse Privatsphäre und Dezentralisierung auszeichnet. Mit einer Umstellung zur bargeldlosen CBDC-Gesellschaft würden die Geschäftsbanken in ihrer heutigen Rolle verschwinden und den Zentralbanken stünden keine tausenden Finanzinstitute sowie bargeldlose Transfers mehr im Weg. Den wenigen Zentralbanken obläge dann die totale Kontrolle über den Finanzfluss jedes Einzelnen, den sie über die Blockchain lückenlos nachvollziehen könnten.



Einführung der CBDCs: Ein mögliches Szenario

Wie sich der Übergang von unserem aktuellen Geldsystem zu einer Welt, kontrolliert von CBDCs und einer digitalen Identität, gestalten könnte, wird uns im Laufe dieser Ausgabe noch wiederholt beschäftigen. Dennoch wollen wir schon jetzt einen Eindruck vermitteln, was in Zukunft auf uns zukommen könnte, und im Folgenden ein möglicherweise recht zeitnah zu erwartendes Szenario skizzieren, das einen von vielen möglichen Wegen in die digitale Diktatur darstellt.

Man stelle sich vor, Herr und Frau Müller aus einer x-beliebigen Stadt in Deutschland sassen eines Abends vor dem Fernseher und die Sprecherin der Tagesschau würde ihnen verkünden: «Der Bundeskanzler hat ein Notfalltreffen einberufen, um den unvermittelten Absturz in die ökonomische Rezession – national und international – zu diskutieren. Die Inflation ist ausser Kontrolle geraten und hohe Zinsen sorgen für tausende Enteignungen von Immobilien. Alle Geldautomaten und die Geldausgabe über den Schalter sind momentan eingefroren. Millionen Menschen befürchten, ihre Ersparnisse zu verlieren, da sich bereits mehrere Banken für insolvent erklärt haben. Die Regierungen Europas und die Europäische Zentralbank beschleunigen deshalb die Einführung einer neuen digitalen Zentralbankwährung, die bald jeder Bankkunde in Deutschland, wenn er das wünscht, erhalten kann – im Austausch



für sein existierendes Geld. Der Bundeskanzler sagt, dass das neue digitale Geld dabei helfen wird, die Wirtschaft aus der Rezession zu ziehen.»

Schockstrategie

Herrn und Frau Müller, die heute schon am Geldautomaten waren und keinerlei Bargeld mehr aus ihrem eigentlich ca. 15'000 Euro schweren Girokonto herausbekamen, gefriert das Blut in den Adern. Sie haben nur noch 120 Euro im Geldbeutel und danach wissen beide nicht, wie es weitergehen soll. Sie sind, wie so viele andere Deutsche, erleichtert, als nur einen Tag später in den Nachrichten folgendes «Angebot» verkündet wird: «Laden Sie jetzt ihre CBDC-App von der Webseite der Zentralbank oder dem jeweiligen Appsto-

re auf ihr Smartphone herunter und erhalten Sie Ihr CBDC-Bankvermögen mit einem Bonus von 500 digitalen Euro als Geschenk für Früheinsteiger! Sie können ab sofort bei allen grossen Händlern mit dem neuen Digitalen Zentralbankgeld bezahlen, indem Sie Ihre Smartphone-App benutzen.» Nebenbei sei erwähnt, dass die «Krise» den Mittelstand zu diesem Zeitpunkt des «hypothetischen» Szenarios fast komplett zerstört hat und es deshalb praktisch nur noch «grosse Händler» gibt. Dass die «Corona-Pandemie» eine wichtige Wegmarke dieser kontrollierten Vernichtung des Mittelstands markierte, wird von Klaus Schwab in seinem Buch «COVID-19: The Great Reset» mehr als nur durch die Blume angedeutet (Ausgabe 40). Gäbe es noch viele kleine Unterneh-



Nudge

Nudge [nɛdʒ] (engl. für *Stups* oder *Schubs*, hier im Sinne von Denkanstoss) ist ein Begriff der **Verhaltensökonomik**, der durch den Wirtschaftswissenschaftler **Richard Thaler** und den Rechtswissenschaftler **Cass Sunstein** und deren Buch *Nudge: Improving Decisions About Health, Wealth, and Happiness* (deutscher Titel *Nudge: Wie man kluge Entscheidungen anstößt*) von 2008, geprägt wurde: Unter einem **Nudge** verstehen die Autoren eine Methode, das Verhalten von Menschen zu beeinflussen, ohne dabei auf Verbote und Gebote zurückgreifen oder ökonomische Anreize verändern zu müssen.^[1] Seit dieser Veröffentlichung findet der Begriff auch in anderen Gebieten Anwendung, etwa der **Marketing-Kommunikation**.

— Screenshot von Wikipedia —

Das sogenannte «Nudging», mit dem versucht wird, die Bürger ganz ohne Zwang in die digitale Tyrannei hineinzu-manövrieren, wird uns noch weiter beschäftigen. Ein typisches Beispiel für «Nudging» wäre die Einführung einer CBDC-Zentralbankwährung mit der Hoffnung, bald würden sich eh alle Bürger für sie entscheiden und kein Gesetz zur Abschaffung des alten Systems müsste erlassen werden. Wie die Erfahrung zeigt, ist «Nudging» alleine aber nur selten der Weg zum Ziel. Das sanfte Stupsen reicht meist nicht, sodass die Bürger wohl auch in Zukunft mit hartem Zwang rechnen müssen.

„«Ab und zu veröffentlichte Rothschild aus dem Ruhestand seine Ansichten zur Wirtschaftslage und Bankenethik in der Onlinezeitung Huffington Post. Der britischen Zeitung *«Daily Telegraph»* sagte er einmal, was ihn am meisten beschäftige, sei *«der grosse Unterschied zwischen den Besitzenden und den Besitzlosen»* sowie das Thema *«Impact Investment»* – Investitionen mit dem Ziel, messbare soziale und ökologische Ergebnisse neben finanziellen Renditen zu erzielen.»

Spiegel-Online kurz nach seinem Tod über Sir Evelyn de Rothschild

Quelle: [spiegel.de](https://www.spiegel.de), Britischer Finanzier:
Sir Evelyn de Rothschild ist gestorben, 09.11.2022



Sir Evelyn de Rothschild bei einem Finanzforum an einer Universität in Peking, 2012

Sir Evelyn de Rothschild bekennt sich offen zu Investitionen, die zu messbaren sozialen Ergebnissen führen und gesteht damit ein, sozialplanerischen Einfluss auf die Gesellschaft nehmen zu wollen, und zwar täte er dies vorgeblich im Sinne und im Namen der «Besitzlosen». Inwiefern die Interessen eines Sir Rothschilds überhaupt mit denen der «Besitzlosen» korrespondieren? Wenn die dutzenden kommunistischen Revolutionen, die im 20. Jahrhundert im Namen der Unterschicht durchgeführt worden sind, und die in jedem Fall gerade für diese armen Menschen unsägliches Leid und Elend zur Folge hatten, eines beweisen, dann, dass es ein durchaus probates Mittel darstellt, die «Besitzlosen» für den eigenen Machtausbau zu instrumentalisieren.

men wie vor der «Corona-Krise», ist gut vorstellbar, dass diese sich bei der Umstellung auf CBDCs quergestellt hätten.

Natürlich bleibt den Müllers kaum eine andere Wahl, als die App herunterzuladen: Wer zahlungsfähig bleiben will, hat sich zu beugen. Und nachdem beide die Applikation installiert haben und begeistert feststellen, dass sich auch der Willkommensbonus von 500 Euro bereits auf ihrem Konto befindet, gibt es zunächst wenig, worüber sie sich beschweren könnten. Das System scheint einwandfrei zu funktionieren, wirkt zugänglich und lockt mit der Tatsache, dass lästige und zeitaufwändige Bankbesuche inklusive quälender Parkplatzsuche und kaputten Geldautomaten nun scheinbar der Vergangenheit angehören.

«So geht Fortschritt», denkt sich Herr Müller und macht sich auf den Weg in die nächste Rewe-Filiale, um die Bezahlfunktion des neuen Geldes direkt bei einem Einkauf zu testen. Auch an der Kasse: keinerlei Probleme. Noch nie war sein gut gefüllter Einkaufskorb schneller und unkomplizierter bezahlt. Im Bruchteil von Sekunden ist die Transaktion vollzogen. «Klappt doch wie am Schnürchen und wenn es der Wirtschaft aus der Rezession hilft, warum nicht?», denkt sich Herr Müller und macht sich zufrieden auf den Heimweg.

Es läuft wieder prächtig

Wir machen einen Zeitsprung und besuchen die Familie Müller zwei Jahre später. Es geht ihnen gut. Noch immer erklärt ihnen die Nachrichtensprecherin im Fernsehen beinahe täglich, dass die Einführung der CBDCs den vor zwei Jahren drohenden Finanzkollaps gerade

noch verhindert hat, und dass es ein Geniestreich der Politik gewesen sei, damals diesen Weg eingeschlagen zu haben.

Und tatsächlich: Der Finanzmarkt hat sich beruhigt und nach der entbehrungsreichen Zeit ist mittlerweile sogar ein leichter wirtschaftlicher Aufschwung zu spüren. Die Müllers blicken voller Optimismus in die Zukunft, und das alltägliche Leben geht wieder seinen gewohnten Gang. Doch einzelne Aspekte des Alltags haben sich verändert. Mit Bargeld bezahlen kann man schon längst nicht mehr. Zwar waren die Konten bei den Geschäftsbanken schon wenige Wochen nach der Einführung des Digitalgeldes wieder entsperrt und wer wollte, konnte sich sein Geld in Form von Banknoten auszahlen lassen – doch wer wollte das schon? In den Monaten nach der Einführung der Digitalwährung war die Nutzung von Münz- und Papiergeld dramatisch zurückgegangen. Nachdem in den bargeldlosen Wochen nahezu jeder gezwungen war, auf das Digitalgeld zu wechseln und es kaum jemanden gab, der sich ob der Praxistauglichkeit des neuen Systems nicht begeistert zeigte, gab es nahezu niemanden, der dem alten Geld hinterhertrauerte. Aus diesem Grund bestand die Protestbewegung, die sich eilig auf dem Rathausplatz nahe dem Wohnort der Müllers formierte, als die Bundesregierung schliesslich entschied, die Zeit sei gekommen, das Bargeld endgültig aus dem System zu entfernen und restlos auf das digitale Zentralbankgeld umzusteigen, aus wenig mehr als einem traurigen Dutzend.

Die alten Geschäftsbanken, wie z.B. Herrn Müllers Raiffeisenbank, sind inzwischen zu Gehilfen der Zentralbank umstrukturiert worden oder ganz verschwunden. Da die Digitalisierung der Währung so

prima funktioniert hat, ist man in vielen anderen Bereichen nachgezogen, und bald schon gehörte auch eine digitale Identität, die den Menschen unter anderem zeitraubende Behördengänge ersparte, wie selbstverständlich zum Alltag. Das Leben ist komfortabel, alles scheint in Ordnung.

Tag X

Wir unternehmen einen weiteren Zeitsprung und landen einige Jahre später am Tag X. Die Ereignisse überschlagen sich in einer Art und Weise, mit der weder Herr noch Frau Müller gerechnet hätten. Wieder ist es die Nachrichtensprecherin, die die Hiobsbotschaft verkündet: Die Klimakonferenz in Hamburg habe ergeben, dass eine drastische Drosselung der Nutzung von Treibstoff von Nöten sei, um die aufziehende Klimakatastrophe noch zu verhindern. Als erste Massnahme hätte die Regierung deshalb eine Obergrenze für den Kauf von Treibstoff an Tankstellen eingerichtet, die durch das neue smarte Geldsystem automatisch umgesetzt werde. Jedem Konto werde wöchentlich nur noch fünf Liter Diesel oder Benzin zugestanden und wer versucht, mehr zu kaufen, den erinnere die App automatisch daran, dass sein Etat bereits erschöpft sei und verhindere automatisch die Zahlung. Die Müllers zeigen sich schockiert: Das zugestandene Kontingent reicht noch nicht einmal aus, um die tägliche Fahrt zu Herrn Müllers Arbeitsstelle zu decken. Nachdem das auferlegte Limit nach Monaten noch immer nicht verschwunden ist, wird die vermeintliche Übergangslösung, die öffentlichen Verkehrsmittel zu benutzen, zum Teil seines Alltags und sein Auto wird verkauft.

Natürlich bezahlt er nun auch seine täglichen Fahrten mit der Bahn mit ►

**Edward Snowden** @Snowden · 15. Nov.

It begins.

**Watcher.Guru** @WatcherGuru · 15. Nov.

JUST IN: Mastercard, Wells Fargo, Citigroup, and others, launch a 12-week experimental digital dollar pilot with the New York Fed.

[Diesen Thread anzeigen](#)

Kryptisch schreibt der US-Whistleblower Edward Snowden «Es beginnt», als er folgende Meldung am 15. November 2022 retweetet: «SOEBEN: Mastercard, Wells Fargo, Citigroup und andere starten ein 12-wöchiges digitales Dollar-Pilotprojekt mit der New York Fed.»

dem Digitalgeld und jede einzelne seiner Fahrten wird registriert und in der zentralen Blockchain gespeichert. Auch daran hätte er sich gewöhnen können, doch es dauert kein Jahr, bis die Regierung den Klimanotstand verschärft und auch die Benutzung der öffentlichen Verkehrsmittel auf vier Fahrten pro Woche begrenzt. Da Herr Müller eine Arbeit ausübt, der er nicht von zuhause aus nachgehen kann, ersucht er die Regierung um Hilfszahlungen, die ihm auch prompt in Form von Direktüberweisungen auf sein Digitalkonto gewährt werden. Nun sitzt er zu Hause, hat viel Zeit zum Nachdenken, fühlt sich gegängelt und abhängig und langsam aber sicher wird ihm mulmig. In den Medien deutet man bereits die Einführung weiterer einschneidender Massnahmen an und die Nachrichtensprecherin faselt nun immer öfter etwas von flächendeckender Rationierung, welche die Experten anraten würden, um das Schlimmste noch verhindern zu können. Das seltsame Gefühl, das Herrn Müller seit einiger Zeit beschlichen hat, wächst und er ist mehr als froh, als ihn die Regierung schliesslich einem Schulungsprogramm zuteilt («Reskilling»), in dem er einen digitalen Beruf erlernen soll, dem er fortan auch von zu Hause aus nachgehen kann.

An der Leine

Nach dem Klimanotstand folgt ein Lockdown aufgrund einer ausgerufenen «Pandemie». Bei den Müllers kommen Gedanken an den schon beinahe vergessenen Lockdown Anfang der 2020er-Jahre auf und Erinnerungen daran, wie leicht es damals noch gefallen war, die staatlichen Vorschriften zu ignorieren. 2020 hatten die Müllers, nachdem sie sich die ersten «Pandemie»-Monate brav an die Vorgaben gehalten hatten, irgendwann beschlossen, dass sie nun von den Vorgaben der Regierung genug hatten und sie ihr normales Leben wieder aufnehmen würden. So wie damals geht das nun aber nicht mehr. Jetzt kümmert sich das neu eingeführte Tracking-System automatisch um den ersatzlosen Einzug von 200 CBDC-Euros, falls sich jemand für mehr

als eine Stunde vom registrierten Wohnort entfernt. Es dauert nur Wochen, bis die Nachrichtensprecherin verkündet, die ersten Impfchargen seien nun auf den Weg in die Impfzentren und dass der «Pieks im Dienste der Allgemeinheit» mit einer 500-Euro-Belohnung und mit der Freischaltung der beinahe vollständigen Bewegungsmöglichkeit verbunden sei. Bei der Impfung im Jahr 2021 waren die Müllers skeptisch gewesen und hatten es unter den tadelnden Augen ihrer Verwandten und Freunde geschafft, den damals drohenden Impfwang auszusitzen. Dieses Mal scheint das unmöglich. Sie haben die letzten Wochen tatsächlich kaum das Haus verlassen und auch, wenn sie es eigentlich nicht zugeben wollen, erscheinen ihnen die 500 Euro Impfbonus ob ihrer mittlerweile empfindlich geschrumpften Ersparnisse weit verlockender, als ihnen das lieb ist.

Zurück vom Impftermin macht sich Ernüchterung breit. Eigentlich hat Frau Müller damit gerechnet, sich nach der erfolgten Impfung zu freuen. Schliesslich hat sie ihre Bewegungsfreiheit nun beinahe vollständig wiedererlangt und dazu gemeinsam mit ihrem Mann 1000 CBDC-Euro dazu «verdient». Doch als sie nach dem Besuch des Impfzentrums wieder in ihrer Wohnung ankommen, ist von einem euphorischen Gefühl keine Spur. Dass Herr

Müller nach der Impfung eine Woche lang schwerkrank im Bett liegt und ihn auch in der Zeit danach noch «unerklärliche» Schmerzen plagen, macht die Sache nicht gerade besser. Mehr und mehr kommt es ihnen so vor, als lebten sie in einem Albtraum. Als die Nachrichtensprecherin eines Tages schliesslich verkündet, mit den klassischen Digitalkonten der Kategorie X sei es bis auf Weiteres nicht mehr möglich, Fleisch, Zigaretten und Alkohol einzukaufen, sind die Müllers noch nicht einmal mehr überrascht.

Tortur statt Komfort

Dass auch die ohnehin bereits rationalisierten Flugreisen für die Allgemeinheit völlig gestrichen werden, ist dann im Grunde schon absehbar und wird von den meisten – inklusive den Müllers – nur mit einem müden Murren quittiert. All die erlassenen Massnahmen bleiben für die Gesamtwirtschaft nicht ohne Folgen und der Finanzmarkt stürzt ins Bodenlose. Herr und Frau Müller fühlen sich an die Rezession erinnert, mit der sie einst in das Digitale Zentralbankgeld getrieben wurden. Um die «Wirtschaft wieder in Schwung zu bringen», versieht die Zentralbank ihr «Geld» jetzt neuerdings mit einem Ablaufdatum und zwingt das Ehepaar, ihr Konto zu leeren, womit den beiden das Sparen verunmöglicht wird. Sie haben einen Monat



John Cryan, von 2015 bis 2018 Chef der Deutschen Bank

Foto: Gregor Fischer ([https://commons.wikimedia.org/wiki/File:John_Cryan_\(cropped\).jpg](https://commons.wikimedia.org/wiki/File:John_Cryan_(cropped).jpg)) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

Noch sind drei Jahre Zeit für die Deadline zur weltweiten Abschaffung des Bargelds, die John Cryan im Januar 2016 gab.

Münchener Merkur

Deutsche-Bank-Chef: In zehn Jahren gibt es kein Bargeld mehr

merkur.de, 22.01.2016

(Unvollständige) Liste von alternativen Medienmachern, denen von Banken und Zahlungsdienstleistern gekündigt wurde:

Martin Sellner (Raiffeisenbank, Postfinance, Bank Austria uvm.)	Gunnar Kaiser (Fidor Bank)	Ignaz Bearth (UBS)	Boris Reitschuster (ING-Diba)
Nikolai Nerling (Postbank, Volksbank, uvm.)	KenFM (GLS Bank)	Oval Media (Volksbank Beckum-Lippstadt)	AUF1 (PayPal der Firma und Privatkonten von Mitarbeitern)
Tim Kellner (Sparkasse Paderborn-Detmold)	Irfan Peci (PayPal)	Billy Six (Consors Bank)	Bodo Schiffman (Deutsche Bank)
Verein «Wissenschaftler für Gesundheit, Freiheit und Demokratie» (u.a. Sucharit Bhakdi und Stefan Homburg) (Deutsche Apotheker- und Ärztebank)			Heiko Schrang (PayPal)

Das ist gleich doppelt heuchlerisch, weil inländische alternative Medien bereits sanktioniert werden und russische Medien wie z.B. Russia Today in Deutschland genauso gesperrt wurden wie deutsche Medien im Iran.



Auswärtiges Amt

@AuswaertigesAmt

Regierungsorganisation aus Deutschland

Das Auswärtige Amt am
26.10.2022 auf Twitter

Wir verurteilen die iranischen Sanktionen gegen deutsche Medien auf das Schärfste. Freie Medien zu sanktionieren zeigt erneut, wie [#Iran](#) international anerkannte Rechte auf Pressefreiheit und freie Meinungsäußerung unterdrückt.

Nach solchen Sperrungen folgt auf den Profilen der Protagonisten meist nach wenigen Tagen die Mitteilung «Ich bin jetzt neu bei...» Wem aus augenscheinlich politischen Gründen das Konto gekündigt wird, der findet im aktuellen Bankensystem, das aus hunderten mehr oder weniger konkurrierenden Geschäftsbanken und Zahlungsdienstleistern besteht, fast immer eine Alternative. Das wird sich ändern, wenn die Zentralbank mit den CBDCs die Bankenwelt wie nie zuvor in der Geschichte der Menschheit zentralisieren wird. Wer dann aufgrund seiner politischen Meinung sanktioniert wird (Zahlungsverbot, Abzug von hohen Summen, totale Sperrung des Kontos etc.), wird vor den Herrschenden niederknien, sonst läuft er Gefahr, dass nichts weniger als seine Lebensgrundlage alternativlos zerstört wird.

Zeit, das verfügbare Geld auszugeben. Mit Ablauf der Frist verfällt das Restguthaben, die Zentralbank füllt ihr Konto wieder mit der festgelegten Summe auf und das Spiel beginnt von Neuem. Immerhin hat die Regierung bzw. Zentralbank zur Ankurbelung der Wirtschaft den Verkaufsstopp für Zigaretten und Alkohol vorübergehend aufgehoben, den für Fleisch bisher allerdings noch nicht. Wie lange bestimmte Verbote und Erlaubnisse andauern werden, weiss niemand, was zu steter Verunsicherung und allgemeiner Resignation führt. Es ist das Jahr 2030 und das Leben ist nicht mehr das, was es einmal war. Was mit dem Versprechen von Komfort begonnen hat, ist zur reinsten Tortur geworden.

Das Szenario um die Eheleute Müller könnte ewig weitergesponnen werden, doch an dieser Stelle sollte klar sein, wo es endet: in der totalen Kontrolle durch den Staat und seiner Hintermänner aus der Hochfinanz!

Das Schicksal derjenigen, die es Herrn Müller nicht gleichtaten, und die das Zentralbankgeld von Anfang an ablehnten, könnte das WEF übrigens bereits vorgeschrieben haben. In dem an anderer Stelle bereits erwähnten Artikel von 2016 namens «Willkommen im Jahr 2030. Ich besitze nichts, habe keinerlei Privatsphäre und mein Leben war nie besser» schreibt die Autorin auf der WEF-Webseite: «Meine grösste Sorge sind all die

Menschen, die nicht in unserer Stadt leben. Diejenigen, die wir auf dem Weg verloren haben. Diejenigen, die entschieden, dass all diese Technologie zu viel wurde. [...] Diejenigen, die sich über das politische System beschwerten und sich dagegen wandten. Diese Menschen leben ausserhalb der Stadt ein anderes Leben. Einige haben kleine, sich selbst versorgende Gemeinschaften gebildet. Andere blieben einfach in den leeren und verlassenen Häusern in kleinen Dörfern [...]»⁽¹⁾ (tk/as)

Quelle:

1. weforum.org, Welcome to 2030. I own nothing, have no privacy, and life has never been better, 11.11.2016

Eintrittstor Komfort: Sie sagten, es sei praktisch...

Wie lässt man sein Opfer in die Falle tappen? Es muss verlockend süß sein, den Gefahrenbereich zu betreten: Fische gieren nach dem Wurm und schlucken den Angelhaken gleich mit, Mäuse können dem Käse auf der zuschnappenden Falle nicht widerstehen, und menschliche Zielpersonen lassen sich durch eine attraktive Agentin verführen. Auch das mit Siebenmeilenstiefeln auf uns zukommende digitale Gefängnis muss der Weltbevölkerung auf ganz ähnliche Weise verkauft werden. In diesem Fall ist es allen voran die Bequemlichkeit der Menschen, die sich die Steuermänner zunutze machen (Ausgabe 15). Es gilt ohne Frage anzuerkennen, dass die zunehmende Digitalisierung vielfältige Vorteile mit sich bringt. Doch so, wie ein Messer gleichermaßen zum Schneiden von Brot oder zur Ermordung eines unschuldigen Menschen eingesetzt werden kann, kann auch Technologie zur Befreiung oder zur Versklavung der Menschheit genutzt werden.

Um die Entwicklungen nochmals zusammenzufassen: Es soll eine umfassende Digitalisierung realisiert werden, sodass sämtliche Prozesse des privaten und öffentlichen Alltags als Datenpunkte online registriert und miteinander verknüpft werden. Was viele Menschen daran am meisten begeistern dürfte, ist der Fakt, dass über die für jeden Bürger vorgesehene digitale Identität (siehe S.9 ff.) nahezu das gesamte Leben mit wenigen Klicks organisierbar wird. Behördengänge, Versicherungsangelegenheiten, Bankdienstleistungen, Bezahlssysteme, Authentifizierungsprozesse – all das wird über



Das Versprechen von Komfort lockt den Menschen in die digitale Abhängigkeit, und ist dieser Zustand erst erreicht, ist es auch um den zuvor noch verlockenden Komfort geschehen.

den individuellen elektronischen Ausweis abgewickelt. Ein unnötiges Übermitteln, Übersetzen, Deuten und Organisieren von Daten und damit einhergehende Aspekte wie Verwirrung, Fehleranfälligkeit, Dauer, Aufwand und gebundene Arbeitskraft gehören der Vergangenheit an, weil alle Anbieter entsprechender Dienstleistungen über dieselbe ID-Nummer auf denselben Datenpool zugreifen. Man halte sich, um ein herausstechendes Beispiel zu nennen, die behördliche Situation in Italien vor Augen: Obwohl es sich um ein industrialisiertes Land im Herzen Europas handelt, ist das Erledigen von Behördenangelegenheiten für die Italiener die reinste

Qual. Der Korruptionswahrnehmungsindex von Transparency International listet Italien als eines der korruptesten Länder Europas und zudem hinter Nationen wie Katar oder Costa Rica. ⁽¹⁾

Die kleinsten Änderungsanträge kosten die Bürger des Mittelmeerstaates viel Zeit, Kraft und womöglich sogar mehr Geld als vorgesehen (Korruption) – eine wahrlich nervtötende Situation, in der sie eine enorme Vereinfachung und Beschleunigung der Prozesse durch eine digitale ID wohl mit offenen Armen begrüßen würden. Wer würde vor diesem Hintergrund das Angebot verneinen, statt mehrerer Vorortbesuche in den Büros unfreundli-



Kanye West

„Ich bin vom Status eines Multimilliardärs [innerhalb weniger Wochen] so weit gefallen, dass ich nicht mal mein Apple Pay [digitales Zahlungssystem von Apple] nutzen kann. [...] Irgendwie hat es [mein ehemaliger Partner] Adidas geschafft, mein Geld legal einzufrieren. Wenn ich das sehe, denke ich: Das könnte jedem Amerikaner so geschehen, der nicht mal etwas gestohlen und der niemanden verletzt hat. Das könnte Dir passieren, wenn Du die <falschen> Ideen artikulierst.“



Der Rapper Kanye West Mitte November 2022

Quelle: youtube.com, EXCLUSIVE - Ye Sings In Prayer, Says Adidas Froze \$75M In His Accounts, 22.11.2022

Ohne Zweifel ist diese Sperrung mit kritischen Äußerungen verbunden, die der Rapper seit neuestem tätigt. Kanye West fiel innerhalb weniger Wochen vom gefeierten Star zur Persona non grata und verlor - zumindest nach eigener Aussage - einen Grossteil seines Vermögens, wofür er Adidas beschuldigt. Erneut finden sich die Spuren des machthabenden Finanzkartells: Über fünf Prozent von Adidas gehören BlackRock (siehe S.28).

cher und antriebsloser Beamter alles mit wenigen Klicks und per Sofort von zuhause aus erledigen zu können, ohne sich ins Auto, in den Bus oder die Bahn begeben und viele Stunden verschwenden zu müssen? Es ist wohl nicht untertrieben zu sagen, dass fast ausnahmslos jeder normale Mensch dies bevorzugen würde und dass viele Italiener nicht zögern würden, sich eine Blockchain-basierte (siehe S.16 ff.) digitale Identität zuzulegen, wenn das bedeuten würde, dass die bis anhin qualvollen Behördengänge fortan der Vergangenheit angehören würden.

Die Frage nach dem Preis

Wir wollen nicht als «Fortschrittsverweigerer» oder «Ewiggestrige» gebrandmarkt werden, und zugegebenerweise wären derartige Prozessvereinfachungen auch in unseren Augen erstrebenswert. Selbstverständlich sind technologischer Fortschritt und die damit einhergehende Reduktion von Komplexität und das Freiwerden von Ressourcen positiv zu bewerten. Doch lässt sich das Ganze eben nicht monokausal betrachten; eine undifferenzierte Beleuchtung dieser vermeintlich überfreundlichen Vorschläge vonseiten der Regierungen aller Herren Länder ist sogar fatal. Denn es gilt sich genauestens anzusehen, auf welchen Nährboden diese Samen fallen und wer sie sät. Die Zeichen der Zeit deuten auf einen neuerlich heranziehenden, antifreiheitlichen Sturm hin, der sich dank der fortschrittlichen Digitaltechnik anders gestalten wird als alles bisher Gekannte. Man braucht nur anzuerkennen, dass die meisten Menschen mehr als bereitwillig ihre natürlichen Rechte kampflos aufgeben – das zeigte spätestens die «Corona-Pandemie» – und dass Politiker, politisierte «Wissenschaftler» & Co. die Öffentlichkeit mit Bereiterklärungen zur endgültigen Abschaffung von Wahl-, Bewegungs- und sonstigen Freiheiten überschütten. Wer sich von totalitären Geistern an die digitale Leine legen lässt, nur um Korruption und anstrengenden Behörden-Torturen zu entgehen, stimmt einem für die eigene Seite mehr als nachteiligen Deal zu. Die Verschwendung und Misswirtschaft auf lokaler Ebene wird zwar verschwinden, doch ersetzt werden durch eine anonyme Zentralstruktur, die frei über das Schicksal der Bürger verfügen kann, als wären sie ihre Spielzeuge. Wer deren harte Hand zu spüren bekommt, wird sich bald wieder die Vergangenheit als kleineres Übel zurückwünschen, in der er manchmal seinen Ausweispapieren nachrennen oder

Katar ist laut Transparency International weniger korrupt als Italien!

31	Katar	63	0	-5
42	Italien	56	3	14

Quelle: transparency.de, CPI 2021: Tabellarische Rangliste

Satte 11 Plätze Vorsprung hat Katar gegenüber Italien im Korruptionswahrnehmungsindex der NGO aus dem Jahr 2021.

EUROSPORT

WM 2022: KORRUPTION, VERLETZUNG DER MENSCHENRECHTE UND MISSACHTUNG DER PRESSEFREIHEIT – DIE BRENNPUNKTE IN KATAR

eurosport.de,
18.11.2022



Fussballfans fordern die Boykottierung Katars. Bei dem Olympischen Winterspielen in China (Ausgabe 52) blieb der politische Furor maximal auf Zimmertemperatur, während die WM in Katar über Jahre in den Medien kontrovers diskutiert wurde.

Katar soll nicht verharmlost werden, aber die Doppelmoral des Westens, der sich selbst immer weiter in Richtung Totalitarismus bewegt, ist eklatant.

gar einige korrupte Beamte bestechen musste, um sein Geschäft weiterzuführen.

Letztlich stellt sich die Frage, ob die bisherigen, immer untragbarer werdenden bürokratischen Zustände bis ins hinterletzte Staatsbeamtenbüro nicht sogar Teil des übergeordneten Planes sind, einen Nährboden zu kreieren, in dem der Wunsch nach mehr Einfachheit und Bequemlichkeit prächtig gedeihen konnte. In diesen Nährboden pflanzen die Denker

und Lenker hinter der Digitalisierungsgenda seit geraumer Zeit Schritt für Schritt die Samen der totalen elektronischen Versklavung, aus deren immer kräftiger erwachsenden Ranken es schlussendlich kaum noch ein Entkommen gibt. Problem (Bürokratie) – Reaktion (genervte Bürger) – Lösung (digitale Identität)? (fp/th)

Quelle:

1. transparency.de, CPI 2021: Tabellarische Rangliste, 2021

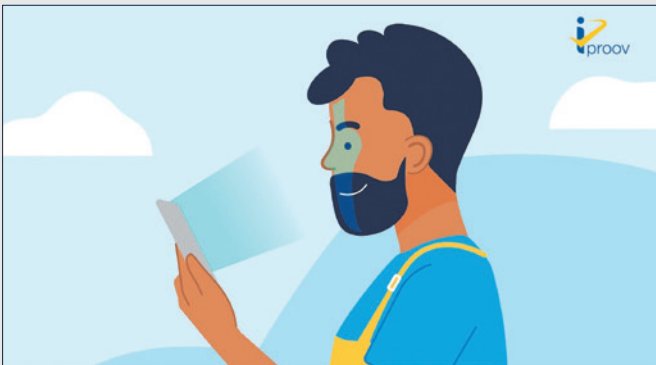
Werbecartoon der Firma iProov: Gesichtsscan, um Unternehmen eröffnen zu können



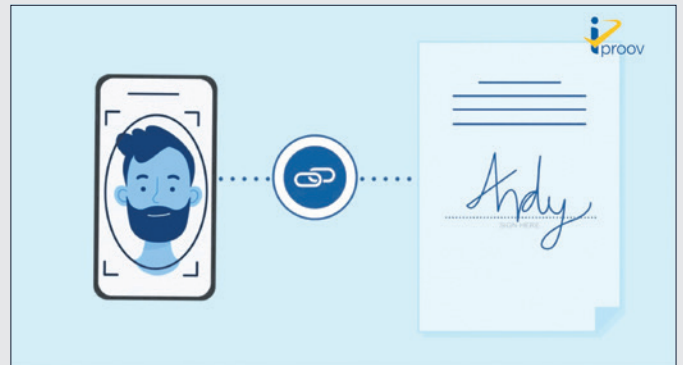
Andy will in einigen Ländern Europas Filialen seines Bürgerladens eröffnen, doch der bürokratische Prozess gestaltet sich viel zu kompliziert. Er müsste durch ganz Europa reisen und Dokumente unterzeichnen.



Die einfache Lösung bieten neuerdings das Unternehmen iProov und die Europäische Union.



Anstatt in Person bei Behörden zu erscheinen, kann sich Andy per Gesichtsscan online registrieren und so Verträge mit seinem Gesicht unterzeichnen.



Jetzt kann Andy mit Banken, Behörden und anderen Geschäften Verträge ohne den lästigen Papierkram online schliessen, und das sogar über Staatsgrenzen hinweg.

Das auf Gesichtserkennung spezialisierte Unternehmen iProov darf seine Verifizierungs- und Authentifizierungstechnologie im digitalen Rahmenwerk der EU (eIDAS) einsetzen. Der oben abgebildete Werbeclip von iProov führt das Prinzip «Problem - Reaktion - Lösung» mustergültig vor. Der von der Bürokratie überforderte Normalbürger muss sich auf einen Gesichtsscan einlassen, um unternehmerisch überhaupt tätig werden zu können. Auf dieses verführerische Angebot sollte man gar nicht erst eingehen, denn China zeigt, wo es enden kann. Es ist hinlänglich bekannt, dass der chinesische Unrechtsstaat Gesichtserkennungssoftware zur totalitären High-End-Überwachung seiner Bürger einsetzt (siehe S.61 ff.).



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Wer nach dem entscheidenden Mittel sucht, mit dem die im ersten Text der Ausgabe beschriebene Hochfinanz ihre Macht akkumuliert, während sie die Normalbevölkerung kontinuierlich enteignet, der wird bei der Institution «Zentralbank» fündig, deren Implementierung dazu führt, dass der gesamte Geldverkehr eines Landes von einer kleinen Gruppe kontrolliert wird. Und wer sich fragt, wer zu den Schöpfern und Administratoren des gegenwärtig vorherrschenden Geldsystems zählt, der stolpert unweigerlich über den Personenkreis, der 1913 die US-Zentralbank Federal Reserve installierte. Die Spur dieser Personen lässt sich auch in der darauffolgenden Geschichte der Zentralbanken deutlich nachvollziehen. Die «Bank für Internationalen Zahlungsausgleich» (BIZ) in Basel wird als «Zentralbank der Zentralbanken» bezeichnet, denn sie ist zweifellos der Mittelpunkt des weltweit installierten Finanzsystems. Gegründet wurde die BIZ 1930 nachweislich von Vertretern derselben Banken und Familiendynastien hinter der Federal Reserve: Rothschild, Rockefeller, Warburg und JP Morgan. Professor Carroll Quigley von der Georgetown-Universität, u.a. Mentor von Bill Clinton, erklärte die BIZ zum «Schlussstein» eines «Weltsystems der finanziellen Kontrolle».

Über Umwege gelangt das aus dem Nichts geschöpfte Geld dieses «Weltsystems» der Zentralbanken letztendlich an Grossinvestoren wie BlackRock oder Vanguard, die inzwischen offenkundig eine ungeheure Macht über die Weltwirtschaft ausüben. Allein das von BlackRock und Vanguard verwaltete Vermögen beträgt aktuell 17 Billionen Dollar – die Summe grenzt beinahe an das gesamte Bruttoinlandsprodukt der USA (23 Billionen). Macht man die Stichprobe, findet man alleine BlackRock und Vanguard an fast jedem bekannten Grosskonzern mit mindestens 5% beteiligt. Das muss beunruhigen, denn BlackRock tat sich besonders dabei hervor, die sogenannten «ESG-Kriterien» in der Finanzwelt zu implementieren. «ESG» steht für: «Umwelt- und sozialverträgliche, verantwortungsvolle Unternehmensführung». Das mag harmlos klingen, doch dahinter steckt das Prinzip, die Kreditvergabe an Unternehmen in Zukunft nicht mehr allein an die zu erwartende Rendite zu knüpfen, sondern an fragwürdige Kriterien wie z.B. «Umweltfreundlichkeit». Unter diesem Begriff versteht BlackRock vor allem den «Klimaschutz», der, wie in mehreren Ausgaben nachgewiesen, nicht etwa das Klima oder die Umwelt schützt, sondern vielmehr durch die damit einhergehende Gesetzes-

flut die Wirtschaft und Produktion abwürgt. Diesen destruktiven Einfluss kann man ohne Weiteres auf zahlreiche weitere ESG-Kriterien übertragen. Man muss vermuten, dass sich die ESG-Kriterien in Zukunft wohl ideal als Richtschnur für ein Sozialkredit-System des Westens eignen könnten – ein bisschen weniger Parteitreue als in China, dafür ein bisschen mehr «Umwelt- und Seuchenschutz», Gender Mainstreaming, Inklusion und «Diversität». Das sind Narrative, mit denen man – wie die vergangenen Jahre gezeigt haben – den westlichen Normalbürger schon kleinkriegt.

Dass BlackRock keinerlei Berührungsängste mit solch totalitären Gesellschaftsmodellen hat, verdeutlicht die Tatsache, dass es das erste Unternehmen in ausländischem Besitz war, dem die KPCh erlaubte, in der chinesischen Investmentfondsbranche ein eigenes Unternehmen zu betreiben. Im Dezember 2021 wurde berichtet, dass BlackRock in zwei Unternehmen investiert hatte, die von der US-Regierung wegen Menschenrechtsverletzungen gegen die Uiguren auf die schwarze Liste gesetzt worden waren. Mal wieder verstehen sich die Hochfinanz und Chinas Unrechtsstaat prächtig.

Vom WEF wird BlackRock als «Strategischer Partner» geführt und gehört damit zu den auserlesenen ca. 120 Unternehmen, mit denen das WEF besonders intensiv kollaboriert, um die Zukunft der Welt zu formen. Das WEF hat wiederum auf seiner Jahrestagung im Januar 2020 eine globale Arbeitsgemeinschaft zur Schaffung einer digitalen Währung ins Leben gerufen und übernimmt damit augenscheinlich eine zentrale Rolle bei der Entwicklung des neuen «Digitalen Zentralbankgeldes» (CBDC).

BlackRock-CEO Larry Fink verkündete in seinem jährlichen Brief an die Aktionäre im März 2022, dass der Krieg in der Ukraine die Einführung von Digitalwährungen durch die Zentralbanken beschleunigen könnte. Ebenso nicht zufällig erwähnte Fink keine einzige herkömmliche Kryptowährung, sondern konzentrierte sich allein auf das «Potenzial» von digitalen Währungen der Zentralbanken. Das macht deutlich: BlackRock, das WEF und auch das bestens mit diesen beiden Institutionen vernetzte China arbeiten mit Hochdruck an der Einführung der CBDCs, die vielleicht mehr denn je die Rolle der Zentralbanken als «Schlussstein des Systems» (so zitiert nach Carroll Quigley) sichern werden. Es ist ausserdem stark anzunehmen, dass CBDCs und BlackRocks ESG-Kriterien, die nahezu identisch mit Klaus Schwabs «Stakeholder-Kapitalismus» sind, Hand in Hand gehen werden.

Was der Hochfinanz unter dem Oberbegriff CBDC als «Geld» der Zukunft vorschwebt, unterscheidet sich in vielerlei Hinsicht grundlegend von dem, was wir heute noch unter dem Begriff «Geld» verstehen und ist ein entscheidender Wechsel hin zu mehr Kontrolle und Zentralisierung. Das von der Zentralbank ursprünglich geschaffene Geld wird heute nämlich nicht von der Zentralbank selbst, sondern von sogenannten Kreditinstituten verwaltet, die wir gemeinhin als Banken kennen und die auch oft mit dem Begriff «Geschäftsbanken» von den Zentralbanken abgegrenzt werden (z.B. Deutsche Bank, Goldman Sachs, JP Morgan Chase). Diese Geschäftsbanken unterliegen heute noch nicht der direkten Kontrolle der Zentralbank und gewähren dem Kunden somit eine gewisse Anonymität und Autarkie. Gegenwärtig besteht noch eine Vielzahl von einzelnen Banken, über deren Transaktionen der Staat und die Zentralbank nur bedingt informiert werden. Das momentane System zentral zu überwachen, gestaltet sich als äusserst unübersichtlich. Zwar werden die Dutzenden Millionen Bank-Transaktionen, die täglich allein in Deutschland stattfinden, über das System der Zentralbank abgerechnet,

doch in diesem Prozess herrscht vollkommene Anonymität. Die Zentralbank verwaltet lediglich Geldbeträge, Zugriff auf die konkreten Daten ihres Kunden hat nur die einzelne Bank. Die Zentralbank kann nicht sehen, was eine individuelle Person kauft oder verkauft und auch nicht wo oder wann sie eine Transaktion tätigt. Ebenso hat die Zentralbank keinerlei Zugriffsmöglichkeit und kann z.B. keine Kontosperrung vornehmen. Das obliegt allein den zumindest noch halbwegs dezentralen Kreditinstituten.

Zudem sind auch die Überwachungsmöglichkeiten der Geschäftsbanken durch die Bargeldnutzung begrenzt. Bargeld ist nach dem Abheben anonym und die Bank, die das Bargeld erhält – etwa, wenn der Kunde an der Supermarktkasse zahlt – kann nicht eruieren, wer gezahlt hat und von welcher anderen Bank das Geld abgehoben wurde. So zeichnen sich Scheine und Münzen durch Anonymität aus, während digitale Transaktionen zwischen den Banken lediglich von den Kreditinstituten eingesehen werden können, die an den Transaktionen beteiligt sind, nicht aber von der Zentralbank. All dies sind ganz entscheidende Hindernisse für die Kontrollbesessenheit der Hochfinanz, welche sich hinter den Staaten und Zentralbanken verbirgt.

Durch die Einführung von «Digitalem Zentralbankgeld» (CBDC) werden die Geschäftsbanken als Mittelsmänner im Zahlungsverkehr eliminiert. Nach dem geplanten Systemwechsel wird jeder Bürger sein Bankkonto nicht mehr bei einer der tausenden lizenzierten Geschäftsbanken haben, sondern direkt bei der Zentralbank, und das ohne die Möglichkeit, sein Guthaben in zuverlässig anonymisierendes Bargeld umzuwandeln.

Mit CBDCs haben die Zentralbank und ihre Verwalter Zugriff auf alle Kunden- und Zahlungsdaten, die unmöglich durch die Nutzung von Bargeld vor ihr verschleiert werden können. Die Zentralbank kann als ultimative Steuerungsbehörde nach eigenem Belieben in die Konten der Kunden eingreifen. Ihr stehen keine einzelnen «privaten» Bankinstitute mehr im Weg. Sie kann Geld abziehen, Geld zuweisen, Geld ein Ablaufdatum verleihen oder auch regulieren, wo und wann Geld ausgegeben werden darf. Würde die Zentralbank das Konto eines «Kunden» deaktivieren, hätte er keinerlei Möglichkeit mehr, an lebenswichtige Güter und Dienstleistungen zu gelangen. Er wäre ohne Bargeld vollständig aus der Wirtschaft und Gesellschaft ausgeschlossen, was nach Einführung des «Digitalen Zentralbankgeldes» dazu führen wird, dass die Bürger alles daransetzen werden, den Super-GAU einer Sperrung zu verhindern. Das bedeutet: CBDCs werden zu nie da gewesener Regierungshörigkeit führen.

Man könnte es auch noch klarer formulieren: Die Zentralbank kann durch CBDCs mit dem «Kunden» machen, was sie will, was die Bezeichnung «Kunde» ad absurdum führt. Genauso ist der Begriff «Geld» für CBDCs vollkommen unpassend, denn mit seiner ursprünglichen Rolle als Tauschmittel hat dieses «Geld» wenig bis gar nichts mehr zu tun. Das «Digitale Zentralbankgeld» ist vielmehr eine digitale Leine, an die der Einzelne gebunden wird, um daraufhin dem Willen seiner Herrscher hilflos ausgeliefert zu sein.

Es handelt sich um ein System, das auch ideal geeignet wäre, den chinesischen Völkermord an der Volksgruppe der Uiguren effizienter zu gestalten. Da die Einheimischen der neuchinesischen Region Xinjiang uns bereits am Rande begegneten und im Laufe der Ausgabe auch weiter begegnen werden, ist ein thematischer Exkurs, der sich mit ihrem Schicksal beschäftigt, im nun folgenden Abschnitt unerlässlich.



Auf einen Blick

Der Völkermord an den Uiguren in der «chinesischen» Region Xinjiang (dem bestüberwachten Ort der Welt) verdeutlicht, mit welcher Effizienz und Präzision der digitale Überwachungsstaat gegen «seine Feinde» vorgehen kann.

Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) will in Xinjiang eine ganze Ethnie durch Geburtenreduktion, ein riesiges Lagersystem, massenhafte Ansiedlung von Han-Chinesen uvm. vernichten!

Unter dem Vorwand, den «Terrorismus» in der Region zu bekämpfen, kriminalisiert China dort normale Handlungen wie das Lesen religiöser oder historischer Texte, das Fernbleiben von Veranstaltungen, Reisen ins Ausland, das Einladen von zahlreichen Gästen und vieles mehr.

Auch wenn wir von den Zuständen in Xinjiang noch weit entfernt sind, sind gewisse Parallelen im Westen bereits jetzt deutlich feststellbar. Ist Xinjiang, noch mehr als China selbst, ein Labor für unsere Zukunft?

Völkermord an den Uiguren mit ausgefeilter digitaler Technik

Auf den ersten Blick könnte der nun folgende Artikel wie ein thematischer Bruch mit den bisherigen Texten der Ausgabe erscheinen. Um dem zuvorzukommen, ist es angebracht, eine grundsätzliche Einordnung vorzunehmen. Auf den kommenden Seiten wird anhand von praktischen Beispielen aufgezeigt werden, wie die Implementierung des modernen, digitalen Überwachungsstaates in der Praxis aussehen kann, und mit welcher morbider Effizienz und Präzision er in der Lage ist, gegen jene vorzugehen, die er zu Feinden deklariert hat. Zu diesem Zweck richten wir unseren Blick auf die chinesische Provinz Xinjiang, die aktuell wohl wie kaum ein anderer Ort der Welt veranschaulicht, was flächendeckende Kontrolle tatsächlich bedeutet. Denn obgleich die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) im Reich der Mitte überall ihre elektronischen Augen und Ohren offenhält, hat sie sie nirgendwo sonst derart umfangreich installiert wie in Xinjiang. «Smarte Kameras», Checkpoints, Biometrie, QR-Codes – seit der Einleitung einer verstärkten Repressionskampagne im Jahr 2014 erfährt die weit im Nordwesten gelegene Provinz die volle Härte des Systems und wurde zum am besten überwachten Ort der Welt! Ziel und Opfer der Unterdrückung ist dabei das Volk der Uiguren, deren Heimat – das einstige Turkestan – heute in ein riesiges Freiluftgefängnis mit digitaler Infrastruktur transformiert wurde. Das Schicksal der dort lebenden Menschen veranschaulicht wie kaum ein anderes, wie dystopisch die Lebenswirklichkeit derjenigen wird, gegenüber denen der Überwachungsstaat beschlossen hat, seine Zähne zu zeigen.



Eine der wenigen Aufnahmen der uigurischen Lagerinsassen in Xinjiang

Wer sind die Uiguren?

Offiziell werden die Uiguren als eine chinesische Minderheit definiert, was an und für sich bereits fragwürdig ist, denn das muslimisch geprägte Volk grenzt sich in eklatanter Weise von den Han-Chinesen ab, also von jener Ethnie, die heute 92% der Gesamtbevölkerung Chinas ausmacht. Neben den Unterschieden in der Konfession sprechen die Uiguren auch eine eigene, der Familie der Turksprachen angehörige Sprache und gebrauchen zur Niederschrift das arabische Alphabet. Ihre Heimatregion liegt weit im Nordwesten des heutigen Chinas und grenzt an Indien, Pakistan, Afghanistan, Tadschikistan, Kirgisistan, Kasachstan, Russland und die Mongolei.

Dieses Land bevölkerten die Uiguren seit Jahrhunderten, lange bevor das Gebiet dann im 18. Jahrhundert von der chinesischen Qing-Dynastie erobert und in das Reich eingegliedert wurde. Historisch

gesehen haben sich die Uiguren niemals wirklich an China assimiliert. Nach wie vor begreifen sie sich als eine eigenständige Volksgruppe, die mit China nur wenig gemein hat, und tatsächlich wird schon bei oberflächlicher Betrachtung offensichtlich, dass die Uiguren weit mehr Gemeinsamkeiten mit den Völkern Zentralasiens aufweisen (Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan) als mit dem ur-chinesischen Volksstamm der Han. Der Wunsch nach Souveränität und Selbstbestimmung beschäftigt Uiguren im Grunde bereits seit der Übernahme durch die Chinesen und äussert sich etwa darin, dass eine Mehrheit von ihnen «Xinjiang» als die chinesische Bezeichnung ihres Landes nach wie vor ablehnt und es vorzieht, den Namen «Ostturkestan» zu verwenden. Insbesondere in der jüngeren Geschichte motivierte der Untergang der Sowjetunion die uigurischen Nationalisten dazu, Anspruch auf nationale Eigenständigkeit zu erheben und die Rufe nach «Uiguristan» wurden



Der hellgraue Bereich, in dem die Han-Chinesen (92% der chinesischen Bevölkerung) leben, ist das eigentliche, historische China. Die weiten Landstriche im Westen und Norden beheimaten zahlreiche Völker – darunter Tibeter, Mongolen, Uiguren – und machen China erst zum «Vielvölkerstaat». Rund 60% der chinesischen Bodenschätze liegen in diesen, von Minderheiten bewohnten Gebieten. Die Souveränitätsbestrebungen der dort lebenden Völker, die eigentlich überhaupt nichts mit der chinesischen Han-Kultur zu tun haben, werden von China brutal unterdrückt – von einem China, das auf Staatsebene auch die Kultur der Han-Chinesen bekämpft. Der ethnische Stolz der Han wird aber vorübergehend bei den Expansionsbestrebungen des kommunistischen Staates als Mittel zum Zweck instrumentalisiert.

in der Bevölkerung lauter und lauter. Die nationale Souveränität oder das eigentlich sogar laut UNO hochgepriesene «Selbstbestimmungsrecht der Völker» gilt es für die KP jedoch um jeden Preis zu unterbinden – schon in den 90ern wurden tausende Uiguren verhaftet und zahlreiche «Radikale» hingerichtet. Die Kommunistische Partei befindet sich in einer verzwickten Lage, denn die Region Xinjiang beherbergt die grössten Öl- und Gasvorkommen der Volksrepublik, gilt alles in allem als die rohstoffreichste Region Chinas und liegt auf dem Weg der «Neuen Seidenstrasse» (Handels- und Infrastrukturprojekt).

Eine Abspaltung kann aus ihrer Sicht also unmöglich zugestanden werden, denn sie würde bedeuten, dass die Zentralregierung in Peking massiv an Macht und Einfluss einbüsst. Um die Souveränitätsbemühungen zu unterdrücken, betreibt die KPCh einen enormen Aufwand mit dem Versuch, die Uiguren zu treuen kommunistischen Untertanen umzu-erziehen. Ein Unterfangen, das im Falle des heimatbewussten und tief religiös geprägten Turkvolks aber nur in sehr begrenztem Umfang von Erfolg gekrönt ist, was die KP dazu nötigt, ihre Bemühungen mit immer brutaler werdenden Methoden voranzutreiben. So manche westliche Regierung – etwa das niederländische und kanadische Parlament, sowie die Vereinigten Staaten – bezeichnen das, was sich mittlerweile in der Region abspielt, als nichts geringeres als einen versuchten «Genozid»⁽¹⁾ und wie wir im Folgenden sehen werden, ist diese harte Einordnung nicht ohne Grundlage, sondern im Gegenteil absolut zutreffend.

Ethnische Säuberung

Was einstmals noch als Staatsgeheimnis galt, ist mittlerweile keines mehr: Nachdem die Versuche der «sanften» Umerziehung durch Propaganda keine Früchte trugen, besteht der grosse Plan der chinesischen KP fortan darin, die uigurische Identität auszulöschen und zu ersetzen. Es geht um die fortschreitende, systematische Vernichtung einer gesamten Ethnie und damit um einen klaren Fall von Völkermord. Ableitbar ist dies beispielsweise vom Faktum, dass den chinesischen Behörden, die damit beauftragt wurden, die «Chinaifizierung» von Xinjiang voranzutreiben, feste demographische Planziele vorgegeben wurden, nach dem Prinzip: «In fünf Jahren sollen die Uiguren in diesem oder jenem Bezirk der Provinz zur Minderheit werden.» Die Mittel der Repression und der langsamen Vernichtung sind vielfältig. Wie aus einer Recherche der Nachrichtenagentur AP sowie einer neuen Studie des deutschen Anthropologen und Xinjiang-Fachmanns Adrian Zenz hervorgeht, stehen strenge Geburtenkontrollen und harte Strafen für jene Uiguren, die «zu viele Kinder» bekommen, mittlerweile an der Tagesordnung. Regelmässig untersuchen die chinesischen Behörden Frauen, die der Minderheit angehören, auf mögliche Schwangerschaften und zwingen sie dazu, diese abzuberechnen. Sie nötigen ausserdem hunderttausende Frauen dazu, sich Spiralen einsetzen oder sich sterilisieren zu lassen.⁽²⁾ In seiner Untersuchung stiess Zenz auf chinesische Dokumente mit genauen Anweisungen, wie viele Frauen zur Senkung der Geburtenrate zu sterilisieren seien! Er bezeichnete seinen Fund als die schockie- ▶

«Die staatliche Überwachung ist in Xinjiang allgegenwärtig. Vielleicht sollten wir uns ein paar Alltagsbeispiele vor Augen führen: Stellen Sie sich vor, an Ihrer Haustüre wäre ein QR-Code angebracht, sodass die Behörden diesen Code scannen können, um zu sehen, wer dort gemeldet ist. Anschliessend klopfen sie und überprüfen, wer tatsächlich anwesend ist. Oder: Sie verlassen morgens Ihr Haus, um die Kinder zur Schule zu bringen und einzukaufen. Dazu müssen Sie Checkpoints passieren und Ihren Ausweis scannen lassen, damit die Behörden wissen, welchen Weg Sie gegangen sind. Gleichzeitig werden Sie auf Schritt und Tritt von Videokameras überwacht. Die Menschen werden verfolgt, sobald sie ihr Telefon abstellen. Untertauchen ist also schwer.»

Sophie Richardson, China-Direktorin von «Human Rights Watch»

Quelle: youtube.com, China: Das Drama der Uiguren | Doku HD Reupload | ARTE, 02.09.2022



QR-Code an einer Haustür in Xinjiang



Die omnipräsenten «Smarten Kameras» in Xinjiang

► rendsten Papiere, die er jemals in seinem Leben zu Gesicht bekommen hätte. Konkret lautete das Planziel zur Sterilisierung für das Jahr 2019: 14'872 Frauen für einen einzigen Regierungsbezirk. Das waren 34% der gebärfähigen Frauen in der ländlichen Region dieses Bezirks. Und die Partei macht Nägel mit Köpfen: Von 2017 bis 2019 hat sich die Geburtenrate in Xinjiang halbiert – ein fürchterliches Zeugnis der Wirksamkeit der radikalen Zwangsmassnahmen. Auch was die Abschaffung der Kultur als Grundstein der Ethnie betrifft, leistet die KPCh ganze Arbeit: Alte Städte, Denkmäler oder Moscheen werden zum Zweck der kulturellen Vernichtung dem Erdboden gleichgemacht und durch sterile kommunistische Hochhaus-Architektur ersetzt. James Leibold, Experte für ethnische Politik und Professor am «Australian Strategic Policy Institute», erklärt in diesem Zusammenhang: «Wir schätzen, dass etwa ein Drittel der uigurischen heiligen Stätten – also Heiligtümer, Moscheen und Friedhöfe – komplett zerstört wurde. Ein weiteres Drittel ist vermutlich erheblich beschädigt.»

Ersetzungsmigration

Neben diesen knallharten Methoden zu Geburtenkontrolle und kultureller Auslöschung, die man aus der Geschichte des kommunistischen Chinas nur zu gut kennt, mangelt es Peking auch anderweitig nicht an grausamem Einfallsreichtum, wenn es darum geht, die Reduzierung der Uiguren und die Abschaffung ihrer Werte und Traditionen voranzutreiben. Han-chinesisch-stämmige Fabrikleiter aus Zentralchina besuchen z.B. uigurische Dörfer und suchen dort selektiv nach jungen, kinderlosen uigurischen Frauen und Männern, die sie für die Produktion in den von ihnen geleiteten Fabriken «anwerben». Eine Ablehnung der Anstellung kann schnell als ein Anzeichen der «Radikalisierung» gewertet und mit einer Verhaftung quittiert werden, weshalb die jungen Muslime eigentlich kaum eine andere Wahl haben, als der Rekrutierung in die Fabrik Folge zu leisten. In den sozialen Netzwerken finden sich Videos, auf denen zu sehen ist, wie sich Uiguren am Rande ihrer Dörfer versammeln

müssen, um dann in Konvois zu Fabriken in ganz China abgeschoben zu werden. Der Hintergedanke der Deportation besteht darin, dass die Uiguren nach der Expatriierung eine Familie mit Han-Chinesen gründen, was den Verlust ihres genetischen Erbes und ihrer Kultur bedeutet. In einem 2020 veröffentlichten Bericht schätzt eine australische Forschergruppe, dass über die erzwungene Arbeit mindestens 80'000 Uiguren aus Xinjiang in andere Gebiete umgesiedelt wurden.

Doch zahlenmässig noch weit bedeutender als diese Art der Verschleppung, ist für den genozidalen Ersetzungsplan der KP die Einbürgerung von Han-Chinesen ins Reich der Uiguren. Um die indigenen Bewohner zu verdrängen, werden Han künstlich in Xinjiang angesiedelt. Im Norden der Region sind die Han-Chinesen schon in der Überzahl und in der Hauptstadt Urumtschi sieht es sogar fast aus wie in jeder anderen chinesischen Stadt. Insgesamt leben heute schon ebenso viele Han-Chinesen in Xinjiang wie Uiguren. Ein Erfolg der taktischen, systematisch umgesetzten

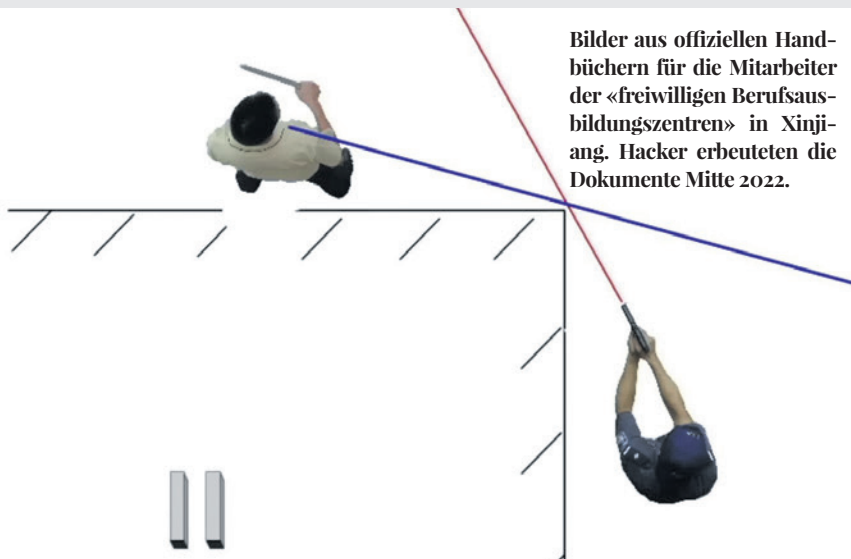
So werden die «freiwilligen Auszubildenden» in den «Berufsausbildungszentren» Xinjangs an der Flucht gehindert

(二) 运动观察 1.伪装行进 2.肃静
行进 3.跃进 4.卧倒和起立



警务技能

第一、警械的使用



Bilder aus offiziellen Handbüchern für die Mitarbeiter der «freiwilligen Berufsausbildungszentren» in Xinjiang. Hacker erbeuteten die Dokumente Mitte 2022.

Hacker schafften es Mitte 2022 hinter die «Grosse Firewall» (siehe S.75 ff.) Chinas durchzudringen und erhielten Zugang zu Zehntausenden internen Dokumenten, die die Behauptung Chinas, die Gebäudekomplexe in Xinjiang seien «freiwillige Berufsausbildungszentren» für die schlecht ausgebildeten Uiguren, endgültig ad absurdum führen. Sie wären damit die ersten «freiwilligen Berufsausbildungszentren» der Welt, die ihre Mitarbeiter dazu anweisen, «Auszubildende» (tatsächlich wird in den Dokumenten in Orwell'scher Art weiter von «Auszubildenden» statt «Gefangenen» gesprochen) zu erschiessen, wenn sie flüchten.



西尔麦麦提·努尔麦麦提

Shirmemet Nurmemet

Age in 2018: 17

Internment status: Re-education

Location interned: Industrial Park

Sentence length: Unknown

Blood type: A型

Reason for internment: In January 2010, I studied scriptures with Mamuti Tayil at Nurmemet Rozi's home for 15 days

Reason for internment (Chinese): 2010年1月在努尔麦麦提·肉孜家中跟马木提·塔伊尔学经15天

Von der Webseite xinjiangpolicefiles.org, auf der fast 3000 interne Akten von uigurischen Gefangenen gelistet werden.

[Download](#)

Image Hash: 38e9b7c1e1831851eae078b25a632db0caed8c97

Der 17-jährige Shirmemet Nurmemet aus der Region Xinjiang wurde zum Lagerinsassen, weil er im Alter von neun Jahren schon religiöse Texte studierte.

Migrationspolitik der KP, die speziell unter Präsident Xi Jinping nochmals massgeblich vorangetrieben wurde. Nur im ländlichen traditionellen Süden der Provinz machen die Uiguren immer noch über die Hälfte der Bevölkerung aus.

Grundsätzlich gilt an dieser Stelle festzuhalten, dass China insgesamt kein Beispiel für einen Ethnonationalstaat darstellt und nicht als solcher gedacht werden kann. Vielmehr verkörpert das gegenwärtige Reich der Mitte eine Art von neo-sowjetischem Superstaat, in dem die alles regierende KP zig unterschiedliche ethnische Gruppen (insgesamt 56) unter ihrer Herrschaft vereint – auch wenn die Han-Chinesen die absolute Mehrheit stellen. Die Idee der Nation als Heimat einer einzigen «ethnischen Gruppe», welche durch Abstammung, Sprache und Kultur auf natürliche Weise miteinander verbunden ist, lässt sich auf China nicht anwenden. Für die chinesische Führung sind ihre Untertanen reine

Verschiebemasse und jeder genuine Zusammenhalt der ethnischen Subgruppen wird rigoros bekämpft. Was für die Partei zählt, ist einzig und allein die Ideologie – sprich der Kommunismus.

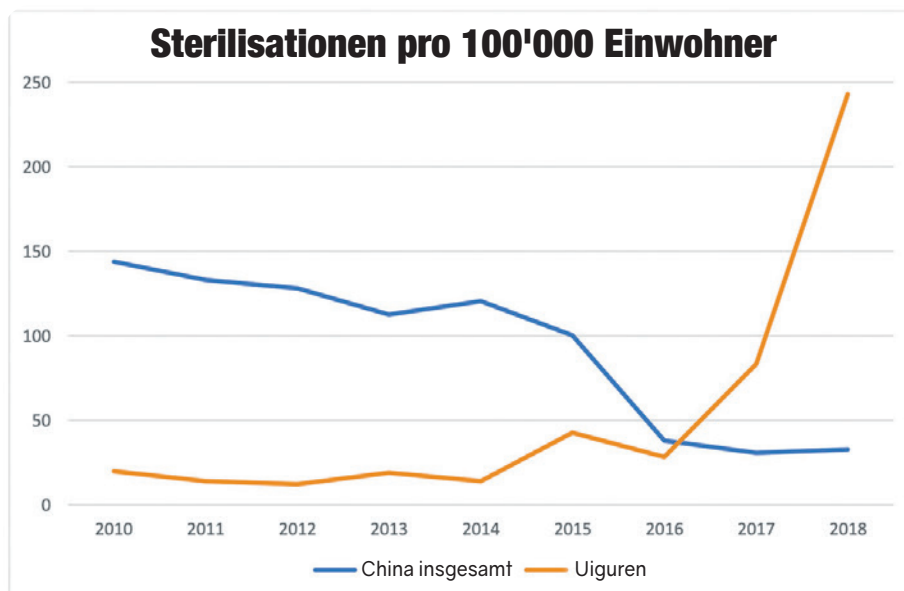
Konzentrationslager

Doch zurück zur Region Xinjiang. Als wäre das bisher Beschriebene noch nicht schlimm genug, hat die Führung in Peking in der Provinz die Errichtung von tausenden Umerziehungs- und Arbeitslagern verfügt, in welchen die Absicht verfolgt wird, den Uiguren im kommunistischen Sinne das Hirn zu waschen (Ausgabe 43). Anfangs bemühte sich die KPCh, die Existenz der Lager zu leugnen und erst als die Evidenz für deren Vorhandensein erdrückend wurde, gestand man zu, in Xinjiang so bezeichnete «Berufsausbildungszentren» eröffnet zu haben, deren offizieller Zweck angeblich darin bestünde, durch die Vermittlung von Mandarin und beruflichen

Fähigkeiten «Extremismus» vorzubeugen. Zudem wurde betont, die Uiguren hielten sich freiwillig in den Einrichtungen auf. ⁽³⁾ Eine Behauptung, die schon längst durch die Berichte von ehemaligen Insassen und internen Dokumenten, die ihren Weg in die Öffentlichkeit gefunden hatten, widerlegt wurde. Tatsächlich werden die Uiguren massenhaft für völlig normale Handlungen in die Lager zwangsdeportiert, gefoltert und umerzogen. Bewiesen wird dies unter anderem durch Bildmaterial, welches neben etlichen weiteren Daten im Mai dieses Jahres unter dem Namen «Xinjiang Police Files» dem deutschen Anthropologen Adrian Zenz von einer anonymen Quelle zugespielt wurde. Das veröffentlichte Material gewährt Einblicke in die unmenschliche Lebensrealität jener Menschen, die laut der KP «freiwillig» in den «Berufsausbildungszentren» untergebracht sind. Dass es in den Lagern aber weder um Freiwilligkeit noch um Bildung geht, wird bereits nach einer kurzen Durchsicht des Materials offenkundig. Mit Holzknüppeln bewaffnete Polizisten und Soldaten mit Sturmgewehren bewachen die an Händen und Füßen in Ketten gelegten uigurischen Insassen. Eine eigens eingerichtete Webseite mit dem Namen xinjiangpolicefiles.org gestattet jedem, sich selbst ein Bild von der Brutalität des chinesischen Polizeistaates und seiner barbarischen Tätigkeiten zu machen. ⁽⁴⁾

Hölle auf Erden

Darüber, dass sich in China massenhaft Menschen in Internierungslagern befinden, in welchen sie zum «neuen sozialistischen Menschen» umerzogen werden sollen, berichteten wir bereits in Ausgabe 50. Von all den Lagern in China gelten jene in Xinjiang als die härtesten. Der Versuch, die gläubigen Muslime zu strikter Parteitreue zu erziehen, erfordert rücksichtslose ▶



Quelle: Adrian Zenz



► Folter und intensivste Gehirnwäsche. Der Tagesablauf der Internierten ist gefüllt mit roter Propaganda: Lieder singen, kommunistische Texte auswendig lernen, Xi Jinping die Treue schwören und so weiter. Wer sich verweigert, wird gefoltert: Peitschenhiebe, Elektroschocks, Isolation, Zusammenbinden der Gliedmassen über einen längeren Zeitraum und vieles mehr. Eine ehemalige Lagerinsassin, die zu 11 Monaten Umerziehung verurteilt worden war, weil sie «zu oft nach Kasachstan gereist» und bei ihr ein «übertriebener islamischer Glaube» beobachtet worden war, berichtete: «Sie holten einen Geistlichen, der angeblich Imam war. Er riet uns, uns von unserer Religion loszusagen. Es gäbe nur einen Gott und das sei Xi Jinping. Nur die Kommunistische Partei könne uns retten.» Wer das Lager verlässt, muss versprechen, Stillschweigen zu bewahren und wer das Versprechen bricht, riskiert die erneute Internierung.

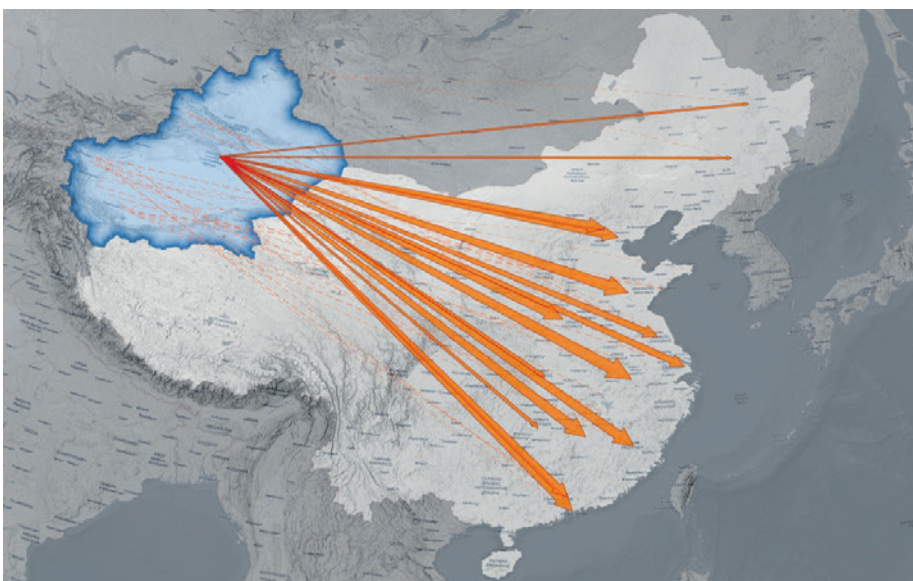
Die wenigen Frauen, die es aus den Lagern herausschafften und gleichzeitig den Mut fanden, über ihre Erlebnisse zu erzählen, berichten meist von Vergewaltigungen durch das Personal. Der Regisseur des Films «China: Das Drama der Uiguren», François Reinhardt, wies in einem Interview mit dem Sender arte darauf hin, dass eine belastbare Zeugin, die selbst Lagerinsassin war, aussagte, dass Frauen dort, neben den regelmässig erfolgenden Vergewaltigungen, die ob ihrer Brutalität für sich genommen schon die Gebärfähigkeit der Opfer zerstören können, auch Zwangssterilisationen unterzogen werden. Eine Aussage, die mit den Planzielen des zuvor angeführten Dokumentes, in dem Erfüllungsquoten für Sterilisierungen angeführt werden, in Übereinkunft steht. Auch der Vorwurf des Organraubs an uigurischen Häftlingen wird seit Langem durch Zeugenaussagen unterfüttert und ist mehr als glaubhaft. ⁽⁵⁾

Lagerhaft unter Vorwand

In Xinjiang wurde all das, was an die alteingesessene muslimische Identität erinnert, zum Verbrechen erklärt: Wer in die Moschee geht, wer Bart oder Kopftuch trägt oder einen Koran besitzt, kann verhaftet und interniert werden. Wie aus den «Xinjiang Police Files» hervorgeht, wurden sogar Minderjährige wie der 17-jährige Shirmemet Nurmemet zu Lagerinsassen, nur weil sie religiöse Texte studierten. Der einzig legitime Glaube ist in China der an die Kommunistische Partei.

Ein albanischer Journalist namens Olsi Jazexhi, dem einst in seiner Rolle als China-freundlicher USA-Gegner Eintritt in ein Lager gewährt wurde und der darin echte islamische Terroristen erwartet hatte, war schockiert, als ihm die Insassen ihre «Verbrechen» aufzählten: «Ich betete zu Allah, ich las den Koran, ich trug den Hijab, ich ging in die Moschee, ich las über die Geschichte der Uiguren.» Alles Dinge, die im Rest der Welt niemals ein Verbrechen wären.» Für Xinjiang haben die örtlichen Behörden eine Liste von 75 Merkmalen einer «Radikalisierung» erstellt. Ganz oben auf der Liste: «Die Befürwortung der Loslösung von China und der Bildung einer islamischen Republik Ostturkestan», doch auf der Liste finden sich auch noch weit banalere Handlungen, die unter Strafe gestellt sind, so z.B. «der Boykott von Kultur- und Sportveranstaltungen» oder «die Schliessung eines Restaurants während des Ramadans».

Unter dem Vorwand, den «Terrorismus» zu bekämpfen, kriminalisiert die Partei normale Handlungen aller Art. Selbst ein unschuldiges Einladen von Freunden kann bereits Grund genug sein, um im Lager zu enden, denn Hausbesuche der Behörden kommen häufig vor und wer zu viele Nicht-Familienmitglieder eingeladen hat,



Durch das erzwungene Rekrutieren junger Menschen (meist Frauen) für Fabriken im Osten Chinas wurden laut einer australischen Forschergruppe mindestens 80'000 Uiguren aus Xinjiang verschleppt.

wird schnell verdächtigt, mit ihnen «terroristische Akte» zu planen. Behilflich ist den Regierungsspitzen dabei ein QR-Code an der Haustür, der ihnen digital präzise Auskunft gibt, wer hinter der Tür wohnt, an die sie klopfen. Der Vergleich, der sich an dieser Stelle nun aufdrängt, soll nicht als pietätlos gegenüber der harschen Lebensrealität der Uiguren erscheinen, doch einmal mehr gilt es daran zu erinnern, dass auch die westlichen, vermeintlich so zivilisierten Gesellschaften in den letzten zwei Jahren mehrere staatlich verhängte «Ausgangssperren» erlebten, und es auch hierzulande ausreichte, Freunde zu sich nach Hause einzuladen, um in den Augen mancher Staatsdiener eine kriminelle Handlung zu begehen. Auch wenn wir in unseren Breiten noch weit von den Zuständen in Xinjiang entfernt sind, ist es wert, auf die Tendenzen hinzuweisen, die in eine durchaus ähnliche Richtung deuten. Wenn die «COVID-Pandemie» eines gezeigt hat, dann, wie schnell sich ein vermeintlich zivilisierter, aufgeklärter Staat in ein Willkürregime transformieren lässt, und wie unberührt sich breite Teile der Bevölkerung demgegenüber zeigen, solange das zur Rechtfertigung herangezogene Narrativ nur ansatzweise Logik vortäuscht, und sei es in Wahrheit auch noch so fadenscheinig.

«Extremisten» und «Terroristen»

Als sich von Seiten Chinas das Narrativ, es handle sich bei den Lagern in Xinjiang um von den Uiguren freiwillig besuchte Bildungsstätten, durch die Veröffentlichung der «Xinjiang Police Files» als nicht mehr länger haltbar erwies, schwenkte man um und bedient sich fortan einer neuen, im Grunde ebenso durchsichtigen Propaganda-Lüge. Das neue Narrativ lautet, dass China in Xinjiang gegen «Terroristen» anzukämpfen hätte. Die deutsche Tagesschau schrieb in einem Artikel, der im Mai dieses Jahres auf ihrer Webseite veröffentlicht wurde, die KPCh habe verlautbart, «die



Die «Xinjiang Police Files» (siehe unten) beinhalten auch interne Dokumente von konfisziertem religiösem Material und Überwachungskamera-Aufnahmen aus Moscheen

Massnahmen in Xinjiang richteten sich gegen terroristische Bestrebungen, es gehe nicht um «Menschenrechte oder eine Religion.»⁽⁶⁾ Sehr ähnlich rechtfertigte sich der Vertreter einer chinesischen Delegation im Genfer Büro der Vereinten Nationen vor der UN-Sonderberichterstatterin, die von den Chinesen Erklärungen für die Repression in Xinjiang verlangte. Er sagte: «Die Behauptungen, nach denen über eine Million Uiguren in Umerziehungslagern festgehalten werden, sind völlig falsch. Xinjiang kämpft gegen Terrorismus, Extremismus und Separatismus.»

Die Kernbegriffe, unter denen die ethnische Auslöschung gerechtfertigt wird, sollten für kommende Teile der Ausgabe in Erinnerung bleiben: «Extremismus»,

«Radikalisierung», «Terrorismus». Selbst wenn es in Xinjiang terroristische Aktivitäten von Seiten der Uiguren gäbe, stünden diese in keinem Verhältnis zu den von der KPCh getroffenen Massnahmen. Überhaupt ist es eine banale, aber nicht minder wahre Feststellung zu bemerken, dass Gewalt Gegengewalt erzeugt und der alte Spruch «Wo Recht zu Unrecht wird, wird Widerstand zur Pflicht» durchaus seine Berechtigung hat. Für einen aussenstehenden Beobachter, der die Freiheit und den Drang nach individueller Selbstbestimmung aller Völker als hohes Gut anerkennt, sollte schnell klar sein, welche Partei in Ostturkestan (aka Xinjiang) den gerechten Kampf kämpft und wer die Rolle des rigorosen Unterdrückers innehat. ▶



In der Region Xinjiang muss sogar in normale Haushaltsmesser eine Identifikation des Besitzers eingraviert werden, um «Terrorismus» zu verhindern.



Für den Straftatbestand Völkermord reicht es bereits aus, wenn ein Volk bewusst unter Lebensbedingungen gestellt wird, die auf dessen Reduzierung abzielen. Ist es in unseren Gefilden nicht schon so weit und wieviel Xinjiang steckt eigentlich in Europa? Wir widmen uns diesem Thema u.a. in den **Ausgaben 28-30, 60 und 62.**



► Vor diesem Hintergrund wirken Chinas Bemühungen, sich als armes Opfer des «uigurischen Terrors» zu inszenieren, geradezu lächerlich.

WEF-Insider profitieren

Bei den «Berufsausbildungszentren» handelt es sich um eine auf Xinjiang zugeschnittene Form der Laogai-Arbeitslager, die wir auch schon in unserer Ausgabe 50 thematisiert haben. In keinem anderen «chinesischen» Gebiet boomt die staatlich organisierte Zwangsarbeit, aus der auch westliche Konzerne Profite schlagen, mehr als in Xinjiang. Laut Menschenrechtsorganisationen finden sich unter den wichtigsten Nutznießern der Zwangsarbeit die üblichen, von Grossinvestoren kontrollierten multinationalen Konzerne wie u.a. Volkswagen, Sony und Amazon (alle drei «Strategische Partner» des WEF, siehe S.31 f.).⁽⁷⁾ Vor allem aber schlagen die grossen Textilkonzerne wie Adidas oder Nike laut den Menschenrechtsorganisationen aus der Zwangsarbeit auf den Baumwollfeldern in Xinjiang Profit. Mal wieder lohnt sich die

Stichprobe: BlackRock (ebenfalls wichtiger «Strategischer Partner» des WEF, siehe S.27 ff.) gehören ca. fünf Prozent von Adidas und ebenso ca. fünf Prozent von Nike.

Der bereits mehrfach zitierte Anthropologe Adrian Zenz resümiert: «Regierungsdokumente haben [...] ganz offiziell zugegeben, dass durch die Fabrikarbeit, die mit diesen «Berufsausbildungslagern» zusammenhängt, eine Grosszahl von Firmen aus Ostchina angezogen wurde und dass die ganze Wirtschaft in Xinjiang in China eine grosse Rolle spielt. Wir haben hier ein System der Ausbeutung, wo man vielleicht sogar davon ausgehen kann, dass dieser teure Sicherheitsapparat durch die Zwangsarbeit mitfinanziert wird.» Dass Finanzmultis wie BlackRock sich mit allerhöchster Wahrscheinlichkeit an chinesischer Zwangsarbeit bereichern, wird noch weitaus brisanter, wenn man erfährt, dass sie der KPCh ebenso die Instrumente in die Hand gelegt haben, um ihr Lagersystem effizient mit Insassen zu füllen (siehe S.61 ff.).

Die Heuchelei des Westens

Viele der Stichworte und Themen, die in diesem Artikel angeschnitten wurden, dürften treuen Lesern bereits aus vorangegangenen Ausgaben ein Begriff sein. Ob «Ersetzungsmigration» (offizieller UN-Begriff im Englischen), Senkung der Geburtenrate, Krieg gegen die einheimische Kultur, Verunglimpfung als Terroristen, Fremdherrschaft etc. – tatsächlich lassen sich, von einem prinzipiellen Standpunkt aus betrachtet, viele der Mechanismen, welche die KP im Kampf gegen die Uiguren einsetzt, auch hierzulande beobachten. Erneut sei betont, dass es uns mit Vergleichen wie diesem fernliegt, das grausame Schicksal der Uiguren klein zu reden und es steht ohne Frage fest, dass die Regime in unseren Breiten zumindest bis anhin noch gezwungen sind, um einiges sanfter und indirekter zu agieren als jenes in China. Trotzdem gibt es auch hier bereits zuhauf klar erkennbare Tendenzen, auf welche wir an dieser Stelle hinweisen möchten. In mehreren Ausgaben widmeten wir un-

Wenn China in Xinjiang künstlich Millionen Han-Chinesen ansiedelt...



...ist es Genozid

Wenn durch künstlich ausgelöste Migrationsströme Millionen Afrikaner und Araber nach Europa geleitet werden...



...ist es Diversität



„[Volksverräter] ist ein Nazibegriff. Es gibt kein Volk, und es gibt deswegen auch keinen Verrat am Volk.«

Robert Habeck, deutscher Wirtschaftsminister, 2018 im Interview mit dem Debatten-Kanal «Informr»

Quelle: sueddeutsche.de, «Es gibt kein Volk»: Habeck wehrt sich gegen Angriffe, 08.05.2018

sere Aufmerksamkeit dem Niedergang der westlichen Kultur, der neomarxistischen Umerziehung und der von oben geplanten Massenmigration nach Europa (5,13,14,19,20,30). Das Drama der Uiguren ist ein durchaus dankbarer Ansatzpunkt, mit dem man zumindest die zum Himmel schreiende Doppelmoral der westlichen Machtelite aufdecken kann.

Denn während die Unterdrückung der Uiguren über Jahre totgeschwiegen oder verharmlost wurde, dreht sich der Wind nun allmählich und es gilt im Westen mittlerweile als politisch höchst korrekt, sich für das Recht der Uiguren auf Selbstbestimmung einzusetzen: Erst im Frühjahr 2021 verhängten die EU, die USA, Grossbritannien und Kanada Sanktionen gegenüber vier hohen Staatsbeamten aus Xinjiang, denen schwere Menschenrechtsverstöße vorgeworfen werden. Zudem wurde, mit Verweis auf die sich abspielenden Verbrechen, ein wichtiges Investitionsabkommen zwischen China und der EU eingefroren. Die Doppelmoral steht der deutschen, französischen oder britischen Politik aber ins Gesicht geschrieben, wenn kulturelle Selbstbestimmung und die Erhaltung eines Volkes plötzlich in Bezug auf die Uiguren als notwendig erachtet werden, aber nicht bei Deutschen, Franzosen oder Briten. Wer anprangert, dass die Deutschen in Deutschland zur Minderheit im eigenen Land werden (etwas, das bei Beibehaltung des aktuellen Trends noch mit Sicherheit innerhalb weniger Generationen eintreten wird), dem schallt sofort der Begriff «Nazi» oder «Rechter» entgegen.

Ethnische Säuberung im Westen?

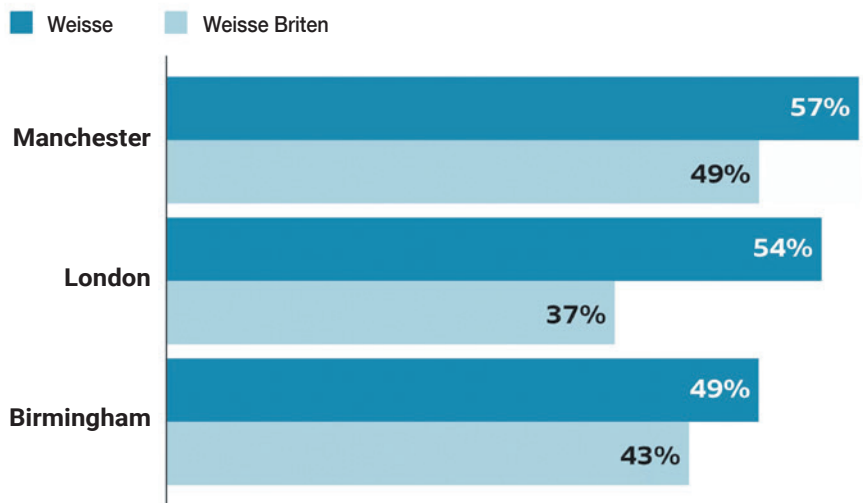
Wer meint, die Situation in Xinjiang liesse sich z.B. nicht mit der in Deutschland vergleichen, da in Xinjiang die Mehrheit der Chinesen einer Minderheit ihren Willen aufzwingen und nichts andersherum, der lässt sich von willkürlich gezogenen Linien in der Landschaft täuschen. In ihrer Region, die weit vom Han-chi-

Seine verhaltene Kritik für die Behandlung der Uiguren durch Chinas Regime wirkt heuchlerisch, da er sogar das eigene Volk als nicht erhaltenswert erachtet. Warum dann die Uiguren verteidigen, wenn man selbst nichts von ethnischer Souveränität hält? Grosse Worte à la «Wer schweigt, macht sich mitschuldig», werden von «westlichen Vertretern» zur Lage in Xinjiang geschwungen, aber wer für westliche Völker sein Wort einlegt, wird als «Faschist» oder ähnliches abgestempelt. Dass sich Habeck heute über China empört, wirkt zudem suspekt, da er 2019 in einem Interview meinte, «zentralistische Systeme» wie China, in denen der Bürger nichts zu sagen hat, hätten ihre Vorteile. Sie seien «schneller» und «effizienter». ⁽¹⁾

Quelle: 1. youtube.com, Robert Habeck - Grüner Autoritarismus voraus? (ZDFPrecht), 21.06.2019

Weisse Briten in den drei grössten britischen Städten in der Minderheit

Daten basieren auf einem Zensus von 2021



«Weisse» beinhaltet: Weisse Briten, Iren, Zigeuner, Roma und andere Weisse.

«Weisse Briten» beinhaltet: Engländer, Waliser, Schotten, Nordiren, sonstige Briten.

Quelle: Office of National Statistics

Das Zurückdrängen der einheimischen Bevölkerung durch die systematische Ansiedlung einer fremden Volksgruppe in Xinjiang sorgt auch in Grossbritannien inzwischen für mediale Empörung - Empörung, die jedoch in Bezug auf das eigene Land ausbleibt.

tagesschau¹

„Applaus im UN-Menschenrechtsrat nach einer Abstimmung, bei der das wichtigste Menschenrechtsgremium der Vereinten Nationen es abgelehnt hat, über Menschenrechtsverletzungen in China auch nur zu debattieren. 19 Neinstimmen, 11 Enthaltungen - nur 17 Ja-Stimmen. Damit war der Vorschlag westlicher Staaten, eine Debatte zu führen über den Bericht des UN-Menschenrechtsbüros zur Lage in der chinesischen Region Xinjiang, vom Tisch.«

Die ARD-Tagesschau-Webseite am 07. Oktober 2022

Quelle: tagesschau.de, Keine UN-Debatte zu Lage in China: «Ein schwarzer Tag für die Menschenrechte», 07.10.2022

«Scherzhaft» wird der UN-Menschenrechtsrat deshalb auch als «Unmenschenrechtsrat» bezeichnet. China übt gewaltigen Einfluss auf die UN aus, doch das wäre ein langes Thema für sich.

nesischen Gebiet im Osten entfernt liegt, sind die Uiguren die Mehrheit, die von einer Han-chinesischen Minderheit ersetzt werden soll - bzw. schon ersetzt wurde, da das Verhältnis von Han-Chinesen und Einheimischen mittlerweile bei ungefähr

50:50 liegt. Die Uiguren sind nur im Milliardenreich China eine Minderheit, aber nicht in ihrer Heimat, die sie mehrheitlich gar nicht als Teil von China sehen wollen. Die Han-Chinesen stellen - vergleichbar mit Muslimen in Deutschland - die ▶

► «Minderheit» dar, die probiert eine Mehrheit zu ersetzen, womit sich der Unterschied zwischen der Situation in Xinjiang und jener in Deutschland eigentlich in Luft auflöst. Lediglich die Massnahmen, wie diese Ersetzung vonstattengeht, sind in Xinjiang einige Stufen härter als hierzulande.

Im Westen ist es bisher nur eine Mischung von indirektem staatlichem Zwang («Sozialstaat») und Propaganda für LGBTQ, Abtreibungen oder ein kinderloses Dasein, mit der die einheimische Bevölkerung allmählich sozial sterilisiert wird («Nudging», siehe S.40). Das «Zukunftslabor» China hingegen greift bereits zu Lageraufenthalt, Sterilisierungen und Zwangsabtreibungen. Trotzdem ist alle Empörung westlicher Kabinette fehl am Platz, denn die ethnische Ersetzung findet in West wie Ost statt. Wenn «ethnische Selbstbestimmung» im Westen verlacht, doch plötzlich gross geschrieben wird, wenn es um andere Völker geht, dann sollte der himelschreiende Widerspruch offensichtlich werden.

Leider sitzt die westliche Politik noch mehr im Glashauss, wenn es um den Umgang mit Personen geht, die sich die Erhaltung ihres Volks auf die Fahne geschrieben haben und sich gegen Massenmigration wehren, die in Xinjiang nachweislich als Waffe eingesetzt wird – eine Tatsache, der wohl kaum ein europäisches Parlament widersprechen würde. Die Behandlung dieser «rechten» Aktivisten durch die Regierungsparteien des Westens unterscheidet sich lediglich in ihrer Intensität vom Umgang der KPCh mit den Uiguren. Auch bei uns ist die Bezeichnung «Extremist», «Terrorist», «Radikalisierter» oder «Potenzieller Terrorist» schnell zur Hand, wenn Menschen, Gruppen oder Organisationen der Regierung ein Dorn im Auge sind. Der «Kampf gegen Rechts» wird von der deutschen Regierung mit hunderten Millionen an Steuergeldern geführt und richtet sich oft auch gegen Leute, auf die die Bezeichnung «Extremist» genauso wenig zutrifft wie auf einen muslimischen Uiguren, der lediglich weiter in der Moschee beten will. «Extremisten und Terroristen gehen nicht in den Lockdown», konnte man Mitte Juni 2021 auf der Webseite der Bundesregierung im Titel lesen, als der

«Strategische Partner» des WEF, die von Menschenrechtsorganisationen beschuldigt werden, Zwangsarbeit in Xinjiang auszunutzen



“ «Für den Bericht «Uiguren zu verkaufen» haben wir über 80 multinationale Konzerne und Lieferketten identifiziert, die von uigurischer Zwangsarbeit profitieren könnten. Diese Lieferketten sind sehr komplex. Darunter sind auch Unternehmen wie Nike und Apple – führende multinationale Konzerne. Als wir die komplizierten Lieferketten zurückverfolgten, stellten wir fest, dass einige der Zulieferer an sogenannten «Arbeitstransferprogrammen für Uiguren» teilnehmen.»



James Leibold, Experte für ethnische Politik und Professor am «Australian Strategic Policy Institute»

Quelle: youtube.com, China: Das Drama der Uiguren | Doku HD Reupload | ARTE, 02.09.2022

Die meisten Firmen in der Liste Leibolds sind Textilfirmen, die von den Baumwollfeldern in Xinjiang profitieren. Viele der «Strategischen Partner» des WEF aus dem Finanzbereich halten natürlich Anteile an Firmen wie Adidas, Calvin Klein, H&M, Tommy Hilfiger oder Nike, die als Nutzniesser der Zwangsarbeit genannt werden.

Verfassungsschutzbericht für das Jahr 2020 vorgestellt wurde.⁽⁸⁾ Die Liste an hannebüchenen Beispielen, die gewisse Parallelen zu Xinjiang aufzeigen, könnte lange fortgeführt werden.

Digitaler Völkermord

Im Kontext der Personen aus dem Rockefeller-Zirkel, die China früh als «Labor» und «Experiment» identifizierten (siehe S.4), liegt der Verdacht doch mehr als nahe, dass auf keinem Fleck der Erde dieses «Experiment», das sich mit der Unterdrückung der Normalbevölkerung durch hochmoderne Technik beschäftigt, konsequenter vorangetrieben wird als in Xinjiang. Die entrechteten Uiguren scheinen für die KPCh und für deren Hintermänner aus der Hochfinanz als «Laborratten» zu dienen, an denen man testet, wie man eines Tages die ganze Welt entrechten und unter

Dauerüberwachung stellen könnte. Digitale Methoden und Unrechtsstaat geben sich hier im Nordwesten Chinas auf erschütternde Weise die Hand.

Der technische Aspekt der Uiguren-Verfolgung wird uns im Laufe der Ausgabe weiter begleiten. Er beginnt damit, dass mit dem WEF vernetzte High-Tech-Konzerne wie Intel, Google, IBM & Co., welche CBDCs und digitale Identität im Westen vorantreiben (siehe S.9 ff.), die Überwachung, Unterdrückung und letztendliche Vernichtung der Uiguren überhaupt erst möglich machten. Dieser unheiligen Allianz zwischen westlichen Tech-Giganten und der KPCh wollen wir den nächsten Teil der Ausgabe widmen, womit noch einmal deutlich werden sollte, dass die aktuell geäußerte, sowieso relativ lasche Kritik am Umgang mit den Uiguren wohl nichts als ein Lippenbekenntnis darstellt. (tk/fp/as)

Quellen:

- youtube.com, China: Das Drama der Uiguren | Doku HD Reupload | ARTE, 02.09.2022
 1. handelsblatt.com, Niederländer stufen die Misshandlung der Uiguren als Genozid ein - und setzen damit Berlin unter Druck, 27.02.2021
 2. zeit.de, Nächste Generation unerwünscht, 30.06.2020
 3. dailymail.co.uk, China will rewrite the Bible and the Quran to 'reflect socialist values' amid crackdown on Muslim Uighur minority, 24.12.2019
 4. xinjiangpolicefiles.org, abgerufen am: 25.11.2022

5. de.uyghurcongress.org, Organraub an Uiguren: Erstmals Zeugenaussage über Organraub an Uiguren, 31.07.2010
 6. tagesschau.de, Bilder des Grauens, 24.05.2022
 7. business-humanrights.org, China: 83 major brands implicated in report on forced labour of ethnic minorities from Xinjiang assigned to factories across provinces; Includes company responses, 01.03.2020
 8. bundesregierung.de, «Extremisten und Terroristen gehen nicht in den Lockdown», Juni 2021

„«Tatsächlich bezeichnen die chinesischen Behörden in der Regel jeglichen Protest in der Region als **Terror**. Gruppen, die gegen die Regierung protestieren, gelten als **Extremisten**. Das trifft selbst Organisationen wie den Weltkongress der Uiguren mit Sitz in München, den China als **Terrororganisation** einstuft.»

Die Süddeutsche Zeitung im November 2019 über Xinjiang

Quelle: sueddeutsche.de, Uiguren: Was an Chinas Terrorvorwurf dran ist, 25.11.2019

Süddeutsche Zeitung

Anschlagsgefahr in Deutschland wächst

Verfassungsschutz befürchtet **Terror** von Coronaleugnern

Tagesspiegel-Online, 28.12.2020



Die Bundesregierung

Verfassungsschutzbericht 2020

"**Extremisten** und **Terroristen** gehen nicht in den Lockdown"

Die Zahl der **Extremisten** ist auch 2020 angestiegen. „Die Corona-Pandemie hat zu dieser Entwicklung beigetragen“, so Bundesinnenminister Seehofer bei der Vorstellung des Verfassungsschutzberichtes 2020. Der Bericht liefert ein umfassendes Lagebild über alle verfassungsfeindlichen Bestrebungen.

Von der Webseite der Bundesregierung,
15.06.2021



Bundesministerium
des Innern
und für Heimat

„Wir wollen rechts-**extremistische** Netzwerke zerschlagen. Dafür wollen wir sie schneller und besser identifizieren, ihre Strukturen durchschauen und wirkungsvoll bekämpfen. Dazu werden wir die Finanzaktivitäten rechts**extremistischer** Netzwerke aufklären und austrocknen. Denn ohne Finanzmittel gibt es keine Propaganda und keine Aktivitäten, um Menschen zu **radikalisieren** und zu rekrutieren. Indem wir die Finanzquellen austrocknen, können wir einen wichtigen Beitrag dazu leisten, den Rechts**extremismus** entscheidend zu schwächen und **terroristische** Taten zu verhindern.“

Aus dem «Aktionsplan gegen Rechtsextremismus», vorgestellt im März 2022 vom BRD-Bundesinnenministerium unter Nancy Faeser, die wenige Monate vor ihrer Ernennung zur Innenministerin für ein Blatt namens «Antifa» geschrieben hatte

Wehret den Anfängen: In keinsten Weise sollen die Zustände in Deutschland mit der knallharten Lebensrealität der Uiguren gleichgesetzt werden, aber dass die deutsche Regierung auch gegen Gruppen arbeitet, denen die kulturelle Selbstbestimmung und die Erhaltung ihres Volkes am Herzen liegt, ist nicht zu übersehen. Die deutsche und auch westliche Eigenheit: Kampfbegehrte aus Xinjiang wie «Terrorist», «Radikaler» und «Extremist» werden meist mit dem Zusatz «Rechts» versehen, um ein durch Propaganda verfestigtes gesellschaftliches Stigma hervorzurufen (Ausgaben 13,30).

DIE ZEIT

Corona-Impfung

Eine Diskriminierung von Ungeimpften ist ethisch gerechtfertigt

Um die Impfquote zu erhöhen, ist eine indirekte und sogar direkte Impfpflicht im Gespräch. Aus ethischer Sicht spricht wenig gegen beide Varianten.

zeit.de, 23.07.2021

DIE ZEIT

China

Harte Entscheidungen, jetzt!

Die Bundesregierung verschiebt Deutschlands China-Prioritäten: Menschenrechte gelangen nun bis ins Zentrum der Handelspolitik. Den Umbau sollte sie konsequent fortführen.

Ein Gastbeitrag von **Sophie Richardson**

zeit.de, 03.08.2022

Ein Gastbeitrag auf Zeit-Online fordert harte Repressalien gegen das chinesische Regime aufgrund der diskriminierenden Politik gegen die Uiguren. Gut so. Doch Moment: Vor wenigen Monaten war die Diskriminierung einer Minderheit (Ungeimpfte) in der Zeit-Redaktion doch augenscheinlich noch vertretbar?

„«[Eine geleakte Gefangenenliste aus Xinjiang] dokumentiert über einen längeren Zeitraum akribisch das Schicksal von 311 Gefangenen aus einer kleinen Gemeinde in Xinjiang, **verhaftet aus banalsten Gründen**: ein zu langer Bart, ein Gebet, ein Gesichtsschleier, ein Anruf ins Ausland, eine Unterhaltung über den chinesischen Messenger-Dienst WeChat, zu viele Kinder.»



Die Deutsche Welle am 17.02.2020

Quelle: dw.com, Exklusiv: Neue Beweise für Chinas willkürliche Unterdrückung der Uiguren, 17.02.2020



KNÖLLCHEN-WAHNSIN WEGEN CORONA

Mit Eis auf die Bank gesetzt: 400 Euro Strafe!

bild.de, 22.04.2020

POLITIK

AMS sperrt Impfverweigerer als Arbeitslosengeld

16. Sept 2021 · Lesedauer 3 min    

Das AMS soll Jobanwärtern zukünftig das Arbeitslosengeld sperren, wenn diese eine zumutbare Stelle aufgrund einer verpflichtenden Corona-Impfung nicht annehmen oder sich nicht darauf bewerben.

Das österreichische Nachrichtenportal «Puls24» am 16.09.2021

IMPFVERWEIGERUNG UND JOB

Bei Weigerung droht Kündigung: Ist Geimpft das neue Jobtauglich?

Bei Verweigerung von Corona-Tests und Impfungen kann die Kündigung drohen. Kommt jetzt diese Zweiklassengesellschaft im Joleben?

Artikelüberschrift des österreichischen «Standards» vom 11.09.2021

DERSTANDARD

Drastische Einschränkungen

Mallorca verbietet Fahrgästen das Reden

t-online.de, 12.01.2021

t-online.de



BADEN-WÜRTTEMBERG

Erstes Bundesland plant Lockdown für Ungeimpfte

Kommen auch Kontaktbeschränkungen für private Treffen zurück?

Bild-Online, 29.08.2021

Niedersachsen

SPIEGEL

Polizei löst Kindergeburtstag mit 30 Gästen auf

spiegel.de, 13.01.2021

Onetz

Maskengegnerin erneut in Weiden abgeführt: Jetzt sechs Tage hinter Gitter

Die gleiche Frau, die am Samstag provokant ohne Mund-Nasen-Schutz in der Weidener Fußgängerzone einen Polizeieinsatz veranlasste, fiel am Mittwoch auf dem Bauernmarkt erneut auf. Noch am Vormittag kam sie in Polizeigewahrsam.

onetz.de, 17.03.2021

HAMBURG CORONA-WINTER

WELT

Schlittenfahren unter Polizeiaufsicht

welt.de, 31.01.2021

Corona-Polizei stoppt Masken-Muffel und Regelbrecher

Stehenbleiben kostet 50 Euro!



Polizei München
@PolizeiMuenchen

Antwort an @Cameron_haf und @elgrunwald

Nein, ein Buch auf einer Bank lesen ist nicht erlaubt.

8:26 vorm. · 7. Apr. 2020 · SocialHub by maloon

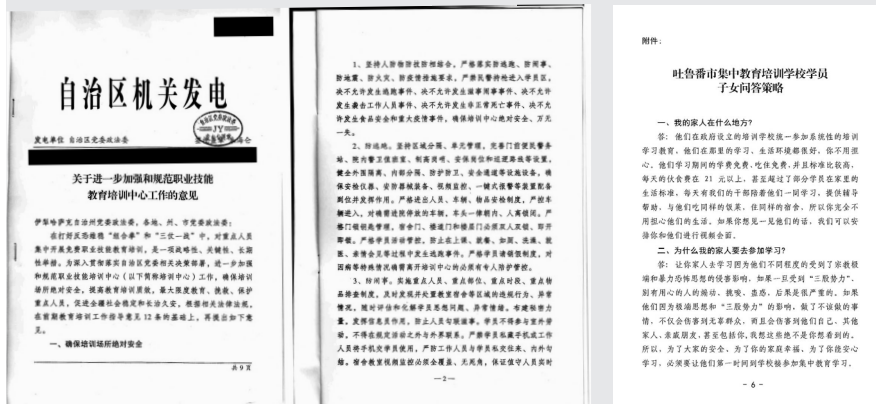
454 Retweets 1.060 Zitierte Tweets 792 „Gefällt mir“-Angaben

Die Antwort des offiziellen Twitter-Accounts der Polizei München auf die Frage, ob es während des Lockdowns gestattet sei, bei schönem Wetter im Freien ein Buch zu lesen.

Erneut gilt es daran zu erinnern, dass auch im Westen sehr viel «Banales» bald als «illegal» eingestuft werden könnte, das heute noch vollkommen normal und akzeptiert ist. Die «Corona-Pandemie» hat gezeigt, dass der Staat nach Belieben festlegen kann, was als «Straftat» oder gar als «Verbrechen» zählt und was nicht. Die Bewohner von Xinjiang haben mit der marxistischen Verbotskultur noch weit intensivere Erfahrungen gemacht, doch trotz unterschiedlicher Intensität sind ähnliche Tendenzen erkennbar.



Chinas Staatsoberhaupt Xi Jinping und WEF-Gründer Klaus Schwab. Sie schütteln sich 2018 bei der Verleihung einer chinesischen Ehrenmedaille für Schwab die Hand. Damals waren Berichte über die Verfolgung der Uiguren schon längst an die Öffentlichkeit gelangt.



Die «China Cables» sind ein Leak von geheimen Dokumenten der chinesischen Regierung von 2017. Die Dokumente belegen die systematische Verfolgung und Unterdrückung der Uiguren im Alltag.

Ein weiteres internes Dokument der KP Chinas, das 2019 der New York Times zugespielt wurde.

Im Herbst 2019 liess eine anonyme Quelle der New York Times wichtige Informationen zukommen. Es waren über 400 Seiten interne Dokumente der KP Chinas. Sie enthalten zahlreiche offizielle Erhebungen und Weisungen, Berichte über die Überwachung und Kontrolle der uigurischen Bevölkerung, darüber hinaus Äusserungen hoher Parteifunktionäre sowie 96 Seiten mit Reden von Staatspräsident Xi Jinping. Hier finden sich die offiziellen Anweisungen des Präsidenten für Xinjiang. Die Dokumente bestätigen die Errichtung eines umfangreichen Konzentrationslagersystems, beschlossen von der obersten Führungsebene der Kommunisten. Wir erfahren darin, dass der Präsident den «Extremismus» (das Festhalten an uigurischer Tradition und Kultur) mit einem «Virus» verglich. Xi Jinping erklärte damals, der «Kampf» gegen diese «Plage» erfordere «eine lange und schmerzhaft Behandlung». Die KP Chinas müsse, «alle Instrumente der Diktatur» anwenden, um die Oberhand zu behalten. Aus dem Mund des chinesischen Staatsoberhauptes war das gleichbedeutend mit dem Aufruf zu Gewaltexzessen. Er wies die örtlichen Behörden an, «keinerlei Gnade» zu zeigen.

Quelle: youtube.com, China: Das Drama der Uiguren | Doku HD Reupload | ARTE, 02.09.2022

«Pompeo, du warst nie in Xinjiang. Du Lügner solltest aufhören, Unfrieden zu stiften.»

Scheidender US-Außenminister Pompeo wirft China Völkermord an Uiguren vor

zdf.de, 19.01.2021

Mike Pompeo, Aussenminister unter Donald Trump

«Ich habe in den Nachrichten gesehen, dass Pompeo gesagt hat, die ethnische Gruppe der Uiguren werde in Xinjiang unterdrückt und ihre Freiheit eingeschränkt. Alle diese Aussagen sind so absurd. Ich bin empört und unzufrieden mit ihnen.»

«Zuletzt hörte ich, wie Pompeo ignorante Bemerkungen über Xinjiang machte, die mich so wütend gemacht haben.»

«Am letzten Tag seiner Amtszeit probiert Mr. Pompeo immer noch, China zu erniedrigen und die Situation in Xinjiang falsch zu repräsentieren.»

China macht Uiguren zu Influencern: Als US-Aussenminister Mike Pompeo das Offensichtliche feststellte und von einem «Genozid» in Xinjiang sprach, reagierte die chinesische Regierung mit einer Kampagne, in der sie Uiguren vor die Kamera zerrte und die behaupten liess, in ihrer Heimat sei alles bestens und von chinesischer Unterdrückung nichts zu spüren. Propaganda funktioniert in China weitaus plumper als im Westen, obwohl sich das Niveau allmählich annähert.

Quelle: youtube.com, Xinjiang Police File Hack - Why China is Terrified, 31.05.2022



In der vorliegenden Ausgabe wird immer wieder anhand von praktischen Beispielen aufgezeigt werden, wie die Implementierung des modernen, digitalen Überwachungsstaates in der Praxis aussehen kann, und mit welcher morbider Effizienz und Präzision er in der Lage ist, gegen jene vorzugehen, die er zu Feinden deklariert hat. Deshalb richten wir unseren Blick auf die chinesische Provinz Xinjiang, die aktuell wohl wie kaum ein anderer Ort der Welt veranschaulicht, was flächendeckende Kontrolle tatsächlich bedeutet. «Smarte Kameras», Checkpoints, Biometrie, QR-Codes – seit der Einleitung einer verstärkten Repressionskampagne im Jahr 2014 wurde die weit im Nordwesten Chinas gelegene Provinz zum am besten überwachten Ort der Welt! Ziel und Opfer der Überwachung ist dabei das Volk der Uiguren, deren Heimat – das einstige Turkestan – heute in ein riesiges Freiluftgefängnis mit digitaler Infrastruktur transformiert wurde. Das Schicksal der dort lebenden Menschen veranschaulicht wie kaum ein anderes, wie dystopisch die Lebenswirklichkeit derjenigen wird, gegenüber denen der Überwachungsstaat beschlossen hat, seine Zähne zu zeigen.

Die turksprachige Ethnie bevölkert ihr Land seit Jahrhunderten und hat sich dabei nie chinesisch gefühlt. Die Uiguren haben kulturell, historisch und sprachlich mehr Gemeinsamkeiten mit den Völkern Zentralasiens (Kasachstan, Usbekistan, Turkmenistan) als mit den Han-Chinesen. Xinjiang wurde von China okkupiert und steht eindeutig bis heute unter unfreiwilliger Fremdherrschaft, denn die Mehrheit der Uiguren fordert weiterhin ihren eigenen, unabhängigen Nationalstaat.

Was einstmals noch als Staatsgeheimnis galt, ist mittlerweile keines mehr: Der grosse Plan der chinesischen KP besteht darin, die uigurische Identität auszulöschen und zu ersetzen. Es geht der Partei um die systematische Vernichtung einer gesamten Ethnie und damit handelt es sich um einen klaren Fall von Völkermord. Ableitbar ist dies beispielsweise vom Faktum, dass den chinesischen Behörden, die damit beauftragt wurden, die «Chinaifizierung» von Xinjiang voranzutreiben, feste demographische Planziele vorgegeben wurden, nach dem Prinzip: «In fünf Jahren sollen die Uiguren in diesem oder jenem Bezirk der Provinz zur Minderheit werden.» Der deutsche Anthropologe Adrian Zenz stiess z.B. auf chinesische Dokumente mit genauen Anweisungen, wie viele Frauen zur Senkung der Geburtenrate zu sterilisieren seien! Er bezeichnete seinen Fund als die schockierendsten Papiere, die er jemals in seinem Leben zu Gesicht bekommen hätte, denn die Zahlen lagen für einen einzigen Bezirk von Xinjiang bei ca. 15'000 im Jahr. Das deckt sich mit den Daten aus China, denn von 2017 bis 2019 hat sich die Geburtenrate in Xinjiang halbiert – ein Zeugnis der Wirksamkeit der radikalen Zwangsmassnahmen.

Die KPCh nutzt zudem Migration als Waffe, um die Abschaffung der uigurischen Werte und Traditionen voranzutreiben. Entweder werden junge Uiguren nach Zentralchina deportiert oder – was zahlenmässig um einiges gewichtiger ist – Han-Chinesen in Xinjiang angesiedelt. Insgesamt leben heute schon ebenso viele Han-Chinesen in der nordwestlichen Region wie Uiguren selbst.

Darüber hinaus hat die Führung in Peking in der Provinz die Errichtung von tausenden Umerziehungs- und Arbeitslagern verfügt, in welchen die Absicht verfolgt wird, den Uiguren im kommunistischen Sinne das Hirn zu waschen. Die verschiedenen ehemaligen Insassen, die den Mut fanden, über ihre Erfahrung auszupacken, erzählen je nachdem von brutalster Folter, Vergewaltigungen, Sterilisierungen, Zwangsarbeit oder gar erzwungenen Organentnahmen. Tatsächlich werden die Uiguren massenhaft für völlig normale Handlungen in die Lager zwangsdeportiert: Wer religiöse Texte liest, sich über die Geschichte der Uiguren informiert, seinen Laden zum falschen Zeitpunkt schliesst, ins Ausland reist, zu viele Leute bei sich eingeladen hat usw., läuft Gefahr interniert zu werden.

Der Vergleich, der sich an dieser Stelle nun aufdrängt, soll nicht als pietätlos gegenüber der harschen Lebensrealität der Uiguren erscheinen, doch einmal mehr gilt es daran zu erinnern, dass auch in den westlichen, vermeintlich so zivilisierten Gesellschaften in den letzten zwei Jahren mehrere staatlich verhängte Verbote völlig normale Handlungen kriminalisierten. Wenn die «COVID-Pandemie» eines gezeigt hat, dann, wie schnell sich eine angeblich aufgeklärte Demokratie in ein Willkürregime transformieren lässt, und wie unberührt sich breite Teile der Bevölkerung demgegenüber zeigen, solange das zur Rechtfertigung herangezogene Narrativ nur ansatzweise Logik vortäuscht, und sei es in Wahrheit auch noch so fadenscheinig.

Ist man schon dabei, Parallelen zu ziehen, dann ist das Drama der Uiguren ein durchaus dankbarer Ansatzpunkt, mit dem man zumindest die zum Himmel schreiende Doppelmoral der westlichen Machtelite aufdecken kann, denn während die Unterdrückung der Uiguren über Jahre totgeschwiegen oder verharmlost wurde, dreht sich der Wind nun allmählich und es gilt im Westen mittlerweile als politisch höchst korrekt, sich für die Uiguren und ihr Recht auf Selbstbestimmung einzusetzen. Die Heuchelei steht der westlichen Politik aber ins Gesicht geschrieben, wenn kulturelle Selbstbestimmung und die Erhaltung eines Volkes plötzlich in Bezug auf die Uiguren als notwendig erachtet werden, aber nicht bei Deutschen, Franzosen oder Briten. Wer z.B. anprangert, dass die Deutschen in Deutschland zur Minderheit im eigenen Land werden (etwas, das bei Beibehaltung der aktuellen Tendenz noch mit Sicherheit innerhalb weniger Generationen eintreten wird), dem schallt sofort der Begriff «Nazi» oder «Rechter» entgegen. Wenn «ethnische Selbstbestimmung» im Westen verhöhnt, doch plötzlich gross geschrieben wird, wenn es um andere Völker geht, dann sollte der himmelschreiende Widerspruch offensichtlich werden.

Der technische Aspekt der Uiguren-Verfolgung wird uns im Laufe der Ausgabe weiter begleiten. Er beginnt damit, dass mit dem WEF vernetzte High-Tech-Konzerne die Überwachung, Unterdrückung und letztendliche Vernichtung der Uiguren überhaupt erst möglich machten. Dieser unheiligen Allianz zwischen westlichen Tech-Giganten und der KPCh wollen wir den nächsten Teil der Ausgabe widmen, womit noch einmal deutlich werden sollte, dass die aktuell geäusserte Kritik am Umgang mit den Uiguren wohl nichts als ein Lippenbekenntnis ist.

Auf einen Blick

► Chinas Überwachungsapparat wurde und wird von Hightech-Konzernen und Finanzinstituten aus dem Westen aufgebaut, die fast alle zu den «Strategischen Partnern» (siehe S.31 f.) von Klaus Schwabs WEF zählen.

► Diese «Strategischen Partner» sind durch ihre Hilfestellung indirekt am Völkermord an den Uiguren beteiligt.

► Die US-Tech-Konzerne haben keinerlei Skrupel, der KPCh ihre Technologie zur Verfügung zu stellen. Darauf angesprochen, reagieren sie schulterzuckend oder lügen dreist. Sie wären wohl ohne Weiteres bereit, ein System nach chinesischer Blaupause auch im Westen zu unterstützen.

Der chinesische Überwachungsstaat - «Made by Microsoft, Intel, IBM & Co.»

China hat sich seine heutige Position als eine tonangebende Macht auf der Weltbühne nicht etwa selbst erarbeitet, sondern wurde von aussenstehenden Akteuren für diese Rolle in vielfältiger Weise aufgebaut. Einmal mehr sei an den prophetisch wirkenden Satz des US-Historikers Antony Sutton erinnert, der 1986 schrieb: «Um das Jahr 2000 herum wird das kommunistische China eine «Supermacht» sein, die mit amerikanischer Technologie und Fachwissen aufgebaut wurde.»

⁽¹⁾ Westliche Technologie ist auch das Rückgrat des heutigen, hoch digitalisierten chinesischen Überwachungsapparates, und nur der Transfer derselben von West nach Ost macht China zu dem Giganten, mit dem wir es heute zu tun haben. Denn während Überwachung in einem «analogen Rahmen» zwar durchaus möglich ist, bleibt sie in gewisser Weise doch stets begrenzt, und erst die digitalen Errungenschaften in Kombination mit künstlicher Intelligenz treiben die Möglichkeiten zur Massenkontrolle auf die Spitze. Jack Poulson, ein ehemaliger Google-Ingenieur und Gründer der Interessengruppe «Tech Inquiry», beschreibt das Prinzip wie folgt: «Wenn man sich einem Überwachungsstaat annähert, liegt die Hauptbeschränkung in der Fähigkeit, Ereignisse von Interesse innerhalb der Datenströme zu identifizieren [...] Die Überwachung lässt sich nur durch maschinelles Lernen und KI in grossem Massstab optimieren.» ⁽²⁾ Während sich in einem analogen Überwachungsstaat (wie bspw. in der DDR) noch einzelne Mitarbeiter durch eine Flut von zum Teil mühsam beschafften Informationen arbeiten mussten, übernimmt dies in China mittlerweile der Algorithmus, der dank massiver Videoüberwachung und Gesichtserkennung, kombiniert mit Handy-, Internet- und Bewegungsdaten, über eine regelrechte Flut an Informationsmaterial verfügt. Die zugrundeliegende Technik, das Know-How und

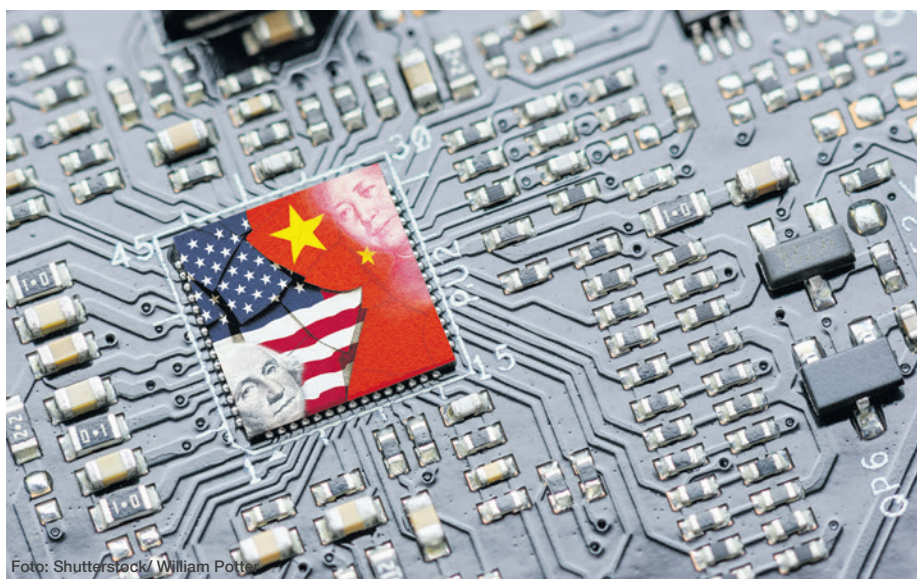


Foto: Shutterstock/William Potter

sogar die Produkte selbst, die diese Dystopie Wirklichkeit werden lassen, stammen zu grössten Teilen aus dem Westen. In ihrem brandneuen Buch «Surveillance State» stellen die Wall-Street-Journal-Journalisten Josh Chin und Liza Lin klipp und klar fest: «Viele der Instrumente und Konzepte, die die Kommunistische Partei zur Umsetzung der chinesischen Lösung [flächendeckende Überwachung] einsetzt, wurden in westlichen Ländern erfunden oder erstmals entwickelt. Was die Partei einzigartig macht, ist ihre Bereitschaft und Fähigkeit, sie auf breiter Ebene im realen Leben anzuwenden.» ⁽³⁾ Und man möchte hinzufügen: Diese Instrumente, die den chinesischen Überwachungsstaat überhaupt erst funktionieren lassen, wurden nicht nur im Westen erdacht und entwickelt, sondern werden bis heute zu einem Grossteil auch noch dort produziert. Ein moderner Hightech-Überwachungsstaat hat einen unersättlichen Hunger nach Computerchips und in deren Herstellung und Entwicklung hinkt China bis heute hinterher – sprich ist in diesem zentralen Feld noch immer von Importen abhängig.

Kaum Computerchips «Made in China»

Es ist eine banale, aber folgeschwere Feststellung: Ohne Computerchips gibt es keine digitale Welt und folglich auch keine digitale Überwachungs dystopie. Ob Kameras, Handys oder künstliche Intelligenz, sie alle sind auf eine stetig steigende Menge von immer leistungsfähigeren Chips angewiesen. Mikrochips sind die zentralen Bauteile aller digitalen Geräte und naturgemäss hat Chinas System einen riesigen Bedarf, von dem es nur einen Bruchteil durch Betriebe im eigenen Land decken kann. Die Kommunistische Partei Chinas (KPCh) arbeitet fieberhaft daran, dieses Problem zu lösen, ist bislang aber nur bedingt erfolgreich. Das Handelsblatt berichtet im Jahr 2021: «Bereits in seiner «Made in China 2025»-Strategie im Jahr 2015 hatte Peking das Ziel ausgegeben, bis zum Jahr 2025 bei «Schlüsselmaterialien» autark zu sein, darunter fällt auch die Chip-industrie. 70 Prozent des Halbleiterbedarfs wollte China bis 2025 durch heimische Hersteller decken – dabei liess das Land offen, ob damit auch ausländische Hersteller mit einer Produktion innerhalb Chinas ge- ▶

▶ meint sind. Doch die grossen Ziele wird China laut Experten so oder so nicht erreichen: Derzeit stammen nach Angaben des Branchendienstes IC Insights nicht einmal sechs Prozent aller im Land genutzten Chips von chinesischen Unternehmen. Und selbst wenn man ausländische Firmen mit einer Produktion innerhalb der Volksrepublik dazunimmt, sind es nur 16 Prozent.»⁽⁴⁾ Eine Erklärung dafür, warum China trotz massiver staatlicher Subventionierung so gewaltige Schwierigkeiten hat, seine Chip-Produktion anzukurbeln, findet sich zu grossen Teilen im ineffizienten und innovationshemmenden kommunistischen System. An den Fähigkeiten der Chinesen selbst kann es nicht liegen. Chinas fast direkter Nachbar Südkorea und sein alteingesessener Konkurrent Taiwan, also beides Völker, die dem chinesischen auf einer biologischen Ebene sehr ähnlich sind, sind im Gegensatz zum Reich der Mitte deutlich erfolgreicher, was die Herstellung der Chips angeht und das trotz ihrer geringeren Bevölkerungsanzahl. Doch während es heute, in Zeiten von Gesichtserkennung und KI, vornehmlich der Chip-Mangel ist, der China vom Ausland abhängig macht, war es zu Beginn der 90er Jahre – als der Ausbau des digitalen Überwachungssystems seinen Anfang nahm – noch das gesamte Feld der digitalen Technik, in dem China hinterherhinkte. Es ist nicht falsch, wenn man behauptet, dass die komplette «Digitalisierung» Chinas, die von Anfang an in erster Linie der Überwachung und der Kontrolle der Bürger diente, weitestgehend von im Westen ansässigen Konzernen aufgebaut wurde. Also beginnen wir am Anfang...

Seit Beginn an Bord

Vor dem Hintergrund, dass China selbst über kaum Know-how im Bereich der Digitaltechnik verfügte, aber früh begriff, dass diese Technik benötigt wird, um den Überwachungsapparat zu optimieren und auf die nächste Stufe zu heben, blieb der KP keine



Ein Foto vom achten «US-China Internet-Industrie Forum», 2015 in Seattle abgehalten. In der Mitte Xi Jinping zwischen den Chefs der grössten Tech-Unternehmen aus Ost und West.

andere Wahl, als ihre üblichen Steigbügelhalter danach zu fragen, ob sie bereit wären, dieses moralisch mehr als fragwürdige Vorhaben zu unterstützen. Und tatsächlich wurde die Hilfe gerne gewährt; vornehmlich von Unternehmen, die sich allesamt in Hochfinanz-Frontorganisationen wie dem WEF oder dem amerikanischen, vom Bankier Paul Warburg mitgegründeten «Council on Foreign Relations» wiederfinden. Die Spur dieser Unterstützer lässt sich bis zum Anbeginn des chinesischen Digital-Überwachungsapparates zurückverfolgen. Josh Chin und Liza Lin schreiben: «Wie sich herausstellt, hat die westliche Unternehmerschaft den [digitalen] Überwachungsstaat der Partei seit seinen embryonalen Anfängen in den späten 1990er-Jahren vorangetrieben. Chinas Überwachungsindustrie hat ihre Wurzeln in den «goldenen» Projekten, die die Partei in den Jahren nach der Niederschlagung des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 ins Leben rief, um die «E-Government»-Infrastruktur des

Landes zu verbessern. [...] Zu Beginn des 21. Jahrhunderts verfügte China nicht über die nötige Technologie, um dies zu bewerkstelligen, so dass es keine andere Wahl hatte, als ausserhalb seiner Grenzen Hilfe zu suchen.»

⁽⁵⁾ Im Jahr 2000 versammelte sich in Peking auf der «Security China»-Messe, die seit 1994 besteht und sich mittlerweile zu einer der weltweit bedeutendsten Ausstellungen für Überwachungstechnologie entwickelt hat, das «Who is Who» der internationalen Hightech-Industrie. Einem Bericht zufolge zielte die «Security China» (2000) darauf ab, «die Einführung fortschrittlicher Informations- und Kommunikationstechnologie zu fördern, um die zentrale Polizeikontrolle, die Reaktionsfähigkeit und die Fähigkeit zur Verbrechensbekämpfung zu stärken und so die Effizienz und Effektivität der Polizeiarbeit zu verbessern».⁽⁶⁾ Auch wurde auf dieser Messe erstmals das seit den 1990er-Jahren entwickelte Zensur- und Überwachungsprojekt «Goldener Schild» präsentiert (siehe S.70 u. 75 ff.).

Führende chinesische Überwachungsunternehmen, die tief mit westlichen Konzernen verstrickt sind

NetP@sa
东方网力

HIKVISION®

Weltweit grösster Hersteller von Überwachungskameras

MEGVII 旷视


HUAWEI


sensetime



Intel Capital ehrt Feng Cheng, den Mitbegründer des chinesischen Überwachungsunternehmens NetPosa, 2016 mit der Auszeichnung «Annual Intel Capital CEO» (Intel Capital CEO des Jahres).

nen Teilnehmer versuchten, auf sie zuzugreifen, was eine fein abgestimmte Zensur ermöglichte. Wie wir im Folgenden noch vertiefend aufzeigen werden, besteht diese Zusammenarbeit westlicher Hightech-Unternehmen und der KPCh bis heute fort und erwies sich als äusserst lukratives, wenn auch aus Menschenrechtsperspektive kaum vertretbares Geschäftsmodell. Im Jahr 2018 erreichte allein der chinesische Videoüberwachungsmarkt ein Volumen von 10,6 Milliarden US-Dollar. Von den 37 chinesischen Firmen, die im November 2018 von der chinesischen «China Security and Protection Industry Association» für ihre herausragenden Beiträge zur Überwachungsindustrie des Landes ausgezeichnet wurden, unterhielten 17 öffentliche Finanzierungs-, Handels- oder Lieferkettenbeziehungen zu US-Technologieunternehmen. Einige pflegten gleich mehrere Kontakte dieser Art.⁽⁸⁾

China hat «Intel Inside»

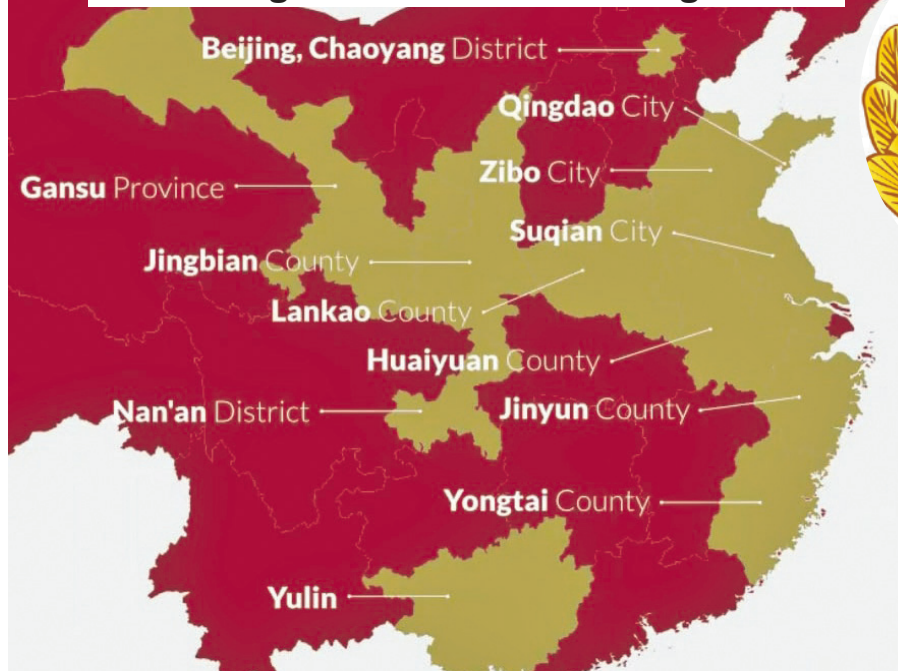
Ein anderes zentrales Unternehmen, das Chinas Überwachungsapparat beinahe von Anfang an in beträchtlicher Weise unterstützte und förderte, war und ist der Computerchip-Gigant Intel, der als «Strategischer Partner» des WEF geführt wird (siehe S.31 f.). Seit seinem Einstieg in China im Jahr 1998 hat Intel Capital – das Tochterunternehmen von Intel, das für die Verwaltung von globalen Investitionen, Fusionen und Übernahmen eingerichtet wurde – bis 2016 über 1,9 Milliarden US-Dollar in mehr als 140 chinesische Technologiebetriebe investiert.⁽⁹⁾ Eine der wichtigsten Inves- ▶

Cisco, Sun, Siemens

Auf der Teilnehmerliste der Messe fanden sich unter anderem die namhaften amerikanischen Firmen Cisco Systems, Motorola und Sun Microsystems, sowie das deutsche Technologieunternehmen Siemens und Nortel Networks aus Kanada. Einem Bericht des Cybersicherheitsexperten Greg Walton zufolge kaufte China bereits damals – also ab dem Jahr 2000 – jedes Jahr Telekommunikationsausrüstung im Wert von fast 20 Milliarden Dollar von ausländischen Firmen ein.⁽⁷⁾ Sun Microsystems, eine der ersten Computer- und Software-Er-

folgsgeschichten aus dem Silicon Valley, half dem chinesischen «Ministerium für Öffentliche Sicherheit» beim Aufbau einer nationalen Datenbank für Fingerabdrücke. Cisco Systems, das genau wie Sun Microsystems ein Produkt der Stanford-Universität und ein wesentlicher Pfeiler des Silicon Valley ist, spielte eine entscheidende Rolle bei der Verkabelung des «Goldenen Schildes». Nortel, einer der damals führenden Hersteller von Netzwerkausrüstung, versorgte die staatliche Shanghai Telecom mit hochmoderner Technik, die es der KPCh ermöglichte, unerwünschte URLs an dem Punkt herauszufiltern, an dem die einzel-

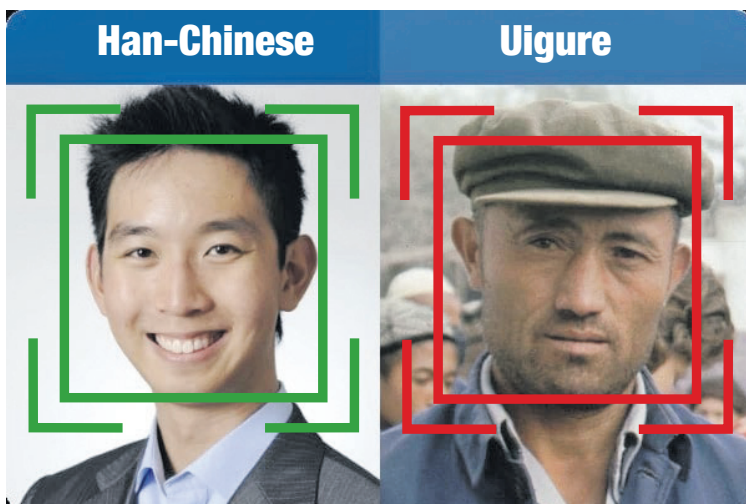
Gebiete mit geplantem oder eingeführtem Uiguren-Gesichts-Tracking



Emblem des «Ministeriums für Öffentliche Sicherheit» in China

Das chinesische Innenministerium hat das Gesichts-Tracking mit «ethnischer Erkennung» (z.B. von Uiguren) in vielen östlichen Metropolen Chinas für notwendig erklärt, wie aus einem Regierungsdokument hervorgeht.

Quelle: youtube.com, Patenting Uyghur Tracking - Huawei, More, 13.01.2021



In einem von Huawei und der Chinesischen Akademie der Wissenschaften (CAS) gemeinsam verfassten Patentantrag vom Juli 2018 zur «Identifizierung von Fussgängerattributen» werden Uiguren als eine «Rasse» aufgeführt, die von der Software «erkannt werden kann».



The Washington Post

Huawei tested AI software that could recognize Uighur minorities and alert police, report says

Die Washington Post titelt am 08. Dezember 2020: «Huawei testete KI-Software, die laut Bericht uigurische Minderheiten erkennen und die Polizei alarmieren könnte»



Huawei («Strategischer Partner» des WEF) arbeitet mit der chinesischen Regierung zusammen, um die ethnische Säuberung der Uiguren zu beschleunigen und entwickelt Software, die uigurische Gesichtszüge registriert (Ausgabe 52).

► tionen dieser Art tätigte Intel im Jahr 2010. Damals platzierte der Chip-Hersteller sein Kapital in einem chinesischen Startup namens NetPosa und kaufte für 4,5 Millionen Dollar einen Anteil von 6%. Intel wurde damit zum fünftgrößten Anteilseigner einer Firma, bei der offensichtlich war, dass es sich um ein von der KPCh gesteuertes Überwachungsunternehmen handelt. Denn als Intel NetPosa entdeckte, hatte sich die Firma bereits am «Goldenen Schild» beteiligt und dadurch verdient gemacht, im Osten von Peking ein Netzwerk von 10'000 Kameras eingerichtet zu haben. ⁽¹⁰⁾ Doch erst mit Intels Hilfe etablierte sich NetPosa als einer der zentralen und am schnellsten wachsenden Akteure in der chinesischen Überwachungsbranche. Als Intel 2010 in die Firma einstieg, mühte sich NetPosa gerade mit der Entwicklung eines neuen Mikrochips ab, der benötigt wurde, um Bilder von Überwachungskameras in einem zentralen Netzwerk zu sammeln und zu speichern. Der Chip musste seinen Anforderungen nach sowohl effizient als auch kostengünstig sein. Der Intel-Atom-Prozessor lieferte die Antwort auf alle Fragen und als NetPosa daran scheiterte, eine Hauptplatine um den

Prozessor herum zu konstruieren, schickte Intel seine eigenen Experten zu Hilfe, um den Job zu erledigen. Diese Innovation war es, die NetPosa in die oberste Liga der chinesischen Video-Überwachungsunternehmen katapultierte. In der Folge machte sich die Firma einen Namen, indem sie in der Region Xinjiang (Heimat der Uiguren, siehe S.48 ff.) modernste Videomanagementsysteme mit Gesichtserkennungsfunktion installierte und modifizierte Fahrzeuge lieferte, die zu mobilen Überwachungsfahrzeugen umgebaut worden waren. Schon aus rein finanzieller Perspektive erwies sich das Investment für Intel als überragend erfolgreich. Als der Chip-Produzent seinen Anteil Anfang 2016 verkaufte, zwei Jahre nachdem das chinesische Unternehmen an die Börse gegangen war, hatte sich der Wert von NetPosa mindestens versechsfacht. ⁽⁸⁾ Im Jahr 2016 ehrte Intel Capital Feng Cheng, den Mitbegründer von NetPosa und CEO der amerikanischen Niederlassung, mit der Auszeichnung «Annual Intel Capital CEO» (Intel Capital CEO des Jahres). ⁽⁹⁾ Die Ehrung gibt einen Einblick, wie tiefgreifend die Verbindung von Intel zu NetPosa tatsächlich ist. Noch bedeutender als der unmittelbare mo-

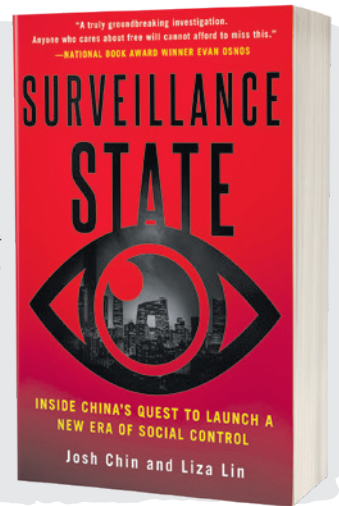
netäre Gewinn war aber die Tatsache, dass die Partnerschaft mit NetPosa dazu beitrug, Intel als den bevorzugten Chip-Anbieter für andere chinesische Firmen zu etablieren, die mit dem Erfolg des Startups mithalten wollten.

Auch nachdem Intel seine Anteile an NetPosa verkauft hatte, blieb die Partnerschaft erhalten und Intel verkaufte bis heute Hardware an die durch und durch fragwürdige Unternehmung. Im Laufe der Zeit begann NetPosa selbst chinesische Überwachungs-Startups zu finanzieren. Eines davon war DeepGlint, ein Gesichtserkennungsunternehmen, das an mehreren Projekten in Xinjiang beteiligt war und das auf seiner Webseite mit einem Algorithmus warb, der in der Lage sei, die uigurischen Muslime der Region zu erkennen. Ein anderes Unternehmen, ein Joint Venture für Gesichtserkennung und Crowd-Analyse namens SenseNets, hat ebenfalls umfangreiche Arbeiten in Xinjiang durchgeführt. ⁽¹¹⁾ NetPosa sowie alle seine Tochtergesellschaften und Startup-Finanzierungen tragen «Intel Inside». Allein BlackRock und Vanguard (siehe S.27 ff.) besitzen wiederum zusammen ca. 15% von Intel. ⁽¹²⁾

„«Genauso wie schnell wachsende chinesische Städte wie Peking und Shanghai in den 2010er-Jahren zu Spielwiesen für die Architekten der Welt wurden, hat sich Chinas Überwachungsmarkt zu einem **Labor für westliche Sicherheitsunternehmen** entwickelt, um Technologien zu testen, die in der Heimat für Aufsehen sorgen würden.»

Die Wall-Street-Journal-Journalisten Josh Chin und Liza Lin in ihrem neuen Buch «Surveillance State: Inside China's Quest to Launch a New Age of Social Control» (Überwachungsstaat: Chinas Bestreben, ein neues Zeitalter der sozialen Kontrolle einzuleiten)

Quelle: Josh Chin, Liza Lin, Surveillance State: Inside China's Quest to Launch a New Age of Social Control, 2022, S.157



Nochmals sei erwähnt, dass der Vorsitzende der Rockefeller-Stiftung China schon in den 30ern als «Labor» bezeichnete und David Rockefeller in den 70ern von einem gelungenen «sozialen Experiment» unter Maos Führung sprach (siehe S.4).

Terrorstaat als Geschäftsmodell

Und Intel war bei Weitem nicht der einzige aus dem Westen stammende Konzern, der von der Überwachung und der Verfolgung der Uiguren in Xinjiang profitierte. Ein anderes Beispiel ist das US-amerikanische Informationstechnikunternehmen «Hewlett Packard Enterprise» (HPE), das 49% der Anteile an «New H3C Technologies Co. Ltd» hält – ein Unternehmen, das Überwachungsnetzwerk-Kontrollsysteme und Cloud-Computing für chinesische Strafverfolgungsbehörden anbietet. ⁽⁸⁾ Einer der Endkunden von H3C ist Aksu, eine Stadt in Xinjiang, die eine umfassende Überwachung der Einwohner im öffentlichen Raum durchführt und in der sich laut Satellitenbildern auch mehrere Internierungslager zu befinden scheinen.

Eine andere Firma, bei der besonders deutlich wird, wie zentral die westliche Technologie für den chinesischen Überwachungsstaat ist, ist «Hangzhou Hikvision Digital Technology Co.», der weltweit grösste Hersteller von Überwachungskameras. Wie nicht anders zu erwarten, finden sich auch hier wieder die Spuren des Finanzgiganten BlackRock, der bei Hikvision Anteile hält und dafür erst kürzlich (Ende 2021) vonseiten US-amerikanischer Menschenrechtsorganisationen kritisiert wurde (siehe S.30 ff.).

⁽¹³⁾ Hikvision ist tief in die chinesische Überwachungsindustrie verwickelt: Allein seit 2016 hat der Betrieb Aufträge im Wert von mehr als 1,8 Milliarden Yuan (256 Millionen US-Dollar) für den Bau von Überwachungssystemen in Xinjiang erhalten. Wie aus den Dokumenten zur öffentlichen Auftragsvergabe und der Webseite des Konzerns hervorgeht, fand sich darunter auch mindestens ein Internierungslager. Ein Artikel, der 2019 im Wall Street Journal erschienen ist, legt dar, dass im Prinzip alle Schlüsselkom-

ponenten der Hikvision-Kameras auf westlicher Technologie basieren: Die enthaltenen Chips stammen von Intel, Nvidia und Xilinx, als Speichermedien dienen Produkte von Western Digital und Seagate. ⁽⁸⁾ Speziell im Fall von Seagate, einem in Kalifornien ansässigen Festplatten-Produzenten, lassen sich tiefe Verbindungen nach China nachweisen. So arbeitet Seagate bereits seit 2005 mit Hikvision zusammen, für welches sie – laut eigener Aussage – die weltweit erste Festplatte speziell für Überwachungszwecke entwickelten.

In dem Artikel des Wall Street Journals heisst es: «Festplattenlaufwerke waren damals nicht für grosse Mengen an Videomaterial ausgelegt, das rund um die Uhr aufgenommen wird. Daher schickte Seagate ein spezielles Ingenieurteam nach China,

um ein solches Laufwerk zu entwickeln – so das Unternehmen in einem Beitrag auf seiner Webseite, der im Mai [2019] gelöscht wurde. Seagate lehnte eine Stellungnahme ab.» Weiterhin schreibt das WSJ: «Diese Festplatten bilden die Grundlage der Überwachungssysteme, die von den Polizeibehörden in China eingesetzt werden. Sie bieten Speicherplatz zu einem Preis, der niedrig genug ist, um die grossen Mengen von ihnen zu kaufen, die für die Speicherung und Analyse von Videos benötigt werden, und in China gibt es keine Hersteller vergleichbarer Produkte.» Das sagte Kevin Cassidy, ein unabhängiger Halbleiteranalyst in Oakton, Virginia. Stand 2019 machten allein die Verkäufe nach China für Seagate etwa 12% des Jahresumsatzes (11,2 Milliarden US-Dollar) aus und etwa ein Fünftel des gesamten Jahresumsatzes von Western Digital (16,6 Milliarden US-Dollar). ⁽⁸⁾

Die Zukunft der Überwachung: KI

Wie bereits festgestellt, besteht die Zukunft des Überwachungsstaates im Gebiet der KI. Bildlich gesprochen geht es inzwischen weniger um die «Augen» der Überwachung – sprich um die Überwachungskameras – als vielmehr um das dahinterliegende «Gehirn», also um die Algorithmen, welche die riesigen Datenmengen filtern und selbstständig sortieren. Diese digital-neuronalen Netze benötigen immense Mengen an Rechenleistung. Chiphersteller, insbesondere Hersteller von Grafikprozessoren (GPUs), die ursprünglich für Videospiele entwickelt wurden, erwiesen sich als ideal für derartige Anwendungen wie beispielsweise Gesichtserkennung. Eines der Unternehmen, die sich hier insbesondere als Chip-Lieferanten hervortaten, war und ist das in Santa Clara ansässige Nvidia, welches riesige Mengen an Computerchips an Überwachungsfirmen in ganz China lie- ▶



Spiegel-Cover vom Januar 2007: Solche Naivitäten legten erst den Grundstein für die Verfolgung der Uiguren, über die sich der Spiegel heute fürchterlich empört.

**Wussten Sie...**

...dass das von Microsoft unterstützte Unternehmen Megvii mit der chinesischen Regierung an einem Projekt namens «Skynet» arbeitet? Skynet ist ein vernetztes System von Überwachungskameras mit Gesichtserkennungssoftware, das derzeit in 16 chinesischen Provinzen in Betrieb ist. Laut der KPCh-eigenen Zeitung Global Times ist das System schnell genug, um die gesamte Bevölkerung der Volksrepublik China in weniger als einer Sekunde zu scannen, und hat angeblich eine Trefferquote von 99,8%. ⁽¹⁾ Da Terminator die Lieblingsfilmreihe des Megvii-Gründers ist, wählte er für sein Produkt den Namen «Skynet». In dem Filmklassiker ist Skynet eine künstliche Intelligenz, die Krieg gegen die Menschheit führt. Der Megvii-Gründer betonte allerdings, er verfolge mit Megvii nur gute Absichten. Will man ihm das abnehmen? ⁽²⁾

Quellen:

1. onezero.medium.com, China's 'Sharp Eyes' Program Aims to Surveil 100% of Public Space, 02.03.2021
2. youtube.com, VICE News: How China Tracks Everyone, 23.12.2019



► fert. Genau wie im Fall von NetPosa beschrieben, finden sich auch in der neu entstandenen KI-Branche Platzhirsche, die den chinesischen Markt dominieren und nach aussen hin auch als chinesische Unternehmen auftreten, aber ihre Position in erster Linie zahlungskräftigen ausländischen Investoren und der KPCh verdanken. Um ein konkretes Beispiel hierfür zu nennen, sei auf das chinesische Startup SenseTime verwiesen, welches sich vor allem durch US-Investments und Unterstützung des US-Halbleiterherstellers Qualcomm («Strategischer Partner» des WEF, siehe S.31 f.) auf einem aufsteigenden Ast befindet und rasant an Dominanz gewinnt. Eine der ersten amerikanischen Investmentfirmen, die SenseTime mit 10 Millionen Dollar finanzierte, war IDG Capital. Das verwendete Geld stammte dabei von der Universität Michigan, dem frühen Facebook-Investor Jim Breyer, der altbekannten Rockefeller-Stiftung (Ausgabe 50) und anderen Teilhabern. Josh Chin und Liza Lin schreiben hierzu: «Als wir die SenseTime-Büros in Peking 2017 zum ersten Mal besuchten, war das Unternehmen gerade dabei, 410 Millionen Dollar – damals eine Rekordfinanzierungsrunde für eine KI-Unternehmung – von IDG und einer Handvoll chinesischer Firmen aufzubringen. Im darauffolgenden Jahr erhielt das Unternehmen weitere 1,2 Milliarden Dollar, unter anderem von Fidelity International in Boston und Silver Lake Partners, einer grossen Private-Equity-Firma im Silicon Valley, zu deren grössten Geldgebern das California Public Employees' Retirement System und das Teacher Retirement System of Texas gehören.»

⁽¹⁴⁾ Bei IDG Capital, Fidelity International und Silver Lake Partners handelt es sich um

genau jene Investmentfirmen à la Black-Rock, die den Globus mittlerweile aus dem Hintergrund dominieren (siehe S.27 ff.). Sie investieren mit den Pensionsfonds von normalen Amerikanern in chinesische Überwachungstechnik, die auf lange Sicht wohl darauf ausgerichtet ist, nicht nur die Chinesen, sondern auch die indirekt und in den meisten Fällen unwissentlich investierten Amerikaner zu unterjochen. Ein perfides Spiel der Finanzakteure, das sich die Bezeichnung «Landesverrat» redlich verdient!

Microsoft und die Uiguren

Eine 2019 durchgeführte Untersuchung der Medienplattform BuzzFeed ergab, dass

sechs amerikanische Universitäten und mindestens neunzehn öffentliche US-Pensionsfonds oder Rentensysteme indirekt in SenseTime oder seinen innerchinesischen «Konkurrenten» Megvii Technology investiert waren. Für diejenigen, die früh bei SenseTime einstiegen, war der Gewinn gigantisch: Zum Zeitpunkt der Buzzfeed-Story wurde das Unternehmen mit 4,5 Milliarden US-Dollar bewertet – noch im selben Jahr sollte dieser Wert auf 7,5 Mrd. US-Dollar klettern. Auch der Investor Qualcomm profitierte ausserordentlich. Zur Zeit der Investition in SenseTime im Jahr 2017 erwirtschaftete Qualcomm fast zwei Drittel seines Umsatzes allein in China.



Das Informationstechnikunternehmen Hewlett Packard Enterprise, welches den chinesischen Überwachungsstaat technologisch unterstützt, titelte 2018 auf seiner Webseite: «Hewlett Packard Enterprise und das Weltwirtschaftsforum helfen, den Hunger in der Welt bis 2030 zu bekämpfen». 2022 explodieren die Preise für Nahrungsmittel im Westen und eine Hungerkrise zeichnet sich am Horizont ab. Gleichzeitig hat China laut US-Agrarministerium ca. 60% der weltweiten Getreidereiserven gebunkert. Will das Reich der Mitte sich diese strategischen Vorräte bald zunutze machen? Die sich immer weiter verschärfende Lebensmittelkrise globalen Ausmasses wird in **Ausgabe 49 - Hunger als Waffe: Wes Brot ich ess, des Lied ich sing** – detailliert beleuchtet.

Hewlett Packard Enterprise and the World Economic Forum help solve world hunger by 2030



Das kanadische Startup NuraLogix entwickelt eine Technologie, mit der man in der Lage sein soll, den Stresspegel durch die Erfassung von Blutdruck- und Herzfrequenzdaten aus den Kapillaren im Gesicht anhand von Smartphone-Aufnahmen auszulesen. Was im Westen als ein nettes Tool wahrgenommen wird, soll in China bei Verhören von Gefangenen Anwendung finden. NuraLogix verkaufte der KPCh die Technologie, ohne mit der Wimper zu zucken.

In die Reihe amerikanischer Tech-Unternehmen, die Chinas Überwachungsstaat auf die Beine helfen, gesellt sich auch Microsoft, das ebenso zu den «Strategischen Partnern» des WEF gehört. Der Anthropologe Darren Byler hat 2021 ein Buch zur Verfolgung der Uiguren in Chinas Nordwesten veröffentlicht, in dem er insbesondere Bill Gates' Firma kritisiert. «Microsoft war bis vor kurzem stolz darauf, dass sie chinesischen Überwachungs-Startups am Anfang geholfen haben, etwa Megvii, einem Unternehmen für Bilderkennung, und Hikvision, einem Hersteller von Kameras. Das geschah hauptsächlich durch Schulungen und Personalaustausch. Aber Megvii hat auch einen Microsoft-Datensatz namens MS Celeb verwendet, um seine Algorithmen zu trainieren, neben einem Datensatz der Universität von Washington. Ich denke, in den 2010er-Jahren bedachte man zu wenig, wozu Gesichtserkennung fähig sein könnte. Anstatt über die Auswirkungen dieser Technologien nachzudenken, investierte man und baute Prototypen. Das ermöglicht so etwas wie Xinjiang», sagte er der Schweizer Zeitung NZZ⁽¹⁵⁾ und unterstellte Microsoft hiermit eine gehörige Portion Naivität, an deren Vorhandensein man zumindest in Bezug auf die höheren Führungsebenen auch zweifeln kann.

«Open Power Foundation» (OPF)

Ein letztes Beispiel für die westliche Unterstützung des chinesischen Überwa-

chungsstaates ist die sogenannte «Open Power Foundation». Bei dieser Organisation handelt es sich um ein Projekt, das unter anderem von den Tech-Giganten Google, IBM und Nvidia 2013 ins Leben gerufen wurde und das seit 2015 eine Zusammenarbeit mit dem chinesischen Betrieb Semptian und dem vorher bereits genannten US-Chiphersteller Xilinx pflegt. Auch bei Google und IBM handelt es sich um «Strategische Partner» des WEF (siehe S.31 f.). Semptian ist ein um 2003 herum gegründeter Serviceanbieter in den Bereichen Big-Data-Erfassung und -Analyse. Die Firma muss als langjähriger Verbündeter der KP betrachtet werden. Nicht zuletzt deshalb, weil sie vom Regime als wichtiges «Nationales Hightech-Unternehmen» gewürdigt wurde⁽¹⁶⁾ und seit spätestens 2011 in einigen chinesischen Grossstädten die Netzkontrolle – sprich die Internetzensur – verantwortet.⁽¹⁷⁾ Seit 2015 ist Semptian nun mit an Bord bei der «Open Power Foundation» (OPF). Das Ziel dieser Kollaboration besteht darin, neue Mikroprozessoren zu entwickeln, die es ermöglichen sollen, riesige Datenmengen effizienter zu sammeln und zu analysieren. Wie die Nachrichtenplattform The Intercept 2019 offenlegte, wird diese Technologie in China in erster Linie dazu verwendet, Internetaktivitäten zu überwachen und auszulesen. The Intercept schrieb: «Quellen und Dokumenten zufolge verwendet die in Shenzhen ansässige Firma Semptian die Technologie, um die Möglichkeiten der Internetüberwachung und -zensur zu verbessern, die es den men-

«Strategische Partner» des WEF, die den chinesischen Überwachungsstaat aufgebaut haben



Die Schnittmenge ist eindrücklich, denn nochmals: Zu den «Strategischen Partnern» gehören nicht tausende Konzerne, sondern 120 ausgewählte Mitglieder (primär Tech- und Finanzunternehmen), mit denen das WEF besonders intensiv zusammenarbeitet. Finanzgiganten wie BlackRock, die an allen möglichen mit China verbundenen Firmen beteiligt sind, sind in dieser obigen Aufzählung noch nicht mal enthalten.

schenrechtsverletzenden Sicherheitsbehörden in China zur Verfügung stellt. Ein Mitarbeiter des Unternehmens sagte, dass seine Technologie zur verdeckten Überwachung der Internetaktivitäten von 200 Millionen Menschen eingesetzt wird.»⁽¹⁸⁾

Verschleierung

Nachdem China in den letzten Jahren doch immer mehr in die Kritik geraten ist, scheint es, als würde die westliche OPF versuchen, ihre Kollaboration mit einem lupenreinen, KP-nahen Überwachungs- und Zensurkonzern zu verschleiern. Während sich Semptian der Öffentlichkeit als ein «Big Data»-Analyst präsentiert, weiss The Intercept zu berichten, dass ein wesentlicher Teil des Geschäfts von Semptian von einer Scheinfirma namens iNext generiert wird, unter deren Namen die Internetüberwachungs- und Zensurtools, die Semptian in Zusammenarbeit mit der OPF entwickelt, an die Kommunistische Partei Chinas und ▶

Frühe Hochfinanz-Investoren des chinesischen KI- und Überwachungskonzerns SenseTime

IDG Capital

Eine Investmentfirma, die in den 90ern aus Boston startete, und einer der ersten Finanzinvestoren war, der in China tätig wurde. IDG Capital war z.B. ein früher Investor der chinesischen Tech-Riesen Baidu und Tencent.



Ableger von Fidelity Investments, das 4,5 Billionen Dollar verwaltet und sich in der Liste der weltweit grössten Vermögensverwalter nicht unweit hinter BlackRock befindet.



sensetime

Ein in Hongkong ansässiges Unternehmen, das sich mit künstlicher Intelligenz und insbesondere mit Gesichtserkennung befasst.

SILVERLAKE

Eine US-amerikanische Kapitalbeteiligungsgesellschaft

Qualcomm



Foto: JD Renes (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jim_Breyer_Headshot.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

Jim Breyer, Milliardär und Risikokapitalgeber, der z.B. früh in Facebook investierte



The ROCKEFELLER FOUNDATION

Rockefeller-Stiftung

► an andere Regierungen verkauft werden. Der Versuch der Verschleierung muss dabei allerdings als sehr oberflächlich, ja beinahe stümperhaft klassifiziert werden. iNext operiert von denselben Büros wie Semptian aus – beide teilen sich den achten Stock eines Hochhauses im Geschäftsdistrikt von Shenzhen. Beide Unternehmen verfügen über dieselben 200 Mitarbeiter und beide Unternehmen wurden von Chen Longsen gegründet. Doch das Verwirrspiel scheint auszureichen, um genügend Distanz zwischen der OPF und der KPCh zu suggerieren. Unter dem Deckmantel von besagter Firma iNext entwickelte das von der OPF

unterstützte Semptian ein Massenüberwachungssystem namens Aegis, welches mit dem Versprechen vermarktet wird, unbegrenzt Daten speichern und analysieren zu können, und das, der Beschreibung nach, das perfekte Werkzeug zur Massenkontrolle zu sein scheint. So wirbt Aegis damit, Informationen und Beziehungen von jedem Chinesen und selbst genaueste Standortinformationen für jedermann im Land auslesen zu können. Zudem soll das System in der Lage sein, umfassende Webzensur durchzuführen und spezifische Informationen zu blockieren. Laut The Intercept ist Aegis bereits im Einsatz und in Chinas Telefon- und

Internetnetzwerken platziert, was es der KP ermöglicht, heimlich die E-Mail-Aufzeichnungen, Telefonanrufe, Textnachrichten, Mobiltelefonstandorte und Webbrowsing-Verläufe zu sammeln. Ein einfaches Eingeben der Telefonnummer reicht aus und das System gibt Auskunft darüber, wo sich das Gerät über einen bestimmten Zeitraum befunden hat: die letzten drei Tage, die letzte Woche, den letzten Monat oder länger. Auch scheint Aegis in der Lage, komplette Telefongespräche aufzeichnen zu können und einiges mehr. ⁽¹⁸⁾ Wie man sich denken kann, ist die dabei generierte Datenmenge gewaltig und um diese bewältigen zu können, benötigt Semptian die Prozessoren und das technische Wissen von Google & Co., welches diese Firmen anscheinend nur allzu bereitwillig zur Verfügung stellen.

Labor für den Westen

Erneut gilt es daran zu erinnern, dass der Vorsitzende der Rockefeller-Stiftung China schon in den 30ern als «Labor» bezeichnete und David Rockefeller in den 70ern von einem gelungenen «sozialen Experiment» unter Maos Führung sprach (siehe S.4). Man kann sich des Eindrucks mal wieder nicht erwehren, dass viele der im Westen ansässigen Hightech-Firmen, bei denen sich in den meisten Fällen direkte Verbindungen zur internationalen Hochfinanz nachweisen lassen, China auch gegenwärtig noch als eine Art von Versuchsstätte benutzen, um dort Technik zu erproben, die zu einem späteren Zeitpunkt auch im Westen zum Einsatz kommen soll. Josh Chin und Liza Lin kommen zu einem ähnlichen Ergebnis: «Genauso wie schnell wachsende chinesische Städte wie Peking und Shanghai in den 2010er-Jahren zu Spielwiesen für



Adam Tooze, Geschichtsprofessor von der Columbia Universität, postete dieses Bild und schrieb dazu am 28. Juli 2020 auf Twitter: «VW eröffnete sein Werk in Urumtschi, der Hauptstadt von Xinjiang, im Jahr 2013. Das Unternehmen war auf der Suche nach Arbeitskräften, die billiger sind als in Shanghai. Ausserdem folgte das Unternehmen dem «Go West»-Slogan der KPCh. Jetzt wünscht es sich zweifellos, dass es das nicht getan hätte!»

DER TAGESSPIEGEL

„«Siemens hat ausgedehnte Geschäftsbeziehungen nach Xinjiang, von denen die besorgniserregendste das Kooperationsabkommen mit der China Electronics Technology Group ist. Das ist ein Militärlieferant, der eine Überwachungs-App entwickelt hat, die in der Region genutzt wird. Menschen sind in Lager geschickt worden, auf der Basis von mit dieser App gesammelten Daten, sagt Human Rights Watch. Siemens verkauft ausserdem Technologie und Komponenten an Firmen in ganz Xinjiang. Unter den Kunden sind Unternehmen, die Stahlwerke, Solaranlagen und Kohlevergasungsanlagen betreiben. Siemens hat auch ein Zweigbüro in der Provinzhauptstadt Urumtschi. Volkswagen betreibt in der Provinz eine Fabrik mit der Kapazität zur Herstellung von 50'000 Autos jährlich. Aber die beiden Unternehmen sind nicht die einzigen deutschen Unternehmen, die in Xinjiang operieren. Ich habe 20 deutsche Unternehmen mit Geschäftsbeziehungen nach Xinjiang unter den 150 grössten Unternehmen Europas gefunden. Auf der Liste steht unter anderem auch die BASF – mit einer grossen Chemiefabrik in Xinjiang.»

Benjamin Haas, freier Journalist vom «Mercator Institute for China Studies» in Berlin, 2019 im Interview mit dem Tagesspiegel

Quelle: tagesspiegel.de, Siemens, VW und BASF in Xinjiang: «Unternehmen müssen sich Chinas repressiver Politik widersetzen», 23.08.2019

Sowohl VW als auch Siemens sind «Strategische Partner» (siehe S.31 f.) des WEF.



Uiguren protestieren vor dem Siemens-Hauptquartier in München

die Architekten der Welt wurden, hat sich Chinas Überwachungsmarkt zu einem Labor für westliche Sicherheitsunternehmen entwickelt, um Technologien zu testen, die in der Heimat für Aufsehen sorgen würden.»⁽⁹⁾ Als Beleg für ihre Aussagen zitieren die beiden Autoren unter anderem das Beispiel eines kanadischen Startups namens NuraLogix, das auf der Sicherheitsmesse «Security China» 2018 in Peking eine Technologie vorstellte, mit der man in der Lage sein soll, den Stresspegel durch die Erfassung von Blutdruck- und Herzfrequenzdaten aus den Kapillaren im Gesicht anhand von Smartphone-Aufnahmen auszulesen – eine Technologie, die künftig beim Verhören von Gefangenen Anwendung finden soll. Nach der Präsentation sagte der CEO

von NuraLogix, man habe beschlossen, sich auf China zu konzentrieren, weil man von den langen, regulierungsintensiven Prozessen westlicher Regierungen zur Erprobung neuer Technologien frustriert gewesen sei. «Wir sind nach Hangzhou gereist und haben mit den dortigen Regierungsvertretern gesprochen, und sie fragten nur: «Wie schnell können wir dieses Zeug einsetzen?»»⁽¹⁰⁾ So verkauft man dem Gegner den Strick, an dem man später selbst erhängt wird.

Sie wissen nicht, was sie tun?

Es war schon in den frühen 2000ern kein Geheimnis, dass die KPCh in China die alleinige Macht im Staate darstellt und so etwas wie unabhängige Unternehmen oder

Wirtschaftsbosse dort schlicht nicht existieren. Jeder chinesische Geschäftspartner war und ist automatisch auch ein Lakai der Kommunistischen Partei (Ausgabe 50). Werden die westlichen Unternehmen mit der Tatsache konfrontiert, dass sie offensichtlich mit einem menschenrechtsverletzenden Unrechtsregime zusammenarbeiten, waschen die Konzerne ihre Hände in Unschuld und versteigen sich zu den kuriosesten Aussagen, um ihre Handlungen zu rechtfertigen. Die häufigste Rechtfertigung besteht darin, zu behaupten, man wüsste schlichtweg nicht, wofür die Technologie in China verwendet werden würde. Beispielsweise erklärte die vorher erwähnte «Open Power Foundation» in einer Stellungnahme, sie würde sich aus kartell- und wettbe- ▶

„«Vor gerade einmal 68 Jahren geboren, hat sich Israel einen Ruf als eines der innovativsten Tech-Zentren der Welt erarbeitet. Vor allem multinationale Unternehmen aus dem Silicon Valley haben das erkannt, Niederlassungen in der Region eröffnet und zahlreiche israelische Startups übernommen. Google, Facebook, Microsoft und Intel gehören zu den mehr als 300 multinationalen Unternehmen, die in dem Land, in dem nur neun Millionen Menschen leben, Forschungs-und-Entwicklungs-Einrichtungen eröffnet haben.»

BUSINESS INSIDER

Die Zeitung Business Insider 2016

Quelle: businessinsider.com, Execs from Facebook, Google, and Microsoft explain why they use Israel for their R&D, 06.10.2016

«Zufälligerweise» sind diese vier Unternehmen alle auch «Strategische Partner» des WEF (siehe S.31 f.) und alle von ihnen am Aufbau des chinesischen Überwachungsstaats beteiligt. Was es mit der Hightech-Hochburg Israel auf sich hat, soll uns in kommenden Ausgaben noch beschäftigen.

werbsrechtlichen Gründen nicht in die individuellen Geschäftsstrategien, Ziele oder Aktivitäten ihrer Mitglieder einmischen und hätte auch kein Interesse daran, darüber informiert zu werden.⁽¹⁸⁾ Auch Intel und Nvidia gaben an, sie wüssten einfach nicht, dass ihre Technologie in China «missbraucht» werden würde.⁽²⁰⁾ Erklärungen, die als völlig heuchlerisch und im Grunde als unhaltbar zu bewerten sind – besonders vor dem Hintergrund, dass die Geschäftsbeziehungen zum Teil bis heute andauern. Etwas ehrlicher, dafür umso verantwortungsloser, ist die Erklärung, die der damals geschäftsführende Vizepräsident von HP im Jahr 2011 abgab. Er sagte: «Wir nehmen sie [China] beim Wort, was die Nutzung angeht. [...] Es ist nicht meine Aufgabe, wirklich zu

verstehen, wofür sie [die Technologie] nutzen werden.»⁽²¹⁾ Dass es sich bei der KPCh um ein menschenverachtendes Unrechtsregime handelt, ist längst erwiesene Tatsache und fällt mittlerweile in den Bereich Allgemeinwissen – Allgemeinwissen, das die Technikgiganten dieser Welt vorgeben nicht zu besitzen.

Cisco fliegt auf

Mindestens ein Mal wurde die Behauptung, man wisse von nichts, allerdings bereits faktisch, wenn auch nicht juristisch, Lügen gestraft. Im Mai 2011 versuchten mehrere Falun-Gong-Mitglieder (in China verfolgte Anhänger einer spirituellen Lehre), das Unternehmen Cisco Systems anzuklagen. Der Vorwurf lautete, die von

Cisco Systems angepasste und an die Chinesen verkaufte Technologie habe es der KP ermöglicht, Falun-Gong-Anhänger aufzuspüren und zu inhaftieren. Der Fall wurde später von einem amerikanischen Bundesrichter mit der Begründung abgewiesen, es gäbe keinen Beweis dafür, dass Cisco wusste, zu welchem Ergebnis die angepassten Funktionen führen würden. Ein mehr als nur fragwürdiger Rechtsspruch, der tief in das marode Rechtssystem der USA blicken lässt. Denn im Fall Cisco finden sich in der Tat Beweismittel, die belegen: Das Unternehmen wusste sehr genau, wozu die von ihm bereitgestellte Technologie eingesetzt werden würde. In einer im Jahr 2002 durchgesickerten internen Cisco-Präsentation wird offen thematisiert, dass eines der Ziele, die China mit dem von Cisco errichteten «Goldenen Schild» erreichen möchte, darin besteht, «die böse Religion Falun Gong und andere Feinde zu bekämpfen».⁽²²⁾ In Zusammenhang mit besagter Präsentation hatte der US-Kongress Cisco zweimal (2006 und 2008) aufgefordert, über seine Verkäufe von Ausrüstung an China auszusagen. Ciscos Rechtsberater Mark Chandler argumentierte damals gegenüber dem Kongress, er sei über die Präsentation «entsetzt», aber sie repräsentiere nicht die Politik des Unternehmens und werde auch nicht zu Marketingzwecken verwendet.⁽²³⁾ Da passt es ins Bild, dass auch Cisco vom WEF als «Strategischer Partner» geführt wird (siehe S.31 f.).

Das Kind liegt im Brunnen

Zwar gab es unter der Trump-Administration die Bestrebung, den Verkauf fortschrittlicher amerikanischer Technologie an chinesische Überwachungsfirmen zu verbieten, doch diese Versuche hatten nur begrenzten Erfolg und in vielen Fällen gingen die Verkäufe und der Technologie-Transfer über leichte Umwege ungehemmt weiter. Bemerkt man, dass Trumps Schwiegersohn und Berater Jared Kushner und seine Frau Ivanka laut der Partei-Plattform South China Morning Post eine «Liebesaffäre mit chinesischer Kultur» haben, ihre Kindern Mandarin als Zweitsprache lernen lassen⁽²⁴⁾ und dass Donald Trump Xi Jinping 2017 eine Videoaufnahme seiner Enkeltochter zeigte, auf der sie ein chinesisches Volkslied sang⁽²⁵⁾, könnte man treffend darüber spekulieren, dass Trumps Kampf gegen China von vornherein nur halbherzig geführt wurde und niemals wirklich gewonnen werden sollte.

Der Schaden, den westliche Technologie-Transfers nach China verursachten, ist jedenfalls längst angerichtet und an die-

Eines von mehreren Forschungs- und Entwicklungszentren des Chip-Herstellers Intel in Israel.



THE JERUSALEM POST

Intel CEO: We think of ourselves as an Israeli company as much as a US company

Die Jerusalem Post im März 2017: «Intel CEO: Wir sehen uns genauso als israelisches Unternehmen wie als US-Unternehmen»

THE TIMES OF ISRAEL

How Intel came to be Israel's best tech friend

Die Times of Israel im April 2015: «Wie Intel zum besten Tech-Freund Israels wurde»

The Seattle Times

How Israel saved Intel

Die Seattle Times im April 2007: «Wie Israel Intel rettete»

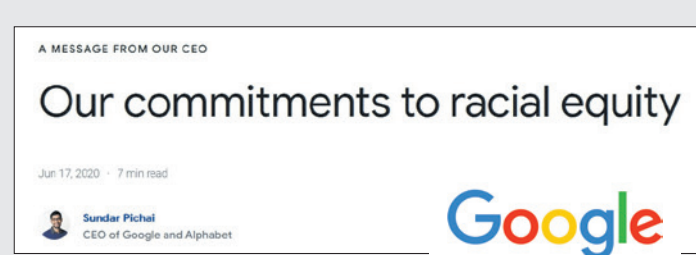
2017 bezeichnete Israels Premierminister Benjamin Netanjahu Israel und China als eine «himmlische Hochzeit». Intel baute den chinesischen Überwachungsstaat auf und ist gleichzeitig eng mit Israel verstrickt. In kommenden Ausgaben beabsichtigen wir, die Puzzlesteine weiter zusammenzusetzen.



Darüber, dass es sich beim Tod von George Floyd nicht um einen rassistischen Mord handelte, was die Kampagnen von Google & Co. sowieso ad absurdum führt, und auch über die Tatsache, dass die US-Polizei schwarze Minderheiten nicht benachteiligt, erfahren Sie in der **Ausgabe 36 zum Thema «Black Lives Matter»** mehr.

sem Punkt kaum mehr gut zu machen: Die wichtigsten amerikanischen Exporte an Technologie und Know-how erfolgten vor langer Zeit und der Moment, in dem man den Ausbau und die Digitalisierung des chinesischen Überwachungsstaates effizient hätte unterbinden können, liegt weit zurück. Das allein kann aber keine Rechtfertigung dafür sein, weiterhin Technologie zu liefern und für ein Regime zu arbeiten, das sich in der Tradition des grössten Massenmörders der Geschichte wähnt (Ausgabe 50). Die von den Konzernen heuchlerisch vorgetragene Rechtfertigung, man hätte nicht gewusst, wofür China die Technologie verwenden würde, durfte nur ein einziges Mal gelten. Spätestens ab dem Zeitpunkt, an dem das Unternehmen öffentlich darauf hingewiesen wurde, mit wem es da kollaboriert, zählt die Entschuldigung nicht mehr und die Verantwortung müsste übernommen werden. (as/tk)

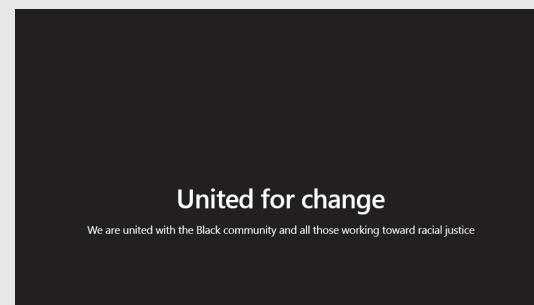
Pure Heuchelei: Unternehmen, die der KPCh indirekt bei der ethnischen Säuberung in Xinjiang unter die Arme greifen...



Google-CEO Sundar Pichai mit dem Text «Unser Engagement für Rassengleichheit» am 17. Juni 2020



IBM bietet auf seiner Webseite an, «Rassismus mit Hilfe von Technologie» zu «bekämpfen». In China unterstützt es hingegen genozidalen Rassismus der KPCh gegen die Uiguren «mit Hilfe von Technologie».



Microsoft mit schwarzem Trauerbild am 05. Juni 2020 und der Mitteilung: «Gemeinsam für den Wandel: Wir sind vereint mit der schwarzen Gemeinschaft und arbeiten auf Rassengerechtigkeit hin».



Bob Swan Memo: The Sidelines are Not an Option; Intel Pledges \$1M to Address Social Justice, Racism

Intel CEO Bob Swan verspricht am 31. Mai 2020 eine Million Dollar an Spendengeldern für Organisationen, die sich «gegen Rassismus» einsetzen.

...machten sich nach dem Tod George Floyds im Westen «gegen Rassismus» stark.

Quellen:

1. Antony C. Sutton, America's Secret Establishment, 1986
2. nytimes.com, China's Surveillance State Sucks Up Data. U.S. Tech Is Key to Sorting It., 20.11.2020
3. Josh Chin, Liza Lin, Surveillance State: Inside China's Quest to Launch a New Age of Social Control, 2022, S.11
4. handelsblatt.com, Chinas milliardenschwere Aufholjagd in der Chipindustrie stösst an Grenzen, 20.06.2021
5. Josh Chin, Liza Lin, Surveillance State: Inside China's Quest to Launch a New Age of Social Control, 2022, S.158-159
6. cs.stanford.edu, The Great Firewall of China: Background, 01.06.2011
7. Josh Chin, Liza Lin, Surveillance State: Inside China's Quest to Launch a New Age of Social Control, 2022, S.159
8. wsj.com, U.S. Tech Companies Prop Up China's Vast Surveillance Network, 26.11.2019
9. en.netpossa.com, NetPosa Wins the Honor of «Annual Intel Capital CEO», 01.11.2016
10. Josh Chin, Liza Lin, Surveillance State: Inside China's Quest to Launch a New Age of Social Control, 2022, S.155-156
11. Ebenda, S.164
12. money.cnn.com, Intel Corp, abgerufen am: 28.11.2022
13. fa-mag.com, Nonprofit Warns Governors About BlackRock Retirement Funds' Chinese Investments, 03.12.2021
14. Josh Chin, Liza Lin, Surveillance State: Inside China's Quest to Launch a New Age of Social Control, 2022, S.167
15. nzz.ch, «In Xinjiang wurden mindestens 100 000 Menschen nur wegen eines Scans ihres Handys festgenommen oder in ein Lager geschickt», 28.01.2022
16. semptian.com, About us, abgerufen am: 10.10.2022
17. spiegel.de, Pornos, Diäten - wir können alles sperren, 24.03.2011
18. theintercept.com, How U.S. Tech Giants Are Helping to Build China's Surveillance State, 11.07.2019
19. Josh Chin, Liza Lin, Surveillance State: Inside China's Quest to Launch a New Age of Social Control, 2022, S.157
20. nytimes.com, China's Surveillance State Sucks Up Data. U.S. Tech Is Key to Sorting It., 20.11.2020
21. washingtonpost.com, Cisco, HP and the leadership ethics of helping China build a surveillance network, 05.07.2011
22. web.archive.org, bradrees.com/cisco-china-presentation.pdf, Overview of the Public Security Sector, 2002 Folie 57, Abgerufen am: 11.10.2022
23. Josh Chin, Liza Lin, Surveillance State: Inside China's Quest to Launch a New Age of Social Control, 2022, S.160
24. smp.com, Are Ivanka Trump and Jared Kushner obsessed with Chinese culture? Kids Arabella, Joseph and Theodore are learning Mandarin, but their mum could brush up on her 'Confucian proverbs', 30.10.2021
25. qz.com, Teach your kids Mandarin the Jared and Ivanka way, for \$75,000 and up a year, 28.04.2017

«Hallo Grossvater Xi, lass mich ein Lied für dich singen...»



Dass ausgerechnet Donald Trumps Enkeltochter 2017 mit gerade einmal fünf Jahren Xi Jinping in erstaunlich gutem Mandarin (Muttersprache der Han-Chinesen) ein Ständchen sang, sollte zu denken geben.

Trump's Schwiegersohn Jared Kushner, der seine Tochter Chinesisch als Zweitsprache lernen lässt.



Donald Trumps Schwiegersohn und gleichzeitig wichtigster Berater Jared Kushner ist besser mit China vernetzt, als man angesichts von Trumps «Handelskrieg» gegen das fernöstliche Land während seiner Präsidentschaft annehmen würde.



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



Westliche Technologie ist das Rückgrat des heutigen, hoch digitalisierten chinesischen Überwachungsapparates. Die Instrumente, die ihn überhaupt erst funktionieren und die Dystopie Wirklichkeit werden lassen, sind im Westen erdacht und entwickelt worden und werden heute sogar zu einem Grossteil noch dort produziert. Vor dem Hintergrund, dass China selbst über kaum Know-How im Bereich der Digitaltechnik verfügte, aber früh begriff, dass diese Technik benötigt wird, um den Überwachungsapparat zu optimieren und auf die nächste Stufe zu heben, blieb der KPCh keine andere Wahl, als ihre üblichen Steigbügelhalter danach zu fragen, ob sie bereit wären, dieses moralisch mehr als fragwürdige Vorhaben zu unterstützen. «Chinas Überwachungsindustrie hat ihre Wurzeln in den «goldenen» Projekten, die die Partei in den Jahren nach der Niederschlagung des Massakers auf dem Platz des Himmlischen Friedens 1989 ins Leben rief, um die «E-Government»-Infrastruktur des Landes zu verbessern. [...] Zu Beginn des 21. Jahrhunderts verfügte China nicht über die nötige Technologie, um dies zu bewerkstelligen, so dass es keine andere Wahl hatte, als ausserhalb seiner Grenzen Hilfe zu suchen», erfahren wir in einem Buch zum chinesischen Überwachungsstaat von zwei Journalisten des Wall Street Journals.

Und tatsächlich wurde die Hilfe gerne gewährt; vornehmlich von Unternehmen, die sich allesamt in Hochfinanz-Frontorganisationen wie dem WEF oder dem «Council on Foreign Relations» wiederfinden: Intel, Google, Cisco Systems, IBM, Microsoft und viele mehr. Die westlichen Tech-Konzerne unterhalten seit Langem beste Beziehungen zu Marktführern des chinesischen Überwachungsmarkts wie NetPosa, Hikvision, Megvii oder SenseTime. Über diesen Unternehmensbeziehungen schweben Finanzkonzerne wie BlackRock, die mit ihren Konzern-Anteilen fast unsichtbar als Lenker auftreten können. Ausgerechnet die gerade genannten Digitalriesen und «Finanzheuschrecken» sind es, welche die Mehrzahl der bedeutenden Liste von ca. 120 «Strategischen Partnern» des WEF ausmachen. Sucht man in der Liste der «Strategischen Partner» nach Unternehmen, die am Aufbau des chinesischen Überwachungsstaats beteiligt waren oder von ihm finanziell profitieren, findet man Dutzende.

Die «Strategischen Partner» sind zum Teil sogar relativ direkt in die digitale Überwachung und Verfolgung der Uiguren (siehe S.48 ff.) eingebunden. Z.B. war es der amerikanische Mikrochip-Gigant Intel, der den chinesischen Konzern NetPosa in die oberste Liga der chinesischen Video-Überwachungsunter-

nehmen katapultierte. In der Folge machte sich NetPosa einen Namen, indem es in der Region Xinjiang modernste Videomanagementsysteme mit Gesichtserkennungsfunktion installierte und modifizierte Fahrzeuge lieferte, die zu mobilen Überwachungsvehikeln umgebaut worden waren. Intel war zudem an NetPosa beteiligt und verdiente deshalb Millionen mit den Staatsaufträgen der KPCh. Der Wert von NetPosa versechsfachte sich nämlich bald nach Intels erstem Investment. Die «Finanzdienstleister» BlackRock und Vanguard (siehe S.27 ff.) wiederum besitzen ca. 15% von Intel, während BlackRock mittlerweile sogar recht direkt von der Unterdrückung der Uiguren zu profitieren scheint, denn es hat in Hikvision – den weltweit grössten Hersteller von Überwachungskameras aus der chinesischen Stadt Hangzhou – investiert. Dass an den Händen der Hochfinanz und ihrer Frontorganisationen – allein China betreffend – Blut klebt, ist folglich keine allzu steile These mehr.

Auch die Rockefeller-Stiftung, deren Vorsitzender China in den 30ern schon als «Labor» bezeichnete, investiert in chinesische Überwachungsunternehmen. Man kann sich erneut des Eindrucks nicht erwehren, dass viele der im Westen ansässigen Hightech-Firmen, bei denen sich in den meisten Fällen direkte Verbindungen zur global agierenden Hochfinanz nachweisen lassen, China als eine Art von Laboratorium benutzen, um dort Technik zu erproben, die zu einem späteren Zeitpunkt auch im Westen zum Einsatz kommen soll. Auch die beiden genannten Wall-Street-Journal-Journalisten, die die «Labor»-Aussage des Rockefeller-Mitarbeiters bestimmt nicht im Hinterkopf hatten, schreiben in ihrem Buch: «Genauso wie schnell wachsende chinesische Städte wie Peking und Shanghai in den 2010er-Jahren zu Spielwiesen für die Architekten der Welt wurden, hat sich Chinas Überwachungsmarkt zu einem Labor für westliche Sicherheitsunternehmen entwickelt, um Technologien zu testen, die in der Heimat für Aufsehen sorgen würden.» Und wer keine Skrupel hat, mit der KPCh zu kollaborieren und sie z.B. bei ihren ethnischen Säuberungen zu unterstützen, würde seine technologische Hilfestellung sicher auch anbieten, wenn es den Herrschern des Westens gelingen würde, ein System nach chinesischer Blaupause in unseren Gefilden zu errichten.

Dieser «Blaupause» wollen wir uns im Folgenden noch genauer widmen und an konkreten Beispielen aufzeigen, wie das China von heute der Westen von morgen sein könnte. Wir beginnen mit dem Fallbeispiel Internet, denn «frei» ist das «World Wide Web» auch bei uns schon lange nicht mehr.

► Fortsetzung auf Seite 98

Auf einen Blick

► Das Ende des anonymen Internets einzuleiten, ist ein wichtiges Etappenziel auf dem Weg zur digitalen Identität, das China schon beinahe vollständig erfüllt hat. Auch im Westen gibt es ähnliche Bestrebungen, vorangetrieben u.a. vom WEF.

► Dass das Internet in China massiv zensuriert wird, gilt mittlerweile als Allgemeinwissen. Das Wissen darum, dass derartige Zensur auch im Westen in zunehmendem Ausmass praktiziert wird, ist hingegen weitaus weniger verbreitet.

► Mit undefinierten Gummibegriffen wie z.B. «Hassrede», «Cyber-Mobbing» oder «Online-Gewalt» wird die Meinungsfreiheit auch im Internet der westlichen Länder eingeschränkt.

So unfrei ist das Internet in China

Fast jeder Chinese ist online. Die Zahl der Internetnutzer im Reich der Mitte beträgt mittlerweile knapp über eine Milliarde Menschen. ⁽¹⁾ Die überwältigende Mehrheit von ihnen greift über das Smartphone auf das Netz zu. Damit Chinas Propaganda-Apparat so funktionieren kann, wie er es tut, muss freier Austausch in der Online-Welt rigoros unterbunden werden. Diese Aufgabe übernimmt eine digitale Zensur-Krake, deren Tentakel aber weitaus feinfühlicher mit dem chinesischen Online-Konsumenten umgehen, als man dies als Westler von einer kommunistischen Ein-Parteien-Diktatur vermuten würde. Die Überwachung und Kontrolle des Netzes ist so konzipiert, dass chinesische Internetnutzer nicht einmal bemerken, wenn eine Webseite gesperrt wurde – in den chinesischen Suchmaschinen tauchen sie gar nicht erst auf. Wer trotzdem auf einer solchen Webseite landet, sieht keine Warnung oder Informationen dazu. Nirgendwo findet sich der Hinweis, die Webseite sei «verboten». Stattdessen haben die Nutzer ewig lange Ladezeiten und andere Meldungen wie Zeitüberschreitung, Verbindungsfehler, Netzwerkprobleme usw. zu erwarten. ⁽²⁾ In den letzten Jahren kam primär für Inhalte aus dem Inland die Methode des «Shadow banning» hinzu.



Hierbei werden Beiträge und Inhalte nicht gelöscht, sondern für andere Internetnutzer entweder ganz oder nahezu unsichtbar gemacht. So erreichen Inhalte erstens keine oder kaum andere Menschen. Zweitens führt «Shadow banning» dazu, dass Nutzer, die Inhalte zur Verbreitung hochladen, aufgrund des ausbleibenden reichweitebezogenen Erfolges aufgeben, ohne dabei zu bemerken, dass ihre Arbeit aus dem Hintergrund sabotiert wird. Das bedeutet keinesfalls, die alten Methoden von Zensur und harter Repression gehörten der Vergangenheit an, doch die manipulativen Online-Werkzeuge erweitern das Repertoire der Kontrolle ungemein.

Kurzes Auflodern von Meinungsfreiheit

«Sina Weibo» ist das chinesische Gegenstück zum amerikanischen Twitter, welches 2009 online ging. Interessanterweise war Weibo in den ersten vier Jahren seiner Existenz erstaunlich offen und entwickelte sich für die einfachen Chinesen schnell zu einer Plattform von grosser Bedeutung, da man sich dezentral – abseits der KP-gesteuerten Medien – austauschen und informieren konnte. Zwar versuchte die KP auch Weibo zu zensieren, doch das entpuppte sich zunächst als ein müh- ▶

Klaus Schwab bekennt sich öffentlich zum chinesischen System!

» «Ich respektiere Chinas Leistungen, die in den letzten über 40 Jahren beeindruckend waren. Ich denke, China ist ein Vorbild für viele Länder, aber ich denke auch, dass wir es jedem Land selbst überlassen sollten, seine eigene Entscheidung zu treffen, welches System es übernehmen will. Ich denke, wir sollten vorsichtig darin sein, Systeme aufzuzwingen, aber **das chinesische Modell ist sicherlich ein sehr attraktives Modell für eine grosse Anzahl von Ländern.**»

Klaus Schwab im Interview mit dem chinesischen Staatssender CGTN, November 2022

Quelle: news.cgtn.com, Klaus Schwab: Eye on global governance, 19.11.2022



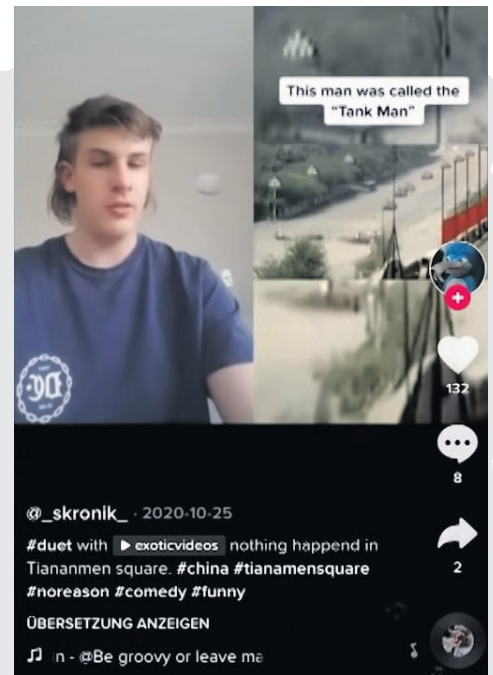
Spätestens nach dem Artikel über das Schicksal der Uiguren (siehe S.48 ff.) muss dieser Lobgesang auf die KPCh-Tyrannie mehr als nur erschrecken.

77 «Immer wieder gibt es Vorwürfe, TikTok pushe lustige Videos und unterdrücke unliebsame Inhalte. Keine Chance für Videos, die sich kritisch mit China auseinandersetzen. Beispiel: Das Massaker am Platz des himmlischen Friedens. Es finden sich zwar vereinzelte Clips, doch oft nur mit sehr wenigen Likes. «Shadow banning» (unsichtbar machen) heisst es, wenn Videos zwar nicht gelöscht, aber nur selten automatisiert gezeigt werden.»

Das ARD-Dokumentationsformat Weltspiegel im Februar 2022

Quelle: youtube.com, Weltspiegel: Chinas digitales Überwachungssystem - die totale Kontrolle? | Weltspiegel, 04.02.2022

In China versteht man es inzwischen, die Zensur etwas subtiler zu gestalten. Zwar ist die Löschung von Beiträgen oder gar die Verhaftung der Ersteller immer noch ein probates Mittel, doch meist wird erst versucht, bestimmte Themen zu unterdrücken und andere, von der KPCh erwünschte Themen grösser erscheinen zu lassen, als sie in Wahrheit sind. Dass «Shadow banning» nicht nur in China praktiziert wird, sondern auch im Westen schon längst Einzug gehalten hat, kommt in der Sendung des Weltspiegels nicht zur Sprache.



Von TikTok unterdrücktes Video zum Massaker am Tian'anmen-Platz von 1989

► sames und kostspieliges Unterfangen. Genauso wie die Zentralen von anderen chinesischen sozialen Medien wurde auch das Weibo-Hauptquartier gezwungen, tausende von Zensoren zu beschäftigen, aber diese hinkten zu Anfang den unzähligen Postings, die von Millionen Chinesen ins Netz gestellt wurden, hoffnungslos hinterher. Der Journalist und China-Experte Kai Strittmatter schreibt: «Ein Zensor, der auch nur zwanzig Minuten brauchte, kam zwanzig Minuten zu spät. Und so wurde Weibo in den vier Jahren [2009-2013] zu einem Reich nie da gewesener Freiheit, vor allem für Chinas junge, städtische Generation.»⁽³⁾ Weibo verfügte damals offiziell über 350 Millionen User, von denen ungefähr 50 Millionen täglich aktiv waren. Das Twitter-Pendant

verhalf den chinesischen Bürgern zu einer Perspektive auf ihr eigenes Land, die sie vorher nie gewonnen hatten. Die Menschen begannen damit, sich zu vernetzen und das durfte nicht zugelassen werden. Die Antwort kam Ende 2012. Damals identifizierten Parteizeitungen das Internet als «ideologisches Schlachtfeld», auf dem sich «die feindlichen Kräfte des Westens» tummelten und eine Grossoffensive der Regulierung begann. Im August 2013 ordnete der gerade neu inthronisierte Xi Jinping an, es sei Zeit, «die Kommandohöhen im Internet zurückzuerobern» - und dieses Vorhaben wurde erstaunlich schnell und scheinbar mühelos umgesetzt. Schon im November desselben Jahres verkündete ein Vizepropagandaminister: «Unser Internet ist wieder sauber.»

⁽⁴⁾ Die Partei hatte die alten Waffen hervorgeholt: Einschüchterung, Repression, Zensur, Propaganda. Nach der Devise «Bestrafe einen, erziehe hundert» (nicht zufällig ein Ausspruch, der Mao Tse-tung zugeschrieben wird) löschte die Partei die Konten unangenehmer Blogger und verhaftete sie. Den letzten und vernichtenden Schlag gegen Weibo führte der chinesische Staat im September 2013 durch, als er ein neues Gesetz erliess, das vorsah, dass all jene, die ein «Gerücht» verbreiten, das mehr als 500-mal weitergeleitet oder mehr als 5000-mal geklickt wird, und so die «gesellschaftliche Ordnung stört», von nun an bis zu drei Jahre Haft riskieren. Ab diesem Moment war Weibo als politisches Medium tot - und das ist es bis heute.



Im Sommer 2017 wurden Suchergebnisse zu «Pu der Bär» auf dem Mikroblogging-Dienst Weibo (chinesisches Twitter) blockiert. Als Grund dafür wurde genannt, es handle sich um «illegale Inhalte». Dem vorausgegangen waren scherzhafte Vergleiche der Kinderbuchfigur mit Staatspräsident Xi Jinping, die Blogger auf Grundlage eines Fotos von Xi mit Barack Obama angestellt hatten.

Witze über das Regime verboten

Trotz weicherer Zensur- und Manipulationsmethoden kann auch rohe Gewalt heute jederzeit wieder zum Mittel der Wahl werden. Die Abteilung für Internetüberwachung einer lokalen Polizeibehörde in der Präfektur Yili verfügte z.B. während eines harten COVID-Lockdowns, dass keine «negative Energie» verbreitet werden dürfe. «Jedes weitergepostete Material, das keine offizielle Bestätigung hat, öffentliche Panik auslöst oder einen negativen und böartigen Einfluss ausübt, führt ausnahmslos zur Inhaftierung!»⁽⁵⁾ Die Dünnhäutigkeit, mit der die kommunistische Staatsführung den Zensurapparat einsetzt und sich damit vor der Weltöffentlichkeit lächerlich macht, muss sich vor Nordkorea nicht verstecken. Im Sommer 2017 wurden Suchergebnisse zu

«Pu der Bär» auf Weibo blockiert. Als Grund dafür wurde genannt, es handele sich um «illegale Inhalte». Dem vorausgegangen waren Vergleiche der Kinderbuchfigur mit Staatspräsident Xi Jinping, die Blogger nach einem Foto Xis mit Barack Obama gezogen hatten. Ein Whistleblower erzählte dem China-Blogger «Serpentza», er sei für das Posten eines satirischen Liedes über Xi Jinping in einer privaten WeChat-Gruppe (chinesisches Whatsapp) mehrere Stunden von der Polizei festgehalten worden. ⁽⁶⁾

«Grosse Firewall»

Die anfänglich gehegte Hoffnung, die Zensur des Internets würde sich für die KPCh als ein Ding der Unmöglichkeit erweisen, entpuppte sich als hohl. Der berühmte Satz von Präsident Bill Clinton, der Versuch, das Internet zu kontrollieren, sei wie der Versuch, Wackelpudding an eine Wand zu nageln, muss wohl, wenn er denn je ernstgemeint war, als weitgehend widerlegt angesehen werden – und das sogar in den USA selbst. In China wurde die Kontrolle der KPCh mit dem «Projekt Goldener Schild», manchmal auch als die «Grosse Firewall von China» bezeichnet, implementiert. Mit der «Grossen Firewall» werden einerseits unliebsame Inhalte aus anderen Ländern blockiert und andererseits unliebsame Inhalte aus dem Inland aussortiert oder kleingehalten.

Mittels des Projektes lassen sich Informationen effektiv unterdrücken, was im grossen Stil stattfindet. Zensiert werden im Inland vor allem Inhalte wie die Webseiten von geächteten oder unterdrückten Gruppen (Muslime in Xinjiang, Falun Gong); Nachrichtenquellen, die sich mit Tabuthemen wie Polizeibrutalität, Redefreiheit, Demokratie und Marxismus auseinandersetzen, oder Seiten, die in Verbindung zu Taiwan, dessen Regierung oder Medien



Der Ex-Parteichef Hu Jintao wird beim Parteikongress in Peking von zwei Saalordnern – offensichtlich gegen seinen Willen – von seinem Platz neben Parteichef Xi Jinping vom Podium geführt. Eine Machtdemonstration Xi Jinpings andersergleichen! Die Internetzensurbehörde Chinas leistete ganze Arbeit und unterdrückte die Szene im Inland. Die Bilder der Abführung zirkulierten nur im Westen frei.

stehen. Eine genaue Liste der Webseiten, welche der Einparteiensstaat zensiert, wird nicht veröffentlicht. Aber dank Internetaktivisten weiss man ungefähr, wie ausgeprägt die Kontrolle ist. Laut dem Projekt Greatfire.org blockiert oder zensiert China derzeit rund ein Viertel der weltweit wichtigsten Domains, nämlich 198 von 827. Ganz oben stehen Google, Youtube, Facebook & Co. Fast alle grossen westlichen Medien sind in China blockiert. Andersherum ist dies nicht der Fall: Sowohl chinesische Plattformen als auch Nachrichten- und Unterhaltungsmedien können im Westen frei agieren. Macht man sich bewusst, dass z.B. das in China blockierte Google gleichzeitig mehr oder weniger geheime Geschäftsbeziehungen zur KPCh pflegt und ihren

Überwachungsstaat fördert (siehe S.61 ff.), wird ersichtlich, dass der Bevölkerung des Westens und des Ostens ein gewaltiger Bär aufgebunden wird, denn vermeintliche Gegenspieler entpuppen sich insgeheim allzu oft als Partner.

Zensurbehörden Chinas

Immer wieder trainiert die Zensurabteilung der KPCh die «Abschaltung auf Knopfdruck». Bei derartigen Übungen müssen die Verwalter der Internetknotenpunkte dem «Ministerium für Öffentliche Sicherheit» (siehe S.63) in einer mehrstündigen Übung nachweisen, dass sie in der Lage sind, eine Reihe bestimmter Webseiten innerhalb von Minuten lahmzulegen. Die KPCh verfügt über eine ganze Reihe von Zensurbehörden, die mit der Aufgabe betraut sind, dem Land ein «zivilisiertes Netz» zu schenken und die «Position der Partei zu den stärksten Stimmen im Internet zu machen». An erster Stelle zu nennen wäre hierbei die «Cyberspace-Verwaltung Chinas» (Cyberspace Administration of China, CAC), welche sich laut dem Parteiorgan «Volkszeitung» vorgenommen hat, die «Meinungsökologie im Internet mit den Gegebenheiten von Partei und Nation zu synchronisieren». Sie ist seit ihrer Gründung 2014 die zentrale Internet-Regulierungs-, Zensur-, Aufsichts- und Kontrollbehörde der Volksrepublik China. Das Gründungsjahr ist kein Zufall, denn die Internetzensur mit der «Great Firewall» hat seit der Machtübernahme des Parteichefs Xi Jinping im März 2013 ständig zugenommen.

77 «Nur wenn wir [...] das Bewusstsein für Netzwerksicherheit kontinuierlich stärken und wirklich eine «Firewall» der Netzwerksicherheit in unseren Köpfen aufbauen, können wir eine solide Grundlage für die nationale Netzwerksicherheit legen.»

Die Volkszeitung (Propaganda-Organ der KPCh) im Jahr 2018

Quelle: opinion.people.com, People's Daily commentator: building a firm national network security barrier, 23.04.2018



Deutlicher könnte man das Konzept der Selbstzensur im vorausseilenden Gehorsam kaum auf den Punkt bringen als mit der Anweisung, man solle eine Firewall in seinem Kopf aufbauen.



Join us

Sign in

Qi XiaoxiaDirector General, Bureau of International Cooperation,
Cyberspace Administration of ChinaDirector General, Bureau of International Cooperation,
Cyberspace Administration of China. Member of Global Future Council on Digital Economy and New
Value Creation**Emblem der
«Cyber-Verwaltung
Chinas»
(Cyberspace
Administration of
China, CAC)**

Screenshot von der WEF-Webseite: Qi Xiaoxia, ein Mitarbeiter der obersten Internet-Zensurbehörde CAC wird vom WEF als «Agenda-Beitragender» gelistet.

In China kann man für einen Witz über die Regierung ins Gefängnis kommen! Was sagt uns das über das Freiheitsverständnis des WEF?

► Da die CAC Mehrheitseigentümer des «China Internet Investment Fund» ist, der Beteiligungen an den grossen chinesischen Technologieunternehmen hält, sind die so- wieso parteiunterworfenen Netz-Konzerne eigentlich nur ihr verlängerter Arm. Sie sind allesamt bereit, die von ihnen bereitgestell- ten Inhalte selbstständig zu überwachen

und zu «säubern», bevor die CAC überhaupt einschreiten muss. Die grossen Firmen lie- fern sich ein regelrechtes Wettrüsten, was die Einstellung von immer neuen Zensoren angeht. Berufszensoren sind inzwischen in einer derartigen Anzahl gefragt, dass die dafür vorgesehenen Stellenausschrei- bungen längst öffentlich laufen. So hiess es

etwa in einer Ausschreibung zur Findung neuer Zensoren, die von der Firma Toutiao – mit 120 Millionen aktiven Nutzern täglich vermutlich die erfolgreichste «Nachrich- ten»-App der Welt – durchgeführt wurde, man suche nach Bewerbern, die über «po- litische Sensibilität» verfügten und die in der Lage seien, pro Tag bis zu 1000 Postings auf unliebsame Inhalte zu überprüfen. Doch nicht nur ausgebildete Redakteure werden für die Stellen des Zensors eingesetzt, son- dern zuweilen auch ganz normale Internet- nutzer, die für ihre Zensur- und Meldean- strengungen mit Gutscheinen und anderen Annehmlichkeiten belohnt werden.

Zensur reicht weit ins Private

Der in der Vorstellung der KPCh ideale Internetnutzer übernimmt die Zensur gleich selbst. Schon 2012 schrieb die Volkszeitung in einem Artikel unter der Überschrift «Das Internet ist kein Land ausserhalb des Geset- zes», dass ein jeder Chinese für «seine Wor- te und Taten verantwortlich» sei. Und weil diese Worte heute potenziell ein Vielfaches an Reichweite haben können, sorgt die Par- tei dafür, dass sich auch die Last der Verant- wortlichkeit vervielfacht. Sprich: Die Regeln und Gesetze der Zensur, die vorher allein den publizierenden Redaktionen innerhalb Chinas galten, haben auch den einfachen Bürger selbst im Visier. So richten sich bei- spielsweise die Regeln zu Verwaltung von Chat-Gruppen, die 2017 eingeführt wurden und welche unter anderem die «Verbreitung der sozialistischen Kernwerte» vorschrei- ben, einerseits natürlich an den Konzern, der die Chat-Dienstleistung anbietet, aber gleichzeitig auch an «diejenigen, die Chat- gruppen gründen, sie verwalten und Mit- glied sind»⁽⁷⁾ – in der Folge also an jeden einzelnen Konsumenten. Der Staatsapparat streckt seine Fühler demnach bis weit in die private Sphäre aus und installiert einen direkten Kanal zur Überwachung und zur

Mad in Germany ©

00:10



China - Zhengzhou.

Die Chinesen wehren sich gegen die Hygienepolizei.



Die Messenger-Platt- form Telegram ist in China gesperrt. Auf dieser App kursieren Videos, die einerseits den Horror der chi- nesischen Unterdrü- ckung zeigen, aber andererseits auch Chinesen, die sich gegen den Staats- apparat zur Wehr setzen. Auffälliger- weise waren Such- maschinen, Apps und soziale Medien aus dem Silicon Valley über die letzten Jahre nicht gerade dafür bekannt, dass Videos von Verbrechen der KPCh oder ähnliches bei ihnen viral gingen oder leicht zu finden waren.

Zensur des Normalbürgers. Eine «private» Chatgruppe ist in China nicht privat und ein ausgelassener Chat unter Freunden kann unter Umständen zu einem langen Aufenthalt in einem Arbeitslager führen.

Im Jahr 2018 schrieb die Volkszeitung: «Nur wenn wir [...] das Bewusstsein für Netzwerksicherheit kontinuierlich stärken und wirklich eine «Firewall» der Netzwerksicherheit in unseren Köpfen aufbauen, können wir eine solide Grundlage für die nationale Netzwerksicherheit legen.»

⁽⁸⁾ Deutlicher könnte man das Konzept der Selbstzensur im vorausseilenden Gehorsam kaum auf den Punkt bringen als mit der Anweisung, man solle eine Firewall in seinem Kopf aufbauen.

Verbot von VPNs

Einen grossen Teil der Internetzensur kann man mit sogenannter VPN-Software umgehen. Sie baut bildlich gesprochen einen Tunnel unter der «Grossen Firewall» und verbindet einen Computer in China mit Servern im Ausland, die den Standort des Computers verschleiern. So kann man auf das weltweite Internet zugreifen. Die VPNs sind bei Schwarzhändlern auf Online-Marktplätzen wie Taobao zu kaufen, oder man kann sie mit dem notwendigen technischen Know-How selbst installieren und konfigurieren. Doch die Nutzung von VPNs, die im Westen wohlgemerkt flächendeckend legal ist, wird in China immer schwieriger. Trotz ähnlicher Tendenzen können sich Europäer und Amerikaner heute noch glücklich schätzen, dass dieses wichtige Werkzeug zur Erlangung und Verbreitung ungefilterter Information bisher nicht eingeschränkt wurde. Selbst die sonst so machthungrige EU hat noch keinerlei Vorstoss in Richtung von VPN-Verboten gewagt. Das sollte Anlass

geben, solcherlei Rechte auch weiterhin zu verteidigen.

Obwohl VPNs seit 2017 in China verboten sind, wurde das Gesetz lange nicht besonders streng durchgesetzt. Inzwischen zieht die KPCh auch hier andere Saiten auf: Anbietern und Nutzern von VPNs droht eine langjährige Gefängnisstrafe, die heutzutage auch verstärkt durchgesetzt wird. Als Hacker Mitte 2022 durch die «Grosse Firewall» gelangten und zehntausende interne Dokumente aus Xinjiang erbeuteten, waren unter ihnen 2800 «Verbrecherfotos» von Insassen der Laogai-Lager (Ausgabe 50), die dort als «Berufsausbildungszentren» ausgegeben werden (siehe S.50 ff.). Die Hacker gelangten dabei auch an detaillierte Informationen, was diese «Verbrecher» sich «zu Schulden kommen liessen», um in den Lagern interniert zu werden. In der Liste ist z.B. die zum Zeitpunkt ihrer Verhaftung 26jährige Ruqiye Hesen, die für die Nutzung eines VPN-Servers zu 15 (!) Jahren Laogai-Arbeitslager verurteilt worden war.

⁽⁹⁾ Die Nutzung von Youtube, Facebook, Instagram usw. gilt in Xinjiang bereits als «Terrorismus» – und es ist abzusehen, dass die Jahre der Toleranz auch in Restchina ihrem Ende zugehen. Durch das Verbot von VPNs und der Blockierung westlicher Dienste, landen die Chinesen automatisch bei den Pendants WeChat, Weibo & Co. Ihr Erfolg gründet sich zu grossen Teilen schlicht auf die Ausschaltung der Konkurrenz.

Obwohl die sozialen Netzwerke und Apps der Silicon-Valley-Konzerne in China kaum eine Rolle mehr spielen, machen die US-Unternehmen gegenüber dem Regime regelmässig Zugeständnisse. So hat der Tech-Riese Apple mit seinem jüngsten iPhone-Update gerade erst die Dateifreigabefunktion AirDrop in China eingeschränkt. Mithilfe dieser Technik lassen sich Dateien

mit anderen Apple-Geräten in der Nähe austauschen. Das Besondere: AirDrop funktioniert am Internet vorbei, schickt die Daten über ein lokales Netzwerk, womit man die Zensur umgehen kann. Das Update verhindert die zeitlich unbeschränkte Empfangsmöglichkeit von Daten von Nicht-Kontakten (Fremden) – sozusagen ein «Daten-Schwarzmarkt» auf der Strasse – und beschränkt diese Funktion nun auf einen 10-minütigen Zeitraum, was die Praktikabilität dieser Funktion stark herabstufte und die datenbezogenen «Schwarzmarktaktivitäten» wohl signifikant behindern wird.⁽¹⁰⁾ Nicht das erste Mal, dass Apple der KPCh zur Seite springt, was auf den ersten Blick dadurch erklärt werden kann, dass ein grosser Teil der iPhones in China produziert wird und man es sich deshalb mit der Partei nicht verschmerzen will. Betrachtet man das Ganze von einer übergeordneten Ebene, erschliesst sich indes ein grösserer strategischer Plan, in dessen Rahmen Apple wohl überhaupt erst begann, in China zu produzieren (Ausgabe 50).

Isoliert vom Rest der Welt

All diese Faktoren führen dazu, dass die chinesische Online-Welt eine Art Paralleluniversum darstellt. Wie in geistige Wälder gebettet, erfährt der normale Chinese nichts Negatives über die Zustände in seinem Land. Der Internetnutzer im Reich der Mitte soll das Gefühl bekommen, in China sei alles prima, im Ausland herrschten Chaos und Gewalt. Während heikler politischer Anlässe wie Parteikongressen verschärfen die «Cyberspace Administration of China» (CAC) und die anderen zuständigen Behörden die Kontrolle des Cyberraums noch einmal. Rund um den Kongress der Kommunistischen Partei Ende Oktober 2022 leistete die Internetzensurbehörde wieder gan- ▶

Chinesische Pendants zu amerikanischen Tech-Plattformen



Baidu ist die grösste Internet-Suchmaschine Chinas und dort ähnlich dominant wie Google im Westen.



Auch das Onlinekaufhaus Alibaba kann mit seinem amerikanischen Pendant Amazon mithalten, was Grösse und Marktmacht betrifft. Alibaba verfügt über ein umfassendes digitales Onlinebezahlsystem namens Alipay, das entscheidend zum allmählichen Verschwinden des Bargelds in China beiträgt (nächste Ausgabe).



Weibo ist das chinesische Pendant zum US-Kurznachrichtendienst Twitter.



Obwohl es unpopulärer ist als WeChat, gilt Renren als das chinesische Facebook.



WeChat ist vergleichbar mit dem Instant-Messaging-Dienst Whatsapp, kann aber auch ähnlich wie Facebook genutzt werden und muss deshalb gleichzeitig auch als eines von dessen chinesischen Pendants verstanden werden. Auch die in China sehr populäre Bezahlfunktion hebt WeChat bisher klar von Whatsapp ab, was die Vielseitigkeit betrifft.

**Elon Musk**
@elonmusk

Antwort an @XHNews

The economic prosperity that China has achieved is truly amazing, especially in infrastructure! I encourage people to visit and see for themselves.

Elon Musk gratuliert der Kommunistischen Partei Chinas am 01. Juli 2021 zum 100. Jubiläum: «Der wirtschaftliche Wohlstand, den China erreicht hat, ist wirklich erstaunlich, vor allem im Bereich der Infrastruktur! Ich ermutige die Menschen, das Land zu besuchen und sich selbst ein Bild zu machen.»

**Elon Musk**
@elonmusk

New Twitter policy is freedom of speech, but not freedom of reach.

Negative/hate tweets will be max deboosted & demonetized, so no ads or other revenue to Twitter.

You won't find the tweet unless you specifically seek it out, which is no different from rest of Internet.

Der Twitter-Chef Elon Musk schreibt am 18. November 2022 auf seinem Twitter-Profil: «Die neue Twitter-Politik ist Redefreiheit, aber nicht Reichweitenfreiheit. Negative/hasserfüllte Tweets werden maximal ausgebootet und entmonetarisieren, also keine Werbung oder andere Einnahmen für Twitter. Man wird den Tweet nicht finden, es sei denn, man sucht gezielt danach, was sich nicht vom Rest des Internets unterscheidet.»

Die Lobeshymne, die Musk angesichts des Parteigeburts-tags an die KPCh hielt, oder der Artikel für die oberste Zensurbehörde waren nicht die ersten Anbiederungen Elon Musks an die chinesischen Kommunisten. Vor Kurzem erst gab er bekannt, auf Twitter herrsche unter seiner Ägide «Redefreiheit, aber nicht Reichweitenfreiheit», was man wohl als Bekenntnis zum «Shadow banning» verstehen muss, auf das auch der chinesische Kontroll-Apparat seit Langem setzt. Elon Musk war 2008 Teil von Klaus Schwabs «Young Global Leaders»-Kaderschmiede.

国际视野

相信科技创造美好未来

感谢《中国网信》杂志的邀约，很高兴能与中国朋友分享我对科技与人类愿景的一些思考

文 / 埃隆·马斯克

随着科技加速发展，有一天技术也许会超越人类的理解和掌控力。对此，有人乐观，有人悲观。但我相信，只要我们不自满，始终保持紧迫感，那么在科技力量的推动下，人类的前景终将是美好的。这就像一个自证预言：如果人类想未来更美好，就应该采取行动让未来变得美好。

我希望尽我们的可能，用科技手段最大化地实现人类美好未来助力。为此，任何有助于实现未来可持续发展的领域都值得投入。无论是特斯拉、脑机接口公司，还是太空探索技术公司，这些企业创立的终极目标都是为了提升人类未来的生活品质，尽可能创造更多对世界的实用价值——特斯拉旨在加速世界向可持续能源转变，脑机接口公司投身医疗康复事业，太空探索技术公司使星际连接成为可能。

埃隆·马斯克
特斯拉公司首席执行官，美国国家工程院院士

清洁能源：可持续发展的未来

对于清洁能源，我思考的出发点是，如何持续且长久地制造、存储能源，如何为未来的生产生活方式不断提供动力。在我看来，可持续发展的未来涉及三个环节。

可持续发展的生成。太阳好比一个巨大的核聚变发电机。人类目前从中开发的能量微乎其微。从长远来看，太阳能将成为人类文明的主要能源。当然，风力、水力、

地热、核电也是有益的能源补充。

可持续能源的存储。鉴于昼夜更替和天气的阴晴变化，我们需要很多固定的电池组来储存太阳能和风能，因为太阳不会一直照耀，大风也不会一直吹拂，无形的能量需要被封存在大量固定式电池组内。

电动化的交通运输。包括汽车、飞机、轮船在内的交通工具全面电气化。电动火箭可能比较困难，但我们或许能够通过可持续能源来制造火箭中使用的推进剂。最终，世界经济将实现完全由可持续能源运转。

世界正在向可持续能源转变的轨道前进。人类应不断加速这一进程。因为越快实现这一转变，人类给环境造成的风险就越小，获得的增益就越多。当清洁能源的供给源源不断时，碳封存和海水淡化的成本将更低廉，气候变化和水资源短缺问题也将迎刃而解；当化石

68 中国网信 | 2022.4

Der Original-Artikel von Elon Musk im Heft der CAC

watson

Musk sieht die Redefreiheit in Gefahr – nun schreibt er für den grössten Zensor der Welt

watson.ch, 19.08.2022

Elon Musk, der sich im Westen als «Meinungsfreiheits-Absolutist» feiern lässt, schrieb noch im August 2022 einen Artikel für die «Cyberspace-Verwaltung Chinas» (Cyberspace Administration of China, CAC) – eine Behörde, die unter anderem dafür verantwortlich ist, chinesische Bürger für unliebsame, im Netz veröffentlichte Meinungsäusserungen zu internieren.

► ze Arbeit. Erst liess sie Online-Beiträge über einen mutigen Demonstranten in Peking verschwinden (den Demonstranten selbst natürlich auch); dann erstickte sie jegliche Beiträge zum merkwürdigen Entfernen des Ex-Präsidenten Hu Jintao vom Podium des Kongresses. ⁽¹¹⁾ Ironischerweise

hatte der damalige Staatspräsident Hu Jintao einst gefordert, es müssten mehr Ressourcen zur Internetkontrolle bereitgestellt werden und die Propaganda im Internet sollte verstärkt werden. Nun bekam er seine eigene Medizin zu schmecken. ⁽¹²⁾ Zuletzt ein weiteres beunruhigendes, aber kaum

überraschendes Puzzlestück: Qi Xiaoxia, ein Mitarbeiter der obersten Zensurbehörde CAC wird vom WEF als «Agenda-Beitragender» gelistet und durfte im April 2020 einen Artikel für die WEF-Webseite verfassen, in welchem er die digitale «Seuchenbekämpfung» Chinas lobte. ⁽¹³⁾ (as/tk)

Quellen:

1. dusseldorf.china-consulate.gov.cn, HOME - Aktuelles über China, Zahl der chinesischen Internetnutzer erreicht 1,032 Milliarden, 25.02.2022
2. dotcom-monitor.com, How the Great Firewall of China Affects Performance of Websites Outside of China, 27.03.2022
3. Kai Strittmatter, Die Neuerfindung der Diktatur, 2020, S.67
4. Ebenda, S.69
5. nzz.ch, Der frühere Staats- und Parteichef Hu Jintao wurde abgeführt, aber das weiss in China kaum jemand: Wie Xi das Internet zensieren lässt, 25.10.2022
6. youtube.com, septenza: Arrested for making a joke about Xi Jinping, 23.05.2020
7. Kai Strittmatter, Die Neuerfindung der Diktatur, 2020, S.86
8. opinion.people.com, People's Daily commentator: building a firm national network security barrier, 23.04.2018
9. youtube.com, laowhy86: Xinjiang Police File Hack - Why China is Terrified, 31.05.2022
10. bild.de, Neues iPhone-Update macht fassungslos: So hilft Apple der China-Diktatur - AirDrop-Funktion heimlich eingeschränkt, 28.11.2022
11. nzz.ch, Der frühere Staats- und Parteichef Hu Jintao wurde abgeführt, aber das weiss in China kaum jemand: Wie Xi das Internet zensieren lässt, 25.10.2022
12. Kockartz, Fabian, 2007. Werden Chinas Massenmedien demokratisiert? Hamburg: Diplomica GmbH
13. weforum.org, How next-generation information technologies tackled COVID-19 in China, 08.04.2020

China als Vorbild - So unfrei soll das Internet des Westens werden

In unterschiedlicher Geschwindigkeit arbeiten China und der Westen auf eine «schöne neue Welt» hin, in der jede Aktivität eines Internetnutzers für höhere Stellen nachvollziehbar und auch unmittelbar, quasi per Knopfdruck, sanktionierbar sein wird. Wer z.B. einen «falschen» Post verfasst oder ein kritisches Video hochlädt, den werden, je nachdem, welche Stufe das System gerade erreicht hat, Löschungen, Einschränkungen beim Surfen, Hausbesuche der Behörden, herkömmliche Geldstrafen, direkte Geldstrafen per «Digitaler Zentralbankwährung» oder Abzüge in einem Sozialen Punktesystem erwarten.

Da im Westen zumindest die Illusion aufrechterhalten werden muss, das Recht auf Privatsphäre sei für die «Volksvertreter» ein heiliges Gut, müssen sich subversive Organisationen wie das WEF und zentralistische Strukturen wie die EU auf einige Umwege einlassen, um das anonyme Internet der Vergangenheit abzuschaufen. China ist diesem Ziel schon einige Schritte näher: Seit 2015 ist man dazu gezwungen, einen Personalausweis und persönliche Daten vorzulegen, um sich für den Gebrauch von Handys und Festnetztelefonen zu registrieren. Seit dem 01. Dezember 2019 gilt in China ein Gesetz, das von den Bürgern verlangt, einen Gesichtserkennungstest durchzuführen, um ein Smartphone kaufen zu können. ⁽¹⁾ Soziale Medien wie WeChat oder Sina Weibo verpflichten ihre Nutzer schon seit 2012 zur Nutzung ihrer Klarnamen. ⁽²⁾ Etwas, das westliche Anbieter wie Facebook, Instagram oder Twitter bis heute nicht geschafft haben durchzusetzen.

Das vollständig personalisierte Internet ist eine Schlüsselkomponente des Sozialkredit-Systems, das bereits an Millionen von chinesischen Bürgern getestet wird (nächste Ausgabe). In diesen Tests wird auch Online-Verhalten sanktioniert, was nur möglich ist, wenn man die Aktivitäten der chinesischen Untertanen nachvollziehen kann und Anonymität unterbunden wird. Genauso wie VPNs (siehe S.77) den Zugang zu blockierten Inhalten ermöglichen, dienen sie dazu, die Identität des Nutzers zu verbergen, weshalb sie der KPCh in doppelter Hinsicht ein Dorn



im Auge sind. Sie waren über Jahre das bewährte Mittel chinesischer Bürger, um der Ent-Anonymisierung zu entkommen. Deshalb werden sie von Jahr zu Jahr mit härterer Hand bekämpft.

Im Windschatten Chinas

Trotz erheblichem Rückstand ist die Stossrichtung hin zu einem Internet nach chinesischem Modell in unseren Breiten nicht zu übersehen. Da es hierzulande jedoch gilt, eine liberale Fassade aufrecht zu erhalten, begeht kein hochrangiger westlicher Entscheider den Fehler, sich allzu deutlich zu einer Totalabschaffung des freien Internets zu bekennen. Sucht man allerdings nach entsprechenden Hinweisen, wird man nicht zu knapp fündig. So stösst man z.B. auf das WEF-Dokument «Identity in a Digital World - A new chapter in the social contract» [Identität in einer digitalen Welt - Ein neues Kapitel im Gesellschaftsvertrag], in dem einleitend geschrieben steht: «Unsere Identität ist buchstäblich das, was wir sind, und da sich die digitalen Technologien der Vierten Industriellen Revolution im Vormarsch befinden, ist unsere Identität zunehmend digital. Diese digitale Identität bestimmt, auf welche Produkte, Dienstleistungen und

Informationen wir zugreifen können - oder umgekehrt, was uns verschlossen bleibt.»

Man muss annehmen, dass das WEF mit «Informationen» primär das Internet meint und wenn die digitale Identität bestimmen kann, was uns verschlossen bleibt, dann ist das gesamte Internet nicht mehr bedingungslos für jeden zugänglich. Im Umkehrschluss bleibt das gesamte Internet also nur für diejenigen geöffnet, die in Zukunft mit einer Online-Identität surfen, welche wiederum mit ihrer realen Identität verknüpft ist. Weiterhin könnte man die Passage so verstehen, dass nicht für jede digitale Identität (sprich nicht für jede Person) jeder Bereich des Internets zugänglich sein wird - möglicherweise könnte mittels der digitalen Identität auch eine individuell angepasste Sanktionierung möglich werden. Es fällt jedenfalls schwer, diese Textstelle nicht als Plädoyer für totale Online-Überwachung zu verstehen.

Auch wenn man ein wenig zwischen den Zeilen lesen muss, legt das WEF-Dokument von 2018 die Karten mehr oder weniger offen auf den Tisch. Es führt z.B. die Nachteile von mangelnder Authentifizierung in sozialen Medien an: «Identitätssysteme von Regierungen oder stark regulierten Sektoren wie Finanzdienstleistungen führen ▶

► häufig einen robusten Identitätsnachweis durch; Parteien und Einzelpersonen vertrauen diesen Systemen häufig bei risikoreichen Transaktionen. In Systemen, in denen der Identitätsnachweis begrenzt ist – in einigen sozialen Medienplattformen ist es einfach, mehrere oder betrügerische Identitäten zu erstellen – ist das Vertrauen begrenzt, was die Arten von Transaktionen einschränkt, die mit der bereitgestellten Identität durchgeführt werden könnten. Einige digitale Plattformen entwickeln sich jedoch weiter, um die Authentifizierungsbedürfnisse einer breiteren Palette von Diensteanbietern zu erfüllen, wie z.B. das laufende Pilotprojekt zwischen WeChat und der chinesischen Regierung.» Regierungen und soziale Medien könnten bei einem zentralisierten System digitaler Identität «als Gatekeeper fungieren», die die «Verbreitung falscher Informationen» eindämmen, heisst es weiter. ⁽³⁾ Der Aspekt, dass praktisch jeder totalitäre Staat den Stempel «Falschinformationen» nutzt, um Zensur und Verfolgung zu rechtfertigen, wird in dem Dokument schwer vernachlässigt und wenn er dann doch zur Sprache kommt, nur stiefmütterlich behandelt, während ein Pilotprojekt der chinesischen Regierung als Musterbeispiel herangezogen wird. Der Leser wird förmlich zum letzten gedanklichen Schritt gedrängt, dass die sozialen Plattformen eines Tages nicht mehr anonym oder mit einer falschen Identität genutzt werden können. Allein, dass die Nutzung eines anonymen



Quelle: n-tv.de, Bei Anruf Gesichtserkennung: Handykauf in China nur noch mit Foto, 01.12.2019

Anonymes Surfen wird dadurch natürlich auch unmöglich.

Pseudonyms auf Plattformen wie z.B. Facebook vom WEF als «betrügerisch» und nicht etwa als «vorsichtig» oder «auf Privatsphäre bedacht» bezeichnet wird – ganz so, als gäbe es keine Gesetze oder anderweitige Repressalien, die das blosses Äussern einer kritisch-unliebsamen Meinung bestrafen – zeugt vom totalitären Geist dieser Organisation. Das soziale Medium WeChat und die chinesische Regierung haben genau das vorangetrieben, vor dem sich das WEF scheut, es klar zu benennen: Das «betrügerische» anonyme Anmelden, wie man es auf dem westlichen Pendant Facebook noch kann, ist bei WeChat schon längst nicht mehr möglich.

Kronzeugen

Kombiniert man solcherlei programmatische Texte des WEF mit Forderungen, die in den letzten Jahren aufkamen, ergibt sich ein recht klares Bild: Zuerst sei der Ex-Finanzminister und -Bundestagspräsident Wolfgang Schäuble genannt, dem die Anonymität im Netz laut Spiegel «ein Dorn im Auge» ist. «Wer seine Meinung äussert, sollte auch dazu stehen können», sagte Schäuble dem Nachrichtenmagazin, das schrieb: «Er befürwortet eine Klarnamenpflicht im Internet.» Auch der französische Präsident Emmanuel Macron sprach sich im Februar 2019 für eine Klarnamen-

CHRISTIAN LINDNER

**DIGITAL
FIRST.
BEDENKEN
SECOND.**

DENKEN WIR NEU.

Interessanter
Slogan der FDP:
«Digital first,
Bedenken second».
Übersetzt: Erst
digitalisieren, dann
denken.



Foto: Sandro Halank,
Wikimedia Commons,
CC BY-SA 4.0

» «Ein Kernprojekt [der Digitalisierungsstrategie der Bundesregierung] wird die digitale Identität – so etwas wie ein digitaler Personalausweis – sein. Das hört sich ein bisschen bürokratisch an. «Ach, Mensch, was macht die Regierung? Sie will den Personalausweis digitalisieren und nennt das digitale Identität.» In Wahrheit eröffnet das aber einen Möglichkeitsraum für neue Verwaltungsdienstleistungen und auch für neue Dienstleistungen aus der Privatwirtschaft, die eine Voraussetzung haben, nämlich dass man sich rechtssicher, transparent und gemäss Datenschutzgesichtspunkten identifizieren kann. Es gibt also von den Finanzdienstleistungen bis hin zu Verwaltungsdienstleistungen eine **Voraussetzung, die digitale Identität**, und dieses Schlüsselprojekt wollen wir jetzt mit Macht vorantreiben.»

BRD-Finanzminister Christian Lindner am 31. August 2022

Quelle: buergerservice.org, Auszug aus der Pressekonferenz zur Kabinettsklausur der Bundesregierung am 31. August 2022 in Meseberg zum Thema Digitale Identitäten, 21.09.2022

Christian Lindner wurde 2013 zur Bilderberg-Gruppe geladen, in deren Lenkungsausschuss (Steering Committee) Klaus Schwab und Henry Kissinger sassen (Ausgabe 40).

pflicht aus, um «Rassismus» und «Antisemitismus» im Netz einzudämmen.⁽⁴⁾ Wenn Schäuble und Macron keine geeigneten Kronzeugen für die geplante Schaffung eines vollständig personalisierten und gläsernen Internets sind, wer dann? Fast unnötig zu erwähnen, dass sich die beiden prächtig mit Klaus Schwab und seinem WEF verstehen. Macron durchlief nur ein Jahr vor seinem Antritt zum französischen Präsidenten Schwabs Kadern «Young Global Leaders».⁽⁵⁾ Seine berufliche Karriere begann er als Investmentbanker bei Rothschild & Co. – also bei der Bank jener Familiendynastie, die seit fast 200 Jahren eine entscheidende Rolle in China spielt (Ausgabe 50).

Auch auf den niedrigeren Rängen kommt es immer wieder zu ähnlichen Vorstößen: Der Chef der Deutschen Polizeigewerkschaft (DPolG), Rainer Wendt, forderte Ende Dezember 2021 eine Klarnamenpflicht für soziale Medien. «Der Klarnamenszwang bei Social-Media-Angeboten ist kriminalpolitisch richtig. Zwischen Hassbotschaft und Strafbefehl dürfen höchstens drei Wochen liegen», sagte Wendt der Bild-Zeitung. Um dies umzusetzen, brauche es 25'000 neue Stellen bei der Polizei und im Justizwesen. Die AfD sprach sich mit Nachdruck gegen Wendts Aussagen und für ein Recht auf Anonymität im Internet aus. «Die Forderung der DPolG ist vollkommen abwegig. Niemand trägt auf der Strasse ein Namensschild. Die Gründe dafür sind gut und gelten genauso im Internet: Die Privatsphäre ist in Deutschland gesetzlich geschützt. Dazu zählt auch der Name. Dies gilt insbesondere für Kinder und Jugendliche», kommentierte die Digitalpolitikerin Joana Cotar.⁽⁶⁾

Es soll nicht abgestritten werden, dass die Anonymität im Netz auch ihre Nachteile hat. Sie kann dazu führen, dass Menschen sich von ihrer schlechten Seite zeigen und unter dem Schutz der Namenlosigkeit mit Beleidigungen unter die Gürtellinie schlagen. Auch die Online-Kriminalität kann in der Anonymität florieren. Die Bekämpfung dieser realen Probleme wird jedoch als Deckmantel genutzt, um ein System zu errichten, das in seiner Konsequenz für die Gesamtgesellschaft weit destruktiver wirkt als klassische Netzkriminalität, die auch auf herkömmliche Weise bekämpft werden kann und die ohnehin nur eine gesellschaftliche Minderheit betrifft. China gibt schon einen Vorgeschmack darauf, dass es sich niemals lohnt, Sicherheit gegen Freiheit einzutauschen. Selbst wenn es im gegenwärtigen Reich der Mitte keinen einzigen Kriminellen im eigentlichen Sin-



Wenn hochrangige Entscheider wie Macron und Schäuble eine Klarnamenpflicht im Internet fordern, die in China schon seit über 10 Jahren forciert und mittlerweile auch umgesetzt wird, dann sollte deutlich werden, dass sich auch der Westen unter Einfluss von subversiven Organisationen wie dem WEF in Richtung gläserner Internetnutzer bewegt.

ne gäbe, wäre das Leben dort immer noch ein einziger Albtraum.

Journalisten machen Druck

Die EU hat sich bisher noch nicht dazu durchgerungen, die Nennung von Klarnamen oder eine anderweitige Verknüpfung mit der Identität des Internetnutzers gesetzlich zu verankern. Auch bei dem umfassenden neuen Regulierungspaket für Online-Plattformen namens «Digital Services Act» verzichtete sie auf eine solche Pflicht, obwohl man davon ausgehen kann, dass sie längerfristig genau dieses Zwischenziel verfolgt. In vorauseilendem Gehorsam empföhrte sich Joachim Huber vom Tagesspiegel darüber, dass die EU ihre Wertschätzung für Online-Anonymität zumindest vortäuscht. Er schrieb im Mai dieses Jahres: «Und es gilt abzuwägen, wer von dem fortgesetzten Verzicht auf die Klarnamenpflicht vor allem profitiert. Die Hater, die Verleumder, die Hetzer, die Propagandisten von Fake News und rechtsextremer Gewalt verstecken sich im Nebel der Anonymität. [...] Das Nein zur Klarnamenpflicht stellt die Opfer bloss und

schützt die Täter. Der Persönlichkeitsschutz im Netz weist in die verkehrte Richtung.»⁽⁷⁾ Die EU-Bürokraten werden solcherlei «konstruktive Kritik» sicherlich dankend entgegennehmen, um Gesetze zukünftig weiter zu verschärfen.

Ein Glanzstück der totalitären Gesinnung präsentierte Welt-Online anno 2019 mit einem Artikel, dessen Titel lautete: «Niemand sollte im Netz anonym unterwegs sein dürfen». Um Politiker vor «Hass» im Netz zu schützen, empfahl der Autor: «Im Netz und im wahren Leben wird mit zweierlei Mass gemessen. Während Hetzer sich im realen Leben strafbar machen und verfolgt werden können, treiben anonyme Trolle ihr Unwesen im Internet weiter, ohne Konsequenzen oder Repressalien befürchten zu müssen. Auf der Strasse haben wir ein Vermummungsverbot, im Netz kann jeder anonym bleiben. [...] Wenn wir der zunehmenden Aggressivität und Oberflächlichkeit im Netz Herr werden und dem Vertrauensverlust Einhalt gebieten wollen, gibt es nur eine Option: Niemand darf im Netz anonym unterwegs sein. Wenn wir unsere Rechte ►

» «[Der französische Präsident] Emmanuel Macron kündigte bei der Rede am Mittwoch Massnahmen gegen Hass im Netz an. Es soll Druck auf die Betreiber von Onlineplattformen gemacht werden, entsprechende Inhalte zu löschen. Ausserdem will der französische Präsident gegen die Anonymität im Internet vorgehen. Eine Art **Klarnamenpflicht** im Netz soll dafür sorgen, dass Menschen, die sich rassistisch oder antisemitisch äussern, schnell und eindeutig identifizierbar sind. Macron sprach sich auch dafür aus, verurteilten Antisemiten den Zugang zu Facebook und Co zu verwehren – «so wie wir Hooligans aus Stadien ausschliessen». Wer wegen antisemitischer, rassistischer oder anderer Hasskommentare auffällig geworden sei, könne in seiner Bewegungsfreiheit im Netz eingeschränkt werden, sagte er.»

Die Süddeutsche Zeitung im Februar 2019



Quelle: sueddeutsche.de, Wie Macron Antisemitismus im Internet bekämpfen will, 21.02.2019

» «In einem Interview mit lokalen französischen Medien sagte Macron: «Ich bin ein **Maoist** [Je suis Maoiste]. Weiter führte er aus, dass für Mao «ein gutes Programm das ist, was funktioniert». [...] Und er bezeichnete den intensiven Präsidentschaftswahlkampf und die endlosen Meinungsumfragen sogar als «langen Marsch» – ein langes und gewagtes militärisches Manöver der Roten Armee Chinas, das den Grundstein für den letztendlichen Sieg der KPCh legte.»

Die chinesische Plattform China Global Television Network, 2018

Quelle: news.cgtn.com, Macron's visit to China: Trade, climate change top the agenda, 07.01.2018



Emmanuel Macron 2019 mit Xi Jinping

Auch bei dem französischen Präsidenten Emmanuel Macron, der seine berufliche Karriere als Investmentbanker bei Rothschild & Co. begann, Teil von Klaus Schwabs Kaderschmiede «Young Global Leaders» war und Sympathien für Mao Tse-tung hegt, geben sich Hochfinanz und Kommunismus die Klinke in die Hand.

» wie etwa Paragraph 130 auch in der Online-Welt durchsetzen wollen, führt kein Weg an der Herausgabe der persönlichen Daten oder gar Identitäten vorbei.»⁽⁸⁾ Dumm gelaufen, denn knapp ein Jahr nach Erscheinen des Artikels wurde das «Vermummungsverbot» im Zuge der «Corona»-Massnahmen zu einem «Vermummungsgebot» transformiert. Auch die nach diesen Zeilen folgende Behauptung des Schreibers, Kinder würden durch «Cyber-Mobbing» depressiv werden und über Selbstmord nachdenken, ist nach den nachweislich überlaufenen Kinder- und Jugendpsychiatrien durch Lockdowns und ähnliche politische Entscheidungen nicht gut gealtert. Verantwortlich für den Schaden der Kinder waren genau jene Politiker, die der Autor 2019 noch vor «zunehmender Hetze und Bedrohung» geschützt sehen wollte.

«Rekalibrierung» von «Redefreiheit»

Durch ihr eigenes Handeln deutet die Führungsschicht des Westens schon heute an, wo die Reise hinget und dass eine Klarnamenpflicht im Internet mit weniger anstatt mehr Meinungsfreiheit einhergehen würde. Gerade erst wagte es die Firma Paypal, die zu den «Strategischen Part-

nern» (siehe S.31 f.) des WEF gehört, eine neue Nutzerrichtlinie vorzustellen. Diese erlaubte dem Unternehmen, Nutzer für die Verbreitung von «Fehlinformationen» (ein dehnbarer Gummibegriff, der vom System nach Belieben interpretiert werden kann) mit einer Geldstrafe in Höhe von 2500 Dollar zu belegen. Nach einer Boykott- und Empörungswelle legte Paypal eine Kehrtwende ein und sah sich gezwungen, die Richtlinie unter der Ausrede eines «Fehlers» zurückzunehmen, was ein klein wenig Hoffnung macht, dass der Orwell'schen Agenda der Digitalkonzerne einige Stolpersteine im Weg liegen könnten.⁽⁹⁾ Auf der letzten WEF-Konferenz in Davos deutete die australische Beamtin Julie Inman Grant, welche sich die «Online-Sicherheit» zur Aufgabe gemacht hat und hierfür eng mit dem WEF kollaboriert, auf der Redner-Bühne an, dass man in Zukunft über die «Rekalibrierung einer ganzen Reihe an Menschenrechten, die online zum Tragen kommen», nachdenken müsse. Es gelte zu evaluieren, inwieweit man das Verhältnis von «Redefreiheit» und des «Rechts auf Freiheit von Online-Gewalt» neugestalte.⁽¹⁰⁾ Es ist stark davon auszugehen, dass sich der verwendete Terminus «Online-Gewalt»

früher oder später als juristischer Gummibegriff erweisen wird, mit dem viele Formen der Systemkritik belegt und bekämpft werden. Wer nach rhetorischen Winkelzügen dieser Art sucht, der findet noch viele mehr. Analysiert man allein das Weltbild von Klaus Schwab und seines WEF-Zirkels, kann eigentlich kein Zweifel bestehen, dass schwer konkret definierbare Begriffe wie «Online-Gewalt», «Cyber-Mobbing», «Hassrede», «Falschinformation» usw. den Weg zur Verfolgung jeglichen Widerspruchs im Internet ebnen sollen – so wie China es heute schon weit fortgeschrittener betreibt. (tk)

Quellen:

1. n-tv.de, Bei Anruf Gesichtserkennung: Handykauf in China nur noch mit Foto, 01.12.2019
2. zeit.de, China verbietet anonyme Internet-Nutzung, 28.12.2012
3. weforum.org, Identity in a Digital World - A new chapter in the social contract, 09.2018
4. spiegel.de, Schäuble drängt auf Klarnamen im Netz, 19.05.2019
5. weforum.org, Meet the 2016 class of Young Global Leaders, 16.03.2016
6. jungfrei.de, Polizeigewerkschaft fordert Klarnamenpflicht in sozialen Medien, 08.12.2021
7. tagesspiegel.de, Internetregulierungsgesetz der EU: Pflicht zu Klarnamen im Netz - Wer hasst mich?, 23.05.2022
8. welt.de, Niemand sollte im Netz anonym unterwegs sein dürfen, 24.04.2019
9. news.yahoo.com, PayPal Pulls Back, Says It Won't Fine Customers \$2,500 for «Misinformation» after Backlash, 09.10.2022
10. twitter.com, Andrew Lawton, 23.05.2022

WESTDEUTSCHE ZEITUNG

VERFASSUNGSSCHUTZBERICHT

Ein Korr

wz.de, 03.06.2019, über
NRW-Innenminister Herbert Reul

Gegen Hetze: Reul fordert „Vermummungsverbot im Internet“

Digitales Vermummungsverbot

SPIEGEL

MEINUNG

VERMUMMUNGSVERBOT

WELT

welt.de, 24.04.2019

spiegel.de, 19.05.2019

Niemand sollte im Netz anonym unterwegs sein dürfen

Dumm gelaufen: Unter dem Überbegriff «Vermummungsverbot» wollte man die Bürger augenscheinlich von der Unabwendbarkeit eines Klarnamens in der Online-Welt überzeugen. Die zugrundeliegende «Logik»: Im öffentlichen Raum herrscht ein Vermummungsverbot, warum nicht im Internet? Da das «Vermummungsverbot» 2020 durch die «Corona»-Maskenpflicht ad absurdum geführt wurde, hat man seitdem auch nicht mehr viel von diesem propagandistischen Schlagwort gehört.



Foto: www.vperemen.com

Die Bekämpfung von Tor-Servern

Wie die Plattform «Reporter Ohne Grenzen» bereits 2019 berichtete, plante das deutsche Bundesinnenministerium in einem Gesetzesentwurf, den Betrieb von Tor-Servern zu kriminalisieren, deren Nutzung schon Jahre zuvor in China relativ erfolgreich unterbunden werden konnte. Tor-Server ermöglichen den Zugang zum sogenannten Darknet, das viele gemeinhin schlichtweg mit kriminellen Machenschaften assoziieren, welches aber gleichzeitig unter anderem von Menschenrechtlern, Regimekritikern oder Netzaktivisten dazu benutzt wird, sich einigermassen unbehelligt vom Staat auszutauschen. Der ursprüngliche Wortlaut des Entwurfes legte nahe, dass durch das Gesetz auch VPN-Anonymisierungsdienste (siehe S.77) in Deutschland vor dem Aus stünden. ⁽¹⁾ Viele Kritiker sprachen von einem «Gummiparagrafen», der nicht nur Kriminelle, sondern auch Journalisten, Dissidenten oder Whistleblower, die die Anonymisierungsmöglichkeiten des Darknets ebenfalls nutzen, kriminalisiert. Im

Jahr 2020 wurde das Gesetz dann unter leicht anderer Formulierung angenommen, die nun garantieren sollte, dass nur «kriminelle Machenschaften» im Darknet unter Strafe gesetzt werden. Der Weiterbetrieb von Tor-Servern und VPN-Diensten blieb unangetastet. Das zeigt erneut eindrücklich, dass der Westen China trotz derselben Stossrichtung weit hinterherhinkt, was Online-Repression betrifft. ⁽²⁾ Gäbe es nicht eine zumindest halbwegs wache und aufgeklärte Zivilbevölkerung, könnten im EU-Gebiet schon ganz andere Zustände herrschen. Die Änderung im Wortlaut des Gesetzesentwurfes wurde mühsam erkämpft und es ist schwer davon auszugehen, dass die Zukunft weitere Vorstösse in diese Richtung mit sich bringt. (as/th)

Quellen:

1. reporter-ohne-grenzen.de, Kriminalisierung von Tor-Servern stoppen, 05.07.2019
2. spiegel.de, Neues Gesetz soll Kampf gegen Darknet-Handel erleichtern, 23.11.2020

Nutzung von Tor-Servern nach Land

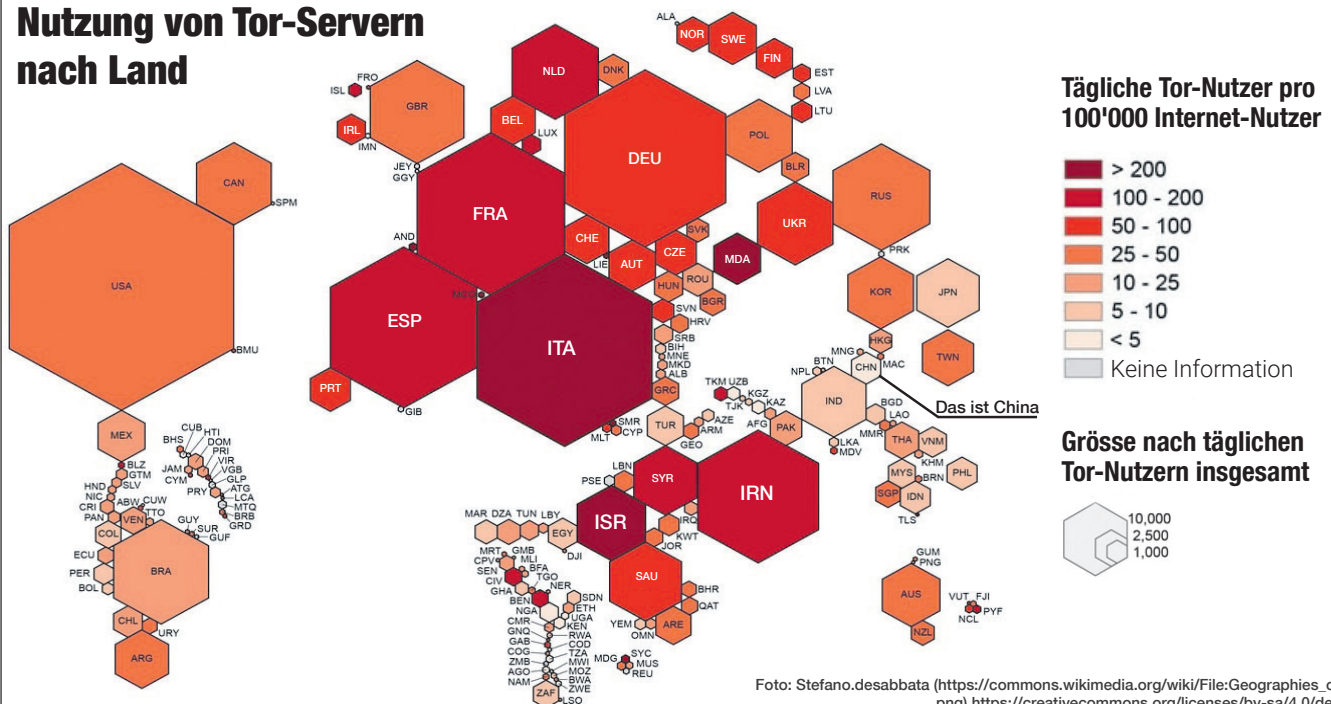


Foto: Stefano.desabbata (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Geographies_of_Tor.png) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en>

EU-weite Chat-Kontrolle «gegen Kinderpornografie»

«Die chinesische Regierung gibt offiziell vor, nicht anders als viele andere Länder auch, die Bevölkerung vor schädlichen Inhalten (Gewalt, Pornografie, Kriminalität) zu schützen,» erfährt man in der obersten Spalte des Wikipedia-Artikels zum Thema «Internetzensur in der Volksrepublik China». ⁽¹⁾ Welche Ausrede läge auch näher? Allein im Jahr 2017 sperrten die chinesischen Zensoren 128'000 Webseiten, weil diese angeblich «pornografische und vulgäre Informationen» enthielten und «einen negativen Einfluss auf die öffentliche Meinung im Netz» ausübten. ⁽²⁾ Wie weit jene Überwachungs- und Kontrollmethoden, die man bisher nur in China verortet, schon in den westlichen Diskursraum vorgedrungen sind (wenn sie im Verdeckten nicht bereits angewendet werden), zeigt folgendes Beispiel als eines von zahlreichen ähnlicher Natur: Am 10. Oktober 2022 stellte die EU-Kommissarin für Inneres, Ylva Johansson, ihren «Entwurf für eine Verordnung zur Prävention und Bekämpfung des sexuellen Missbrauchs von Kindern im Internet» in Brüssel vor. Es geht dabei um nicht weniger als das Vorhaben, Messenger- und Hostingdienste dazu zu verpflichten, private Chatverläufe auf kinderpornografisches Material zu scannen und etwaige Verstöße an die Behörden weiterzuleiten. ⁽³⁾ Dass dies Tür und Tor öffnet für eine umfangreiche Totalüberwachung der privaten Kommunikationswege aller Menschen, die entsprechende digitale Plattformen benutzen, dürfte einleuchten. Schnell würden die Scanmöglichkeiten auf andere Aspekte erweitert und beispielsweise zur Feststellung «extremistischer Straftaten» wie Staatskritik oder «Hassverbrechen» verwendet werden.



Ylva Johansson, EU-Kommissarin für Inneres unter Ursula von der Leyen, begann ihre politische Karriere bei der schwedischen Linkspartei, die sich auf die Kommunistische Partei Schwedens begründet. Ihr Gesetzesentwurf legitimiert Überwachung unter dem Deckmantel des Schutzes von Kindern.

Foto: European Parliament from EU (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Hearings_Ylva_Johansson_%28Sweden%29_Home_affairs_%2848826433018%29_%28cropped%29.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

Da liegt es mehr als nahe, dass die Ziele der EU-Bürokratin vielmehr darin bestehen, dem Überwachungsverhalten der chinesischen Behörden nachzueifern, denn schon heute gehört es im Reich der Mitte zur «Neuen Normalität», dass jeder, der über sein Smartphone kommuniziert, dauerüberwacht werden kann – und dies sehr wahrscheinlich auch wird. Dass das digitale Wort in China in die Privatsphäre fällt, gehört also bereits endgültig der Vergangenheit an, und dass die EU-Kommissarin Ylva Johansson erstmals mit der eurokommunistischen Linkspartei –

die wiederum aus der damaligen Kommunistischen Partei Schwedens hervorging – in den schwedischen Reichstag einzog, lässt eine interessante Parallele in Bezug auf die Gesinnung zutage treten.

«Delegitimierung des Staates»

Der deutsche Verfassungsschutz hat seit April 2021 ein neues Arbeitsfeld, das sich mit der «Delegitimierung des Staates» befasst. Es geht dabei um Personen, die «in sicherheitsgefährdender Art und Weise [...] den Staat verächtlich machen». ⁽⁴⁾ Diese Definition ist so unscharf, dass letztlich jede regierungskritische Meinungsäußerung davon betroffen sein kann. Erhellend ist in diesem Zusammenhang ein Blick in die Vergangenheit, ins Strafgesetzbuch der DDR, Artikel 220 «Staatsverleumdung»: «Wer in der Öffentlichkeit die staatliche Ordnung oder staatliche Organe, Einrichtungen oder gesellschaftliche Organisationen oder deren Tätigkeit oder Massnahmen herabwürdigt, wird mit Freiheitsstrafe bis zu zwei Jahren oder mit Verurteilung auf Bewährung, Haftstrafe, Geldstrafe oder mit öffentlichem Tadel bestraft.» ⁽⁵⁾ Bereits ein Witz auf Kosten der Staatsfunktionäre konnte in der damaligen DDR und kann im heutigen China zur Internierung führen. Wenn man sich darüber klar wird, dass dieser totalitäre Geist auch in der Bundesrepublik Deutschland wieder Einzug hält, dann wird sich die Überwachung wohl kaum nur auf Kinderpornografie beschränken.

Dass dies ein schamlos vorgeschobener Grund für die digitale Totalüberwachung der Bürger zu sein scheint, zeigt ein Beispiel aus Thüringen: Dort wurde jüngst bekannt, dass die aus SPD, Grünen und Linken bestehen-



**Exklusiv auf unserem Odysee.com-Kanal: CYBER POLYGON 2020:
War es das Event 201 für eine globale «Cyber-Pandemie»?**

Was die Blockchain-Technologie, auf der die kommende digitale Identität basieren soll (siehe S.16 ff.), so aussergewöhnlich macht, ist, dass sie wegen ihrer dezentralen Struktur praktisch unhackbar ist. Was käme der geplanten Umstellung zu einer Blockchain also gelegener als ein grosser Hackerangriff auf gegenwärtige zentrale Server-Strukturen, die ihre Schwächen offenlegen. Nach Szenarien wie einem mehrtätigen Stromausfall oder einem Finanzcrash, angeblich ausgelöst durch Hacker, könnte man die Umstellung auf Blockchains als alternativlos präsentieren, um eine Katastrophe wie diese in Zukunft zu verhindern. Problem - Reaktion - Lösung?



de Landesregierung den Besitz und die Verbreitung kinderpornografischer Materialien rechtlich auf ein «Vergehen» zurückstufen möchte – mit der hanebüchenen Rechtfertigung, dass es mitunter «die Falschen» treffe. ⁽⁶⁾ Den Damen und Herren Politikern scheint also letztlich herzlich wenig am Kindeswohl zu liegen, was sich neben diesem Beispiel an vielen weiteren Tatsachen erkennen lässt; sei es der Fakt, dass ein Daniel Cohn-Bendit, der 1975 über seinen erotischen Umgang mit Kindern schrieb, als Grünen-Politiker zwanzig Jahre lang im EU-Parlament sitzen konnte; dass Kleinkinder im Staatsauftrag unter dem Deckmantel der «Sexualpädagogik» mit obszön-sexuellen Inhalten konfrontiert, verstört und in ihrer gesunden Entwicklung gestört werden (was dann wiederum Hürden für pädosexuelle Übergriffe niederreisst) und vieles mehr. (fp/tk)

Quellen:

1. de.wikipedia.org, Internetzensur in der Volksrepublik China, abgerufen am: 30.11.2022
2. Kai Strittmatter, Die Neuerfindung der Diktatur, 2020, S.76
3. rnd.de, Umstrittenes Tool Chatkontrolle: Wie weit darf die EU-Kommission im Kampf gegen «Kinderpornografie» gehen?, 10.10.2022
4. verfassungsschutz.de, Verfassungsschutzrelevante Delegitimierung des Staates, Abgerufen am: 30.11.2022
5. verfassungen.de, Strafgesetzbuch der Deutschen Demokratischen Republik -StGB-, 12.01.1968
6. tiz.de, Thüringen unterstützt Gesetzesänderung zu Kinderpornografie - Bisherige Regelung trifft auch die Falschen, 27.10.2022

WEF vermischt «Corona»-Kritik mit Kindesmissbrauch und Terrorismus!

«Von der Verbreitung **gesundheitlicher Fehlinformationen**, über den **sexuellen Missbrauch und die Ausbeutung von Kindern** bis hin zu gewalttätigen extremistischen und **terroristischen** Online-Inhalten – Teile des Internets können gefährlich sein. [...] Die Globale Koalition für digitale Sicherheit des WEF beschleunigt die Zusammenarbeit zwischen öffentlichem und privatem Sektor, um schädliche Online-Inhalte zu bekämpfen, indem sie eine vielfältige Gruppe führender Persönlichkeiten zusammenbringt, die in der Lage sind, passende Verfahren für neue Online-Sicherheitsvorschriften auszutauschen und Millionen von vernetzten Bürgern dabei zu helfen, ihre digitale Medienkompetenz zu verbessern.»

Das Weltwirtschaftsforum am 23. Mai 2022 auf seiner Webseite

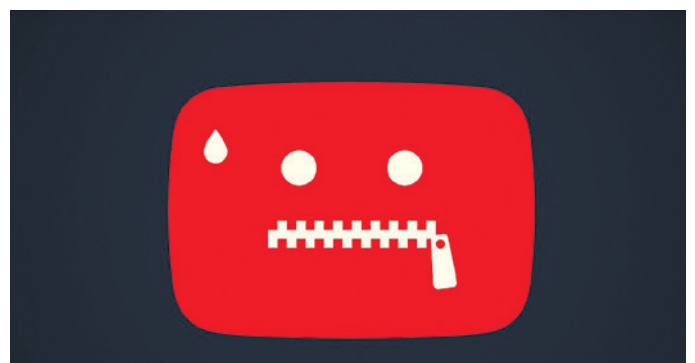
Quelle: weforum.org, Online safety: making the internet safer by tackling harmful content, 23.05.2022

KPCh, EU und auch das WEF benutzen Kinderpornografie und ähnlich Verwerfliches als Eintrittstor zur Internetzensur. Deutlich wird dies, wenn das WEF in einem Artikel auf seiner Webseite «gesundheitliche Fehlinformationen» (gemeint sind Aussagen, die dem «Corona»-Narrativ widersprechen) auf perfide Weise mit dem schlimmsten Verbrechen vermischt, das seit Menschengedenken besteht («sexueller Missbrauch und die Ausbeutung von Kindern»). Auch der Begriff «extremistische oder terroristische Inhalte» sollte beunruhigen, wenn man die engen Verknüpfungen zwischen den WEF-Digitalkonzernen und China betrachtet (siehe S.61 ff.). In den von China besetzten Gebieten wie Xinjiang kann mittlerweile jeder noch so friedliche Bürger als «Extremist» oder «Terrorist» gebrandmarkt werden. Praktisch jeder der Millionen Lagerinsassen galt oder gilt als ein solcher. Eine ähnliche Rhetorik macht sich mittlerweile vor allem in den USA breit, wo sich die Anhänger der gespaltenen politischen Lager gegenseitig als «Extremisten», «Radikale» oder gar «Terroristen» betiteln.

Zur «Globalen Koalition für digitale Sicherheit» gehört übrigens Julie Inman Grant, die vor Kurzem erst sagte, dass man über die «Rekalibrierung einer ganzen Reihe an Menschenrechten, die online zum Tragen kommen», nachdenken müsse (siehe S.61 ff.).

Massive Internetzensur auch im Westen

Auch wenn es verfehlt wäre, zu behaupten, im Westen würde in ähnlich ausgeprägter Weise zensiert werden wie in China, muss trotzdem zur Kenntnis genommen werden, dass auch hierzulande ein umfassender und immer strikter agierender Internet-Zensurapparat mittlerweile zum Online-Alltag gehört. Besonders deutlich sichtbar wurde dies im Zuge der seit Anfang 2020 weltweit umgesetzten «Corona»-Angstkampagne. Es dürfte keinen Konsumenten von sogenannten alternativen Medien mehr geben, der nicht selbst Zeuge wurde, wie faktisch untermauerte Informationen mit der Begründung, sie enthielten «Medizinische Fehlinformationen», aus dem Netz genommen wurden. Natürlich gab es ähnliche Zensur auch schon vor «Corona». Insbesondere das Phänomen des von China genauso praktizierten «Shadow banning» – also die Reichweitendrosselung von Inhalten (siehe S.73 ff.) – ist schon seit Jahren ein weit verbreitetes und nach wie vor omnipräsentes Phänomen im westlichen Internet. Doch im Verlauf der letzten Jahre artete die Zensur in einen nunmehr offenen geführten Kampf gegen alternative Medien aus und erklomm,



was Unverfrorenheit anging, bis anhin ungekannte Höhen. Sie verbreitete sich derart, dass selbst reichweitenstarke Portale und Kanäle, die sich grundsätzlich recht nahe dem Mainstream bewegen, nicht davor gefeit waren. Ein prominentes Beispiel hierfür ist etwa der YouTube-Kanal «Achse des Guten» – das Video-Sprachrohr des bekannten Polit-Kommentators Henryk ▶

„«Twitter ist allerdings ein Medium, das häufiger durch Hass als durch Liebe aufgefallen ist. Und die Frage ist nun, was der Exzentriker Musk mit der Plattform vorhat. Die Befürchtung ist, dass der die Grenzen des Sagbaren weiter ausdehnen könnte.»

Anne Gellinek, stellvertretende Chefredakteurin des ZDF, im heute-journal nach der Twitter-Übernahme durch Elon Musk, Ende Oktober 2022

Quelle: twitter.com, ÖRR Blog, 30.10.2022



Foto: StagiaireMGIMO
(https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Anne_Gellinek.jpg)
https://creativecommons.org/licenses/by-sa/4.0/deed.en

Man könnte meinen, Gellinek habe einen Blick in das «Framing-Manual» (siehe S.92 f.) der ARD geworfen. Meinungsfreiheit wird von ihr mit Furcht verknüpft und soll vom Zuschauer dementsprechend wohl als etwas Gefährliches eingeordnet werden.

► M. Broder – der Ende 2021 komplett von YouTube gelöscht wurde. Zur Begründung schrieb YouTube lediglich: «Unser Team hat deine Inhalte überprüft und schwerwiegende [...] Verstösse gegen unsere Community-Richtlinien festgestellt. Deshalb wurde dein Kanal von YouTube entfernt.»⁽¹⁾

«Medizinische Fehlinformationen»

Erst als die Herausgeber des Kanals vor Gericht zogen, erfuhren sie, dass der Stein des Anstosses ein Video des Allgemeinmediziners Gunter Frank gewesen war, der darin dafür plädierte, auf den Pathologen Prof. Schirmacher zu hören, der behauptete, an der «Corona-Impfung» würden massenhaft Menschen sterben. In einer Wortwahl, die des Wahrheitsministeriums aus Orwells «1984» würdig ist, erklärten die YouTube-Anwälte, es sei auf der Plattform nicht erlaubt, «Behauptungen über Schutzimpfungen gegen COVID-19 aufzustellen, die der übereinstimmenden Expertenmeinung lokaler Gesundheitsbehörden oder der WHO widersprechen». In YouTubes «Richtlinie zu medizinischen Fehlinformationen über COVID-19» wird explizit aufgelistet, was man alles nicht behaupten darf, zum Beispiel, «dass Impfstoffe gegen COVID-19 die Ausbreitung von COVID-19 nicht wirksam verhindern» oder «dass das Erreichen von Herdenimmunität durch natürliche Infektion sicherer ist als die Impfung



In Europe, the bird will fly by our  rules.

#DSA

Tweet übersetzen

 **Elon Musk**  @elonmusk · 28. Okt.
the bird is freed

Als Elon Musk am 28. Oktober 2022 «Der Vogel ist frei» twitterte, antwortete EU-Kommissar Thierry Breton umgehend mit den Worten: «In Europa wird der Vogel nach unseren EU-Regeln fliegen.» Breton verwies auf den «Digital Services Act», ein neues Regulierungspaket für Online-Plattformen (siehe S.81 u. 90).

der Bevölkerung». In der Praxis bedeutet das: Wer auf YouTube Inhalte über die «Corona-Impfung» veröffentlichen möchte, der kann dies nur dann tun, wenn er die Ansicht der Regierung wiedergibt, denn während die Privatkonzerne wie YouTube, Facebook & Co. zwar die ausführenden Arme der Zensur sind, geht die Initiative von den einzelnen Regierungen und den supranationalen Organisationen aus. Im europäischen Raum übernimmt dies die Europäische Union. Auf ihrer Webseite steht geschrieben: «Den Kampf gegen Desinformation müssen alle EU-Institutionen gemeinsam angehen. Die EU steht in enger Zusammenarbeit mit Online-Plattformen und hält diese dazu an, verlässliche Quellen zu fördern, erkanntermassen falschen oder irreführenden Inhalten kein Forum zu bieten und illegale oder potenziell schädliche Inhalte zu entfernen.»⁽²⁾ Zeilen, die in diesem Wortlaut ohne Weiteres auch aus der Feder der KPCh stammen könnten und die unvereinbar sind mit den grundlegenden Prinzipien von Wissenschafts-, Meinungs- und Pressefreiheit. Längstens bewegen wir uns auch hierzulande auf ein vom Staat vollkommen durchreguliertes und zensiertes Internet zu, das dem chinesischen in nichts nachsteht.

Pure Heuchelei

Wie verzerrt das westliche Selbstverständnis mittlerweile ist, wird deutlich, wenn die Schweizer Zeitung NZZ Ende Oktober 2022 versucht, die Unterschiede zwischen der Schweiz und China herauszuarbeiten: «Man stelle sich vor, in der Schweiz gäbe es eine Zensurbehörde, beaufsichtigt vom Bundespräsidenten. Kurz vor der nächsten Bundesratswahl meldet die Behörde, dass sie wieder einmal Tausende Konten in sozialen Netzwerken geschlossen habe, wegen Verbreitung von Fake News. Als ein Demonstrant in Bern es kurzzeitig schafft, an einer Brücke Banner mit politischen Forderungen etwa zur Covid-Politik aufzuhän-



Wie es um die Meinungsfreiheit in Deutschland steht, wird ersichtlich, wenn jene Meinungsfreiheit mit «Faschismus» in Verbindung gebracht und verteufelt wird. Das Bild der satirischen ZDF-heute-Show vom 11. November 2022 ist eine unfreiwillige Satire auf die öffentlich-rechtlichen Sender selbst, denn Denk- und Redefreiheit sind in den Köpfen hunderter Redakteure mittlerweile als «rechts» und brandgefährlich abgelegt. Der Zuschauer der Massenmedien wird darauf gedrillt, freie Meinungsäusserung mit Totalitarismus und eine Zensur derselben mit Freiheit zu assoziieren – ein regelrechtes Bilderbuchbeispiel für Orwell'sche Realitätsverdrehung.

COVID-19-IMPfung

Corona und Menstruation: Impfnebenwirkung auf Periode nicht erkennbar
mdr.de, 28.06.2021

MENSTRUATION

Stärkere Regelblutung nach Covid-19 Impfung weit verbreitet
mdr.de, 16.07.2022

Bill Gates, der neue „Superschurke“ für Verschwörungstheoretiker
welt.de, 09.05.2020

„Mächtige Player wie die Bill Gates Foundation bestimmen faktisch die Politik“
welt.de, 18.09.2022

Die «Wahrheit» von heute kann die «Unwahrheit» von morgen sein, weshalb eine offene Debatte nie unterdrückt werden sollte. Die Folgen sieht man nach der massiven Zensur- und Desinformationskampagne zur «Corona-Pandemie». Heute müssen sogar die Mainstream-Medien zähneknirschend über das berichten, was sie vor einem Jahr als «Verschwörungstheorien» verunglimpften.

tagesschau @tagesschau

Berlin: Polizei kontrolliert Einhaltung der Demo-Verbote [rbb24.de/panorama/thema...](https://www.rbb24.de/panorama/thema...) #CoronaPandemie #Demo #Berlin #Demonstrationsverbot



rbb24.de
Polizei zieht Bilanz nach "Querdenker"-Demos in Berlin

12:34 · 01 Aug. 21 · [tagesschau.de](https://www.tagesschau.de)

ZDFheute @ZDFheute
Offiziell

"Null-Covid"-Politik in China: Mit Polizei und Zensur gegen Protest



zdf.de
China: Mit Polizei und Zensur gegen Corona-Protest

16:15 · 28 Nov. 22 · [ZDFheute](https://www.zdfheute.de)

Quelle: twitter.com, argonerd

Während man Teilnehmer von Anti-Massnahmen-Protesten in Deutschland 2021 noch verspottete – oft genug, als seien sie Menschen zweiter Klasse – stellt sich die westliche Journaille ein Jahr später auf die Seite der Chinesen, die genug haben von der repressiven «Corona»-Politik und genau dasselbe tun wie die verurteilten «Querdenker». Ein Musterbeispiel für das Messen mit zweierlei Mass und ein Anzeichen dafür, wieviel chinesische Denkweise mittlerweile schon in westlichen Demokratien vorherrscht.

gen, wird der Hashtag #Bern auf Twitter gesperrt.»⁽³⁾ Mit diesem vermeintlich schockierenden Szenario unter der Prämisse «Was ist, wenn die Schweiz wie China wäre?» entlarvt sich der ach so «liberale» Westen selbst, denn «Shadow banning» oder die Löschung von Konten und Beiträgen aufgrund entgegenlaufender Ansichten finden auf den geläufigen sozialen Netzwerken des Abendlands täglich statt. Sogar das Twitter-Konto des Ex-US-Präsidenten Donald Trump wurde Anfang 2021 entfernt. Den Betroffenen wird es herzlich egal sein, ob ihr YouTube-Kanal oder Twitter-Beitrag von der KP China, einem Bundespräsidenten oder dem Konzern selbst gelöscht wurde.

Die aktuellen «Corona»-Proteste in China werden von der NZZ und westlichen Medien allgemein plötzlich als mutiger

Freiheitskampf gedeutet und hochgeschrieben. Als die Berner Polizei Ende September 2021 Gummischrot und Wasserwerfer gegen Teilnehmer einer unbewilligten Demonstration einsetzte, wurden die massnahmenkritischen Betroffenen hingegen nicht als Kämpfer für bürgerliche Freiheiten verteidigt, sondern stattdessen verteufelt. Der Doppelstandard steht den hiesigen Journalisten ins Gesicht geschrieben. (as/th)

Quellen:

1. bz-berlin.de, Die Zensur im Internet lässt mich nicht mehr ruhig schlafen, 29.12.2021
2. ec.europa.eu, Bekämpfung von Desinformation, abgerufen am: 20.10.2022
3. nzz.ch, Der frühere Staats- und Parteichef Hu Jintao wurde abgeführt, aber das weiss in China kaum jemand: Wie Xi das Internet zensieren lässt, 25.10.2022

Der Lockdown war verfassungswidrig!

„Für das IfSG [Infektionsschutzgesetz] als Rechtsgrundlage der Pandemiebekämpfung besteht erheblicher Reformbedarf. So stellt die «Feststellung der epidemischen Lage von nationaler Tragweite» (§ 5 Abs. 1 IfSG) eine **juristisch fragwürdige Konstruktion** dar. Die mit § 5 Abs. 2 IfSG vorgenommene Verlagerung wesentlicher Entscheidungsbefugnisse auf die Exekutive wird im rechtswissenschaftlichen Schrifttum ganz überwiegend für **verfassungswidrig** gehalten.»⁽¹⁾

Die Zulassungsstudien waren mangelhaft!

„Die Wirksamkeit der Impfung als Massnahme zur Bekämpfung des SARS-CoV-2 kann aus Gründen der Komplexität nicht behandelt werden, dies schliesst auch die einrichtungsbezogene Impfpflicht (§ 20a IfSG) mit ein. Es müssten nicht nur die Anzahl der Impfungen, die Altersgruppen und mögliche Gegenanzeigen bzw. Vorerkrankungen betrachtet werden, sondern auch die verschiedenen Impfstoffe sowie die möglichen Kombinationen der verschiedenen Impfstoffe in jeglicher möglichen Variation miteinander verglichen werden.»⁽²⁾

Niemand weiss, ob Masken «gegen Corona» etwas bringen!

„Neben der allgemeinen und im Labor bestätigten Wirksamkeit von Masken ist nicht abschliessend geklärt, wie gross der Schutzeffekt von Masken in der täglichen Praxis ist, denn **randomisierte, klinische Studien zur Wirksamkeit von Masken fehlen.**»⁽³⁾

Aus dem Bericht «Evaluation der Rechtsgrundlagen und Massnahmen der Pandemiepolitik»

Quellen: 1. bundesgesundheitsministerium.de, Evaluation der Rechtsgrundlagen und Massnahmen der Pandemiepolitik, 30.06.2022, S.16; 2. Ebenda, S.62; 3. Ebenda, S.87



Der Evaluationsbericht bestätigt viele Beobachtungen und Vermutungen aus unseren **Ausgaben 32, 33, 38/39 und 61 zum Thema «Corona».**

Während die deutschen Medien sonst auf die Autorität «der Wissenschaft» pochen, machten sie einen grossen Bogen um den Evaluationsbericht einer Sachverständigenkommission aus über zwei Dutzend Doktoren und Professoren, die der Bundesregierung ein sehr schlechtes Zeugnis bezüglich der vorangegangenen zwei Jahre ausstellte. Der Bericht «Evaluation der Rechtsgrundlagen und Massnahmen der Pandemiepolitik» erschien Ende Juni 2022 und wurde, wenn überhaupt über ihn in den Mainstream-Medien berichtet wurde, praktisch nur angezweifelt.



ZDFheute
@ZDFheute
Offiziell

Corona-Impfstoffe: Warum es keine Langzeit-Nebenwirkungen gibt



zdf.de
Impfstoffe: Warum es keine Langzeit-Nebenwirkungen gibt

ZDF-heute am 21.10.2021 auf Twitter



ZDFheute
@ZDFheute
Offiziell

Long Covid nach Impfung: Impfgeschädigte fühlen sich im Stich gelassen



zdf.de
Long Covid nach Impfung: Impfgeschädigte im Stich gelassen

ZDF-heute am 04.12.2022 auf Twitter

Quelle: twitter.com, argonerd

«Anfang Oktober lag die Sterberate in Deutschland 20 Prozent über dem Mittel der Jahre 2018 bis 2021, meldet das Statistische Bundesamt. Aus ganz Europa kommen ungewöhnlich hohe Todeszahlen mit einem Plus von durchschnittlich etwa zehn Prozent», meldete Welt-Online Ende Oktober 2022.⁽¹⁾ Woran das wohl liegen mag?

Quelle: 1. welt.de, Übersterblichkeit mit Ansage, 31.10.2022

Polizeibesuche in den eigenen vier Wänden auch im Westen

Dass man in China praktisch kein kritisches Wort, welches auch nur im Entferntesten das Narrativ der Partei angreift, über elektronische Kommunikationswege kundtun kann, ohne dass man einen «Sozialkredit»-Punkteabzug erleidet oder gar einen Hausbesuch von der örtlichen Polizei erhält, dürfte hierzulande mittlerweile weitestgehend bekannt sein. Doch vor allem in den Jahren seit Beginn der «Corona-Pandemie» gleichen die, einstmals für ihre vergleichsweise guten Bürgerrechte inklusive der Meinungsfreiheit bekannten, westlichen Nationen in Bezug auf die polizeistaatlichen Auswüchse zunehmend der Volksrepublik. Selten zuvor war die Gefahr einer Bestrafung für auf Social-Media-Plattformen kundgetane Meinungen oder geteilte Beiträge so omnipräsent. Damit einhergehend ist das Einteilen der Menschen in «moralisch gute und böse», «Vorbild-Bürger und Verbrecher» durch die Regierungen propagandistisch vorangetrieben worden, was die polizeilichen Institutionen dankend als Rechtfertigung ihres tyrannischen Handelns gegenüber unbescholtenen Bürgern anführten.

Besonders negativ hervorgetan hat sich hierbei Australien, das seinen Bürgern zeitweise brutale Ausgangssperren mit lediglich einer einstündigen täglichen Ausnahme aufbürdete und unter anderem Menschen durch Polizeieinheiten in ihren eigenen vier Wänden verhaften liess, nur weil diese auf sozialen Medien wie Facebook Beiträge zu Anti-Lockdown-Protesten teilten. Beispielhaft konnte einer dieser Fälle in einem Facebook-Livestream dokumentiert werden, der dadurch mediale Aufmerksamkeit erhielt. Der Clip zeigt, wie australische Polizisten die 28-jährige schwangere Zoe-Lee Buhler mit eben jener Begründung verhaften und vor den Augen ihres Mannes und ihrer zwei kleinen Kinder in Handschellen abführen, während sie selbst nur mit einem Schlafanzug bekleidet ist. Ein Angebot, den Post schlicht wieder zu löschen, um die Angelegenheit beizulegen, wurde mit der Begründung abgeschmettert, dass sie «die Straftat bereits begangen habe». Als wäre mit der Verhaftung im eigenen Zuhause und vor der eigenen Familie nicht bereits genug



Foto: Envato Elements

Berliner Zeitung

SEK-Einsatz: Razzia bei Corona-Kritiker Paul Brandenburg

berliner-zeitung.de, 26.05.2022



Dr. Paul Brandenburg

«Bei Paul Brandenburg - massnahmenkritischer Arzt und Publizist aus Berlin - wurde im Morgengrauen die Wohnungstür eingerammt, er wurde nackt auf den Boden geworfen, ihm wurde eine Waffe in den Rücken gedrückt und er wurde gefesselt. Der Impf-Experte und Kritiker der Corona-Impfung Stephan Hockertz bekam ebenfalls im Morgengrauen unerwarteten Besuch von der Polizei. Ebenso der Journalist Gerhard Wisnewski; bei ihm in München wurde am 1. Dezember 2021 die Tür aufgebohrt und seine Wohnung in einem Mehrfamilienhaus durchsucht», schrieb der Ex-Focus-Journalist Boris Reitschuster, dessen PayPal-Konto gekündigt wurde (siehe S.43), auf seiner Webseite.

über die Stränge geschlagen, konfiszierten die Polizisten zudem alle elektronischen Geräte wie Handys und Laptops, denen sie habhaft werden konnten.

Haltlose Stellungnahmen der Behörden

Der Premierminister des Bundesstaates Victoria, Daniel Andrews, sagte in Reaktion auf die öffentliche Debatte, dass Proteste die Bemühungen um die öffentliche Gesundheit untergraben würden und fügte hinzu: «Jetzt ist nicht die

Zeit, wegen irgendetwas zu protestieren. Denn dies zu tun ist nicht sicher.» Dabei wird grundsätzlich ausser Acht gelassen, dass die Proteste gegen die «Corona-Massnahmen» ja gerade zum Inhalt haben, dass der Anlass für diese diktatorischen Einschnitte in die Freiheit der Menschen nicht gegeben ist. Regierungen aller Herren Länder bestimmen also per Dekret die Realität, der sich alle Menschen unterzuordnen haben. In die gleiche Kerbe schlug auch der Stellvertretende Polizeipräsident Luke Cornelius, ▶

► als er Kritikern über den Mund fuhr: «Ich bin empört darüber, dass es in unserer Gemeinschaft immer noch Menschen gibt, die es für eine gute Idee halten, in Zeiten dieser tödlichen Pandemie das Haus zu verlassen und zu protestieren.» In völliger Verdrehung der Tatsachen verkennt Cornelius, dass die Leute sich nur deshalb gezwungen sehen für Proteste auf die Strasse zu gehen, weil den Lockdowns und sonstigen Massnahmen eine so bezeichnete «Pandemie» zugrunde gelegt wird, die selbst im Rahmen des offiziellen Narrativs eine abstrus niedrige Sterblichkeitsrate hat und somit alles andere als «tödlich» ist, womit die Eingriffe in die Freiheit der Menschen nicht seriös gerechtfertigt werden können.

Auch die mediale Berichterstattung weist immer autoritärere Züge auf und verliert zunehmend die Hemmung, wenn es um die Verurteilung von Meinungs-Dissidenten geht. Der reichweitenstarke, mainstreamtreue Tech-Blog Gizmodo meinte in Bezug auf den beschriebenen Fall: «Dies wird wahrscheinlich nur dazu führen, dass COVID-Leugner noch lächerlicher und radikaler werden, als sie es ohnehin schon sind.» Unschwer lässt sich erkennen, dass die dominierenden Medienportale längst ihre Rolle als konsequente Propagandisten des vorherrschenden Narrativs übernommen haben – das «Modell China» wird in den Westen importiert.

Ein weiterer Fall, der viral ging, zeigt zwei australische Polizisten, die einen Mann zu Hause «besuchen», um in Erfahrung zu bringen, ob er auf einer mehrere Monate zurückliegenden Demonstration anwesend war. Sie führen als Beweismittel ein von ihm auf Facebook gepostetes Foto der entsprechenden Veranstaltung an. ⁽¹⁾ Mit absoluter Sicherheit würden Chine-



Ein Facebook-Livestream hält fest, wie die 28-jährige schwangere Australierin Zoe-Lee Buhler verhaftet wird, weil sie auf der Plattform einen Beitrag über Anti-Lockdown-Proteste teilte.

sen, die das Vorgehen der KPCh-Behörden im eigenen Land miterlebt haben, sich bei diesen Fällen im vermeintlich «freien Westen» an die Zustände bei sich zuhause erinnert fühlen.

Wenn Richter «falsch» urteilen

Man könnte noch dutzende andere Beispiele anführen. Aus Platzgründen werden wir an dieser Stelle aber nur noch einen besonders skandalösen Fall aus Deutschland vorbringen: Als ein Weimarer Richter im «Pandemie»-Jahr 2021 mit der Begründung, dass die Maskenpflicht geeignet sei, das Kindeswohl zu gefährden, zwei Kinder einer Mutter an ihrer jeweiligen Schule von dem Zwang befreite, musste er einschneidende Repressalien der Erfurter Staatsanwaltschaft über sich ergehen lassen. Das Urteil des Weimarer Amtsrichters wurde vom Oberlandesgericht Thüringen wieder aufgehoben. Dem Richter wurden wiederholte (!) Durchsuchungen seiner Wohn- und Büroräume und seines Autos inklusive der Konfiszierung seines Handys und Laptops aufgebürdet – ganz so, als hätte er ein schwerwiegendes Verbrechen begangen,

bei dem Menschen vorsätzlich zu Schaden gekommen sind. Wenige Monate später erhob die Staatsanwaltschaft Klage gegen ihn. Der Vorwurf: Rechtsbeugung. ⁽²⁾ Man muss bei Betrachtung des politischen Kurses der westlichen Regierungen in den letzten Jahren feststellen, dass sich die zugrundeliegenden Sichtweisen, die Annahmen, mit denen die Menschen ihrer Freiheit beraubt werden, und die Art und Weise der Durchsetzung jener Verordnungen in immer geringerem Masse von jenen in China unterscheiden. Auch im Reich der Mitte müssen die Menschen mit gnadenlosen Bestrafungen rechnen, denen blosse Meinungsäusserungen und Gesinnungen anstatt konkreter Handlungen zugrunde gelegt werden. Wie es scheint, unterscheidet sich das Ausmass der Sanktionierungen im Wesentlichen nur noch im Grad und nicht in der Art – eine alarmierende Erkenntnis für alle Bürger der westlichen Nationen. (fp)

Quellen:

1. youtube.com, TheDC Shorts: Australian Police Question Man Over Facebook Post, 15.10.2021
2. heise.de, Justiz gegen «Corona-Richter»: Einschüchterung, Rechtsbeugung – oder beides?, 04.07.2021

EU drängt soziale Medien zur Löschung legaler Inhalte

„Wie kann gegen **schädliche, aber nicht illegale Inhalte** wirksam vorgegangen werden? Schädliche Inhalte sollten, soweit sie nicht illegal sind, nicht genauso behandelt werden wie illegale Inhalte. Unter vollständiger Wahrung des Rechts auf freie Meinungsäusserung sehen die neuen Vorschriften nur Massnahmen zur Entfernung bzw. zur Förderung der Entfernung illegaler Inhalte vor.»

Die Europäische Kommission zu ihrem neuen «Gesetz über digitale Dienste» (Digital Services Act, siehe 81 u. 86) im November 2022

Quelle: ec.europa.eu, Fragen und Antworten: Gesetz über digitale Dienste, 14.11.2022



Die EU-Kommission legt den Digitalkonzernen also nahe, «schädliche Inhalte» zu löschen, die sie klar von «illegalen Inhalten» abgrenzt. Was ist das anderes als ein Bekenntnis zu willkürlicher Zensur? In anderen Worten droht demjenigen, der sich an das Gesetz hält, immerhin kein Strafverfahren. Nur sein «schädlicher» Beitrag verschwindet eben aus dem Netz – «sehr gnädig». Dass Inhalte «unter vollständiger Wahrung des Rechts auf freie Meinung» «nur» entfernt werden sollen, ist gelinde gesagt als schizopren zu bezeichnen.

„Das ist echt Mist. Mist für alle, mich eingeschlossen, die der Meinung sind, dass die Impfung wichtig ist. Diese Daten dort zeigen klipp und klar, dass es keinen irgendwie statistisch nachweisbaren Unterschied gibt bezüglich der Schwere der Nachfolgeerkrankung bei zweiten, dritten, vierten Infektionen zwischen Geimpften und Ungeimpften. [...] Das heisst also mit anderen Worten: Ob einer geimpft oder nicht, hat sein Risiko, bei einer Zweitinfektion nochmal schwer krank zu werden oder sechs Monate später sowas wie Long Covid zu haben, überhaupt nicht verändert. Und zwar egal, ob der nur einmal, zweimal oder dreimal [geimpft ist].»

Professor Alexander S. Kekulé, bekannter Mediziner und Epidemiologe, Mitte November 2022 in seinem MDR-Podcast zu den neuesten statistischen Erhebungen zur «Corona»-Impfung

Quelle: MDR Aktuell - Kekulé's Corona-Kompass, 15.11.2022

WELT+

MEINUNG

GASTBEITRAG

WELT

Das Corona-Maßnahmen-Gebäude war auf Sand gebaut

JETZT AMTLICH: CORONA-REGELN FÜR KINDER WAREN FALSCH!

Sie wollten einfach nicht hören!

Wie unsere Politiker die Fakten ignorierten

Bild



Foto: ©
Superbass/
CC-BY-SA-4.0
(via Wikimedia
Commons)

In YouTubes «Richtlinie zu medizinischen Fehlinformationen über COVID-19», auf der die rigorosen Zensur-Massnahmen der Videoplattform basierten, wird explizit aufgelistet, was man alles nicht behaupten darf, zum Beispiel, «dass Impfstoffe gegen COVID-19 die Ausbreitung von COVID-19 nicht wirksam verhindern». Dass die Impfstoffe die «Krankheit» selbst nach offiziellem Narrativ nicht eindämmen, ist mittlerweile kaum noch medial zu unterdrücken. YouTube löschte folglich massenhaft Videos, in denen nichts als die Wahrheit gesagt wurde.

Die Sprache der Entmenschlichung - mitten in Deutschland



„Musk hat auch angekündigt, dass Twitter zum «Marktplatz der Debatte» werden solle. Aber auf seinem «Marktplatz» sollen offenbar auch ras-

sistische oder verschwörerische **Ratten** aus ihren Löchern kriechen dürfen. Twitter kann nur relevant bleiben, wenn genau diese **Ratten** - um im Marktplatzbild zu bleiben - in ihre Löcher zurückgeprügelt werden.»

Nils Dampz aus dem ARD-Studio Los Angeles auf der Tagesschau-Webseite, November 2022

Quelle: tagesschau.de, Sieben Tage der Zerstörung, 05.11.2022 - inzwischen verändert



Sarah Bosetti
@sarahbosetti

Wäre die Spaltung der Gesellschaft wirklich etwas so Schlimmes? Sie würde ja nicht in der Mitte auseinanderbrechen, sondern ziemlich weit rechts unten. Und so ein Blinddarm ist ja nicht im strengeren Sinne essentiell für das Überleben des Gesamtkomplexes.

Sarah Bosetti, deutsche Komikerin und Moderatorin, am 03. Dezember 2021 bezüglich der Spaltung der Gesellschaft in Geimpfte und Ungeimpfte. Die Blinddarm-Allegorie führte sie genauer in ihrer ZDF-Sendung «Bosetti will reden» aus.

«Zu prügeln sind diese Menschen.»

Die Schauspielerin Heidelinde Weis in der WDR-Talkshow «Kölner Treff» über «Impfgegner», Oktober 2022, was von den Gästen mit lautem Klatschen belohnt wurde
Quelle: youtube.com, Impfgegner prügeln - Heidelinde Weis, 16.10.2022



Nancy Faeser
@NancyFaeser

Hass und Hetze im Internet gefährden unsere Demokratie und bereiten den Nährboden für extremistische Gewalt. Wir müssen hier klare Grenzen aufzeigen und Täter aus ihrer vermeintlichen Anonymität holen. #Hasskriminalität

12:10 nachm. · 30. Nov. 2022



Rainer Stinner · Abonnieren

Kein Impfgegner wird wie ein Staatsfeind behandelt. Er darf nur, hoffentlich bald, nicht mehr unter die Leute gehen, weil er ein gefährlicher Sozialschädling ist. Aber er hat die Freiheit, sich nicht impfen zu lassen. Aber er hat nicht die Freiheit, mich zu gefährden.

1 Wo. Gefällt mir Antworten 151

Augenscheinlich versteht die deutsche Innenministerin Nancy Faeser unter «Hass und Hetze» nicht das, was der ehemalige Bundestagsabgeordnete und Ex-Vorsitzende der Münchener FDP, Rainer Stinner, unter einer Impfaufforderung des Bayerischen Staatsministeriums für Gesundheit und Pflege Mitte 2021 schrieb (rechts).

Die systematische Dehumanisierung von Kritikern, die mittlerweile in deutschen Medien schamlos betrieben wird, findet sich auch in Chinas Propaganda gegen die Uiguren wieder (siehe S.48 ff.).

«Fünfzig-Cent-Armee»: Chinas Internet-Trolle

Ein weiterer wichtiger Akteur in der chinesischen Gedankenkontrolle ist die sogenannte «Fünfzig-Cent-Armee». Die Truppen dieser Online-Streitmacht bestehen aus Internetkommentatoren und ihre Aufgabe darin, durch das Einbringen von Beiträgen ins World Wide Web gezielt das Meinungsbild in Internetforen und sozialen Netzwerken zu manipulieren und in eine bestimmte Richtung zu lenken. Der Name «Fünfzig-Cent-Armee» leitet sich von einem Gerücht ab, laut dem die Auftragsmanipulatoren für einen Beitrag 50 Cent in Renminbi erhalten sollen (entspricht aktuell etwa 0,07 Euro). Diese These scheint heute allerdings widerlegt. Im Jahr 2016 wurde von einem Blogger eine Fülle von E-Mails aus den Propagandabüros einer mittelgrossen Einheit der chinesischen Kommunalverwaltung veröffentlicht, in welchen sich etwas mehr als 40'000 eindeutige Beispiele für Kommentare der besagten «Armee» finden lassen. Dank der durchgesickerten E-Mails liessen sich ziemlich eindeutige Rückschlüsse auf die Funktionsweise der Fake-Kommentare ziehen. Bei den im Leak identifizierten Kommentatoren handelt es sich meistens um regulär angestellte Regierungsbeamte, die direkt für die Kommunistische Partei oder für verschiedene Organe der lokalen Regierung arbeiten und die die Netzbeiträge höchstwahrscheinlich im Rahmen ihrer offiziellen Tätigkeiten zu schreiben verpflichtet sind. Demnach würde das Verfassen der Kommentare zu den regulären Aufgaben dieser Beamten zählen und nicht gesondert vergütet werden. ⁽¹⁾ Wobei dies nicht bedeutet, dass es nicht zusätzlich trotzdem noch eigens für die «Fünfzig-Cent-Armee» rekrutierte und dafür bezahlte «Soldaten» gibt. Wie schon angesprochen, ist jedes grössere chinesische Internetunternehmen angehalten, eine eigene Truppe aus Zensoren einzustellen. Dass diese auch mit der Aufgabe betraut werden, Kommentare einzubringen, liegt auf der Hand. Schätzungen über die Anzahl der chinesischen Individuen, die den Beruf «Fünfzig-Cent-Soldat» ausüben, gehen weit auseinander. 2008 wurde ihre Gesamtzahl bereits auf Zehntausende geschätzt. ⁽²⁾

Über 440 Millionen Kommentare jährlich

Gesicherte Informationen darüber, wie viele einzelne Kommentare diese im Dienst der KPCh tätigen Schreiberlinge jährlich abgeben, gibt es keine, dafür allerdings fundierte Schätzungen. Eine Studie, die von drei Harvard-Professoren durchgeführt wurde, kam in ihren Hochrechnungen zum



Ergebnis, dass es jährlich etwa 448 Millionen einzelne Kommentare sein dürften, die von «Regierungsbeamten in Zivil» gepostet werden. Rund die Hälfte dieser Beiträge würden dabei auf Webseiten der Regierung abgegeben werden, während sich der Rest auf kommerziellen Seiten wiederfindet. Die Professoren kommen zum Ergebnis, dass «ein grosser Teil der Kommentare auf Regierungswebseiten und etwa einer von 178 Social-Media-Beiträgen auf kommerziellen Webseiten von der Regierung fabriziert sind». ⁽³⁾ Eine weitere interessante Erkenntnis, welche sich aus der Studie ableiten lässt, ist jene, dass das Hauptziel der Trolle erstaunlich selten darin besteht, die offiziellen Positionen der Regierung in kontroverse Debatten einzubringen. Ihre Haupttechniken sind stattdessen zum einen parteitreuer Pseudo-Patriotismus («Lang lebe der chinesische Traum, der dem Volk ein besseres Leben schenkt») und zum anderen Ablenkung. Das heisst: Wenn eine heikle Debatte droht, ein kritisches Niveau zu erreichen, dann überfluten die Berufskomentatoren die Foren und Kommentarspalten mit einem Strom von Postings, die alle nur ein Ziel ha-

ben: das Thema zu wechseln oder den Diskurs über das Thema zu vereinnahmen.

Geleakte Argumentationsanweisungen

In einem Artikel der Forscher Xiao Qiang auf der KPCh-kritischen Webseite China Digital Times wurde eine zugespielte Dienstanweisung an die chinesischen Internetkommentatoren veröffentlicht, die folgende Punkte nennt:

- So weit wie möglich soll Amerika das Ziel der Kritik sein. Spielen Sie die Existenz Taiwans herunter.
- Greifen Sie die (Idee der) Demokratie nicht direkt an, sondern nutzen Sie die Argumentation «Welches System kann tatsächlich Demokratie umsetzen?».
- Nutzen Sie so weit möglich Gewalthandlungen und unzumutbare Zustände in westlichen Ländern als Beispiele dafür, dass Demokratie nicht für den Kapitalismus geeignet ist.
- Nutzen Sie die Einmischung von Amerika und anderen Ländern in internationale Angelegenheiten, um zu erklären, dass westliche Demokratie tatsächlich eine Invasion



Die Überschrift der Bild-Zeitung über das «Framing-Manual» der ARD, das die ARD-Oberen intern über das Nutzen bestimmter Wörter und Sprachbilder aufklärte – mit dem offensichtlichen Zweck, die Rezipienten zu manipulieren. Da der Inhalt dieses Dokuments an Kriegsrhetorik erinnert, liegt der Verdacht nicht allzu fern, dass die öffentlich-rechtlichen Sender dem deutschen Volk, dem sie eigentlich mit ausgewogener Information dienen sollen, in Wahrheit feindselig gegenüberstehen.

in andere Länder ist und wie der Westen die westlichen Werte anderen Ländern aufzwingt.

- Nutzen Sie die blutige und schmerzvolle Geschichte der (einst) schwachen Menschen (in China), um parteifreundliche und patriotische Emotionen zu provozieren.

- Vermitteln Sie den Eindruck, dass die positive Entwicklung innerhalb von China die (soziale) Stabilität unterstützt.»⁽⁴⁾

«Framing-Manual»

Eine sehr ähnliche Sprech-Anleitung kam 2019 an die Öffentlichkeit, als ein Geheimpapier der ARD mit dem Titel «Framing-Manual» auftauchte, in dem allen ARD-Obersten erläutert wurde, welche rhetorischen Strategien sie anzuwenden hätten, um private Sender und Kritiker der Staatsmedien schlechtzureden. «Die satireverdächtigen Propagandatricks gehen von etwas einfältiger Begriffspolitik (<Unser gemeinsamer, freier Rundfunk ARD>, <Gemeinwohlsender>, <wir sind ihr>) über die Empfehlung, Debatten lieber moralisch zu führen, bis hin zu Tipps für die Bekämpfung der gegnerischen Privatsender und Kritiker des Rundfunks als <demokratiefreier>», schrieb der relativ kritische und wahrscheinlich deshalb inzwischen entlassene Journalist Milosz Matuschek damals noch für die Schweizer NZZ.⁽⁵⁾ Der öffentlich-rechtliche Sender selbst wollte das Papier unbedingt unter Verschluss halten («Zur Weitergabe völlig ungeeignet»), was offenkundig nicht gelang.⁽⁶⁾ Was sagt es über einen vom Bürger finanzierten Sender aus, wenn dieser hinter dem Rücken des Zahlmeisters plant, diesen zu manipulieren und dafür auch noch Gebührengeld verschwendet? Noch absurder wird es, wenn die Propaganda-Anleitung den Slogan «Wir sind ihr» empfiehlt, aber das Gemeinschaftsgefühl der ARD nicht dafür ausreicht, den Zuschauer offen über die Existenz jener Anleitung zu informieren. Über ähnliche Vorgänge im kommunistischen China würde sich die ARD wohl empören, aber den Balken im eigenen Auge sieht sie nicht. Dass Manipulations-Skandale wie das «Framing-Manual» im Westen keine Einzelfälle sind, soll Thema des folgenden Textes sein. (as/th)

Quellen:

1. washingtonpost.com, The Chinese government fakes nearly 450 million social media comments a year. This is why., 19.05.2016
2. news.bbc.co.uk, China's internet «spin doctors», 16.12.2008
3. gking.harvard.edu, How the Chinese Government Fabricates Social Media Posts for Strategic Distraction, 09.04.2017
4. chinadigitaltimes.net, Leaked Propaganda Directives and Banned «Future», 24.06.2011
5. nzz.ch, Bitte denken Sie jetzt nicht an Propaganda, 19.02.2019
6. bild.de, Empörung über «Sprech-Anleitung» «Als befände sich die ARD im Krieg», 19.02.2019

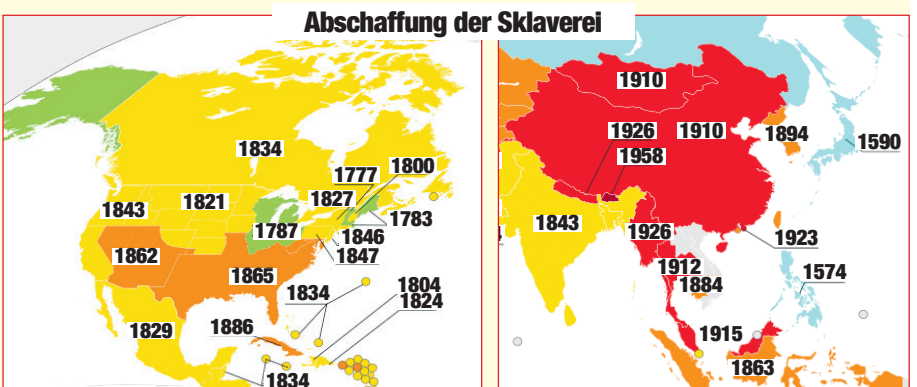


Cartoon der Global Times: Uncle Sam (die USA) zeigt auf Xinjiang und sagt «Genozid», während er den eigenen Genozid an den «amerikanischen Ureinwohnern» unter den Teppich kehrt.

Die Argumentationslinie der 50-Cent-Armee bewegt sich auf dem Niveau dieses Cartoons des chinesischen Propaganda-Organs Global Times. Man bedient sich der Strategie des «Whataboutismus», bei dem von den eigenen Missetaten abgelenkt wird, indem man mit dem Finger auf jemand anderen zeigt, der ebenfalls Dreck am Stecken hat. «Whataboutismus» praktiziert z.B. ein Schüler, der eine Sechs in Mathe damit verteidigt, dass ein anderer Schüler dieselbe Note geschrieben hat. Im Fall des obigen Cartoons tut der Schüler allerdings so, als habe er eine Eins geschrieben (fröhliche Uiguren), während er seinen Eltern die Sechs eines anderen Schülers, der ihm und seinen Eltern gänzlich unbekannt ist, in einer Klassenarbeit vor etlichen Jahrzehnten (Genozid an den Indianern) unter die Nase reibt.

China defends itself on human rights by pointing to history of slavery in US

Die New York Post titelt am 26.03.2021: «China verteidigt sich in Sachen Menschenrechte mit Verweis auf die Geschichte der Sklaverei in den USA»



Der «Whataboutismus» Chinas, dem sich auch die 50-Cent-Armee bedient, setzt der Heuchelei kaum Grenzen. Was den Uiguren aktuell angetan wird, steht der Sklaverei in Sachen Menschenverachtung in Nichts nach. Zudem praktizierte China die herkömmliche Sklaverei (Inbesitznahme und Verkauf von Menschen) länger als die USA.

Sklaverei war für Jahrtausende ein weltweites und gewöhnliches Phänomen. China war beispielsweise vor einigen Jahrhunderten als einer der grössten und umfassendsten Märkte für den Austausch von Menschen in der gesamten Welt beschrieben worden. Wie haltlos es ist, allein dem Westen die Sklaverei zum Vorwurf zu machen, ist Thema der **Ausgabe 35: «Sklaverei: so alt wie die Menschheit - und schuldig ist der Westen».**

Die «50-Cent-Armeen» des Westens

Gerade legen wir dar, dass China eine Masse von Menschen nur für die Aufgabe beschäftigt, das Internet mit den Propaganda-Narrativen der KPCh zu fluten, sich vehement in Online-Diskussionen einzubringen, diese zu zerstreuen oder zu unterbinden, und somit die staatliche Deutungshoheit im Internet aufrechtzuerhalten (siehe S.92 f.). Diese Horde von Internet-Trollen ist unter der Bezeichnung «50-Cent-Armee» bekannt geworden. Wieder einmal offenbart sich nach einem genaueren Blick auf die Begebenheiten andernorts, dass China mit dieser Methode bedauerlicherweise nicht alleine dasteht, sondern dass Regierungen westlicher Staaten bzw. dort operierende Institutionen nahezu identische Werkzeuge verwenden. Und wieder einmal rückt das von Klaus Schwab gegründete Weltwirtschaftsforum (WEF) in den Fokus der Aufmerksamkeit, da es sich darum zu bemühen scheint, ein Pendant zur chinesischen 50-Cent-Armee aus der Taufe zu heben.

Unter der Überschrift «Es gibt keinen Impfstoff gegen die Infodemie – wie können wir also das Virus der Fehlinformationen bekämpfen?» zeigt sich das WEF auf seiner Webseite besorgt: «Was verbreitet sich weltweit, kann unwissentlich von einer Person an unzählige andere weitergegeben werden, ist potenziell tödlich und kann doch gestoppt werden, wenn jeder die richtigen Massnahmen ergreift? Fehlinformationen. [...] In einer Welt, in der die

meisten von uns ihre Informationen zunehmend über die sozialen Medien beziehen und in der wir die Meinungsfreiheit als Eckpfeiler der Demokratie schätzen, stellt sich die Frage, was man gegen gefährliche Fehlinformationen tun kann.»⁽¹⁾ Sogleich stellt das WEF als Antwort auf diese Frage die Leiterin der Hauptabteilung für Globale Kommunikation der Vereinten Nationen, Melissa Fleming, und ihr Projekt «Verified» vor. «Als COVID-19 auftauchte, war von Anfang an klar, dass es sich nicht nur um einen Notfall im Bereich der öffentlichen Gesundheit, sondern auch um eine Kommunikationskrise handelte», so Fleming, die 2016 ein Ausbildungsprogramm am Bellagio Center der Rockefeller-Stiftung absolvierte, deren Leiter China einst als ideales Labor bezeichnete (siehe S.4). «Verified» beschreibt sich auf seiner Webseite als «eine Initiative der Vereinten Nationen in Zusammenarbeit mit Purpose, um den Lärm [von Informationen auf Social-Media-Plattformen] zu durchdringen und lebensrettende Informationen über COVID-19 zu liefern.»⁽²⁾ Der besagte Kooperationspartner «Purpose» ist eine Agentur, die öffentliche Mobilisierung für aktivistische Zwecke in allen erdenklichen Bereichen der WEF-UN-Agenda durchführt – von Internetzensur über LGBTQ und Waffenbesitzregulierung bis hin zu Klimakrisen-Propaganda. «Purpose» hat einen sehr hohen Stellenwert in diesem Bereich, denn die Agentur arbeitete neben den Vereinten Nationen bereits mit Kunden wie Google, Nike, Unilever, der Bill-und-Me-

linda-Gates-Stiftung, dem WWF und der WHO zusammen, um nur eine Auswahl zu nennen.⁽³⁾ Der Co-Gründer von «Purpose», Jeremy Heimans, ist wiederum Absolvent des «Young Global Leaders»-Programms des WEF.⁽⁴⁾

«Digitale Ersthelfer»

Die UN-Frau Fleming fährt fort: «Wir versuchen, eine neue soziale Norm zu schaffen, die sich «Pause – sei vorsichtig, bevor du teilst» nennt», und bezieht sich dabei auf eine Kampagne der Vereinten Nationen, die dazu aufruft, das Weiterverbreiten von vermeintlichen «Falschnachrichten» unter dem Hashtag #PledgetoPause (geloben innezuhalten) zu unterlassen. Die Kampagne ging von der Prämisse aus, dass wenn man nur kurz über das Teilen oder Schreiben eines Beitrags nachdenken würde, einem etwa die Korrektheit der «Corona»-Massnahmen oder die Notwendigkeit zum Handeln in der «Klimakrise» wie magisch einleuchtete. «Wir rüsten die Menschen durch diese neue soziale Norm mit einer gewissen «Informationsskepsis» aus», heisst es in der Erklärung zum Programm. Dass sich diese «Informationsskepsis» lediglich gegen nicht von staatlichen oder Mainstream-Quellen stammende Informationen richten soll, liegt auf der Hand. Auf der einen Seite wird zwar zu Obacht und Skepsis aufgerufen, andererseits aber bedingungsloses Vertrauen und Gehorsam gegenüber Aussagen und Anweisungen von «Offiziellen und Autoritäten» eingefordert,



Hauptquartier («War Room») der israelischen Troll-Armee Act.II, die eine gleichnamige App nutzte, in Herzliya.



michaelkirkdouglas 🌐 I'm taking the #PledgetoPause before I share information online because during the #COVID19 pandemic, the wrong information can be deadly. Please join me and stop the spread of misinformation online! Please click the link in my bio to find out how you can help! @unitednations

Der Schauspieler Michael Douglas am 03. November 2020 auf seinem Instagram-Profil: «Ich [halte inne, #PledgetoPause], bevor ich Informationen online weitergebe, denn während der #COVID-19-Pandemie können falsche Informationen tödlich sein.»



Während der vom WEF unterstützten UN-Kampagne «Verified» überfluteten zehntausende «digitale Ersthelfer» das Netz mit Beiträgen und Kommentaren über die vermeintliche Notwendigkeit der «Corona»-Massnahmen. Auch zahlreiche Prominente wurden von der UNO rekrutiert, um die Meinungshoheit im Netz zu gewinnen.

was wir mit Zitaten in dieser und anderen Ausgaben zu Genüge belegt haben. Dies verdeutlicht den absurd-totalitären Charakter der offiziellen Institutionen und ihrer Vertreter. «Bislang haben wir 110'000 freiwillige Informationshelfer rekrutiert, die wir mit Wissen darüber ausstatten, wie sich Fehlinformationen verbreiten, und bitten sie, in den Bereichen, in denen Fehlinformationen verbreitet werden, als eine Art «digitale Ersthelfer» zu fungieren», heisst es weiterhin. Es handelt sich hierbei um nichts anderes als einen Euphemismus für die Tatsache, dass die UN und ihre Kooperationspartner aktiv dabei sind, ein Heer von Online-Trollen zusammenzuscharen, dessen «Soldaten» zu Zehn- bis Hunderttausenden die Foren und Kommentarspalten mit den von den Institutionen als Wahrheit deklarierten Verlautbarungen fluten sollen. Wie schon dargelegt, ist dieses Szenario in China schon lange Realität (siehe S.92 ff.).

«Virtuelle Agenten»

Um hierzulande gegen die Verbreiter von «Falschinformationen» und «Verschwörungstheorien» vorzugehen, bedient sich der deutsche Verfassungsschutz sogenannter «virtueller Agenten», wie die Neue Zürcher Zeitung kürzlich berichtete.⁽⁵⁾ Die hundertfache Existenz solcher Agenten wurde bestätigt und auch deren Methodik zum Teil preisgegeben. Die Beamten legen sich täuschend echte Accounts in den sozialen Medien zu und pflegen diese auch, um sich das Vertrauen von nichts ahnenden Bürgern mit unliebsamen Meinungen zu erhaschen und in private Gruppen und Foren aufgenommen zu werden. Dazu gehört auch, selber gleichgesinnte Äusserungen zu tätigen, und sogar «rechtsextremes» und strafbares Gedankengut in die Gruppen



Foto: IAEA Imagebank (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Melissa_Fleming_%282021%29.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by/2.0/deed.en>

The
**ROCKEFELLER
FOUNDATION**

Melissa Fleming ist die Leiterin der Hauptabteilung für Globale Kommunikation der Vereinten Nationen und für die Kampagne «Verified» verantwortlich. 2016 absolvierte sie ein Ausbildungsprogramm am Bellagio Center der Rockefeller-Stiftung, deren Leiter China einst als ideales Labor für die Sozialwissenschaften bezeichnet hatte (siehe S.4).

einzubringen. Zwar soll es strenge Regelungen für die Agenten geben, was zu tun und zu lassen ist, doch steht in den Sternen, ob und inwieweit diese Vorgaben eingehalten werden. Es liegt nicht fern zu vermuten, dass durch das Vorgehen der VS-Agenten Zielpersonen angestachelt werden sollen, strafrechtlich relevante Äusserungen zu tätigen oder Handlungen zu begehen, um sie auf dieser Basis aus dem (Online-)Verkehr ziehen zu können. Gleichzeitig hat eine solche Massnahme eine der Propaganda zugutekommende Wirkung in der Öffentlichkeit.

Dass das Agieren des Verfassungsschutzes die Statistiken über derartige «Delikte» wie sogenannte «Hassverbrechen» verfälscht, weil seine Agenten diese entweder provoziert oder gar selbst begangen haben, sollte einleuchten. Letztlich kann man so weit gehen zu sagen, dass sich das deutsche Bundesamt für Verfassungsschutz mit seiner Troll-Armee im Manifestieren von selbsterfüllenden Prophezeiungen übt.

Entführung Lauterbachs

Bedient sich der Verfassungsschutz nicht nur online solcher Strategien? Beispielsweise trat erst kürzlich zutage, dass im Falle eines angeblichen Planes

zur «Entführung Karl Lauterbachs» und einem anschliessenden «Staatsstreich» durch eine «Terrorgruppe» aus Deutschland ein verdeckter Ermittler des LKA Rheinland-Pfalz in das Geschehen involviert gewesen ist. Er bewegte sich über Monate hinweg im engen Umfeld der Gruppe, tauschte sich über Telegram mit ihnen aus und nahm sogar an persönlichen Treffen teil. Es bleibt eine Frage unbeantwortet: Hat dieser Beamte ggf. überhaupt erst dafür gesorgt, dass derlei wunschträumerische Vorhaben in die aktive Planungsphase übergingen und strafrechtliche relevante Vorgänge eingeleitet wurden? Immerhin traf sich der verdeckte Ermittler laut Berliner Zeitung mit einem der Gruppenmitglieder zu einem Waffengeschäft – ein Schelm, wer Böses denkt. Propagandistisch ausgeschlachtet wurde das Ganze dann mit dem Kommentar seitens des Bundesgerichtshofes, es handele sich um «Personen aus den Szenen der sogenannten «Reichsbürger» und «Querdenker», Anhänger nationalsozialistischen Gedankengutes, Verschwörungstheoretiker, sogenannte «Prepper» und Kritiker der staatlichen Corona-Politik», die sich «über die ihnen gemeinsame Ableh- ▶



Foto: leesean (https://commons.wikimedia.org/wiki/File:Jeremy_Heimans_Purpose_Co-founder_CEO.jpg) <https://creativecommons.org/licenses/by-sa/2.0/deed.en>



«Purpose» ist die Marketing-Agentur hinter der UN-Kampagne «Verified», durch die künstlich UN-freundliche Kommentare und Beiträge generiert wurden. Der Co-Gründer von «Purpose», Jeremy Heimans, ist Absolvent des «Young Global Leaders»-Programms des WEF.



Foto: Shutterstock/Sergey Nivens

„Um wirklich glaubwürdig zu sein, reicht es nicht, Aussagen anderer zu teilen oder zu liken, man muss auch selber Aussagen tätigen. Das heisst, die Agenten pöbeln und hetzen auch mit.»

Aussage von einer Verfassungsschutz-Agentin in einem Bericht der Süddeutschen Zeitung vom September 2022 über die «virtuellen Agenten» der Behörde, die sich zum hunderten im Internet tummeln

Quelle: sueddeutsche.de, Verfassungsschutz: Allein unter falschen Freunden, 19.09.2022

Das muss man sich auf der Zunge zergehen lassen: Hunderte Accounts des Verfassungsschutzes produzieren online die «Hetze», die der Verfassungsschutz benötigt, um die Regierung vor «Online-Radikalisierung» zu warnen.



Nicht nur online, sondern auch im Bereich der Energieversorgung hat Deutschland es mit **«Zielführender Feindpolitik»** zu tun. Die Politikerkaste, die heute vorgibt, nach schnellen und effizienten Lösungen für die Energie-Krise zu suchen, ist verantwortlich dafür, dass Deutschland sich in diesem Bereich der Fremdbestimmung auslieferte. Dass weit mehr als Inkompetenz und Kurzsichtigkeit hinter der Energie-Abhängigkeit Deutschlands steckt, arbeiten wir in der **Sonderedition 47/48** heraus.

► nung des [...] deutschen Staates» austauschten ⁽⁶⁾ – und das auch noch in «gemeingefährlichen» privaten Chatgruppen, was wiederum nach intimster Überwachung der Selbigen schreit (siehe S.84 ff.).

Israels Troll-App

Besonders intensive Bemühungen darum, die Deutungshoheit im Netz zu erlangen, gibt es auch in Israel: Dort steht eine Online-Kampagne namens «4IL» («For Israel») im Fokus. Das Programm wurde erstmals 2017 von Gilad Erdan, Israels ehemaligem Minister für strategische Angelegenheiten und derzeitigem Ständigen Vertreter des Wüstenstaates bei den Vereinten Nationen, vorgestellt. Am Rande der «Celebrate Israel»-Parade in Manhattan erklärte Erdan laut der Times of Israel, dass das Land eine «eiserne Kuppel der Wahrheit» zur Bekämpfung von Online-Kritik am Land einführen werde – in Anlehnung an den sogenannten «Iron Dome» («eiserne Kuppel»), ein bodengestütztes Raketenabwehrsystem Israels, das das Land vor Angriffen benachbarter Feinde schützen soll.

⁽⁷⁾ Die Bestrebung der Organisation ist das Diffamieren oder das Erwirken einer Zensur jeglichen Inhaltes, der sich kritisch ge-

genüber Israel ausspricht, allen voran der Boykott-Bewegung «Boycott, Divestment and Sanctions» («Boycott, Desinvestitionen und Sanktionen», abgekürzt BDS), die starke Kritik an Israels Politik übt. Dabei helfen sollte eine von Studenten entwickelte App namens «Act.IL», die «Missionen» an die Nutzer sendete, für deren Erfüllung Punkte gutgeschrieben wurden, die die «Aktivisten» dann für Prämien einlösen konnten. Doch scheinbar funktionierte das Konzept alles andere als gut, da das App-Projekt mittlerweile wieder eingestampft wurde. ⁽⁸⁾ Nutzer der App wurden mit allen möglichen Social-Media-Aktionen beauftragt, die ein gutes Licht auf Israel und ein schlechtes Licht auf den leisesten Hauch von Israel-Kritik werfen sollten. Interessanterweise waren laut Nachrichtenberichten sowohl ehemalige israelische Geheimdienst- und Regierungsmitarbeiter in die Gründung involviert als auch der jüdisch-amerikanische Multimilliardär und Trump-Unterstützer Sheldon Adelson mit einer finanziellen Zusage beteiligt. Beispielsweise ist der Gründer und CEO von Act.IL, Yarden Ben Yosef, ein ehemaliger Geheimdienstoffizier der Armee. ⁽⁹⁾ Ben Yosef berichtete gegenüber der Nachrichtenseite Forward, dass

er sich regelmässig mit Israels Militär- und Sicherheitseinrichtungen über die Inhalte der App austauschte und dass viele seiner Mitarbeiter ehemalige Nachrichtendienstler seien. ⁽¹⁰⁾

AstroTurfing in Reinform

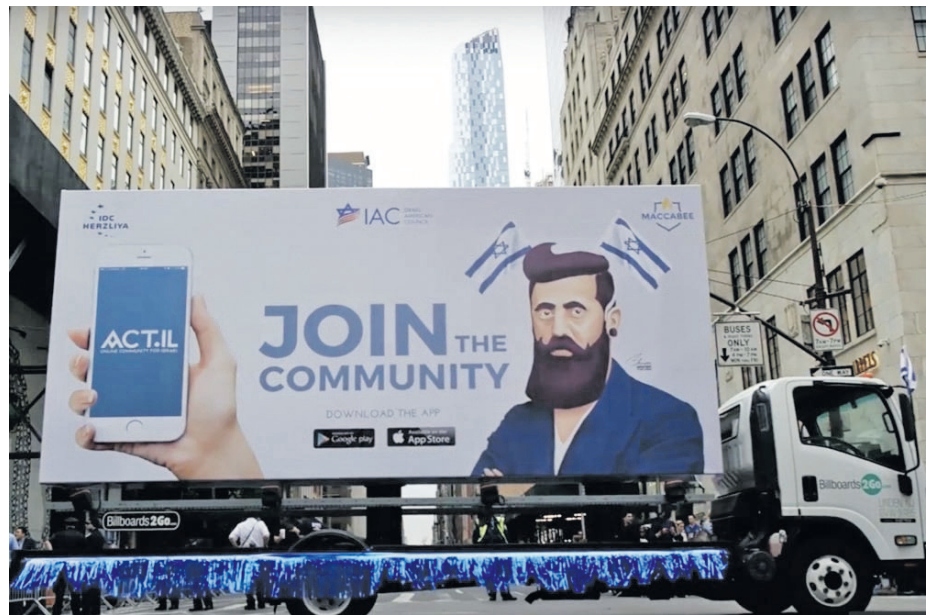
Damit ist der gesamte Eindruck einer Graswurzelbewegung, den die Kampagne dadurch machen sollte, dass Zivilisten über ihre privaten Social-Media-Accounts Online-Aktivismus betreiben, zunichte gemacht. Solche künstlich vorgetäuschten Graswurzelbewegungen zu erschaffen, nennt man «AstroTurfing» – abgeleitet vom amerikanischen Kunstrasen-Hersteller «AstroTurf». Katie Joseff vom «Institute for the Future», einem US-amerikanischen Thinktank, sagte dazu: «Dies ist ein einzigartiger Fall von fortgeschrittenem digitalem politischen AstroTurfing.»

Beispielsweise traf eine solche Aktion die weltberühmte Sängerin Lana del Rey, und zwar zuerst im positiven, und dann im negativen Sinne. Die Sängerin verkündete erst, dass sie trotz der Einwände von palästinensischen Aktivisten in Israel auftreten würde, woraufhin den Act.IL-Nutzern aufgetragen wurde, dies in den sozialen Me-

dien mit befürwortenden und unterstützenden Kommentaren zu würdigen. Dann jedoch änderte Lana del Rey ihre Meinung und sagte das Konzert ab. In der Folge lautete eine neue «Mission» für die Nutzer der App, kritische Postings abzusetzen, die die «Politisierung» des Konzertes beklagten – als wäre dies nicht schon von Beginn an der Fall gewesen. Also ist auch in Israel der Staat bemüht, durch die Aktivierung von «Infokriegern» seine Narrative im Internet durchgesetzt zu sehen – vorangetrieben von hochrangigen Personen wie Geheimdienstlern. Dass die militante Sprache dabei keineswegs zu weit hergeholt ist, beweist die Haltung der Israelis selbst, indem sie sich in diesem Zusammenhang Begriffen wie «eiserne Kuppel der Wahrheit», «Missionen» und «War Room» (Kriegsraum) bedienen – so werden die Orte bezeichnet, von denen aus der Internet-Aktivismus stattfindet. Es existiert gar eine eigene Webseite namens israelwarroom.com, die sich ganz der Netzpropaganda widmet und dabei nur so vor Kriegstermini wie «Feinde», «Kampf» oder «Mission» strotzt. ⁽¹¹⁾ (fp)

Quellen:

1. weforum.org, There's no vaccine for the infodemic - so how can we combat the virus of misinformation?, 26.11.2020
2. shareverified.com, abgerufen am: 30.11.2022
3. purpose.com, About, abgerufen am: 30.11.2022
4. weforum.com, People, Jeremy Heimans, abgerufen am: 30.11.2022
5. nzz.com, Der deutsche Verfassungsschutz betreibt rechtsextreme Fake Accounts, 22.09.2022
6. berliner-zeitung.de, Verhinderte Lauterbach-Entführung: Verdeckter Ermittler in Planung involviert, 28.11.2022
7. timesofisrael.com, Israel launches «Iron Dome of Truth» website at Celebrate Israel Parade, 05.06.2017
8. 972mag.com, Mission failed: How Israel's anti-BDS app went belly-up, 25.04.2022
9. buzzfeednews.com, How An App Funded By Sheldon Adelson Is Covertly Influencing The Online Conversation About Israel, 20.09.2018
10. forward.com, Shadowy Israeli App Turns American Jews Into Foot Soldiers In Online War, 30.11.2017
11. israelwarroom.com, abgerufen am: 30.11.2022



Ein Truck fuhr 2017 durch New York und bewarb die «Act.IL»-App, die ihre Nutzer u.a. dazu animierte, Israel in Online-Komentaren zu verteidigen. Doch scheinbar funktionierte das Konzept alles andere als gut, da das App-Projekt mittlerweile wieder eingestampft wurde.

WHAT WE DO

We take the fight to them

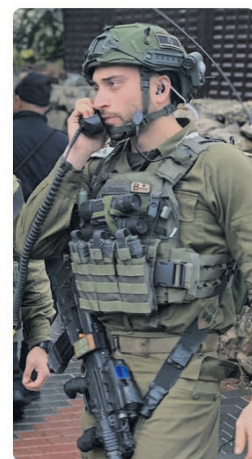
Anti-Israel lies spread like a wildfire unchecked on social media.

The open nature of the internet and social media has allowed anti-Israel lies and propaganda to spread too easily. Our mission is simple: fact check lies and give context to expose misleading narratives about Israel.

WHAT YOU CAN DO

Join the Fight

If you want to join this fight to make an impact, make sure to subscribe to our newsletter to have incredible talking points delivered to your inbox.



Auf einer Webseite namens israelwarroom.com (Screenshot) werden Tipps gegeben, wie man Israel im Online-«Infokrieg» verteidigt. Die Webseite strotzt nur so vor Kriegstermini wie «Feinde», «Kampf» oder «Mission».

There's no vaccine for the infodemic - so how can we combat the virus of misinformation?

Das WEF titelt am 26.11.2020 auf seiner Webseite: «Es gibt keinen Impfstoff gegen die Infodemie – wie können wir also das Virus der Fehlinformationen bekämpfen?»

Dies kommt ohne Wenn und Aber einem Aufruf gleich, dass Anbieter wie Facebook & Co. noch gnadenloser zensieren sollen, bis kein Widerspruch gegenüber den offiziellen Narrativen mehr vernehmbar ist. «Ich habe begonnen, die Verbreitung von Fehlinformationen als eine globale Gesundheitskrise zu betrachten», schrieb Mark Little, der Autor des obigen Artikels. Was für radikale Massnahmen die verschiedenen Staaten als angemessen zur Bewältigung von «globalen Gesundheitskrisen» erachteten und durch ihre Exekutive umsetzen liessen, durften wir alle bereits erfahren.

«Das Geschäftsmodell der [Social-Media-]Plattformen begünstigt leider die Verbreitung dieser Art von unverschämten Informationen [Kritik an «Corona»-Massnahmen]. Aber das muss sich ändern. Ich hoffe, die Technologieplattformen erkennen, dass sie einen radikalen Wandel brauchen, um zu den ursprünglichen Wurzeln und dem demokratischen Versprechen dieser Plattformen zurückzukehren, die sie geschaffen haben.»

Mark Little, Journalist und Unternehmer, zitiert im obigen Artikel auf der WEF-Webseite

Quelle: weforum.org, There's no vaccine for the infodemic - so how can we combat the virus of misinformation?, 26.11.2020

Immerhin ist China ein wenig ehrlicher und versteckt sich nicht hinter dem Deckmantel von «Toleranz»



Rachel Levine, ein offen transgeschlechtlicher Regierungsbeamter der Biden-Administration, schreibt zu diesem Bild am 17. Juni 2022 auf Twitter: «Wenn die erste offen lesbische @Pressesprecherin und die erste offen transsexuelle @Assistenzgesundheitssekretärin & Vier-Sterne-Admiralin sich im @WeissenHaus während #Pride treffen. Wir sind stolz darauf, Teil einer Verwaltung zu sein, in der sich jeder in der Führung wiederfinden kann. Wir sind schon so weit gekommen. Auf das Durchbrechen weiterer Grenzen.»

„VIELFALT“ BEI DER DEUTSCHEN BAHN

Lokführer und Schaffner dürfen Frauenkleider tragen

... und Frauen umgekehrt die Herren-Dienstuniform

bild.de, 02.11.2022



One-Love-Armbinde am Arm von DFB-Torwart Manuel Neuer



Die Tech-Konzerne, welche den chinesischen Überwachungsstaat teilweise durch die Hintertür, teilweise sehr direkt unterstützen, geben sich im Westen als «tolerant», «weltoffen» und «inklusiv».

Zu Ende der Ausgabe soll China ein mehr oder weniger ironisch gemeinter Pluspunkt angerechnet werden: «Heuchelei» wird definiert als eine «falsche, unaufrichtige Art zu reden oder zu handeln» und man könnte argumentieren, dass die chinesische Tyrannei zumindest ein klein wenig aufrichtiger daherkommt als die westliche. Sogar Verfechtern des «bunten» Abendlands und Befürwortern der kulturmarxistischen Agenda sollte der eigentlich kaum noch übersehbare Doppelstandard ins Auge stechen, der zutage tritt, wenn sich Grosskonzerne, die im Westen «Wokeness» und «Toleranz» predigen, gleichzeitig an der Zwangsarbeit in Xinjiang bereichern und den chinesischen Überwachungsstaat mit Mikrochips ausstatten. Für jeden, der hinsieht, ist die himmelschreiende Heuchelei absolut offenkundig. Immerhin hält sich die chinesische Führung ein klein bisschen mehr zurück, wenn es darum geht, die Tyrannei in Watte zu packen oder sie mit bunter Farbe zu übermalen.



EXPRESS-ROUTE FÜR DEN SCHNELLEN ÜBERBLICK



In unterschiedlicher Geschwindigkeit, aber in derselben Marschrichtung arbeiten China und der Westen auf eine «schöne neue Welt» hin, in der jede Aktivität eines Internetnutzers für höhere Stellen nachvollziehbar und auch unmittelbar, quasi per Knopfdruck, sanktionierbar sein wird. Wer z.B. einen «falschen» Post verfasst oder ein kritisches Video hochlädt, den erwarten, je nachdem, welche Stufe das System gerade erreicht hat, Löschungen, Einschränkungen beim Surfen, Hausbesuche der Behörden, herkömmliche Geldstrafen, direkte Geldstrafen per «Digitaler Zentralbankwährung», Abzüge in einem Sozialkredit-System oder Lagerhaft.

Zwar zählt es mittlerweile zum Allgemeinwissen, dass China kein freies Internet mehr besitzt, dennoch lohnt sich ein kurzer Blick auf den ausgefeilten Online-Zensurapparat, der mittlerweile oberflächlich so agiert, als gäbe es ihn gar nicht. Nirgendwo wird man z.B. ein Statement finden, eine Webseite sei «verboten». Stattdessen haben die Nutzer ewig lange Ladezeiten und andere Meldungen wie Zeitüberschreitung, Verbindungsfehler, Netzwerkprobleme usw. zu erwarten. Auch das «unsichtbar machen» (Shadow banning) von Beiträgen wird heute in den meisten Fällen deren Löschung vorgezogen. Hinzu kommt eine Masse von Menschen, die nur mit der Aufgabe betraut ist, das Internet mit den Propaganda-Narrativen der KPCh zu fluten, um deren Meinungshoheit zu sichern (50-Cent-Armee). Ähnliche Bestrebungen

zur Aushebung von derartigen «Troll-Armeen» lassen sich übrigens auch im Westen identifizieren.

Dennoch kann auch rohe Gewalt, wie sie z.B. 2012 gegen das Twitter-Pendant Sina Weibo verwendet wurde, in Xi Jinpings China jederzeit wieder zum Mittel der Wahl werden. Hausbesuche und Verhaftungen wegen kritischen Posts, die in den Augen eines Westlers völlig harmlos erscheinen, sind in China weit verbreitet.

Die Kontrolle der KPCh über das Internet wurde mit dem «Projekt Goldener Schild», manchmal auch als die «Grosse Firewall von China» bezeichnet, implementiert. Mit der «Grossen Firewall» werden einerseits unliebsame Inhalte aus anderen Ländern blockiert und andererseits unliebsame Inhalte aus dem Inland aussortiert. Laut dem Projekt Greatfire.org blockiert oder zensuriert China derzeit rund ein Viertel der weltweit wichtigsten Domains, nämlich 198 von 827. Ganz oben stehen Google, YouTube, Facebook & Co. Fast alle grossen westlichen Medien sind in China blockiert. Andersherum ist dies nicht der Fall: Sowohl chinesische Plattformen als auch Nachrichten- und Unterhaltungsmedien können frei im Westen agieren.

Die zentrale Internet-Regulierungs-, Zensur-, Aufsichts- und Kontrollbehörde der Volksrepublik ist die «Cyberspace-Verwaltung Chinas» (Cyberspace Administration of China, CAC), die Mehrheitseigentümer des «China Internet Investment Fund» ist, der Beteiligungen an den grossen Technologieunternehmen

Chinas hält, was dazu beiträgt, die Konzerne zum verlängerten Arm der Partei zu machen. Alibaba, Tencent & Co. sind allesamt bereit, die von ihnen bereitgestellten Inhalte selbstständig mit eigenen Zensoren zu überwachen und zu «säubern», bevor die CAC überhaupt einschreiten muss.

Weite Teile der chinesischen Internetzensur kann man mit sogenannter VPN-Software umgehen. Sie baut bildlich gesprochen einen Tunnel unter der «Grossen Firewall», um auf das weltweite Internet zuzugreifen. In China sind VPNs verboten, doch das Gesetz wurde lange nicht besonders streng durchgesetzt. Das ändert sich mittlerweile – besonders in Xinjiang (siehe S.48 ff.), wo die Strafe für die Nutzung eines VPNs mehrere Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte Arbeitslager lauten kann! Die Nutzung von YouTube, Facebook, Instagram usw. gilt in Xinjiang bereits als «Terrorismus» – und es ist abzusehen, dass die Jahre der Toleranz auch in Restchina ihrem Ende zugehen. Durch das Verbot von VPNs und der Blockierung westlicher Dienste landen die Chinesen automatisch bei den Pendanten WeChat, Weibo & Co. Deren Erfolg gründet sich zu grossen Teilen also schlicht auf die Ausschaltung der Konkurrenz.

All diese Faktoren führen dazu, dass die chinesische Online-Welt eine Art Paralleluniversum darstellt, in welchem der normale Chinese nichts Negatives über die Zustände in seinem Land erfährt.

Auch der Anonymität im Netz hat China den Krieg erklärt: Seit 2015 ist man dazu gezwungen, einen Personalausweis und persönliche Daten vorzulegen, um sich für den Gebrauch von Handys und Festnetztelefonen zu registrieren. Seit dem 01. Dezember 2019 gilt in China ein Gesetz, das von den Bürgern verlangt, einen Gesichtserkennungstest durchzuführen, um ein Smartphone kaufen zu können. Soziale Medien wie WeChat oder Sina Weibo verpflichten ihre Nutzer schon seit 2012 zur Nutzung ihrer Klarnamen.

Das haben westliche Angebote wie Facebook, Instagram oder Twitter bis heute nicht geschafft, denn hier müssen sich subversive Organisationen wie das WEF und zentralistische Strukturen wie die EU auf einige Umwege einlassen, um das freie Internet abzuschaffen. Die Stossrichtung ist trotzdem nicht zu übersehen: So erwähnt das WEF ausgerechnet den chinesischen Digitalkonzern WeChat als Beispiel dafür, wie soziale Medien mit der Identität ihrer Nutzer besser umgehen könnten. Das Nutzen eines anonymen Pseudonyms wird vom WEF als «betrügerisch» und nicht etwa als «vorsichtig» oder «auf Privatsphäre bedacht» bezeichnet, was vom totalitären Geist dieser Organisation zeugt. Wenn zudem hochrangige und bestens mit dem WEF vernetzte Entscheider wie Emmanuel Macron und Wolfgang Schäuble eine Klarnamenpflicht im Internet fordern, die in China schon seit über 10 Jahren forciert und umgesetzt wird, dann sollte deutlich werden, dass sich auch der Westen unter Einfluss von Organisationen wie dem WEF in Richtung gläserner Internetnutzer bewegt.

Es soll nicht abgestritten werden, dass die Anonymität im Netz auch ihre Nachteile hat. Sie kann dazu führen, dass Menschen sich von ihrer schlechten Seite zeigen und unter dem Schutz der Namenlosigkeit mit Beleidigungen unter die Gürtellinie schlagen. Auch die Online-Kriminalität kann in der Anonymität florieren. Die Bekämpfung dieser realen Probleme wird jedoch als Deckmantel genutzt, um ein System zu errichten, das in seiner Konsequenz für die Gesamtgesellschaft weit destruktiver wirkt als klassische Netzkriminalität, die auch auf herkömmliche Weise bekämpft werden kann und die ohnehin nur eine gesellschaftliche Minderheit betrifft. China gibt schon einen Vorgeschmack darauf, dass es sich niemals lohnt, Sicherheit gegen Freiheit einzutauschen. Selbst wenn es im gegenwärtigen Reich der Mitte keinen einzigen Kriminellen im eigentlichen Sinne gäbe, wäre das Leben dort immer noch ein einziger Albtraum.

Das WEF oder die UNO bedienen sich dem auch in China typischen Vorwand, es ginge um die Bekämpfung von organisiertem

Verbrechen, Terrorismus oder Kinderpornografie, wenn Privatsphäre im Internet eingeschränkt werden soll. Ebenfalls werden zahlreiche inhaltsleere Gummibegriffe eingesetzt, um totalitäre Massnahmen wie Zensur zu rechtfertigen: «Hassrede», «Online-Gewalt», «Falschinformationen», «Cyber-Mobbing», «schädliche Inhalte», «Verstösse gegen die Community-Richtlinien», «Medizinische Fehlinformationen». Längst werden im Westen Nägel mit Köpfen gemacht, Beiträge mit diesen Begriffen abgestempelt und daraufhin rigoros entfernt.

Auch wenn es verfehlt wäre, zu behaupten, in unseren Breiten würde in ähnlich massiver Weise zensiert werden wie in China, muss trotzdem zur Kenntnis genommen werden, dass auch hierzulande ein umfassender und immer strikter agierender Internet-Zensurapparat mittlerweile zum Online-Alltag gehört. Besonders deutlich sichtbar wurde dies im Zuge der seit Anfang 2020 weltweit umgesetzten «Corona»-Angstkampagne. Es dürfte keinen Konsumenten von sogenannten alternativen Medien mehr geben, der nicht selbst Zeuge wurde, wie faktisch untermauerte Informationen mit der Begründung, sie enthielten «Medizinische Fehlinformationen», aus dem Netz genommen wurden. Natürlich gab es ähnliche Zensur auch schon vor «Corona». Insbesondere das Phänomen des von China genauso praktizierten «Shadow banning» – also die Reichweitendrosselung von Inhalten – ist schon seit Jahren ein weit verbreitetes und nach wie vor omnipräsentes Phänomen im westlichen Internet. Doch im Verlauf der letzten Jahre artete die Zensur in einen nunmehr offen geführten Kampf gegen alternative Medien aus und erklomm, was Unverfrorenheit anging, bis anhin ungekannte Höhen.

Genauso was den brutalen direkten Umgang der Behörden mit ihren Bürgern angeht, holt der Westen gegenüber China auf. Besonders negativ tat sich in den letzten zwei Jahren Australien hervor, wo Menschen durch Polizeieinheiten in ihren eigenen vier Wänden verhaftet wurden, nur weil diese auf sozialen Medien wie Facebook Beiträge in Bezug auf Anti-Lockdown-Proteste geteilt hatten. Hausdurchsuchungen und Verhaftungen von kritischen Bürgern, die sich online gegen die Lockdowns, Impfungen und Masken aussprachen, findet man allerdings auch in praktisch jedem Land Europas und in den USA zuhauf. Die Sprache der Entmenschlichung, wie sie vom KPCh-Regime gegen die Uiguren kultiviert wurde, hält auch in unseren Breiten verstärkt Einzug, erkenntlich zum Beispiel daran, dass die ARD-Tagesschau auf ihrer Webseite nach der Twitter-Übernahme Elon Musks von «verschwörerischen Ratten» schreibt, die «in ihre Löcher zurückgeprügelt werden» sollten.

Spätestens, wenn man erfährt, dass der deutsche Verfassungsschutz die «Hassrede» durch hunderte seiner «virtuellen Agenten» selbst erzeugt und befeuert, zeigt sich das moralfreie Gesicht unserer politischen Kaste. Laut der Aussage einer Verfassungsschutz-Mitarbeiterin dürfen die Online-Agenten auf ihren Profilen «pöbeln» und «hetzen», wobei ihnen sogar erlaubt wird, strafbares Gedankengut zu äussern. Obwohl auch harte und teils menschenverachtende Sprache kein Grund wäre, die Redefreiheit abzuschaffen, stellt man fest, dass «Hassrede», «Online-Gewalt» oder «Falschinformationen» wenn nötig einfach von den Akteuren selbst produziert werden, die das freie Internet bekämpfen. Problem («Hetze» von «virtuellen Agenten») – Reaktion (Empörung) – Lösung (z.B. Klarnamenpflicht im Internet).

Wenn das Online-Profil einmal einer konkreten Person zugeordnet ist, soll diese in Zukunft aber nicht nur während ihrer Internet-Aktivitäten, sondern wenn möglich rund um die Uhr ganzheitlich überwacht und kontrolliert werden. Wie China diese Entwicklung mit QR-Codes, Gesichtserkennung, «Smarten Kameras», KI uvm. forciert, während der Westen dem Reich der Mitte im Windschatten nachfolgt, soll uns im kommenden, nicht weniger spannenden zweiten Teil der vorliegenden Ausgabe beschäftigen.

Überleitung zum zweiten Teil der Doppelausgabe

Obwohl wir vermeiden wollen, ein Thema unnötig in die Länge zu ziehen und, so gut es geht, versuchen, das Konzept «Ein Thema – Eine Ausgabe» umzusetzen, zwang uns der anfängliche Arbeitstitel «Digitale Kontrolle – Blaupause China» regelrecht zu einer Doppelausgabe. Schnell wurde in den ersten Recherche-Schritten klar, dass die Entwicklungen in China von unserer Lebenswirklichkeit nicht zu trennen sind. Ausserdem wären wir dem Thema nicht gerecht geworden, hätten wir die international agierende Hochfinanz als Strippenzieher dieses geplanten Kontrollnetzes vernachlässigt. Zu viele Knotenpunkte des bereits in den Vorgängerausgaben etablierten Wissens verknüpften sich zu einem zusammenhängenden Bild, wodurch wir keine andere Möglichkeit sahen, als das Thema auf zwei Hefte zu verteilen.

Praktisch jeder thematische Aspekt, der in dieser ersten Ausgabe vorgestellt wurde, wird in der kommenden Publikation 52 wieder aufgegriffen werden: Die Verstrickungen des WEF mit China, die Unterdrückung der Uiguren, die digitale Identität und CBDCs – all diese bereits eingeführten Eckpfeiler der Dystopie werden uns in der Fortsetzung weiter begleiten. Wir betonen zudem ausdrücklich, dass essenzielle Puzzlestücke zum Gesamtbild des digitalen Gefängnisses

und seiner Hintermänner in dieser ersten Ausgabe noch nicht eingeführt wurden, weshalb es gilt, beide Teile dieser Doppelausgabe als untrennbare Einheit zu sehen. Erst durch die Lektüre beider Teile erschliesst sich das, was wir den Lesern hiermit kommunizieren wollen, in seiner Gesamtheit.

Im zweiten Teil werden wir u.a. die in China weit verbreiteten QR-Codes als entscheidende Komponente der elektronischen Fremdbestimmung beleuchten – eine Technologie, die bisher im Westen auf freiwilliger Basis gewaltig floppte, doch zu deren erzwungener Einführung das politische Personal und Organisationen wie das WEF weiter drängen werden.

Unmittelbar mit China verknüpft ist das Sozialkredit-System, welches in mehreren Regionen des Reichs der Mitte bereits implementiert wurde und das bald auf das ganze Land übertragen werden soll. Obwohl diese innerchinesische Entwicklung von der westlichen Öffentlichkeit meist kritisch beäugt wird, findet die Tatsache, dass auch in westlichen Ländern langfristig ein digitales Punktesystem nach chinesischem Vorbild installiert werden könnte, in unseren Medien unzureichende Beachtung. Wir wollen diese brandgefährliche Entwicklung in der kommenden Ausgabe deshalb genauer beleuchten.

Wie schon in Nummer 43 zum Thema «Massenpsychose» beschrieben, wird der Totalitarismus unsichtbar, wenn er im eigenen Leben Form annimmt. Das erklärt die aktuell zutage tretende Blindheit westlicher Journalisten, die mittlerweile erkannt haben, dass «Corona» in China als Werkzeug politischer Kontrolle dient, dies aber für den Westen nicht wahrhaben wollen. Die digitale Leine, an der die chinesischen Bürger liegen, wird z.B. sichtbar, wenn der österreichische Standard schreibt: «Als vergangene Woche [Juni 2022] um ihre Ersparnisse geprellte Bürger vor einer Bank in der Zehn-Millionen-Stadt Zhengzhou demonstrierten, wurde ihre Gesundheits-App auf Rot gestellt. Damit waren die Demonstrierenden faktisch bewegungsunfähig und mussten sich in ein Quarantänezentrum begeben.» Bei der Frage, warum die chinesischen Untertanen protestieren und wie dies mit dem Phänomen der «Geisterstädte» sowie einem sich anbahnenden Zusammenbruch des Finanzsystems zusammenhängt, fügen sich erneut die Puzzlestücke Geldsystem, China und Digitalisierung zusammen.

Diese und viele weitere Themenkomplexe sind unerlässlich, um das digitale Gefängnis greifbar zu machen, und erwarten unsere Abonnenten und Käufer in der Ausgabe 52, die direkt folgt. (tk)

